

mit Bildern, Karten, Skizzen
Dokumenten-Anhang



Brokdorf ein Exempel

Zur Strategie
und Taktik des
Polizeieinsatzes

Inhalt

| | Seite |
|--|-----------|
| Vorwort | 3 |
| Atom-Festung Brokdorf | 4 |
| Die Bourgeoisie von Anfang an auf Konfrontationskurs | 5 |
| „Kein zweites Wyhl“ | 8 |
| Ausbau der Atom-Festung. | 12 |
| Heranziehung parapolizeilicher Hilfskräfte | 17 |
| Mannschaftsstärke im Einsatz | 21 |
| Kämpfe am 13. November 1976. | 23 |
| Modell für den Ernstfall | 27 |
| Seit Anfang 1976: Ausrichtung auf „zivile Verteidigung“ | 28 |
| Ebenfalls seit 1976: „Polizei-Dienst-Verordnung 100“ | 29 |
| Gegenwärtige Kernpunkte der bürgerkriegsmäßigen Ausrichtung. | 31 |
| Übungen | 35 |
| Brokdorf hat auch die gegenwärtigen Schwächen der Bourgeoisie gezeigt | 39 |
| ... und schon meldet sich Dregger | 40 |
| Anhang : | |
| Das Bürgerkriegs-Konzept | 47 |
| „Die Grundlagen der zivilen Verteidigung“ | 48 |
| „Öffentliche Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall“ | 53 |
| Kurzfassung der PDV 100: „Demonstrative Aktionen“ | 57 |
| Übungen nach PDV 100: „Führungsvorbereitungen auf den polizeilichen Ernstfall“ .. | 60 |
| „Die polizeiliche Bewältigung von demonstrativen Aktionen“ | 69 |
| „Kommentar“ der Polizei zum Einsatz des „Werkschutzes“ in Brokdorf: | |
| „Das Wach- und Sicherheitsgewerbe heute“ | 77 |
| Lagezentrum am Beispiel der Olympiade 1972 | 80 |
| „Geheimer“ Bullenbericht. | 85 |
| Skizzen und Karten: | |
| Wyhl-Brokdorf-Vergleich. | 6 |
| Ausbau in drei Phasen | 14 |
| Absperrungen am 13. November 1976. | 25 |
| Kämpfe am 13. November 1976. | 26 |
| Struktur eines Lagezentrums | 34 |
| Bilder: | |
| Brokdorf am 30.10.1976 | 10 |
| Festungs-Fotos | 13 |
| Werkschutz in Aktion. | 19 |
| Spitzel und Verfassungsschutz in Brokdorf. | 30 |
| Hamburger Anti-AKW-Demonstranten. | 36 |
| Zum Raustrennen: | |
| Landkarte | 43 bis 46 |



DM 3,50

Impressum

Herausgeber, Druck, Verlag, Vertrieb:
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2000 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadresse
Auflage: 5.000

Vorwort

Mit Polizeigewalt will der bürgerliche Staat den Bau des KKW Brokdorf gegen den Protest der umwohnenden Bevölkerung und gegen eine breite Bewegung auch aus anderen Teilen der Bundesrepublik durchsetzen. Dieses Papier ist der erste Versuch einer gründlicheren Analyse von Strategie und Taktik des Polizei-Einsatzes.

Warum diese Analyse? Aus der Sicht der Polizei-Führung stellt Brokdorf ein nicht einmal ungelegenes Bürgerkriegs-Manöver dar, ähnlich wie die Zerschlagung der RAF. Die Gefahr ist sehr groß, daß der bürgerliche Staat aus solchen Zusammenstößen weitaus mehr Lehren und Nutzen für sich ziehen kann, als es heute der antikapitalistischen Bewegung für sich möglich ist. Für die Zerschlagung der RAF ist das schon ganz eindeutig feststellbar: Der Staatsapparat hat dabei viel dazu gelernt, die Linke kaum etwas.

In Brokdorf deutet sich, auf anderem Niveau und Terrain, eine Wie-

derholung dieses Vorgangs an. Eine Reihe „linker“ Organisationen wetteifert darin, durch prahlerisches Herunterspielen der Polizei-Stärke ihren eigenen „Mut“ zu beweisen. Jede konkrete Analyse wird als „abwieglerisch“ geschmäht. Der eine sieht die Polizei bereits am äußersten Rand ihrer Möglichkeiten, der andere sieht den Grund für das Scheitern der bisherigen Aktionen in Brokdorf nur in der „Abwiegelei“ der anderen Organisationen, die die Massen „von der Besetzung abgehalten haben“. Auf der anderen Seite gibt es Gruppen, die angesichts der brutalen Polizei-Einsätze in Brokdorf und der darin andeutungsweise sichtbar werden den Bürgerkriegs-Vorbereitungen der Bourgeoisie für das total irrationale Konzept der „Gewaltfreiheit“ zu werben versuchen.

Mit diesem Papier wollen wir, noch vor der nächsten Demonstration in Brokdorf am 19. Februar, die von uns gesammelten Informationen zugänglich und nutzbar machen.

Atom-Festung Brokdorf

Die Bourgeoisie von Anfang an auf Konfrontationskurs

In Brokdorf waren alle staatlichen Maßnahmen von Anfang an darauf gerichtet, die Durchführung des Baues gegen alle Proteste zu garantieren, eingeschlossen die Vorbereitung für die eventuelle polizeiliche Niederschlagung der Massenproteste. Lange vor der Erteilung der vorläufigen Baugenehmigung tönnten die verantwortlichen Politiker bereits, daß sie „kein zweites Wyhl“ in Brokdorf zulassen würden. Damit war die Richtung klar.

In Wyhl lagen zwischen Erteilung der Baugenehmigung und Baubeginn viereinhalb Monate. Alle Pläne und Entscheidungen waren bekannt, bis auf die Zeit des Baubeginns. Die Bauarbeiten begannen am frühen Morgen (17.2.75). Von Wachmannschaften und hohen Zäunen ist in Augenzeugenberichten nicht die Rede.

Erste Proteste gab es in Wyhl am 18.2.: Bewohner liefen auf den Platz und behinderten die Baufahrzeuge (z.B. stellten sie sich in die Bagger-

schaufeln oder aber gegen einen angesägten Baum). Dann wurde der Bau eingestellt. Die einzigen bekannten Maßnahmen des Staates und der Kapitalisten waren: Flugblätter am 17.2. mit der Drohung von Bußgeldern gegen etwaige „Störer“ (von denen einige auch, allerdings ohne Erfolg, verhängt wurden). Außerdem tauchten am 18.2.75 Bullen aus den umliegenden Orten auf sowie Spitzel und Polizeifotografen.

Erst zwei Tage später (nachts) trafen ca. acht Hundertschaften mit Wasserwerfer und Panzerwagen und Hunden ein und räumten brutal den Platz von 150 Besetzern, wobei gezielt ortsfremde Personen festgenommen wurden (54). Danach wurde der Platz mit Nato-Draht umzäunt.

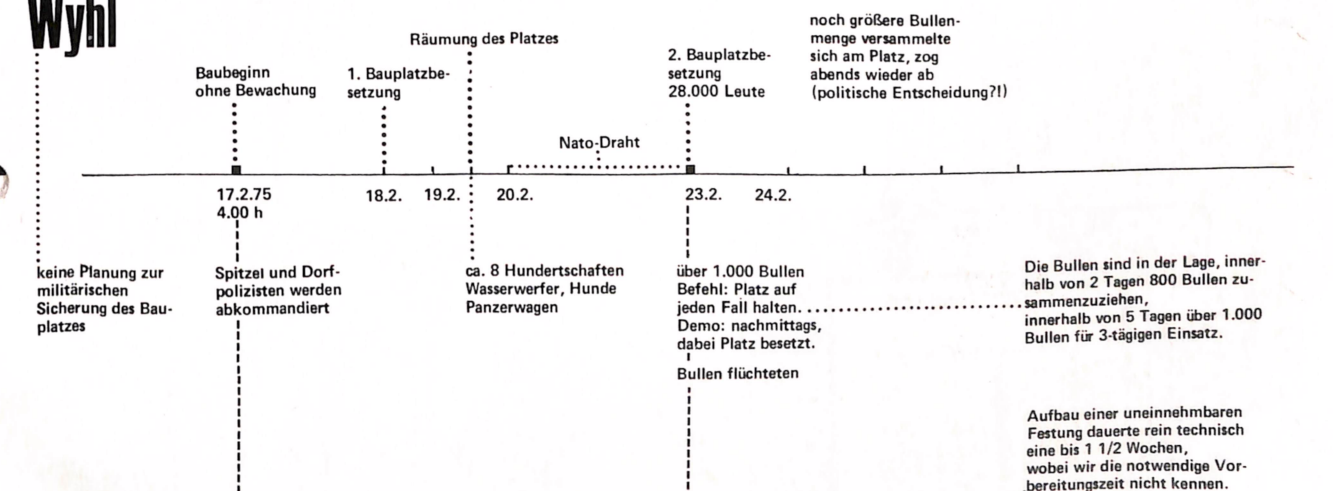
Nach einer Kundgebung mit 28.000 Leuten am 23.2. kam es zu einer „Besichtigung“ des Bauplatzes von mehreren Seiten gleichzeitig. Vorher waren über 1.000 Polizisten bereitgestellt, mit dem Befehl, den

Platz auf jeden Fall zu halten, Eindringen zu verhindern.

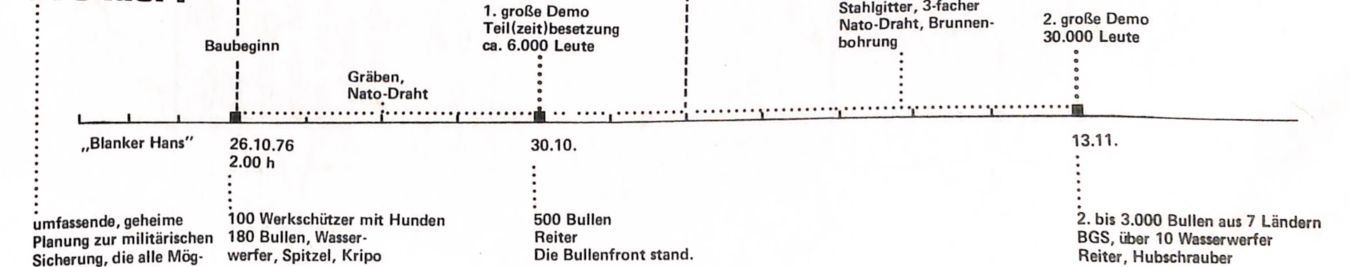
Die Polizei war jedoch gezwungen, ihre Kräfte aufzuteilen und konnte den Durchbruch nicht verhindern, zumal die Masse durch die Bullenprügeleien aufgebracht war. Die Bullenfront bröckelte angesichts der Übermacht ab und alle uniformierten Polizisten verließen den Platz. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Siemann („Süddeutsche Zeitung“, 25.2.75): Die Beamten hätten „ein ungutes Gefühl“ gehabt; sie benötigten das „Gefühl der rechtlichen und moralischen Überzeugtheit“, das aber „nicht vorhanden“ gewesen sei. (Hetze gegen Extremisten haute wohl nicht hin, da die meisten Demonstranten Winzer und Bauern waren). Ein anderer Bulle: „... mit den zur Verfügung stehenden Mitteln (konnte) der polizeiliche Zweck nicht mehr erreicht werden ...“ (ebenda).



Wyhl

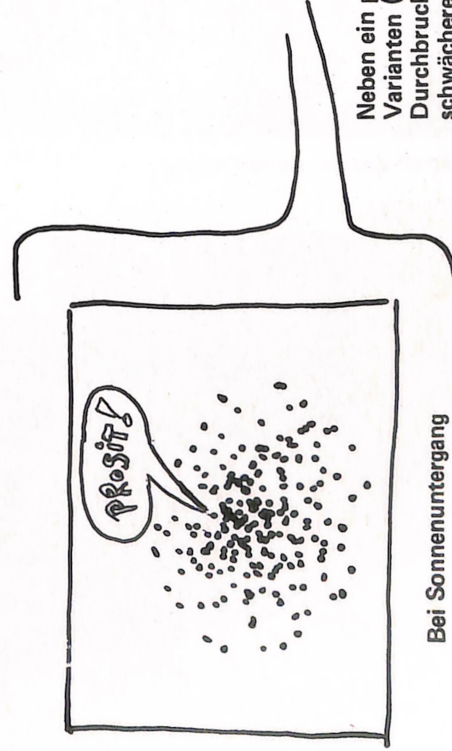
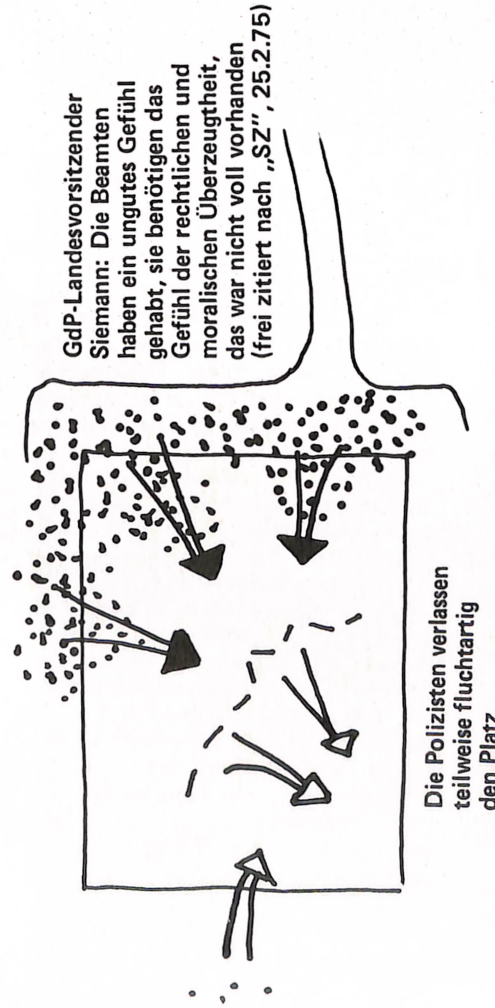
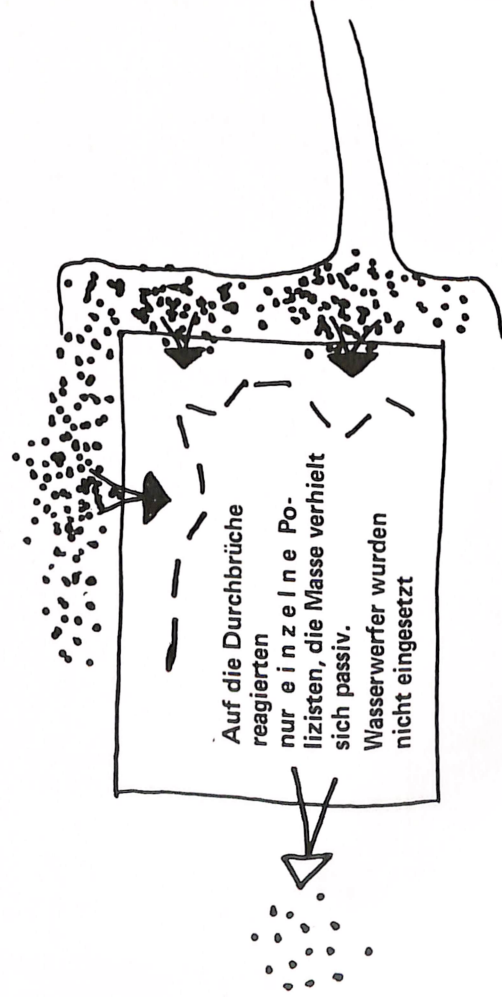
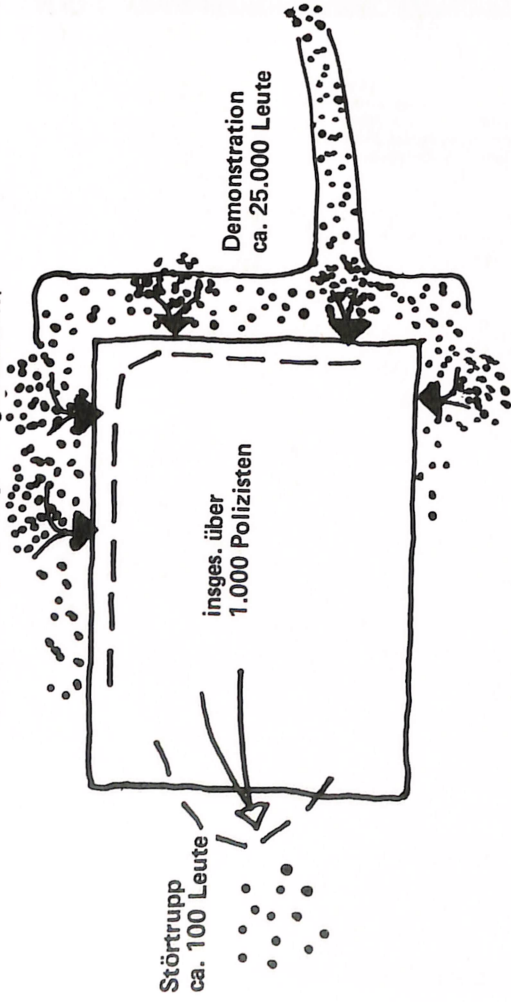


Brokdorf



WYHL 23.2.75

(Interpretation Wyhler Augenzeugenberichte)

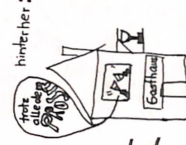
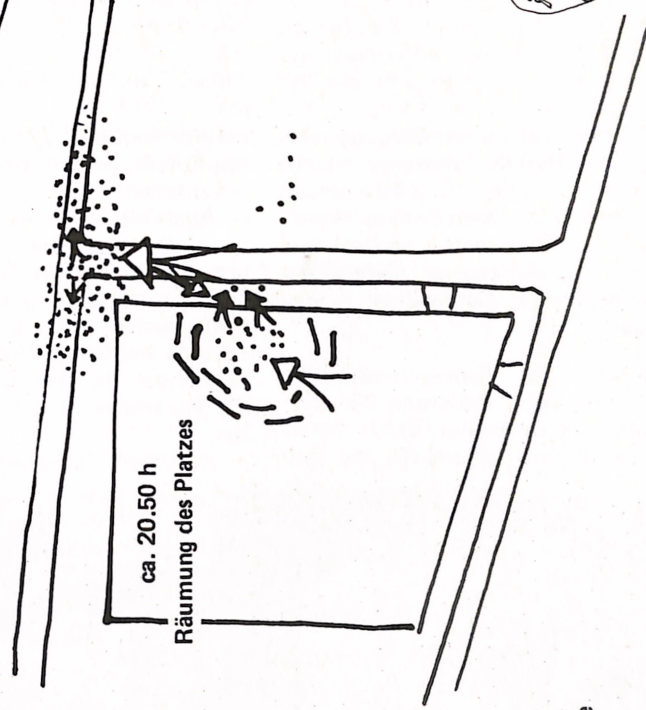
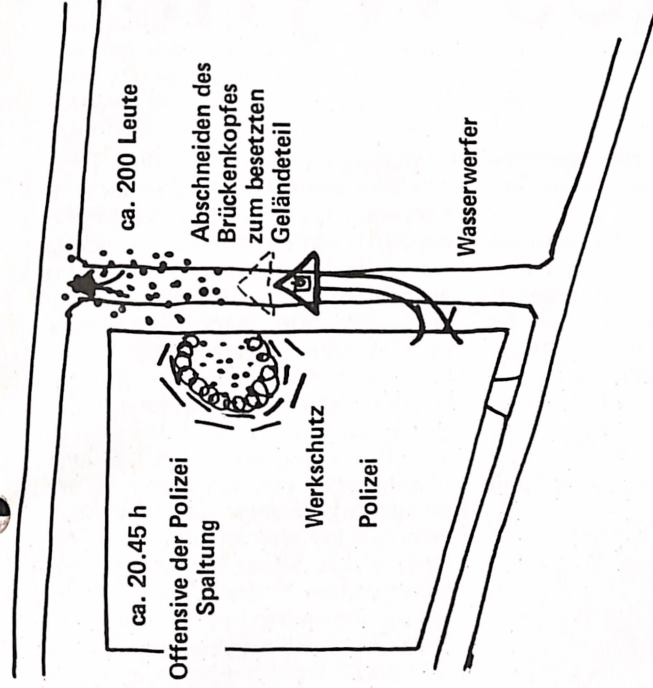
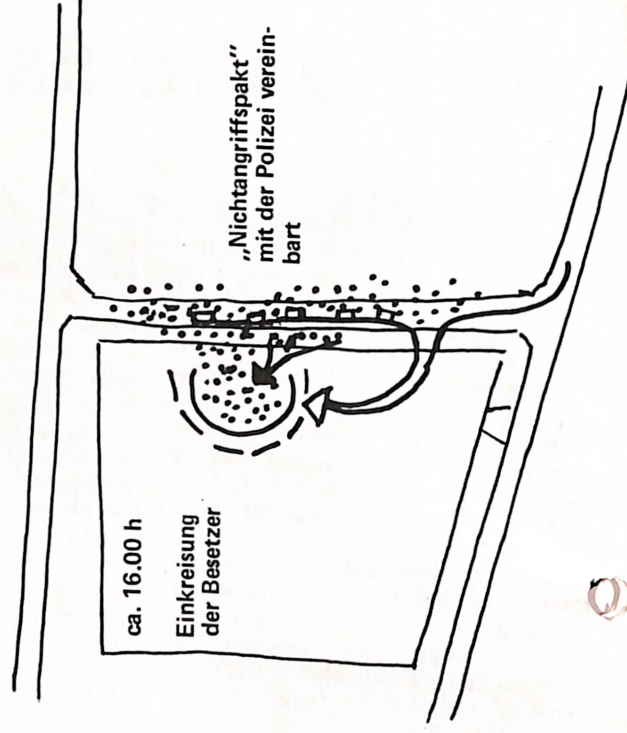
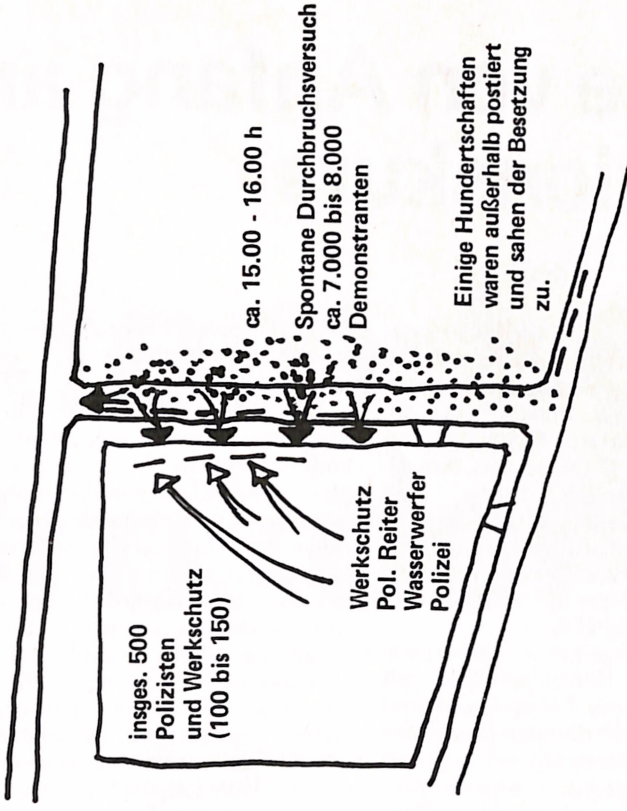


Neben ein paar kleinen taktischen Varianten (größerer Abstand der Durchbruchstellen in Wyhl, schwächere Zäune in Wyhl, schwerpunktmäßiger Einsatz der Polizeigruppen in Brokdorf, unterschiedl. Verhältnis Polizei—Demonstranten) lagen die wesentlichen Unterschiede im Vorgehen der Polizei in

1. der Entschlossenheit der Polizei
2. dem Spaltungsmanöver kurz vor

Räumung des Brokdorfer Platzes.

BROKDORF 30.10.76



»Kein zweites Wyhl«

In Wyhl wurde der Staatsapparat durch die Massenproteste überrascht und war gezwungen, auf die Besetzung zu reagieren. „Kein zweites Wyhl“ hieß für die Bourgeoisie: In Brokdorf wurde von Anfang an seitens des Staatsapparates planmäßiger vorgegangen:

— Schon die Erörterungstermine wurden nach Berichten der Bürgerinitiative Unterelbe (BUU) massiv von der Polizei terrorisiert, die Teil-

nehmer mußten z.T. einen regelrechten Speißrutenlauf durch Polizeiketten machen.

— Auch die NWK war offensichtlich in die langfristige Planung gründlich mit einbezogen. Schon lange vor dem Erörterungstermin ließ sie im Einzugsgebiet der späteren Atom-Festung tragfähige Straßen anlegen — notwendig für den Baubetrieb und die Heranschaffung von Polizeikräften.

— Zwischen Baugenehmigung und

Baubeginn lagen nur drei Tage. Alle Entscheidungen blieben bis zum Baubeginn geheim. Der Baubeginn am 26.10. samt massiver Absicherung war offenkundig vorgeplant, vom Nato-Draht bis zur Pressemitteilung. 180 Bullen, 100 „Werksschutz“-Leute mit Hunden, Wasserwerfer, Hubschrauber, Stacheldrahtumzäunung, Polizeifotografen, hermetische Abriegelung des Gebiets waren v o r b e u g e n d am Bauplatz eingesetzt. Ganz zu schweigen von den sofort zu aktivierenden Reserven der naheliegenden Polizei-Kasernen in Glückstadt, Itzehoe u.a. Schon zu diesem Zeitpunkt wurden Polizeikräfte aus anderen Bundesländern mit herangezogen, ohne daß dafür eine zwingende Notwendigkeit (kräftemäßig!) vorlag.

Wie eilig man es hatte und wie planmäßig „vollendete Tatsachen“ geschaffen werden sollten, weiß der „Stern“ vom 11.11.76 zu berichten: „Polizeibeamte des gehobenen und höheren Dienstes wurden zwei Wochen vor dem Coup in Neumünster versammelt, zu absolutem Stillschweigen den Kollegen gegenüber verdonnert und über den geplanten Einsatz instruiert“.

Laut Informationen von KKW-Gegnern aus Schleswig-Holstein sollen die Chefredakteure von „Flensburger Tageblatt“, „Kieler Nachrichten“ und „Lübecker Nachrichten“ auch vorher informiert worden sein.

Nach der ersten Kundgebung in Brokdorf, am 30.10. kam es zur „Besetzung“ eines kleinen Geländeteils, der abends von Polizei und Werksschutz geräumt wurde. Die Räumung wurde entgegen der ausdrücklichen, auch über die Massenmedien veröffentlichten Versicherung durchgezogen, keine Aktion gegen die Besetzer zu machen — wenn die übrigen vor dem Gelände abziehen!

Die Versprechungen verfolgten offensichtlich nur den vordergründigen Zweck, die Masse der Unschlüssigen vor dem Gelände von den Militanten auf dem Platz zu trennen, um später verbreiten zu können, es sei nur eine kleine Minderheit — und die mit Recht — zusammengeschlagen worden. Tatsächlich wurde nach Abzug der Masse von ca. 7.000 Menschen gegenüber den zurückgebliebenen Besetzern unglaublich gewütet. Der „Werksschutz“ wurde dabei offen als Schlägerbande (CM-Gas/Schlagstock/Hunde) eingesetzt. Im Gegensatz zu

den in Ketten auftretenden Bullen bildeten die „Werksschützer“ häufig nur Dreier- oder Vierer-Gruppen; ihr Einsatz war sichtlich unsicher — aber z.T. brutaler als der der Bullen. Besonders brutale Übergriffe der „Werksschützer“ haben sich vor der Besetzung am Zaun abgespielt. Hier setzten sie in vorderster Front CM ein, schlugen mit Latten, warfen mit Steinen usw. Ihre Hunde konnten sie zu diesem Zeitpunkt nicht einsetzen, da die Hundeführer anscheinend ungeübte Leute waren. So passierte es etwa eine halbe Stunde vor der Besetzung, daß zwei Hundeführer hinfielen

und sofort von ihren „eigenen“ Hunden angefallen wurden. Ein eigens im Bullenwagen herantransportierter Hundeführer mußte dann alle Hunde der „Werksschützer“ einsammeln und sie in den Zwinger bringen.

Wesentlich an diesen Vorgängen: Trotz massivster Vorkehrungen und Vorbereitungen v o r dem Baubeginn waren vier Tage nach Baubeginn noch keineswegs alle „Sicherheitsmaßnahmen“ getroffen; das Gelände war noch relativ leicht befestigt, die Mannschaften noch relativ nachlässig, so daß eine zeitweise „Besetzung“ durchführbar war. Die

„Atom-Festung“, wie sie später entstand, war noch nicht fertiggestellt. Darüber hinaus schlug das Einsatzkonzept der Bullen offensichtlich fehl: Sie räumten zwar unter Bruch ihres öffentlich gegebenen Versprechens und mit bestialischer Brutalität den Platz — die Absicht, zwischen „Militanten“ und „friedlichen Demonstranten“ zu spalten, erreichten sie aber nicht — im Gegenteil: Ihr Vorgehen rief eine Welle der Solidarität innerhalb der Bewegung hervor und half, die Bewegung zugleich weit in die demokratische Öffentlichkeit hinein zu verbreitern.



Die Stacheldrahtsperrren werden durchbrochen



Sicherung des Baugeländes vor dem 30.10., noch in den Anfängen





30.10.: Demonstranten überqueren die Gräben und durchbrechen den Zaun

Auf dem Platz ...



Die Bullen rücken vor



Einzelne werden in die Mangel genommen



Ausbau der Atom-Festung

Vor der ersten Demo am 30.10. war das Baugelände nur durch Nato-Draht (kreuz und quer miteinander verwickelt) und mit einem 1,50 m hohen Zaun gesichert. Hinzu kam ein noch nicht ganz vollständiger Graben rund um das Gelände – wasserlos.

Nach dem 30.10. wurde in Zusammenarbeit zwischen NWK, Bau-firmen und Bullen fieberhaft der Ausbau der Festung beschleunigt. Eine besondere Frechheit war dabei die „Dienstverpflichtung“ privater Bau-firmen, d.h. die Mobilisierung von „Zivildienstleistungen“ zum Auf-bau dieser Festung, ohne oder gegen den Willen der von ihren Firmen bei Nacht und Nebel eingesetzten Bau-arbeiter. So wurden Kollegen der Hamburger Bau-firmen H.C. Hage-mann Hochbau, Ernst Dreyer Hoch-bau und Meyer-John Tiefbau bereits in der Nacht vom 30./31.10. nach Brokdorf transportiert. Der Bestim-mungsort war ihnen nicht bekannt. Alle drei Firmen bekommen Auf-träge seitens der HEW. Der Einsatz weiterer Firmen in diesem Sinne ist noch nicht bekannt geworden, jedoch als sicher anzunehmen und zu enthüllen. Nach Schätzungen von NDR II waren zum Baubeginn am 26.10. ca. 100 Bauarbeiter auf dem Gelände. „Sozial“minister Clausen spricht von 300 bis 400 Bauarbeit-ern. In der Endphase des Baus sol-len es ca. 1.000 sein – die werden nicht alle freiwillig kommen, sondern durch hohe Bestechungsgelder oder auf Druck.

Mit den derzeit für die Bourgeoi-sie verfügbaren organisatorischen Kräften war es möglich, innerhalb von 1 1/2 Wochen die Festung ge-gen Besetzungsversuche mit her-kömmlichen Mitteln zu sichern:

Gräben: An der Deichseite wurde ein zwei Meter breiter Wassergraben mit steiler Böschung ausgebaggert (die angrenzende Straße ließ keine größere Breite zu). Auf den von der Straße abgewendeten Seiten des Ge-ländes sind die Gräben ca. acht Me-ter breit.

Zäune und Mauern: Der Zaun an der Deichseite wurde besonders stark be-festigt (wahrscheinlich wegen der ge-ringen Grabenbreite). Hier steht der Zaun (Eisenrahmen, mit Draht be-spannt und durch Querverbindungen mit Eisenstäben stabilisiert) auf einer ungefähr 2,50 m hohen Betonmauer, die durch Doppel-T-Träger gehalten wird (siehe Abb. S. 13). Ansonsten wird das gesamte Gelände durch den

beschriebenen Zaun abgesperrt (siehe Abb. S. 13). Anscheinend ist eine rie-sige Nato-Drahtrollenfabrik aus-geräumt worden, denn wo nur Platz ist, überall am Festungszäun ist Nato-Draht ausgelegt (siehe Abb. S. 13). **Straße:** Zum reibungslosen Verkehr innerhalb des Geländes ist eine Ring-straße für Wasserwerfer, Bullen-Mann-schaftswagen usw. angelegt worden. Bezeichnend für das gesamte Manö-ver ist die Tatsache, daß auch nachts gebaut wurde. Polizei, „schutz“ war ständig anwesend.

In der dritten Phase des Ausbaus, nach der Demonstration am 13.11., wurden weitere Verstärkungen an dieser Anlage vorgenommen.

Es wurde ein zweiter Zaun inner-halb des Geländes gezogen, mit Nato-Draht. Die Gitter des äußeren Zau-nes wurden z.T. geflickt und dann rundherum durch senkrechte Band-eisen im Abstand von 20 cm ver-stärkt. Der Nato-Draht wurde stärker gegen eventuelles Herunterreißen ge-sichert. Das Gelände um die Festung herum ist in absehbarem Umkreis von jeglichem Gegenstand geräumt worden, der in irgendeiner Form eine Waffe gegen die Befestigung abgeben könnte – immer wieder werden Trupps von Bauarbeitern unter Füh-rung der Werkschutztypen zum „Müllsammeln“ und „Planieren“ rund ums Gelände gejagt.

Kleinere Veränderungen der Anla-ge werden ständig vorgenommen. Eine genaue aktuelle Begehung vor jeglicher geplanten Aktion ist uner-läßlich!

Sowohl außerhalb als auch inner-halb des Geländes patrouillieren stän-dig Doppelstreifen (innerhalb: Werk-schutz, teilweise mit Hund), außer-halb: Polizei- und Werkschutzdoppel-streifen), alle sind mit Sprechfunkge-räten ausgerüstet. Die beiden Tore werden von sechs bis acht Werkschüt-tern kontrolliert. Der eingehende Verkehr ins Gelände muß sich durch Papiere ausweisen. Um das Gelände herum schnüffeln auch reichlich „Zi-vile“ mit und ohne Hund.

Auf dem Gelände befinden sich ca. 50 Hundezwinger – wieviele Hun-de ist nicht bekannt.

Darüberhinaus gehörten längere Zeit vier Wasserwerfer zur alltägli-chen Bewachung, die an der Nord-west-Seite auf der Ringstraße placi-ert waren. Die konnten offenbar direkt von der Ringstraße aus in der Nord-

Ost-Ecke des Geländes aus einem auf dem Bauplatz angelegten Brunnen versorgt werden. Die Wasserwerfer sind gegenwärtig nicht auf dem Ge-lände.

Inzwischen ist die ständige Besat-zung des Bauplatzes auf eine halbe Hundertschaft reduziert.

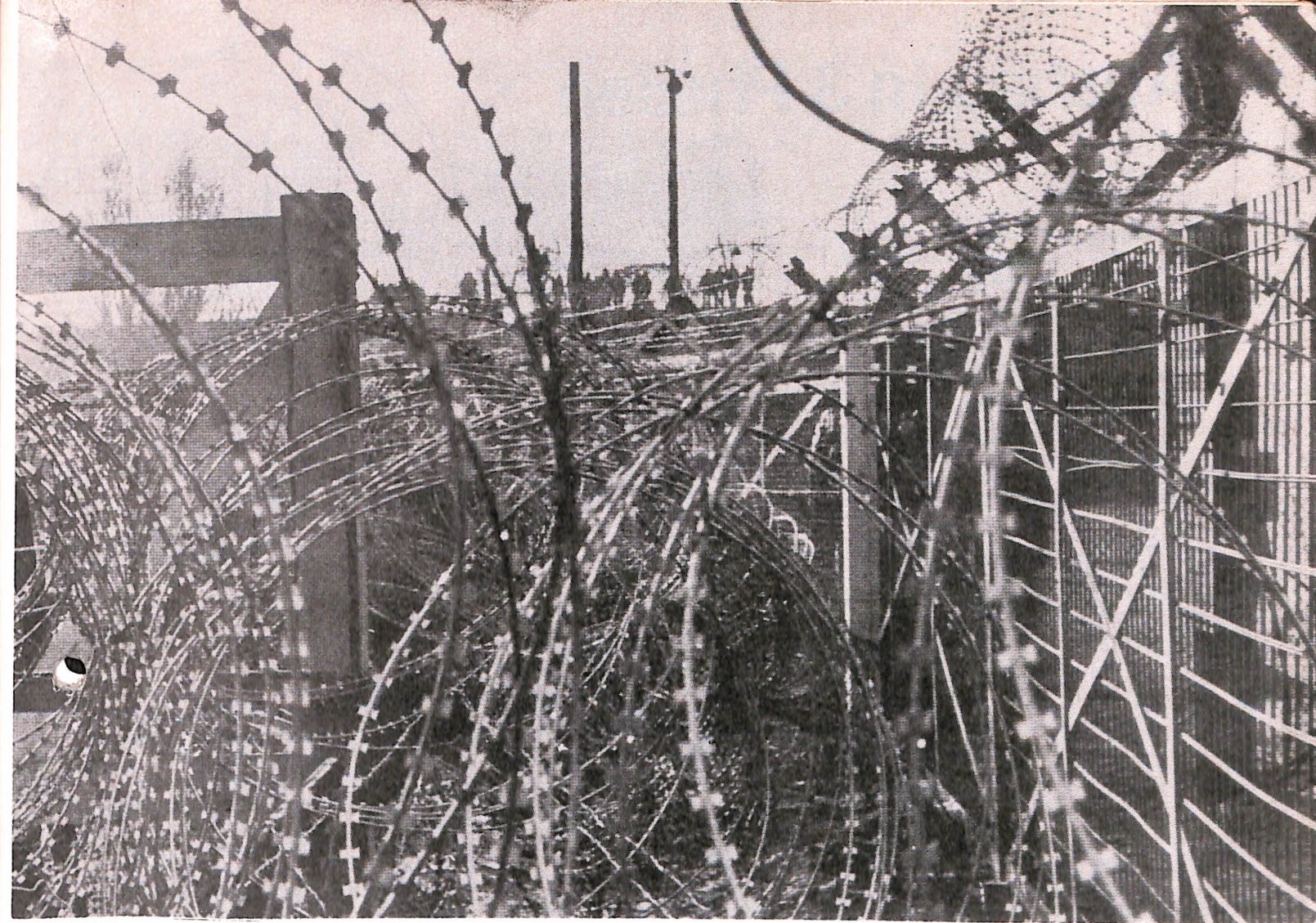
Die Bewachung soll in der Regel wohl von den „Werkschützern“ wahr-genommen werden. An Sonn- und Feiertagen wird die Mannschaft regel-mäßig durch weitere Polizeireserven verstärkt.

Eine Platzbesetzung kann heute nur dann eingeleitet werden, wenn die Demonstranten den Zaun durch-brechen. Die Zaunkonstruktion ist dementsprechend angelegt:

1. Durch die Gräben (alle Leitplan-ken sind mittlerweile von den Bul-len entfernt worden, bis auf die an der Südseite zwischen Deichstraße und Mauer). Mit steiler Böschung (80 Grad), durch überhängende Nato-Draht-Rollen und Stacheldrahtzäune wird das Betreten des anderen Gra-benufers nahezu unmöglich gemacht.
2. Zwischen Zaun und Graben gibt es kaum Bewegungsmöglichkeiten, da der Raum durch Nato-Draht, der mit Pfählen befestigt ist, ausgelegt worden ist.
3. Das Überklettern des Zaunes ist durch überhängenden Nato-Draht sehr erschwert.
4. Das Herunterspringen vom Zaun ist ziemlich unmöglich, weil hinter dem Zaun ebenfalls Natodrahtrollen ausgelegt sind.
5. Das Zerschneiden des Zaunes ist wegen der Bandeisen unmöglich.
6. Die Gräben lassen sich jetzt flut-en.

Wohnwagen, Baumaschinen usw. ha-ben im Zusammenhang mit den Si-cherungsmaßnahmen kaum Bedeu-tung. Ihr Standort, Zahl u.a. ändert sich ständig. Insbesondere gegenwärtig ist die Mitte des umzäunten Ge-ländes wegen Aufschwemmung kaum begehbar.

Von besonderem Interesse und auch besonders bewacht durch stän-digpatrouillierende Hundedoppelstreifen, sowie am 13.11. dicht abgezäunt durch Nato-Draht, war die Pump- und Pontonanlage auf der Elbseite des Geländes. Sie lag außerhalb des Baugeländes auf und am Deich und war offenbar ein besonders angreif-barer Punkt. Inzwischen ist die Pontonanlage demontiert. Trotzdem bleibt die Deichseite wegen der zwi-schen Deich und Gelände liegenden



Der Zaun ... noch ohne Bandeisenverstrebung ▲

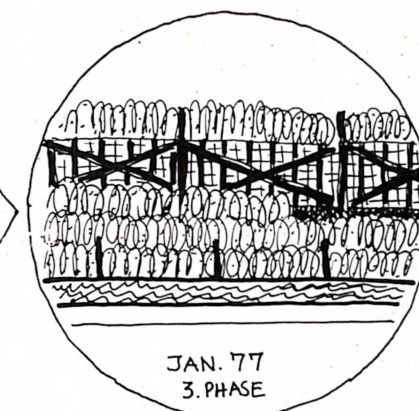
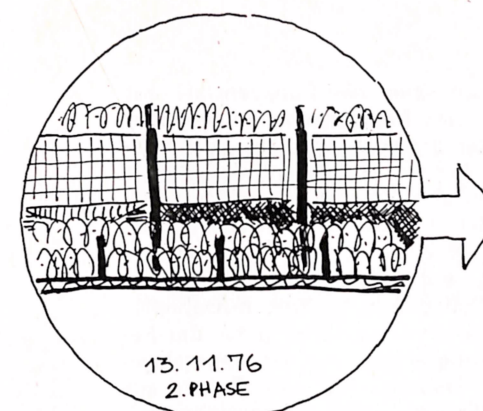
8 m-Graben auf der Ostseite ▼



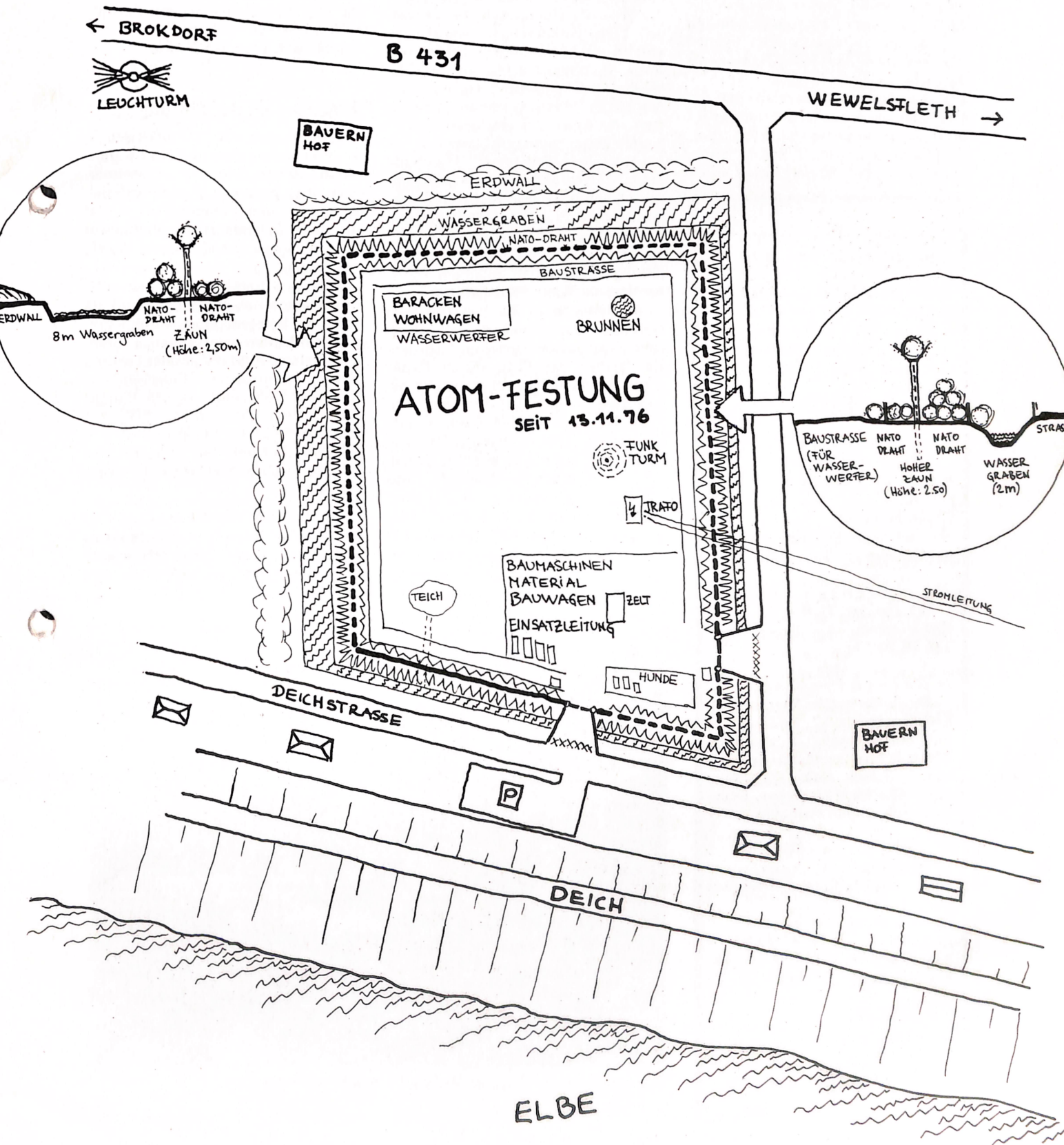
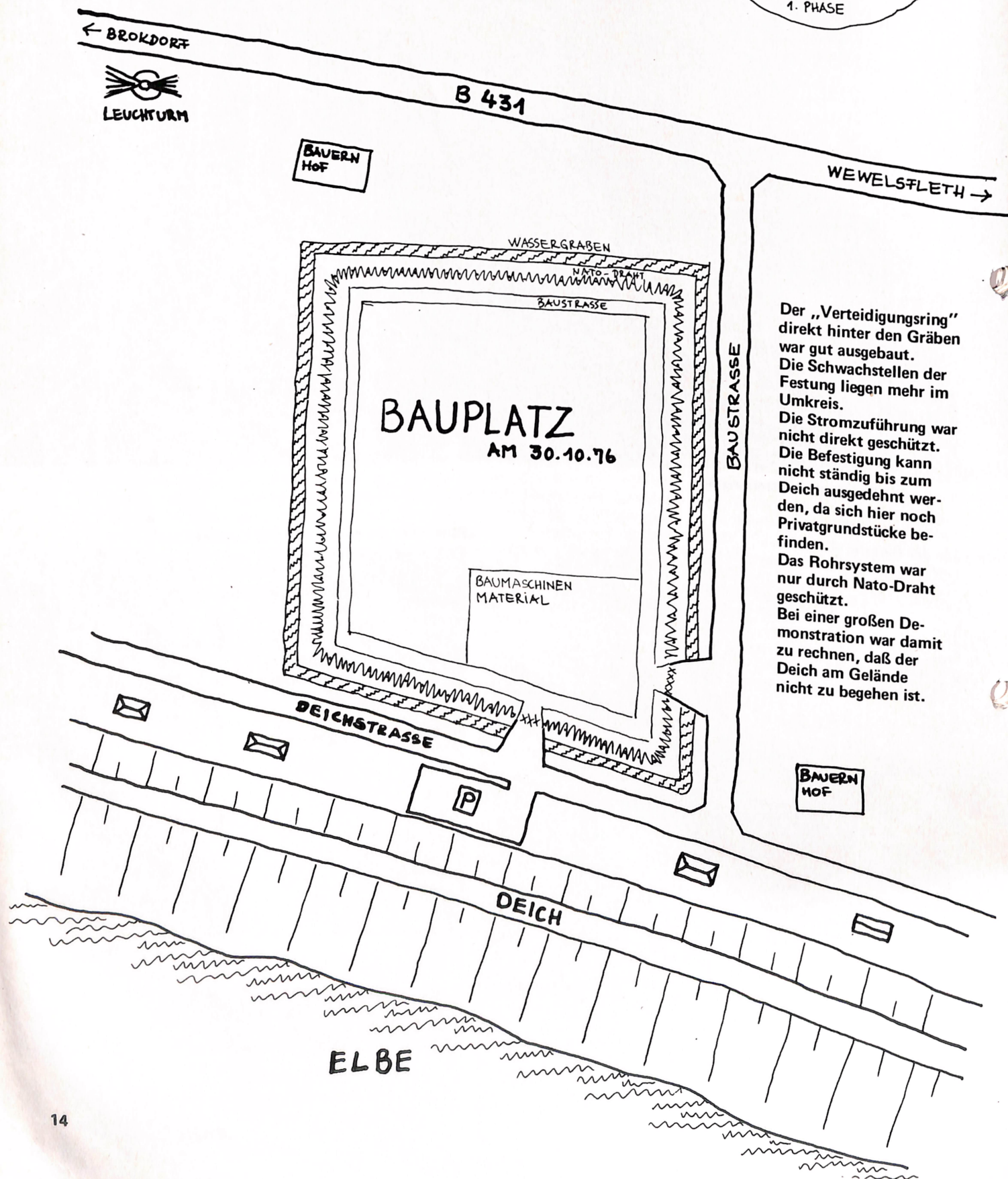
Blick über die Mauer von der Deichseite ▼



Ausbau in 3 Phasen



Mauer und Zaun sind mit Doppel-T-Trägern fest im Boden verankert.
Die Betonmauer versperrt die Sicht in das Gelände.
Die Nato-Drahtrollen sind fest mit dem Zaun verschweißt. Sie werden zusätzlich durch Bandeisen gehalten.



Privathäuser ein schwacher Punkt in der Befestigung. Es ist zu erwarten, daß die Deichstraße wieder beidseitig mit Nato-Draht abgeriegelt wird.

Der technische Betrieb der Festung

Der technische Betrieb der Atom-Festung ist bis heute nicht autonom, und zwar:

1. Versorgung der Bauarbeiten mit Rohstoffen und Baumaterialien ist an befahrbare Zufahrtsstraßen gebunden, sowie an williges Personal. Es ist also notwendig, weiter als bisher die Zufahrtsstraßen auszukundschaften und in den entsprechenden Firmen die mögliche Anti-KKW-Propaganda zu entfalten.

Die Autonummern verraten, daß die Montagetrupps aus allen Bundesländern bunt zusammengewürfelt sind. Die Bauarbeiter in Brokdorf gaben selber an: „Wir Bauleute sind nicht

gerne hier. Wir müssen ja hingehen, wo unsere Firma uns hinschickt, sonst verlieren wir unsere Arbeit“ („UZ“, 13.11.76). Die Bauarbeiter müssen in der Umgebung wohnen, sowie sich verpflegen lassen. Bei solchen Bedingungen müßte es möglich sein, die Festung auch „von innen“ zu bearbeiten.

2. Die Stromversorgung erfolgt von außerhalb über Hochmasten zu einem Transformator im Gelände, der auf einem Gerüst steht. Bei Stromausfall verfügt man offenbar über Notstromaggregate, wie aus Augenzeugen – sowie aus Bullenberichten hervorgeht. Die Baumaschinen werden, so scheint es, autonom mit Strom versorgt. Zumindest stand an der Elbeseite ein „Elbe-Strom“-Aggregat. Innerhalb der Festung stehen Lichtmasten. An ihnen sind Halogen-Scheinwerfer mit Steinschutzgittern sowie Lautsprechern angebracht. Durch die Scheinwerfer läßt sich das Baugelände auch in der Nacht fast taghell ausleuchten. Der Strom für diese Anlagen wird nicht innerhalb des Geländes erzeugt. Er wird über eine Hochleitung von außerhalb zu einem Transformator auf dem Platz geführt.

Mittlerweile ist für den täglichen Gebrauch ein Funkturm aus Stahlrohrkonstruktion errichtet worden. Ein Wagen der Post, durch Gitter gegen Steinwurf gesichert, steht neben diesem Turm. Bei Aktionen wird zusätzlich eine mobile Funkzentrale eingesetzt. Über „offenen Polizeifunk“ geht nur das sogenannte „small talk“, d.h. Kleinsprechverkehr, also von Posten zu Posten, wie bei einer Gegensprechanlage. Das Small Talk ist abhörbar, deshalb werden auch keine taktischen Anweisungen oder Befehle über diesen Funk gegeben. Die taktisch wichtigen Funksprüche

werden über die Funkzentrale auf speziellen Frequenzen und über Zerkoder gesendet. D.h., die Funksprüche werden von einem Codiergerät in einzelne Impulse zerhackt und gesendet. Auf der Empfängerseite werden die Impulse durch ein ähnliches Gerät entschlüsselt. Trotzdem ist es sinnvoll, den Bullenfunk abzuhören.

3. Die Essensversorgung für die Festung erfolgt aus den nahegelegenen Städten. Für die Bullen aus Glückstadt, für die Bauarbeiter aus Hamburg. Nach Angaben der BUU haben sich Brokdorfer Kneipiers geweigert, die Verpflegung der Festung zu übernehmen, – bis auf eine Würstchenbude direkt am Gelände.

Außenposten der Festung

Zum Aufbau der „Atom“-Festung gehören auch Außenposten. In „normalen“ Zeiten findet ein unregelmäßiger, aber laufender Verkehr offizieller und privater Bullen-PKW's in und aus dem Gelände statt. Mindestens ein Funkwagen ist als mobile Wache unterwegs.

Wie weit Verkehrsleitstellen auch im Alltagsbetrieb einbezogen sind, ist nicht zu belegen. Über Funk, Verkehrskontrollen oder sonstige Frühwarnsysteme sind die um die Festung herum stationierten Reserven der Schleswig-Holsteiner und Hamburger Bereitschaftspolizei sowie BGS auf dem Landweg in wenigen Stunden, auf dem Luftweg (als Eingreifkommando) in einer Viertelstunde heranzuführen.

Nach Informationen der BUU sind die örtlichen Bullen im Gegensatz zu Wyhl nicht in den Brokdorf-Einsatzplan einbezogen, – bestenfalls ihre technischen Mittel!



Bewacher vor der Festung: Bullen, Werkschutz, Rotes Kreuz

Heranziehung parapolizeilicher Hilfskräfte

1. Durchführung der Übung Schleswig-Holsteins. – Eine Woche vor der Demo am 23./24.10.76 ließ Innenminister Titzck unter seinem persönlichen Kommando eine der größten „Katastrophenschutzübungen“ der letzten Jahre durchführen. An der Übung probten Einheiten der Bundeswehr, Polizei, Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, die örtlichen Feuerwehren (!), u.a.m. sowie auf Kreisebene „Verbindungsbeamte für Land- und Wasserwirtschaft“ ein Zusammenspiel ihrer Arbeit. Außerdem waren ca. 10.000 Helfer, davon 8.000 „freiwillig“, beteiligt. Eingesetzt wurden bei der Übung sämtliche Führungskräfte des Landes, etwa 1.800 Mitarbeiter auf Bundes-, Landes und Kreisebene, die in 139 Dienststellen den Katastrophenfall durchspielten („Husumer Nachrichten“, 25.10.76).

Die Übung war in zwei Teile untergliedert. Am ersten Tag wurden Rettungsübungen und die Unterbringung von „Obdachlosen“ durchgespielt. Am zweiten Tag wurde ein „Unfall“ simuliert, bei dem radioaktive Verseuchung angenommen wurde; die „Verseuchten“ kamen in Zelte und wurden mit Kernseife (!!) und Abtrocknen (!!) „nachbehandelt“ – wahrlich eine tolle „Schutz“-Übung gegen radioaktive Verseuchung.

Im Licht dieser Übung wird auch der zwangsweise Einsatz von Bauarbeitern zu Festungsarbeiten in Brokdorf noch durchsichtiger:

„Erstmals in der Bundesrepublik die Zusammenstellung einer Bergungsräumgruppe aus Firmenfahrzeugen unter anderem aus Tiefladern, Kippern, Kombis ... was bei Katastrophen den Abruf von Material und Personal auch aus der freien Wirtschaft ermöglicht“ („Flensburg Avis“, 20.10.76).

Der Leitungsstab für die Wilstermarsch befand sich in Brokdorf. Vor diesem Hintergrund (Brokdorf) dürfte wohl auch die ganze Übung zu sehen sein. Denn der Zeitpunkt, der hier gewählt wurde, war eine Woche vor der ersten Demonstration. Von den örtlichen Feuerwehren weiß man, daß sie nichts weiter verstanden, als daß „KKW-Alarm“ sei.

Übrigens: – Hunde des „Werkschutzes“ wurden aus Hannover mit einem Mann-



Im Gemeindezentrum Brokdorfs war die Abschnittsleitung der Wilstermarsch untergebracht. 24 Stunden ohne Schlaf, man sieht's den Männern regelrecht an...

schaftswagen des THW-Stade am 26.10. nach Brokdorf geschafft. Der Boß des THW-Stade ist ein „guter persönlicher Bekannter“ des Inhabers der „Werkschutz“-Firma Wako-Nord. Der Wagen wurde am folgenden Wochenende während des THW-Dienstes von den THW-lern saubergemacht.

2. Weitere Maßnahmen der Landesregierung, die Wilster-Marsch so recht in „Katastrophen-Stimmung“ zu versetzen: Seit ca. zwei Wochen vor dem 13.11. wurde in der gesamten Wilster-Marsch der Telefonverkehr überwacht. Zeitweise fiel er für bestimmte Gebiete ganz aus. Es ist belegt, daß während dieser Zeit Manipulationen am Netz vorgenommen wurden. Aus einigen Berichten geht hervor, daß man plötzlich eine Polizeidienststelle im Gespräch hatte oder mitten im Gespräch gestört wurde.

In ca. 10 km Umkreis wurden alle Zufahrtsstraßen überwacht, teilweise durch Patrouillen oder stationäre Posten. Alle Autos, die ins Sperrgebiet einfuhren, wurden registriert und überprüft. Die Straße ums AKW-Gelände durfte nur mit Passierschein befahren werden, sonst wurde man nicht durchgelassen. Die Anwohner wurden systematisch terrorisiert. Nachts wurden von den Bullen die Höfe ausgeleuchtet und durchsucht. Diverse Sachen, die man etwa für eine Platzbesetzung brauchen könnte, wurden „beschlagnahmt.“ Alle verdächtigen Personen wurden bespitzelt, d.h. die Anwohner wurden beobachtet, fotografiert und ausgefragt.

Sogar in den Kneipen lungerten Polizeispitzel herum und versuchten die Leute auszufragen. Besonders „verdächtige“ Personen – so zum Beispiel Mitglieder der BUU – wurden auch über längere Zeiträume beschattet. Diese Taktik der offenen Bespitzelung zielt in erster Linie darauf ab, die Bevölkerung einzuschüchtern, damit sie sich nicht am Kampf gegen das AKW beteiligt.

Laut „Stern“ betrieb die staatliche Spitzelleitstelle (VS) in den Tagen vor der ersten und zweiten Demonstration die sogenannte „Tot-Observation“ bei den umliegenden Bauern, d.h. sie wurden auf Schritt und Tritt beschattet (laut Aussage eines VS-Chefs).

3. Der offene Einsatz von „Werkschutz“ als parapolizeiliche Hilfs- und Schlägertruppe.

National-Zeitung
Donnerstag, 1. November 1976

OBJEKT U. WERKSCHUTZ

Engelbert H. Gaul

Tag und Nacht dienstbereit.

Abt. I und II

Einsatzgruppen – uniformiert und zivil – übernehmen Objektschutz und Personenschutz, bewaffneter Kundendienst, bewaffnete Transportbegleitungen, Geldtransporte, Lebewachdienste.

Bewachung und Kontrolle von Wertpapieren mit eigener dafür abgerichteter Wache und Einsatz von modernen Funksprechanlagen.

Einsatzorte: In- und Ausland.

Fordern Sie ein Angebot sowie unser Dienstleistungsprogramm an.

Einsatzleitung:
8403 Fliesen 3, Postfach 15, Tel. (06669)

(aus: „die tat“, 27.9.76)

Nach eigenen Beobachtungen lassen sich bereits eine Reihe von Firmen aufzählen, die sich am KKW-Bau eine goldene Nase holen wollen:

– Nordkran Transport alias Thömen: Schwertransport, auch in der Speditionsbranche tätig.

2102 Hamburg 93, Stenzelring 26

– Johannes Mathiesen Straßen und Tiefbau

Husum/ am Hasselberg Tel 7085 hat noch eine Mischanlage in Großfahrendshöft (bei Husum) und hat noch ein Werk Mathiesen-Gußasphalt, Tel. 3838;

– Sönnichsen – Görtz Straßen und Tiefbau

Kiel-Holtenau, Am Jägersberg 2 Tel. 36 20 11;

– Wayss & Freytag

Straßenbetonbau/Baugeschäft Kiel, Goethestr. 12, Tel 51421 mit Niederlassung in Hamburg Wayss & Freytag; Stahlbetonbau, HH 1, Lange Reihe 29; Lager und Maschinenfertigung sowie Fertigteiltwerk in Hamburg;

– Held & Franke Baub. AG

Kiel, Geschäftsstelle Wilhelmplatz 4; Tel 12490 Niederlassung: Hamburg 13, Hallerstraße 57; Tel 44 80 83 Lager: Hamburg 74, Werner Siemensstraße 49; Tel 44 65 13

Des weiteren:

– Philipp Holzmann
– Moenck
– Koerner
– Kruse, (Heide)-Sand
– Ernst Karl, (Husum)-Sand



Wachmänner mit Schäferhunden
"sichern" die Baustelle

Am 11.11. wußte der „Stern“ zu berichten, daß die „Werkschutz“-Typen vom VS vor ihrer Einstellung überprüft wurden. Nach einer Meldung der „UZ“ (11.11.) wurden Z-12-Feldjäger für diesen Job gesucht. Untermuert wird die Meldung durch eine Anzeige der „Werkschutz-GmbH“ in der Zeitschrift „Bundeswehr“ (11/76).

Laut „Hamburger Morgenpost“ vom 5.11, gaben sich die Betreiber von KKW's inzwischen eine Streitmacht von über 3.000 Mann zugelegt. Diese para-polizeiliche Hilfsgruppe soll laut Wüstenhagen (Sprecher des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen) eine einheitliche Ausbildung sowie einen Generalstab für Energieversorgungsunternehmen haben.

Der Bundesverband der Bürgerinitiativen hat eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, auf welcher Rechtsgrundlage der Einsatz solcher Verbände erfolgt. Antwort nicht bekannt. Am 26.10.76 patrouillierten bereits über 100 privater Wachmänner mit bissigen Hunden hinter dem Zaun auf dem Innenring des Baugebietes („Hamburger Morgenpost“, 27.10.76). Nach Augenzeugenberichten scheint es Aufgabe des „Werkschutzes“ zu sein, die Dauersicherung des KKW-Baus in Brokdorf zu übernehmen. Nicht bekannt ist bis heute, ob die anfahrenenden Firmen ebenfalls vom „Werkschutz“ gesichert werden. Die ständige „Werkschutz“-Besatzung scheint bei etwa 100 Mann zu liegen.

Laut „Zeit“ (19.11.) waren am 13.11. rund 450 „Werkschützer“ auf dem Gelände der „Atom-Festung“ ausgerüstet mit „chemischer Keule“, Schlagstock, Funkgeräten und Hunden, Bundeswehnparka und Helmen.

Dem hannoverschen Studenten Ulrich Bachmann bot sich eine außergewöhnlich günstige Möglichkeit zur Verbesserung seines knappen Monatsgeldes. Die Jobvermittlung des Arbeitsamtes Hannover teilte ihm mit, für die Zeit vom 25. Oktober bis zum 4. November werde ein Werkschützer gesucht; Näheres könne er in der Heeresoffizierschule beim „Wachkommando Nord“ erfahren. Wehrdienstverweigerer Bachmann begab sich auf Bundeswehrgelände, wo ihm ein Herr Szymanski erklärte, was es bei dem angebotenen Job zu verdienen gebe: pro Tag 188 Mark und zusätzlich noch ein Essen- und Trennungsgeld von 25 Mark, für alle zehn Tage zusammen also fast 2000 Mark.

„Anfänglich“, so berichtet Bachmann, „verriet er mir nur, daß ich in diesen zehn Tagen ganzzeitig zur Verfügung zu stehen hätte, das Arbeitsstelle nicht in Hannover, sondern nördlich davon liegen würde und daß ich in dieser Zeit das fragliche Gelände nicht verlassen dürfte.“ Doch der Student wollte mehr wissen, und da Szymanski den Besuch offenbar als willkommene Abwechslung im lang-

weiligen Wachdienst empfand, kamen im Laufe eines dreistündigen abendlichen Gesprächs immer mehr Einzelheiten heraus: Es gehe um die Bewachung der Bauarbeiten für einen Atomreaktor an der Untereibe. Das „Wachkommando Nord“, ein Privatunternehmen eines Herrn Schmidt, das auch die hannoversche Heeresoffizierschule bewache, werde an den Einfahrten zur Baustelle unbewaffnete Pförtner postieren; außerdem würden neun Patrouillen von je zwei Mann das Gelände kontrollieren, die folgendermaßen ausgerüstet seien: Uniform, Funkgerät, Gummiknüppel und Schießfernde. Ein besonderer Bereitschaftsdienst verfüge zusätzlich über eine Art Tränengas.

Auf die Frage, warum die Leute über das Arbeitsamt gesucht würden, antwortete Szymanski, es gehe nur um zwei Männer, die noch gebraucht würden. Eigentlich sei das Projekt längst organisiert, aber der Verfassungs-

— so meldete eine Nachrichtenagentur — war am letzten Dienstagmorgen wenige Stunden nach Erteilung der Baugenehmigung das Gelände des geplanten Kernkraftwerks Brokdorf in eine Baustelle verwandelt und nach kurzer Zeit mit einem kaum übersteigbaren Zaun umgeben worden. Zur Begründung hieß es, ein erweiterter „Zugriff“ der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, die nach Wähler-Muster eine Baustellenbesetzung angekündigt hatte, sei damit verhindert worden.

Karl-Heinz Schmidt, Chef des „Wachkommandos Nord“, mit Sitz in Stade, gab der FR Auskunft über die Aktion in Brokdorf: „Wir vertreten den Hausherrn auf seinem Eigentum. Draußen ist die Polizei zuständig.“ Die Zufahrtsstraßen zum Baugebiet seien dennoch sperren sollten, ans Gelände von der Polizei abgeriegelt worden. Aber für den Fall, daß Protestierer es heranzukommen, seien 140 Männer des

„Wachkommandos Nord“ im Einsatz. Drei Viertel von ihnen, erklärte Schmidt, seien fest bei ihm angestellt, aber auch die vorübergehend Beschäftigten seien sämtlich von Verfassungsschutz überprüft und für unbedenklich befunden worden. Die Hunde — „alle aus meinem eigenen Bestand, ich habe 150“ — seien auf den Mann dressiert: „Ich wünsche niemandem, daß er damit Bekanntheit macht.“ Die Anwendung der chemischen Keule komme nur zum Zweck der persönlichen Abwehr bei erster Bedrohung der Wachmänner „durch eine Meute von 30, 40 Berufsdemonstranten“ in Frage.

„Ich habe sehr viele Bundeswehrepoten“, erklärte Schmidt. Mit über 1000 Beschäftigten sei seine Firma das zweitgrößte Werkschutzunternehmen Niedersachsens, daneben gebe es mehrere kleine. Die Ausbildung der Wachmänner mit Lehrgängen in Schulen des „Verbandes für die Sicherheit in der Wirtschaft“ entspreche der Ausbildung von Polizisten.

Die Frage, ob sein Gewerbe expandiere, beantwortete Schmidt mit freudigem Ja. ECKHART SPOO (Hannover)

„Frankfurter Rundschau“ vom 1. Nov. 1976

Werkschutz in Aktion (30.10.76)



**WAKO
NORD**



Ihr neues Berufsziel Einsatz- und Werkschutzleiter in großen Industriebetrieben

Wir sind ein bekanntes Werkschutz- und Sicherheitsunternehmen im Raum Niedersachsen/Hamburg/Schleswig-Holstein.

Eine unserer Hauptaufgaben besteht in der Sicherung großer Industriebetriebe nach modernsten Erkenntnissen des Industrieschutzes (z. B. Kernkraftwerke, Chemie etc.).

Ein eingespieltes Führungsteam garantiert den reibungslosen Ablauf aller Sicherungsmaßnahmen von der Konzeption bis zur Durchführung aller Werkschutzaufgaben.

Wir erwarten von unseren Führungskräften neben Einsatz und Kontaktfreudigkeit ein umfangreiches Fachwissen im Werkschutz sowie absolute Qualitäten in der Personalführung. Wir bieten eine krisensichere und gut dotierte Position sowie zufriedenstellende Aufstiegsmöglichkeiten.

WACH- u. KONTROLLDIENST NORD GMBH, 2160 STADE,
Im Neuwerk 5, Tel.: (041 41) 618 17 oder 618 21 oder 618 44

Gehören Sie zum Führungspersonal (Offizier- oder Feldwebelrang) der Bundeswehr (z. B. Feldjäger) oder des Bundesgrenzschutzes, verfügen Sie über fundierte Sachkenntnisse auf den Gebieten der Personalführung, Personalverwaltung, Umgang mit technischen Hilfsmitteln, des Strafrechts in der Bekämpfung von Terror und Sabotageakten u. a. m., bieten wir Ihnen eine umfangreiche Werkschutzausbildung durch versierte Fachdozenten. Nach einer erfolgreichen Abschlussprüfung vor der Industrie- und Handelskammer werden Sie mit verantwortlichen Führungsaufgaben innerhalb unseres Sicherungsbereiches betraut.

Sind Sie an unserem Angebot interessiert, bitten wir um Ihre schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf, Lichtbild und Angaben Ihrer Fachkenntnisse.

Anzeige in der Zeitschrift „Die Bundeswehr“: Feldjäger für die Privatarmee der Energiekonzerne gesucht.

Wachkommando- Nord / Stade

- Chef: Karl-Heinz Schmidt;
- zweitgrößtes Bewachungsunternehmen Niedersachsens;
- Über 1.000 Beschäftigte, davon 75 % fest angestellt, alle vom „Verfassungsschutz“ überprüft;
- 150 scharfe Hunde;
- in Brokdorf:
- 140 Mann und Hunde;
- Ausrüstung: Kleinfunkgerät, Schlagstock, „chemische Keule“, (Pistole?);
- Bezahlung in Brokdorf: 2.000 DM für zehn Tage!
- Weitere Kunden: Bundeswehr u.a. Heeres-Offiziersschule/Hannover.
- Ausbildung bei: „Verband für die Sicherheit in der Wirtschaft“ („FR“, 1.11.1976).

An der Ausbildung sind beteiligt: DGB-Funktionäre (!), Soldaten, Kripoleute, Verfassungsschutzleute, Juristen und „Leute aus der freien Wirtschaft“.

Für den Einsatz in Brokdorf wurde offenbar eine besondere Mannschaft schnell zusammengestellt, die zum Teil – wie ihr unsicheres und „überbrutales“ Vorgehen beweist – nicht einmal die normale „Werkschutz“-Ausbildung bekommen zu haben scheinen. Ohnehin ist der „Werkschutz“ bisher mehr für den Einzelsatz im Spitzeldienst ausgebildet als für die offene Konfrontation im Einsatz gegen Demonstrantenmassen. Die Leute in Brokdorf wußten bei der Einstellung zum Teil nicht einmal, gegen welchen Gegner sie antreten sollten!

In der Führung der Mannschaften gibt sich die Wako-Nord-Leitung einen überaus demokratischen Anstrich: So sagte Wako-Nord-Chef Schmidt, die Anwendung der „chemischen Keule“ komme nur zur persönlichen Abwehr bei erster Bedrohung der Wachmänner „durch eine Meute von 30, 40 Berufsdemonstranten“ in Frage. Im Gegensatz dazu stehen die Fakten am 30.10 und am 13.11.

Im Gegensatz dazu steht auch der Bericht eines Wako-Typen (der Red. bekannt) er sei nach der ersten Demo getadelt worden (vor der ganzen Mannschaft), weil er zugegeben hatte, mit Steinen auf die Demonstranten geworfen zu haben. Wenige

Minuten später aber sei er vertraulich vom Vorgesetzten durch Schulter-schlag belobt worden, „solche wie dich brauchen wir“.

Tatsächlich scheinen einige der angeworbenen Söldner unzufrieden mit den Praktiken der Wako-Nord-Leitung zu sein. So deutete einer an, bei Aufräumarbeiten auf dem Gelände sei ein Toter gefunden worden – mochte aber bisher keine weitere Auskunft geben, wo der Tote geblieben sei.

So erzählte ein anderer, ein Werkschützer sei durch CN-Einwirkung an Lungenembolie gestorben. Seine Frau klagt jetzt auf Unfall-Rente gegen der Wako-Nord.

Nach den Aktionen vom 13.11. soll es auf dem Festungs-Gelände eine wüste Sauferei gegeben haben, in deren Verlauf sich Wako-Typen und Bullen gegenseitig verprügelten.

Die Praktiken der Wako-Nord erinnern u.a. an die der sog. Detektei MIHM, eins der vielen privaten „Objektschutz“-Unternehmen, die sich auch als Schutztruppe für die NPD bereits einen berühmten Namen gemacht hat; eine ähnliche Bande sind die „Schwarzen Sheriffs“ in München; auf rein faschistischer Basis bietet auch die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (Nürnberg) ihre Dienste im „Objektschutz“ an.

Werkschutzleitung in Kernkraftwerken! Interessante Chance für Z-12-Feldjäger

Anzeige aus der Zeitschrift „Die Bundeswehr“



WERKSCHUTZ GMBH

Postfach 70 1207
6000 Frankfurt 70

Wir sind ein renommiertes Spezialinstitut auf dem Sektor des modernen Industrieschutzes. Zu unseren Klienten zählen vorwiegend Spitzenunternehmen, die an unser Wissen und Können hohe Anforderungen stellen.

Unsere marktdominante Stellung verdanken wir den wegweisenden Sicherheitskonzeptionen, die wir für unsere Kunden entwickeln und gemeinsam mit unseren Mitarbeitern realisieren. Dabei liegt das Schwergewicht unserer Aktivitäten auf der kompletten Sicherung von Kernkraftwerken.

Die ständig steigende Nachfrage nach unseren Leistungen erfordert den gezielten Ausbau unseres Führungsteams. Wir bieten daher im Rahmen des Berufsförderungsdienstes drei qualifizierten Portepoe-Dienstgraden der

Feldjägertruppe eine umfassende Ausbildung zum Werkschutzleiter.

Für diese 18monatige Spezialausbildung in Theorie und Praxis übernimmt ein „vereidigter Sachverständiger für Betriebsschutz“ die Leitung und Verantwortung.

Nach erfolgreichem Abschluß dieser Fachhochwertigen Führungsausbildung im Werkschutzdienst werden Sie dann in krisensicheren Spezialaufgaben tätig, die mit einem erheblichen persönlichen Prestige verbunden sind.

Das Ausbildungsprogramm läuft im Januar 1977 an; wir bitten daher um rechtzeitige Kurzbewerbung, der Lebenslauf und Lichtbild beigefügt sein sollten.

»Rechtliche« Grundlagen der Werkschutzbanden

(Nach Horst Neukirchner in J. Jeske, „Wie schütze ich meinen Betrieb“)

Werkschützer sind keine Bullen, sie verfügen über keine anderen Rechte als jeder andere Bürger auch. Mit diesen „normalen“ Rechten (die kaum ein Bürger kennt) kommen die Werkschützer allerdings aus:

Juristisch wird der Werkschützer mit der Firma gleichgesetzt, die er bewacht. Diese Firma darf Angriffe auf ihr Grundstück bzw. Eigentum mit „verhältnismäßigen“ Mitteln abwehren (S. 106). Sie hat Hausrecht. Weigert sich z.B. jemand, ein Privatgrundstück sofort zu verlassen, kann er mit Gewalt vertrieben werden. Dadurch verursach-

te Körperverletzungen sind Notwehrhandlungen und damit straffrei und nicht ersatzpflichtig (§ 53 StGB und § 227 BGB) (S. 107).

Liegt von Seiten des „Angreifers“ eine strafbare Handlung vor (z.B. ein „beleidigendes“ Flugblatt), so dürfen Werkschützer auch außerhalb des Werksgeländes drauflosprügeln, bei Tätlichkeiten auch mit mehreren gegen einen (Nothilfe nach § 53 StGB, § 227 BGB straffrei und nicht ersatzpflichtig).

Ist der „Täter“ in solchen Fällen unbekannt oder besteht Fluchtgefahr, dürfen Werkschützer auch außerhalb des Werksgeländes vorläufige Festnahmen

durchführen (§ 172 Abs. 2 StPO – „Jedermannparagraph“).

Wir ein „Täter“ auf irgendeiner „frischen Tat“ ertappt, so kann jedermann diesen unbekannten oder fluchtverdächtigen „Täter“ verfolgen und vorläufig festnehmen.

Bei „Bedarf“ besorgen die Bewachungsunternehmen ihren Leuten Waffenscheine; Schußwaffengebrauch ist „im Rahmen der Notwehr zulässig“.

Die Ausrüstung mit Schusswaffen bei Brokdorf-„Werkschützern“ kann man schon deshalb annehmen, weil diese Bewaffnung bei anderen „Werkschutz“-Truppen durchaus normal ist.

Mannschaftsstärke im Einsatz

Unter dem Kommando von Stoltzenberg/Titzack standen am 13.11. (unter mißtrauischer Einbeziehung der Angaben der Bullenberichte nach dem 13.) an Bullenkräften direkt im Einsatz:

- ca. 1 000 Mann Bereitschaftspolizei aus Schleswig-Holstein
- ca. 400 Mann Bereitschaftspolizei aus Niedersachsen, hauptsächlich Hannover
- ca. 100-200 Mann aus Hamburg
- ca. 100 Mann aus Bremen
- ca. 100 Mann aus Hessen

Die Zahl der Bullen aus Rheinland-Pfalz und Bayern ist uns nicht bekannt.

Besonders hervorzuheben ist: Aus Schleswig-Holstein war auch das Sonder-Einsatz-Kommando (SEK) anwesend, aus Bayern trieb sich noch Tage nach der Demonstration ein Privat-Bullen-Wagen mit Autokennzeichen von Fürstentum (I) herum.

Außerdem die Anwesenheit diverser Einheiten des psychologischen Einsatzes wie „Reiterstaffel“, „Diensthundeführer“ und andere „Spezialisten“, z.B. lt. Augenzeugen „Jugendsitte“, auch weibliche Kripobullen und zivile Bullen, die sich unter die Demonstranten mischten.

Die weiblichen Bullen waren für Verhaftungen von Demonstrantinnen vorgesehen. Die Zivilen sollen ausgesuchte Leute gewesen sein, die dann nachher einen umfassenden Bericht

über die Situation „innerhalb“ der Demo-Szene machen sollten.

Arbeitsteilung laut eigenen Angaben der Bullen:

Objektschutz, d.h. auf dem Gelände sein, das Eindringen der Demonstranten verhindern.

Absperrung der Verkehrswege, hierfür sollen lt. Presse ca 500 Bullen eingesetzt gewesen sein.

Kontrolle von der Elbseite her: Lt. Bullenbericht zwei Wasserschutzboote.

Bewegliche Reserve zum Schutz der Baustelle von außen, Bauarbeiten, Materialanfahrt usw.

Bespitzelung (Beweissicherung und Dokumentation)

Gefangenentransportkommando: Es wurde von vornherein einkalkuliert, daß Gefangene gemacht werden; dazu gab es sogar eine Gefangenen-sammelstelle; die Kripo war mit 40 Mann zur „Strafverfolgung“ vertreten.

Ausrüstung: Kampfanzug-Lederjacke, Pistolen, extralange Gummiknüppel, Tränengasgranaten, Chemical Mace (HH-Bullen), fast körperhohe Schutzschilde, ABC-Masken, Schutzbrillen.

Z.T. zusätzlich Handfunkgeräte und Megaphone. Als weitere Waffen standen ihnen ca 14 Wasserwerfer zur Verfügung, davon wurden 10 vom Gelände aus eingesetzt, vier weitere außerhalb des Geländes gesehen. Für Absperrungen auf Straßen u.ä. standen ihnen Spähpanzer zur Verfügung (einer pro Hunderschaft).

Auf dem Gelände benutzten sie noch als Waffe eine Art Feuerlöscher, aus dem vermutlich Tränengas mit CM-Gemisch versprüht wurde, gegen die Demonstranten, die am Zaun schnip-pelten. Außerdem hatten sie im Hintergrund mindestens 10 Reiter und 12 Diensthundeführer, ebenfalls zur Ausrüstung gehörte ein Lichtmastkraftwagen, mit dem die ganze Gegend abgeleuchtet werden kann.

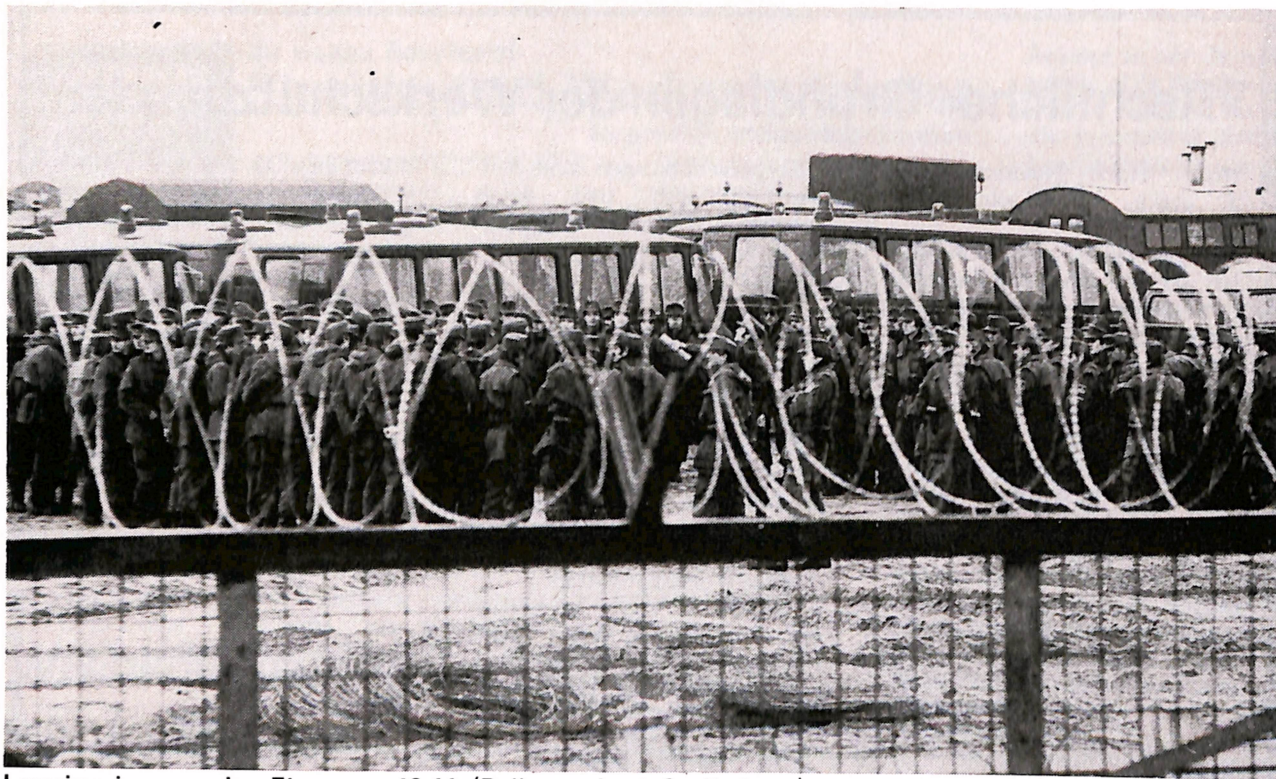
Aus der Luft sicherten 3 BGS-Hubschrauber – mit Tränengas und CM ausgerüstet – den Bulleneinsatz ab. Der BGS hatte für die Aktion den gesamten Funkverkehr zu kontrollieren.

Der BGS war – nach unterschiedlichen Angaben – mit mindestens einer Hunderschaft im direkten Einsatz. Den Einsatz weiterer bereitgestellter BGS-Reserven „behält sich Stoltzenberg ausdrücklich selbst vor“ (Bullenbericht).

Darüberhinaus stellte der BGS ausgebildete Kader als Spezialisten für die Funkeinsätze, insbesondere die Hubschrauber-Einsätze u.a.m.

Lt. Bericht eines BGSlers waren sie „während Brokdorf“ zwei Wochen in LKWs mit 20-30 Mann auf Pritschen untergebracht. In den Kasernen, wo die Reserven lagen, mußten die BGS-Soldaten nach dem Rotationsprinzip die Stuben wechseln, um Diskussionen zu unterbinden.

Dementsprechend aggressiv waren die Mannschaften am Einsatztag. 25 BGSler sollen einen Einsatz verweigert haben, darauf



Lageeinweisung vor dem Einsatz am 13.11. (Bullen noch mit Stoffmützen)

hätten sie 30 Tage Arrest bekommen. Was selbst den eigenen Mannschaften von der Bourgeoisie zugemutet wird, zeigen exemplarisch die folgenden dürren Informationen:

Der Aufmarsch für den 13.11.76 geschah in der Nacht von Freitag auf Sonnabend. In dieser Nacht waren 180 Kieler und Flensburger Bullen in freigemachter Kompanie der Hanseaten- und Gollwitz-Kaserne einquartiert. Sie bewegten sich am 13.11. morgens zwischen 5⁰⁰ und 5.30 h in Richtung Brokdorf. Ebenfalls morgens um 3.00h wurde eine Hundertschaft der 4. Alarmabteilung Hamburg von der Polizeidirektion Süd von der Schwarzenberg-Kaserne in Harburg nach Brokdorf geschickt. Ihr Einsatz dauerte von 3.00h morgens bis Mitternacht, anschließend fuhren sie in die Schwarzenberg-Kaserne zurück — das sind mal eben 24 Stunden.

Die Bullen / BGS standen am 13. 11. 76 also mit ca. 2.500 Mann bereit für den direkten Einsatz in und um die Festung.

Am 13. 11. — und später — standen in Brokdorf unter einheitlicher Führung durch Titzck/Stoltenberg:

- VS und übrige Dienste, samt V-Leuten etc.
- Bereitschaftspolizei, in ihrer Masse aus den nahegelegenen schleswig-holsteinischen Kreisstädten, sowie BGS und diverse Sondereinheiten aus Schleswig-Holstein und Hamburg.
- Einsatzgruppen aus anderen Bundesländern.
- Der Werkschutz.
- Parapolizeiliche „Katastrophenschutz“-Kräfte.

Und schließlich, nicht zu vergessen: Am 30.10. war auch die Justiz gleich

zur Stelle, als es darum ging, die Benutzung der Wiesen zum Aufschlagen eines Versammlungszeltes wegen „Landschaftsschutzbestimmungen“ zu verbieten. Nicht anders am 13.11.

Insgesamt waren es ca. 3 000 Mann, die die Bourgeoisie aktiv für die Verteidigung der „Festung“ von innen und außen mobilisiert hatte.

Insgesamt verfügbar sind in der BRD: 166 000 Mann Bereitschaftspolizei insgesamt, davon ca. 10 000 kasernierte.

| | |
|---------|---|
| 12 000 | Kripo (BKA ca. 2 300, Rest diverse LKA) |
| 22 000 | Neue Gestapo (MEK, SEK u.ä.) |
| 23 000 | BGS (1975: 22 100) |
| 10 000 | Geheimdienste (VS, BND, MAD u.ä.) |
| 50 000 | (offizielle) „Werkschützer“ |
| 100 000 | „Objektschützer“ priv. |
| | „Unternehmer“, plus eine erhebliche Dunkelziffer anwerbbarer Söldner. |

(Angaben nach dpa — Hintergrund 5/75)

Selbst wenn man davon ausgeht, daß selbstverständlich nicht alle diese Kräfte abziehbar sind, bedeuten diese Zahlen, daß von den für die Bourgeoisie derzeit verfügbaren Bullenkräften nur ca. 1% in Brokdorf eingesetzt waren. Selbst gemessen an den Kräften aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg waren es vielleicht 10% der verfügbaren Mannschaft.

Das bedeutet, daß bisher nicht einmal aus Schleswig-Holstein die volle verfügbare Bullen-Kraft eingesetzt wurde. Und zwar ganz offensichtlich deshalb, um den Übungszweck des Einsatzes voll zur Geltung zu bringen. Vorder-

gründig gesehen erscheint es ziemlich sinnlos, beispielsweise eine Hundertschaft aus Süddeutschland eigens nach Brokdorf zu karren (es hat freilich nicht an „linken“ Flachköpfen gefehlt, die das als extremen Ausdruck von angeblicher Schwäche der Polizei deuteten.), wenn es nicht darum gehen würde, die Koordination von Polizei-Kräften aus möglichst vielen Bundesländern zu proben. Zugleich kann die Polizeiführung immer noch davon ausgehen, daß sie sehr viel „Spielraum“ noch hat, weil längst nicht alle in Norddeutschland selbst verfügbaren Polizei-Kräfte überhaupt zum Einsatz gekommen sind.

Im Einzelnen:

Tatsächlich kasernierte Bereitschaftspolizei:

| | | |
|--------------------|-------|--------------------------------------|
| Niedersachsen | 1 800 | |
| Schleswig-Holstein | 864 | |
| Hamburg | 674 | |
| Rheinland-Pfalz | 1 316 | |
| Baden-Württemberg | 3 000 | |
| Hessen | 751 | |
| | 1 832 | Vollausgebildete Nachwuchsbearbeiter |

Mannschaftsstarke der Länder 1975

| | |
|---------------------|--------|
| Baden-Württemberg | 17 300 |
| Bayern | 33 000 |
| Berlin | 14 200 |
| Bremen | 3 400 |
| Hamburg | 8 000 |
| Hessen | 12 800 |
| Niedersachsen | 14 600 |
| Nordrhein-Westfalen | 35 000 |
| Rheinland-Pfalz | 8 000 |
| Saarland | 3 400 |
| Schleswig-Holstein | 6 200 |

Gesamt 155 900

Kämpfe am 13. November 1976

1. Eine weiträumige „Verkehrsleitung“ und Absperrungen im Gebiet Elbe/Nord-Ostsee-Kanal/Stör gab den Polizeikräften die Gelegenheit, von vornherein bestimmend in den spontanen Demo-Ab-
lauf einzugreifen. Das Gelände begünstigt die Bullen, weil bei einer weiträumigen Absperrung An- und Abmarsch der Demonstranten gegebenenfalls schon fast einen Tag ausfüllen können. In der Nacht vom 12./13.11. riegelte die Polizei die gesamte Wilstermarsch ab. Im Umkreis von ca. sechs bis zehn Kilometern wurden alle Straßen durch Polizeiposten abgeriegelt. In den größeren Orten um Brokdorf wurden die Ampeln verkehrsbehindernd geschaltet, so daß schon auf der Autostraße nach Itzehoe große Stauungen entstanden. Die Störfähre in Wewelsfleth wurde gesperrt. Die letzten sechs bis zehn Kilometer mußten zu Fuß bewältigt werden. Aus Richtung Wilster z.B. durchlief man eine Polizeisperre und drei Posten.

1. Sperre: Drei Kleinbusse, 20 bis 30 Bullen, die Straße durch Sperrgitter eingeeengt, einzelne Demonstranten wurden gefilzt; hinter dem Gitter sind Nagelbretter ausgelegt. 1. Polizeiposten: Bewacht die erste Straßenabzweigung, etwa zehn Bullen sitzen in zwei Bullenwagen, sie verhalten sich aber ruhig und haben scheinbar nur Überwachungsaufgaben. 2. Posten: Zwei Bullen riegeln eine kleine Nebenstraße ab. 3. Posten: Ein Funkwagen am Ortseingang Brokdorf, 50 m weiter eine Hundertschaft Polizei mit Fahrzeugen (Wawe, Mannschaftswagen usw.). Im Hintergrund versteckt eine weitere Hundertschaft mit Fahrzeugen. Sämtliche Bullen, die aufgezählt sind, in voller Kampfausrüstung. Die Straßen aus Richtung Wewelsfleth und St. Margareten ähnlich abgesperrt. Die Wasserseite von zwei Polizeiboote kontrolliert. Laut Polizeibericht sollten die langen Anmarschwege zur Ermüdung der Demonstranten beitragen. Die Demonstranten wurden durch die Sperren schon weit vor dem Bauplatz in kleine Gruppen aufgespalten und somit für die Bullen besser kontrollierbar, gegebenenfalls angreifbar gemacht. Und nicht zu vergessen: Bei Rückkehr fanden viele Demonstranten ihren Wagen ohne Luft vor; Bullen hatten die Luft aus den Reifen gelassen! Als der Feldgottesdienst gegen 13 Uhr begann, waren erst ca. 5.000 Demonstranten im Gelände versam-

melt. Erst gegen den frühen Nachmittag hin stieg die Zahl der Demonstranten dann auf bis zu 30.000 an.

2. Kampf um die Festung. Nachdem die Kundgebung zu Ende war, befanden sich ca. 20.000 Demonstranten vor dem Gelände. Es wurde Holz, Sand, Knüppel und anderes Material herangeschafft; außerdem wurden die Leitplanken als Brücken abmontiert. Mit Wurfankern wurde der Nato-Draht weggezogen und Brücken über den Graben gelegt. Die Besetzungsanstrengungen konzentrierten sich hauptsächlich auf die Ostseite. Hier standen etwa 3 bis 500 gut ausgerüstete Demonstranten und versuchten, den Zaun zu durchbrechen (Werkzeug: Bolzenschneider, Brechstangen, Rammbocke usw.).

Zwischen 14 und 15 Uhr versuchten „ML“-er von der Deichseite her, die Festung zu stürmen. Das fand viele Zuschauer auf dem Deich. Hier wurde erstmals von Hubschraubern Tränengas abgeworfen. Zur Verteidigung der Festung wurde eingesetzt: Wawes, Tränengas, CM, Steine, Eisenstücke usw. Die „Verteidigungslinie“ erstreckte sich von der Nordseite über die gesamte Ostseite bis zum Eingangstor der Deichseite. Ca. 70 m hinter dem Zaun waren Mannschaftswagen und andere Bullenfahrzeuge geparkt (Versorgungsbasis, Austauschmannschaften). Am Zaun auf der Straße waren zehn Wawes eingesetzt, jeder Wawe kontrollierte ca. einen Abschnitt von 50 m. Die Wawes waren mit verdünnter CM-Lösung gefüllt; aufgefüllt wurden sie am Brunnen in der Nord-Ostecke, je nach Einsatz alle halbe bis Stunde.

Die Bullen standen dicht gestaffelt, hinter oder zwischen den Wawes und schossen einzelne — meistens jedoch mehrere TG-Granaten auf einen Schlag in die Menge. Zuerst haben die Bullen immer auf die Leute auf der Straße mit TG geschossen, diese Granaten wurden aber gleich wieder zurückgeworfen. Dann haben sie nur noch in die Demonstranten hinter der Straße geschossen, damit der Wind das Gas in die Menge treibt. Aus den hinteren Bullenreihen wurden auch diverse Wurfgeschosse auf die Demonstranten geworfen. Gegen die Leute am Zaun gingen die Bullen folgendermaßen vor: Zuerst wurde der Wasserwerfer gegen die Schnippler eingesetzt, dann gegen die Menge auf der Straße. Währenddessen stürmten vier bis sechs Bullen vor und gingen hinter ihren Schilden in Dek-

kung, denn von den Demonstranten kam der erwartete Matschregen. Dann wurden die Schnippler mit CM, TG oder schweren Wurfgeschossen bekämpft (Ziegelsteine, Eisenstücke), und sofort zogen sich die Bullen wieder zurück. Dieser Vorgang dauerte ca. eine Minute und wiederholte sich alle fünf Minuten. Die Lücken im Zaun wurden sofort mit Nato-Draht dichtgemacht.

In den Polizeiberichten ist von hochorganisierten und disziplinierten Gruppen die Rede, die die „Objektschützer“ arg in Bedrängnis gebracht hätten. Tatsächlich hat es einige organisierte Truppe gegeben (Stärke 50 bis 100). Die große Masse handelte jedoch ohne Konzept. Es ist einzelnen Gruppen auch nicht gelungen, den Kampf in Absprache miteinander zu organisieren. Die Demonstranten waren, besonders die Militanten am Zaun, darüber hinaus nicht in der Lage, gefährliche Bullenbewegungen zu sehen und dagegen zu handeln. Es ist allerdings gelungen, ca. 20 Löcher in den Zaun zu schneiden, davon eins immerhin so groß, daß mehrere Demonstranten zugleich durchpaßten. Durch die anderen Löcher konnte jedoch immer nur einer zur Zeit, waswenigerfolgsversprechend wäre. Die Sicherheit der „Atom-Festung“ war zu keiner Zeit in Gefahr — denn selbst bei einem eventuellen Durchbruch durch das eine etwas größere Loch hätte das zu nichts anderem als zu brutalen Festnahmen innerhalb des Baugeländes geführt.

3. Einschüchterung der Masse der Demonstranten und Spaltungsversuche. Bereits gegen 13.45 Uhr provozierten die Bullen, indem sie versuchten, eine Hundertschaft ins Objekt zu verlegen. — Das führte sofort zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, da die Demonstranten das Haupttor versperrten. Die Bullen setzten Wasserwerfer und Schlagstöcke ein. Ein Hubschrauber flog in fünf Meter Höhe und warf Tränengas ab. Die Bullen schafften den Durchbruch.

Gegen 16 Uhr legten die Bullen einen Keil von Nord-Osten in die Hauptmasse der vor dem Gelände stehenden Demonstranten. Auf der B 431 aus Richtung Wewelsfleth schickten sie einen Wasserwerfer, flankiert von einer Hundertschaft Bullen, vor. Die Bullen gingen sofort gewalttätig gegen die Demonstranten vor. Sie trafen dabei auf den Widerstand



Außer Gefecht gesetzter Wasserwerfer

eines relativ kleinen, aber geschlossenen militanten Trupps. Der Wasserwerfer wurde beschädigt, blieb dann auf der Kreuzung (von der die KKW-Straße zum Deich runter am Gelände entlang führte). Dort spritzten die Bullen stundenlang auf diese Gruppe, ohne über die von ihnen besetzte Kreuzung hinaus weiter vorzudringen.

Gegen 18 Uhr wurde dieser Keil-Angriff durch eine auf der nördlich des Geländes von Brokdorf kommenden Straße vorrückende BGS-Truppe ergänzt. Dieser Trupp hatte offensichtlich die Aufgabe, den nördlichen Teil von „Störern“ zu säubern.

In Ergänzung zu diesem insgesamt zangenartigen Angriff gegen die Masse der im Gelände stehenden Demonstranten wurden ab 16 Uhr zunehmend Flächenabwürfe von Tränengas auf Teile der Demonstration nördlich und östlich des Geländes vorgenommen. Auf der Straße selbst stand das „Rückgrat“ der Demonstranten, ein harter Kern, der nur gelegentlich direkt die Militanten am Zaun praktisch unterstützte. Auf der Wiese, jenseits der Straße, hielt sich ein großer Teil der Demonstranten auf, der einerseits nicht wußte, was er tun sollte, andererseits aber am Ort bleiben wollte. Das Ziel der Abwürfe bestand offenbar darin, diese Demonstranten in Panik zu versetzen

und zu hoffen, daß sie so hilflos sein würden, daß sie selbst nach Hause gehen.

Es gelang, nach dem ersten Entsetzen deutlich zu machen, daß die Schwaden relativ schnell verfliegen. Großen Eindruck machte das Beispiel vieler, die „schrecklichen Gasgranaten“ einfach zurückzuwerfen. In einer solchen Situation ist es sehr wichtig, das Gefühl der Ohnmacht zu bekämpfen, indem man einfache Dinge tut: Granaten zurückwerfen, Wasser etc. zur ersten Hilfe bereitstellen, Diskussionen über die Notwendigkeit und die Möglichkeit, zum Schutz der Militanten auszuhalten etc.

Etwa ab 18 Uhr trommelte der KBW zum Abzug. Erst als gegen 19 Uhr die Massen bereits im Zug heimwärts waren, gingen die Bullen dazu über, die KKW-Straße von Norden her dem Deich zu endgültig zu „räumen“. Die restlichen Demonstranten wichen auf die Wiese aus. Als die Masse der Demonstranten bereits abgerückt war und die letzten 1.000 sich dem Abmarsch anschließen wollten, machten die Bullen einen Ausfall gegen die Zurückbleibenden von der Festung aus. Als die Demo den Deich entlang in Richtung Wewelsfleth zog und ca. 500 Menschen die Demo verließen, um in eine Seitenstraße zu ihren Autos zu gelangen,

wurden sie ebenfalls aus von im Hinterhalt postierten Bullen angegriffen.

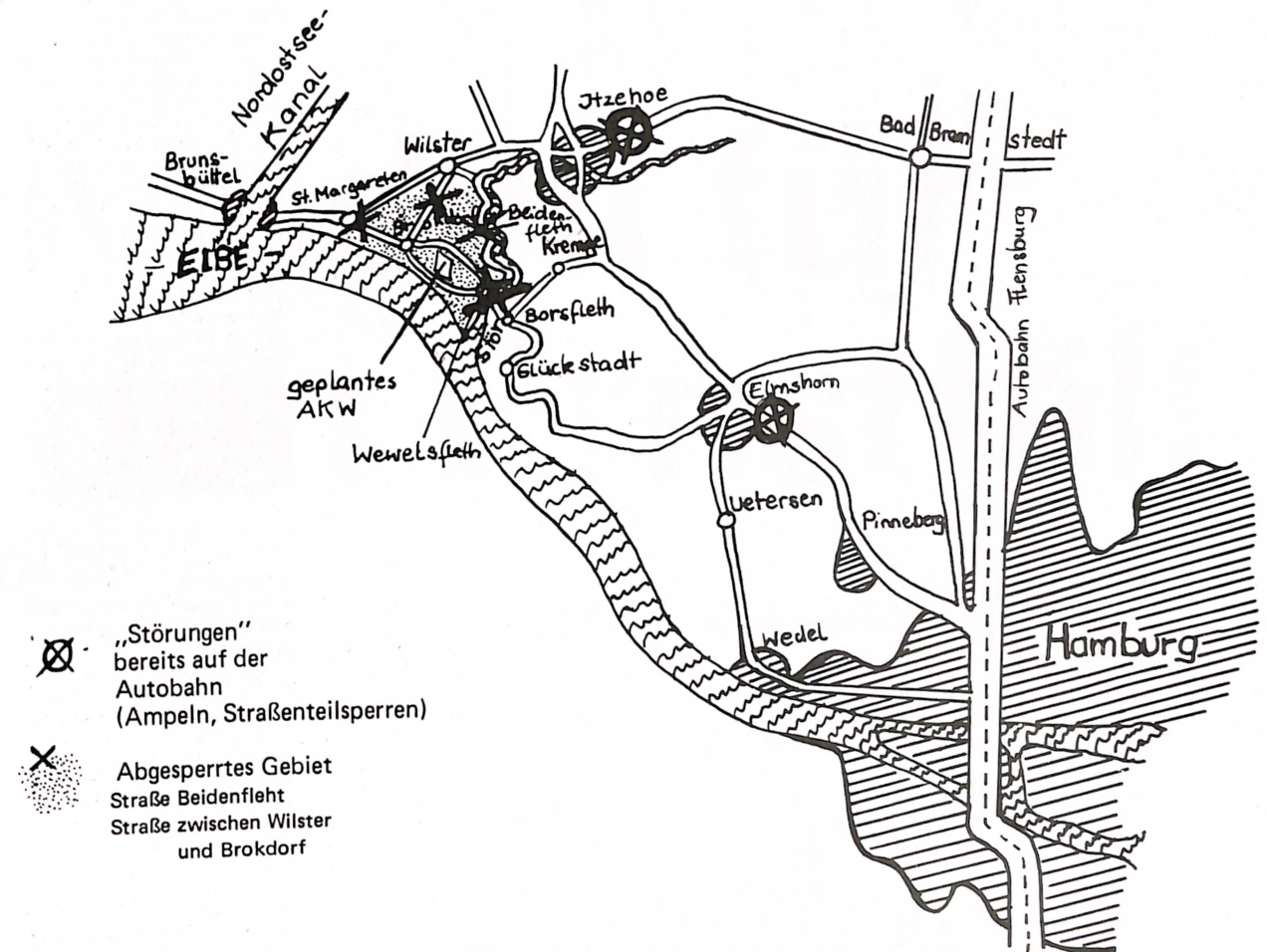
4. Nachbereitung. Nachdem es den Bullen am 13.11. selbst kaum gelungen war, eine Einschüchterung der Demonstranten zu erzielen, legten sie es nach der Aktion darauf an, die entstandene Solidarität zu spalten und Teilnehmer der Demo einzeln fertig zu machen.

— So wurde sofort ein ganzer Trupp von Spitzeln losgeschickt, unter anderem in die umliegenden Krankenhäuser gejagt, um den Ärzten die Listen der behandelten Verletzten abzuverlangen.

— So wurde gegen Teilnehmer der Demonstration vorgegangen, indem sie vorgeladen wurden, bei der Demonstration verlorengegangenes Eigentum auf der Polizeiwache abzuholen — dort wurden sie widerrechtlich erkennungsdienstlich behandelt usw.

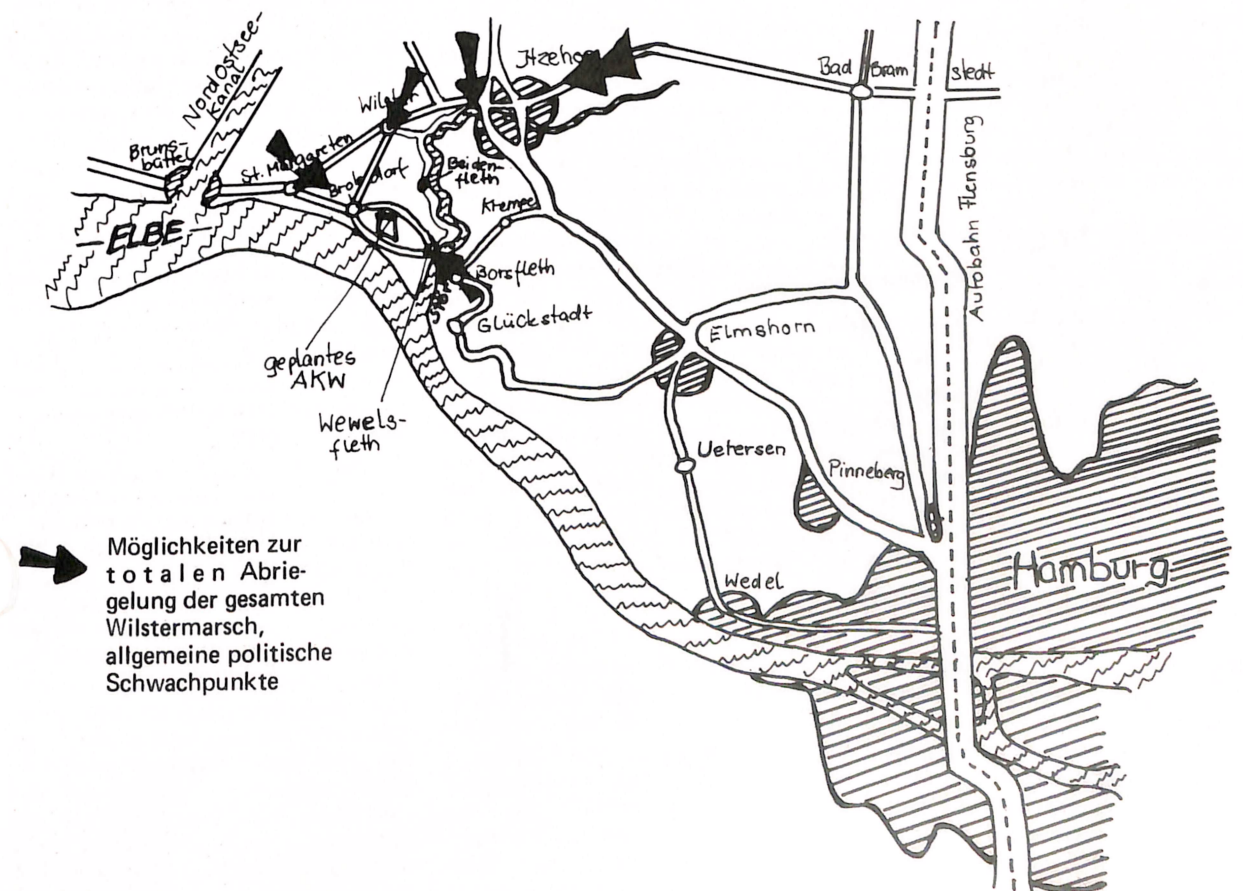
— So werden inzwischen sogar Journalisten unter Druck gesetzt, ihre Fotos für weitere erkennungsdienstliche Zwecke der Polizei zur Verfügung zu stellen, andernfalls sie mit Beugehaft zu rechnen haben. Zusätzlich wird in allen offiziellen Verlautbarungen versucht, die politische Spaltung in die Bewegung zu tragen, indem eine „militante Minderheit“ für die Vorgänge in Brokdorf verantwortlich gemacht werden soll.

Absperrungen am 13.11.76



- ⊗ „Störungen“ bereits auf der Autobahn (Ampeln, Straßenteilsperren)
- ⊗ Abgesperrtes Gebiet Straße Beidenfleth Straße zwischen Wilster und Brokdorf

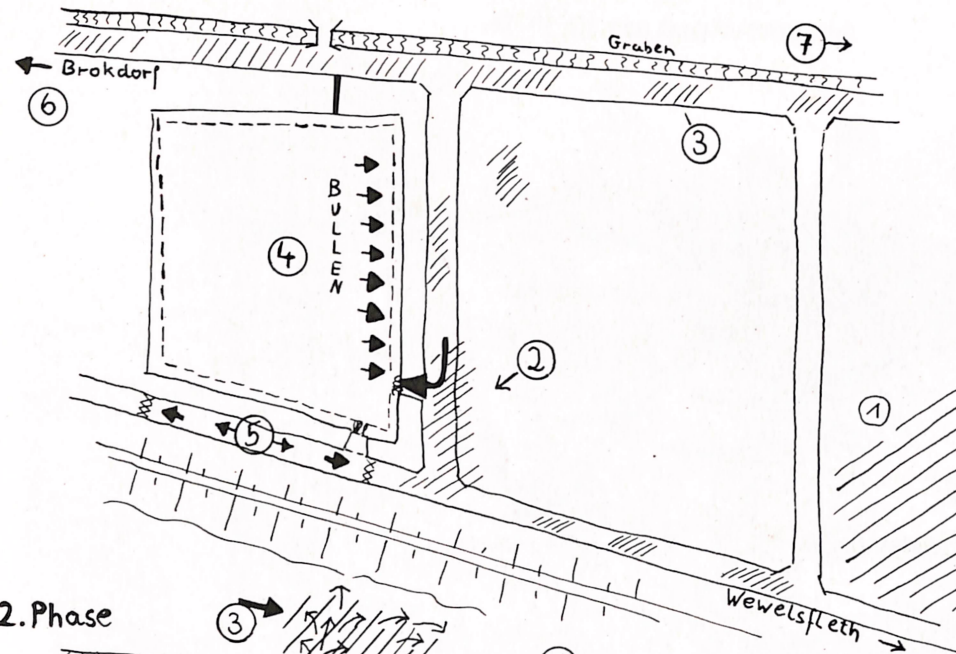
Mögliche Absperrungen



- ➔ Möglichkeiten zur totalen Abriegelung der gesamten Wilstermarsch, allgemeine politische Schwachpunkte

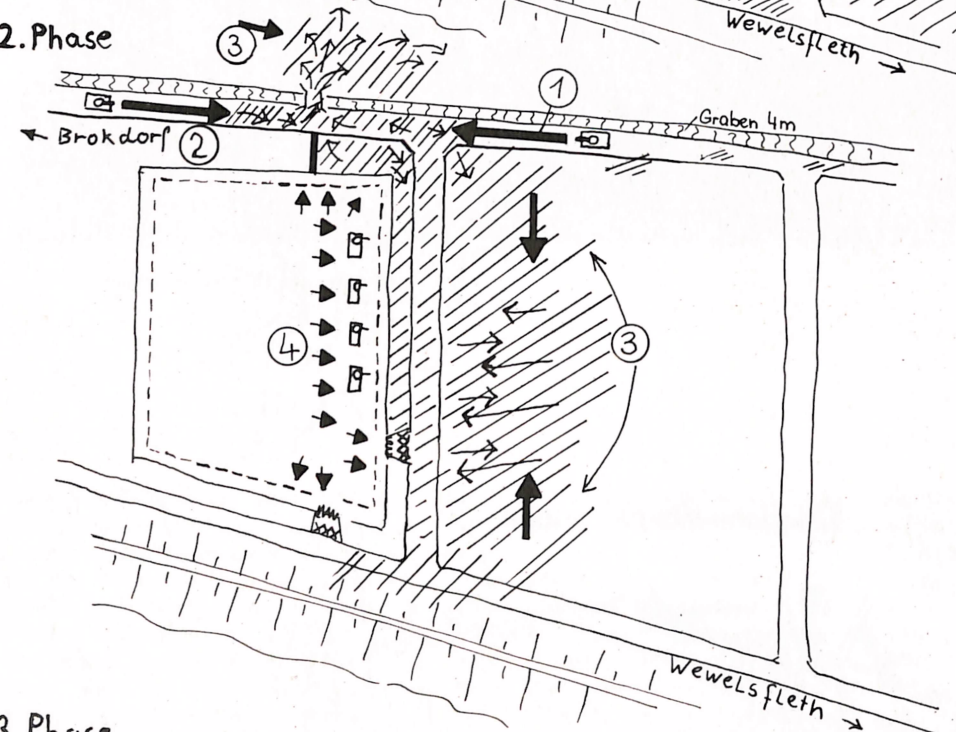
1. Phase

"Kämpfe am 13.11.76"



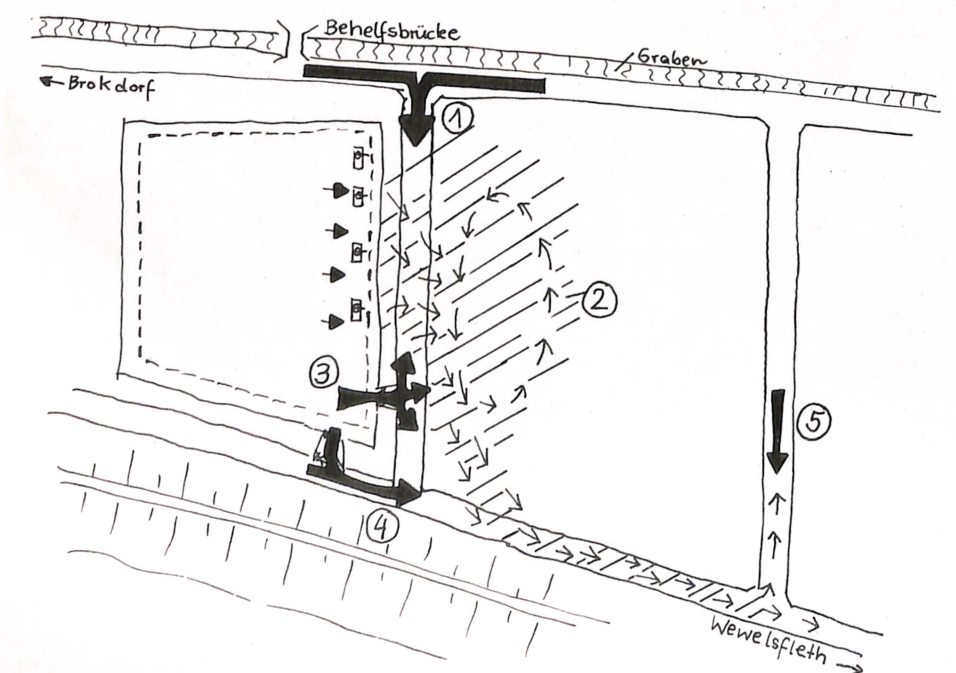
1. Phase:
Kampf an der Festung
1. Um 14 Uhr Kundgebung auf der Wiese. 2. Vor dem Haupttor haben sich schon einige hundert Leute gesammelt. Als eine Hundertschaft Polizei ins Objekt geschleust werden soll, kommt es zum Kampf. Die Bullen setzen einen Hubschrauber ein, der aus fünf Meter Höhe TG auf die Demonstranten abwirft. Währenddessen knüppeln sich die Bullen den Weg frei. 3. Ankommende Demonstranten. 4. Bullen im Objekt setzen in dieser Phase Wasserwerfer (Haupttor) ein. 5. Straßensperren von den Bullen. 6. Am Ortsausgang Brokdorf sind zwei Hundertschaften Bullen (BGS) stationiert. 7. An einer Nebenstraße auf der B431 sind ebenfalls zwei Hundertschaften stationiert.

2. Phase



2. Phase:
Einschüchterungsversuche gegen die Masse der Demonstranten.
1. Gegen 16 Uhr rückt aus Richtung Wewelsfleth eine Hundertschaft mit Wawe an. 2. Aus Richtung Brokdorf beginnt gegen 18 Uhr eine Hundertschaft BGS, die Straße zu räumen. 3. Diese Aktionen werden durch das gleichzeitige Flächenbombardement der Hubschrauber unterstützt. 4. Aus dem Objekt wird in dieser Phase ständig mit Wasserwerfern, Tränengas und CM geschossen. Zu 3. der Abwurf von TG aus Hubschraubern brachte zunächst ein ziemliches Durcheinander in die Menge, das kam in erster Linie dem Vormarsch der Bullen auf der B431 (1 und 2) und dem Angriff auf die Leute am Zaun zugute.

3. Phase



3. Phase:
Abzug der Demonstranten
1. Die Bullen sperren die B 431 Richtung Brokdorf ab und rücken auf der AKW-Straße weiter vorwärts. 2. Bis 19 Uhr bildet sich ein Demonstrationzug, der sich etwas später in Richtung Wewelsfleth in Bewegung setzt. 3. Als der Demonstrationzug schon fast abgezogen war, machten die Bullen einen Ausfall (3 und 4) und schlugen auf das Ende der Demonstranten ein. 5. Als nach etwa 500 m viele Demonstranten in eine Nebenstraße zu ihren Autos gingen, wurde sie dort von vorsorglich dort stationierten Bullen überfallen.

Modell für den Ernstfall

Am 13.11. hat die Polizei das ihr gesteckte technische Ziel, „den Bauplatz zu sichern“, erreicht. Es kann keine Rede davon sein, daß die „Sicherheitskräfte“ dabei schon mit dem Rücken an der Wand standen. Im Gegensatz zu Wyhl hat die Polizei-Führung bisher vielmehr aus der taktischen Stärkeposition der hochgerüsteten Festung heraus den konkreten Mannschaftseinsatz – bei aller Brutalität – mit relativ geringen Kräften durchziehen können. Dabei war der gegenwärtige weitgehend spontane Charakter der Anti-KKW-Bewegung Grundlage der taktischen Überlegungen der Polizei. Unter den gegebenen Umständen hätten auch 100.000 Demonstranten die Festung nicht gestürmt, hätten nicht einmal wesentlich mehr Einsatz von Bullen-Kräften, dafür aber umso mehr Verletzte auf Seiten der Demonstranten gekostet.

Die Bourgeoisie wäre sehr wohl in der Lage gewesen, den Ansturm von 30.000 Menschen auf Brokdorf auch mit Kräften aus Schleswig-Holstein, bestenfalls noch Hamburg nicht nur abzuwehren, sondern niederzuschlagen. Der ungeheure personelle und führungstechnische Aufwand, der in Brokdorf betrieben wurde, weist vielmehr darauf hin, daß die Bourgeoisie in Brokdorf nicht nur den „Bauplatz“ verteidigte, sondern darüber hinaus die Auseinandersetzungen dort als großangelegte Bürgerkriegs-Übung begreift. Sie rechnet

– gerade auch in der KKW-Frage – offenbar mit „inneren Unruhen“ größeren Ausmaßes, für deren Niederschlagung sie ihren gesamten Sicherheitsapparat auf Trab bringen will.

Die Ereignisse von Wyhl wurden offenbar der Anlaß für eine Beschleunigung der entsprechenden Vorbereitungen. Bereits im Februar letzten Jahres konnte den „Sicherheitskräften“ der BRD eine Auswertung der Wyhler Ereignisse zugeleitet werden. „Im Mittelpunkt polizeilicher Überlegungen stand auf Bundesebene der Schutz von kerntechnischen Einrichtungen, z.B. Atomkraftwerken, vor Sabotage oder kriminellen wie terroristischen Angriffen. Fachleute einer Bund-Länder-Experten-Kommission unterbreiteten hierzu ein taktisches Konzept, welches vom Bundesinnenministerium in die Länder hinein weitergeleitet wurde“. So zu lesen in der neuesten Ausgabe von „Die Polizei“ 1/77, Kaderorgan der Polizei-Führungsakademie in Hilstrup!

Im April 1976 wurde in einem Schulungs-Aufsatz in derselben Zeitschrift unter dem Titel: „Führungsvorbereitungen für den polizeilichen Ernstfall – orientiert an praktischen Erfahrungen“ das KKW Biblis als konkrete Fall-Studie herangezogen. Nach ausführlichen Erörterungen zur taktischen, personellen und technischen Durchführung eines polizeili-

chen Großmanövers heißt es da: „Die bisher behandelten allgemeinen Vorbereitungen ergänze ich durch auf einen konkreten Einsatz bezogene Vorbereitungen. Als Beispiel eignet sich hierfür der Bau des Kernkraftwerkes Biblis/Kreis Bergstraße. Gegen den weiteren Ausbau haben sich Interessengruppen gebildet. Die Vorgänge in Wyhl a.K. könnten sich wiederholen. Alles in allem also ein recht interessantes polizeiliches Objekt!“ („Die Polizei“ 4/76).

Ein kürzlich bekannt gewordenes Beispiel derartiger Vorkehrungsmaßnahmen stammt aus München, Anfang 1977. Es beweist die Planung eines Einsatzes von Bundeswehr-Einheiten: „An der Bundeswehrhochschule München wird der innere Notstand geprobt: „Einsatz und Eingriffsmöglichkeiten der Bundeswehr“ bei Demonstrationen gegen Kernkraftwerke behandelt die „Studien-Information des Fachbereichs Wirtschafts- und Organisationswissenschaften“ im Diplomanden-Seminar. Bei dem Einsatz geht es einmal um die Sicherung kerntechnischer Anlagen als solcher, zum anderen um prophylaktische Maßnahmen des Katastrophenschutzes um die Beherrschung der Notfallsituation. Hierzu zählt schließlich auch die Reaktion bei tatsächlichen und angeordneten Sabotageakten sowie das Vorgehen gegen Protestaktionen und Demonstrationen“ („Stern“ 2/77).

Seit Anfang 1976: Ausrichtung auf »zivile Verteidigung«

Seit Anfang 1976 wird von den westdeutschen „Sicherheitsorganen“ auch die Ausrichtung der weiteren Polizei-„Reform“ auf Aufgaben der sogenannten „zivilen Verteidigung“ massiv beschleunigt. Im Januar-Heft der Polizei-Akademie erhielt die „Akademie für zivile Verteidigung Bonn“ Gelegenheit, die strategischen Grundlagen dieser Ausrichtung allen Polizei-Führungskadern erneut und nachdrücklich ins Gehirn zu hämmern. Unter den Themen: „Die Grundlage der zivilen Verteidigung“ und „Öffentliche Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall“ wird dort gemahnt, schon „in normalen Zeiten Vorsorge zu treffen. Was im Frieden unterlassen wurde, ist im Ernstfall nicht mehr nachzuholen“. Unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung des Friedens durch „Entspannung“ wird postuliert: „Das bestehende Kräftegleichgewicht ist die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Es garantiert die Abschreckung und damit die Verhütung eines militärischen Konflikts, solange es keine allgemein kontrollierte Abrüstung gibt. Im Sinne dieser Schlußfolgerung haben wir unseren Beitrag zur Erhaltung dieses Gleichgewichts zu leisten. Dies gilt nicht allein für den militärischen, sondern auch für den zivilen Bereich“.

Das ist eine klare Sprache: Gewünscht ist Ruhe an der Heimatfront! Die „innere Stabilität“ sehen die zivilen Sicherheitspolitiker aber zunehmend gefährdet durch „subversive Aktionen“ und ähnliches. Als Formen solcher „Subversion“ gelten ihnen: Desinformationen, Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen, „wilde“ Streiks, Infiltration, Spionage, Desorganisation, Gewaltaktionen „in Form von Terror und Sabotage“.

Das geht in den Polizeigehirnen nach wie vor nach dem alten Strickmuster: „Das Rezept der Gegenseite, die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, heißt Subversion ... Im Verlauf einer mehrere Phasen umfassenden politisch-militärischen Krise wird sich der Schwerpunkt derartiger subversiver Aktionen verlagern.“

Und deutlicher noch: „Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Erhaltung der inneren Stabilität die unabdingbare Voraussetzung für jede wirksame Außen- und Verteidigungspolitik ist“ („Die Polizei“ 1/76).

So ist mit Beginn einer Krise eine intensive agitatorische und propagandistische Aktivität zu erwarten, während später die Gewaltanwendung in den Vordergrund rücken wird“ („Die Polizei“ 1/76).

„Wie Vorkommnisse in jüngster Zeit gezeigt haben, sind die Betriebe schon heute das Ziel extremistischer Aktivitäten“ und „Sabotageakte sind nämlich schon vor der Feststellung des Spannungsfalles zu erwarten“ („Die Polizei“, 1/76). Die Schlußfolgerung, nach der die Polizei sich ausrichten soll:

Neben den bereits im Frieden wahrzunehmenden Funktionen werden den Polizeien der Bundesländer zahlreiche neue Aufgaben erwachsen. Hier sind vor allem die Bekämpfung der in labilen Zeiten stets zunehmenden Kriminalität und der Schutz wichtiger ziviler Objekte zu nennen. Auch ist mit einer erheblichen Zunahme von Amtshilfeersuchen zur Durchsetzung der verschiedenen Verteidigungs- und Vorsorgegesetze zu rechnen. Darüberhinaus sind in derartigen Situationen subversive Aktionen in Form von Aufwiegelungsversuchen (!), umfangreichen Sabotage- und Terrorakten und Bandentätigkeit zu erwarten...

Die vorhandenen Polizeikräfte des Bundes und der Länder reichen indessen nicht aus, um all jene Aufgaben wahrzunehmen, die sich in Krisenzeiten und in einem etwaigen Spannungs- oder Verteidigungsfall stellen.

Es muß deshalb Vorsorge dafür getroffen werden, daß Polizei und BGS in derartigen Lagen wesentlich verstärkt werden können. Dazu ist es erforderlich, die Möglichkeiten

einer Bestellung von Hilfspolizisten auszuschöpfen und eine Reserve aufzustellen, deren Kräfte in normalen Zeiten ausgebildet werden. Außerdem sind alle Aufgaben der Polizei fernzuhalten, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten durchgeführt werden müssen. Schließlich bedarf es eingehender Regelung, um die Zusammenarbeit zwischen der allgemeinen und inneren Verwaltung, den verschiedenen Fachbehörden des Bundes der Länder sowie der Bundeswehr mit der Polizei sicherzustellen.

Angeichts des Zeitdrucks, unter dem wir in Krisenzeiten stehen, ist es ausgeschlossen, erst in einer akuten Gefahrenlage das Erforderliche zu tun. Es gilt vielmehr, in halbwegs ruhigen, normalen Zeiten Vorsorge zu treffen. Was im Frieden unterlassen wurde, ist in einem Ernstfall nicht mehr nachzuholen.

Und noch ein Hinweis, mit welcher Stoßrichtung die Vorbereitung auf die „zivile Verteidigung“ geschehen soll: „Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall zugute. Manche Probleme sind aber noch nicht zufriedenstellend gelöst. Sie sollten entschlossen angepackt werden, damit eine mögliche Krise nicht deshalb für uns zum Verhängnis wird, weil die notwendigen Vorbereitungen für ihre Bewältigung unterbleiben“ („Die Polizei“ 1/76).

Diese Ausrichtung der Polizei auf ihre „zivilen Verteidigungs-“, sprich Bürgerkriegs-Aufgaben, ist keineswegs ganz neu. Bereits mit Aufstellung der Bundeswehr wurden auch die gesetzlichen Grundlagen für die Wiedereinführung des nach 1945 abgeschafften Zivildienstes gelegt und sein Wiederaufbau systematisch betrieben. 1957 wurden die Aufgaben erstmals im „Ersten Gesetz über Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung“ festgelegt. 1958 wurde

das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz“ eingerichtet und der alte Nazi-„Luftschutz“ praktisch wieder ins Leben gerufen. 1965 wurden besondere „Zivilschutzkorps“ eingerichtet. Seit 1968 ist der „Zivilschutz“ durch einen allgemeinen „friedensmäßigen“ Katastrophenschutz ergänzt worden (Nach: „Polizei“ 2/3/5/72). Bereits 1972 wurde

im „Weißbuch für zivile Verteidigung“ die „Vorsorge für eine wesentliche Verstärkung der Polizei im Spannungs- und Verteidigungsfall“ gefordert. „Es ist nötig, eine Reserve aufzustellen, deren Kräfte in normalen Zeiten ausgebildet werden“ („Die Polizei“ 1/76). Entsprechend brachte auch die Polizei-Akademie 1972 gehorsamst mehrere Aufrufe

zur Zusammenarbeit zwischen Polizei und Zivilschutzverbänden u.a.m. Eine solche Vorbereitung der Polizeikräfte auf den „inneren Notstand“ entspricht der seit Jahren langfristig und vorsorglich betriebenen Faschisierung des Staatsapparats. Nach Wyhl u.a. ist die Ausrichtung aber ganz entschieden beschleunigt worden.

Ebenfalls seit 1976: »Polizei-Dienst-Verordnung 100«

1976 beließen es die Innenminister nicht bei der bloßen Aufforderung durch die Akademie Hilstrup (wie noch 1972), sondern legten mit der sogenannten „PDV 100“ (Polizei-Dienst-Verordnung) eine konkrete Durchführungsverordnung, d.h. praktische Ausrichtung des Bullen-Alltags auf das neue Feindbild, die Massen-Demonstration, vor. Die „PDV 100“ faßt die Lehren aus den Groß-Demonstrationen der letzten Jahre in handfesten Handlungsanweisungen zusammen. Sie liegt auf der aktualisierten „Anti-Subversions-Linie“. „Die neue PDV 100 widmet sich in Ziffer 3.14 der Bedrohung der verfassungsmäßigen Ordnung und bezeichnet als Mittel zur Bedrohung dieser Ordnung insbesondere

- Agitation, Propaganda
- Infiltration, Subversion
- Spionage
- Sabotage
- Terror
- Bildung bewaffneter Kommando-Einheiten.

An anderer Stelle weist dieselbe Dienstvorschrift (in Ziff. 2.5.4.2.) auf die Bedeutung des *R a u m s c h u t z e s* hin, welcher erforderlich ist, wenn in einem größeren Gebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch Häufung von demon-

strativen Aktionen oder von Terror- und Sabotageanschlägen gefährdet ist“ („Die Polizei“ 12/76).

Auf einer Festrede für die Verabschiedung eines „Ratslehrgangs“ der Bullen-Akademie tönte der Vorsitzende der Innenminister-Konferenz, Neubauer, bezüglich der „zukünftigen Polizeientwicklung“: „Wir haben Bund und Ländern die Einführung der PDV 100 empfohlen und damit eine neue Vorschrift für Führung und Ausbildung der Polizeien des Bundes und der Länder in Lauf gesetzt, die erstmals einheitlich die Führungsgrundsätze und Einsatzverfahren regelt, in der auch die Erfahrungen der letzten Jahre bei Veranstaltungen, Versammlungen und anderen Einsätzen und bei größeren Schadensereignissen vermerkt sind und zugleich die Verwendung neuartiger Führungs- und Einsatzmittel, insbesondere auch den Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen im Informations- und Kommunikationssystem und in rechengesteuerten Einsatzzentralen“ („Die Polizei“ 3/76). In der neuesten Nummer des Kader-Organs wird noch einmal die Wichtigkeit dieser Verordnung von Anfang '76 hervorgehoben: „Die Innenministerkonferenz gab auf ihrer letzten Sitzung des alten Jahres für 1976 ... drei polizeiinterne Schwer-

punkte aus, welche in den folgenden zwölf Monaten von Bedeutung werden sollten. Das war zunächst die Verabschiedung der neuen PDV 100, welche die Vorschriften über Führung, Einsatz, Ausbildung und technische Mittel der Polizeien von Bund und Ländern harmonisierte und gleichzeitig zu einem Selbstverständnis (!) in den Polizeien bei Ausbildung und Einsatz geworden ist“ („Die Polizei“ 1/77 – „Das Polizeigeschehen des Jahres '76 im Rückblick“).

Zum Charakter der „PDV 100“, nach der die Polizei gegen Großdemonstrationen wie in Brokdorf vorgeht:

„Demonstrative Aktionen sind zielgerichtete Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, um in Belangen, die für die Bevölkerung von Interesse sein können, eine Aussage in der Öffentlichkeit zu machen. Hintergründiges Ziel ist dabei auch die Beeinträchtigung der Funktionsabläufe des öffentlichen Lebens“.

„Polizeiliches Ziel ist, die Aktionen zu unterbinden und die Aufforderungen in ihrem Inhalt unwirksam zu machen, indem die Bevölkerung zu gesetzeskonformem Verhalten angehalten wird“.

Einzelheiten zu PDV 100 und Übungen, siehe Anhang

Gegenwärtige Kernpunkte der bürgerkriegsmäßigen Ausrichtung:

Im Bürgerkriegs-Programm der „Zivil-Schützer“ sowie in der PDV 100 werden unter „Abwehr der Subversion“ drei Kernpunkte für die geforderte Ausrichtung benannt, die auch das Bild der Brokdorfer Ereignisse bestimmt haben:

1. Durchdringung der Bevölkerung mit einem Spitzel-Netz.

„Wesentliche Voraussetzung für die Abwehr der Subversion ist es, frühzeitig die organisatorischen, personellen und materiellen Vorbereitungen der Gegenseite zu erkennen und ihrer Infiltrations- und Spionagetätigkeit entgegenzuwirken. Diese Aufgabe stellt sich den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Da sie keine Maßnahmen exekutiver Art wie Festnahmen, Durchsuchungen usw. vornehmen dürfen, arbeiten sie eng mit der Polizei zusammen, auf Bundesebene mit dem Bundeskriminalamt, auf Landesebene mit den für politisch motivierte Straftaten zuständigen Dienststellen der Kriminalpolizei. Enge Kontakte bestehen auch zwischen der Verfassungsschutzbehörde und den beiden anderen Nachrichtendiensten ...“ Aufgabe der „Verfassungsschützer“ ist dabei die Unterwanderung von Initiativen und Gruppen, das Ausstreuen von Gerüchten usw. In der PDV 100 werden eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen und Erfahrungen zur Durchführung der Spitzeltätigkeit im sogenannten „Vorfeld“ aufgeführt:

„Im Vorfeld kommt es generell darauf an, das polizeiliche Gegenüber zu verunsichern ...“ – dazu scheint nahezu jede kriminelle Methode recht. Diese Art von Aufrechterhaltung der „Sicherheit und Ordnung“ konnte denn auch in Brokdorf bis zum Erbrechen beobachtet werden, lange vor den Demonstrationen ebenso wie lange nachher ...

Darüber hinaus gehen sämtliche Polizeiberichte darauf aus, das Märchen einer „Unterwanderung“ der Bürgerinitiativen durch subversive „Militante“, „Chaoten“, „Terroristen“ u.a.m. in die Welt zu setzen. Die Vorbereitung für den 19.2. ist ein typisches Beispiel für diese „Vorfeld-Arbeit“.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein ließ am 18.1.77 ein angebliches „geheimes Protokoll“ der

„Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen“ veröffentlichen, womit sie beweisen will, daß die BI beabsichtigt, bei der geplanten Demonstration in Brokdorf „bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen heraufzubeschwören“. Die Regierung will laut „Frankfurter Rundschau“ „alle erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen treffen“, da es hier „um die Grundlagen der inneren Sicherheit und Rechtsordnung in unserem Land“ gehe. Wieder einmal soll hier – lange vor der nächsten größeren Auseinandersetzung – ein großer Polizei-Einsatz im Vorhinein gerechtfertigt werden.

Ohnehin versuchen sämtliche offiziellen Verlautbarungen zur KKW-Frage, den Eindruck zu erwecken, als seien die KKW's besonders anfällig für „Sabotage“, „Terror“, „Anschläge“, „krimineller Banden“. So heißt es z.B. im „Forschungsprogramm für Reaktorsicherheit“ des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft: „Über die Auswirkung von Sabotageakten – und die Möglichkeit zu ihrer Verhinderung – gibt es detaillierte Überlegungen, doch es versteht sich, daß man darüber nicht spricht“. Selbst ein „Kritiker“ der Brokdorf-Einsätze wie der Bremer Bürgermeister Koschik (SPD) läßt nebenbei die „Gefahr“ durchblicken: „Wir wissen noch nicht, welche Sicherheitsmaßnahmen nötig sind, um uns davor zu schützen,

daß die gefährlichen Anlagen in den Besitz Unbefugter kommen“ („Stern“).

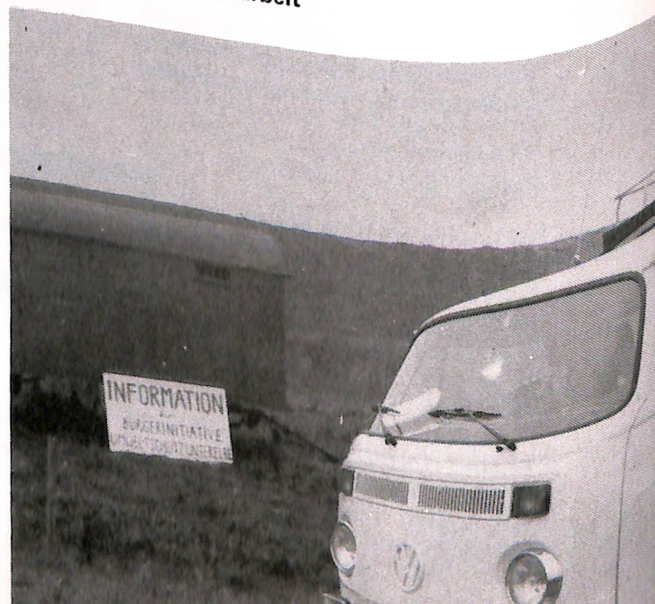
Die ganz besondere Gefahr geht selbstverständlich vom „Internationalen Terrorismus“ aus! So geisternten nach den Ereignissen von Wyhl diverse „ungeklärte“ Anschläge auf KKW-Anlagen durch die bürgerliche Presse. Unter anderem wurde der Anschlag eines angeblichen anarchistischen Kommandos „Puig-Antich“ im Mai 1975 auf das im Bau befindliche KKW Fessenheim (Frankreich) breitgetreten. Im August folgte ein zweiter Anschlag. Jetzt wurde das Kommando mit der „Bretonischen Autonomistenbewegung“ und allerlei anderen „dunklen Umtrieben“ in Verbindung gebracht ... An anderer Stelle hieß es nach einer Geiselaktion durch eine südmlukische Minderheiten-Gruppe in Holland: „Drohte Atomzentren Gefahr? Holland schließt Katastrophe durch Terroristen nicht aus“.

Mit dieser Propaganda soll die Empörung von der eigentlichen Gefährlichkeit der KKW's auf deren Gegner abgelenkt werden. Schwachstelle der Bourgeoisie dabei ist: Wenn sie die Gefahr von Sabotageakten zu sehr aufbaut, kriegt auch ihr Märchen von der „sicheren Atomenergie“ zwangsläufig Risse! Diese Schwachstelle kann von den KKW-Gegnern gut genutzt werden.



oben : VS - Spitzel am 30.10.76
mitte : VS im Anrücken
unten: VS - „Vorfeldarbeit“

oben: VS-Spitzel
unten: Tonbandaufnahmen im Auftrag der Atomenergie am 13.11.76



Spitzel fotografiert Anti-AKW-Parole

Anschlag auf eine Uran- aufbereitungsanlage in Frankreich

Limoges, 14. Nov. (Reuter) Grosser Schaden hat ein Bombenanschlag auf die Uranaufbereitungsanlagen der französischen Atomenergiekommission in Limoges am Sonntag angerichtet. Menschen kamen nach Angaben in der Zeitung "Kreuz" nicht zu Schaden. Auch s...

Uran-Mine durch Anschlag stillgelegt

16.11. PARIS (dpa) Die Protestaktionen von Kraftwerkgegnern in Deutschland fanden...

Bomben-Anschlag auf Uran-Anlage

LIMOGES, 14. November (Reuter). Ein Bombenanschlag auf die Uranaufbereitungsanlage der französischen Atomenergiekommission in Limoges angerichtet. Menschen kamen nach Angaben in der Zeitung "Kreuz" nicht zu Schaden. Auch s...

Sprengstoffanschlag auf ein Kernkraftwerk

Kühlmechanismus getroffen / Keine Verseuchung

PARIS, 15. August (dpa). Zum zweiten Male innerhalb weniger Monate ist ein Sprengstoffanschlag auf ein französisches Kernkraftwerk verübt worden. Nach dem Bombenanschlag auf die Anlagen von Fessenheim/Elsaß erschütterten in der Nacht zum Freitag zwei Explosionen das Kernkraftwerk Brennilis im bretonischen Department Finistère.

Bombenanschlag gegen Reaktorbau im Elsaß

„Mando Meinhof—Puig Antich“ übernimmt Verantwortung / Geringer Sachschaden

(ddp). Nur ge- Wochen- Bom- werden soll. In einem anonymen Telefonanruf bei einer Lokalzeitung übernahm ein bisher unbekanntes „Kommando Meinhof-Puig Antich“ die Verantwortung für den Anschlag auf den Reaktorbau im Elsaß. Putzfrau berichtete, sie habe am Samstag gegen zehn Uhr einen Mann gesehen, der einen Koffer mit sich führte.

Drohte Atomzentren Gefahr?

Holland schließt Katastrophe durch Terroristen nicht aus

Von unserem Korrespondenten Hermann Bleich
5. Januar. Während der letzten beiden Jahre hatten einen Geis...

Eisenstangen, rote Fahnen, maskierte Gesichter

Chefreporter Michael Jeannée begegnete in Brokdorf „alten Bekannten“

Brokdorf, 14. 11. Sie bilden den Kern der Widerstandskämpfer. Sie rennen, lenken und organisieren. Es geht nicht um den Gewinn, sondern um die Sicherheit der Bevölkerung.

Angriff auf Atomkraftwerk

VARBERG (AP). In der Nähe des im Aufbau befindlichen Kernkraftwerkes Ringhals an der schwedischen Westküste teilte die Polizei am Wochenende mehr als 25 Kilogramm Sprengstoff sicherheitshalber mit. Die Polizei teilte mit, dass es sich um einen Versuch handelte, das Atomkraftwerk zu zerstören.

Atomkraft-Gegner legen Bombe

In der Nähe eines im Aufbau befindlichen Kernkraftwerkes an der schwedischen Westküste hat die Polizei am Wochenende mehr als 25 Kilogramm Sprengstoff sichergestellt. Eine Bombe wurde kurz zuvor in einem anonymen Brief an die Polizei übergeben.

2. Gewinnung para-polizeilicher Hilfskräfte,

„Außerordentlich wichtig ist die Abwehr der Infiltrations- und Zersetzungstätigkeit, der Spionage für den Bereich von Industrie und Wirtschaft. Wie Vorkommnisse in jüngster Zeit gezeigt haben, sind die Betriebe schon heute das Ziel extremistischer Aktivitäten. Vom Bundesverband der Deutschen Industrie, vom Deutschen Industrie- und Handels- und von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wurde deshalb eine „Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft“ eingerichtet, die heute ihren Sitz in Bonn hat. In den Ländern sind vier regionale Stellen vorhanden. Die Bemühungen dieser Organisationen und der Sicherheitsbevollmächtigten in den Betrieben, ein Mehr an Sicherheit zu gewährleisten, gilt es zu unterstützen.“

In diesem Zusammenhang wird von den Polizei-Ideologen auf die zunehmend schwerer werdende Aufgabe des „Objektschutzes“ verwiesen.

In der PDV 100 heißt es dazu lapidar:

„Die Zusammenarbeit mit Selbstschutzeinheiten ist anzustreben“. Und: „Die PDV 100 geht überhaupt davon aus, daß die Polizei Objektschutzaufnahmen zu treffen hat, so weit die Verantwortlichen dazu selbst nicht imstande sind, wenn bei besonderen Aktionen Gefahren für Betriebe, Gebäude oder Anlagen zu erwarten sind“ („Die Polizei“, 7/76).

In Brokdorf beeilte man sich, diese Anforderungen zu erfüllen und die Zusammenarbeit zwischen Bullen, Katastrophenschutz und Werkschutz zu erproben. Geradezu keck ist die neueste Ausgabe der Polizei-Schulungs-Zeitung in dieser Hinsicht: Dort wird zwar — zwei Monate nach den Ereignissen — peinlichst jedes Wort über den Einsatz in Brokdorf vermieden (wie übrigens in der ganzen Bullenpresse), stattdessen aber:

„Lag der Ausgabe kommentarlos ein umfangreicher Prospekt über Schulungs- und Nachschlage-Literatur bis hin zu Handanweisungen zum Komplex „Zivile Verteidigung heute“ bei; Herausgeber eben jene „Zivil-Schutz“-Akademie in Bonn, die seit Anfang 76 die Bullen massiv auf die Bürgerkriegs-Aufgaben vorbereitet; gab die Polizei-Führung einem Herrn Dieter Kusch, Geschäftsführer des „Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V.“ die Gelegenheit, in einem umfangreichen Artikel „Das Wach- und Sicherheitsgewerbe heute“ eine augenzwinkernde Rechtfertigung des Brokdorfer „Werkschutz“-Einsatzes zu liefern: „Wenn trotz der umfassenden gesetzlichen Reglementierung der Ausübung des Wach- und Sicherheitsgewerbes bisweilen unter den Unternehmern (1) oder ihren Beschäftigten ein „schwarzes Schaf“ auftaucht, so liegt das in der Regel an einer zu laschen Anwendung oder — auch das gibt es — mangels Kenntnis der bestehenden Gesetze an der Nichtanwendung der gewerbe-rechtlichen Sondervorschriften durch die zuständigen Behörden.“

Über solches Geschwätz hinaus bekräftigt auch dieser Artikel den seit Anfang 76 offensichtlich obligaten Treueschwur auf die Subversions-Fibel: „Die Notwendigkeit der Kooperation mit allen Sicherheitsproduzenten“ ist längst zum allgemeinen Gedankengut geworden, nicht nur in diesem Gewerbe, sondern auch bei der Polizei... Nach Feststellungen des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. bestehen regelmäßige, gute Kontakte zwischen den Wach- und Sicherheitsunternehmen einerseits und den kriminalpolizeilichen Beratungsstellen sowie den Landeskriminalämtern andererseits. Der Bundesverband selbst steht mit den genannten polizeilichen Institutionen ebenso im Meinungsaustausch wie mit dem Bundeskriminalamt und der Polizei-Führungs-Akademie.“

„Diese Zusammenarbeit funktioniert, sie kann und muß aber noch verbessert werden.“ „Kommentar“ der Polizeiakademie Hilstrup zum „Werkschutz“-Einsatz in Brokdorf siehe Anhang

3. Einübung von Lagezentren

Das heißt, Einübung einer einheitlichen Führung für den komplexen Einsatz unterschiedlicher Kräfte unter einem zentralen örtlichen Kommando, im Fall Brokdorf unter dem Kommando Stoltenberg/Titzck. Die Schaffung funktionsfähiger Lagezentren wurde bereits im „Programm Innere Sicherheit“ 1972 als der nächste Schritt der Polizei-„reform“ gefordert, der der erfolgten Zentralisierung, Computerisierung, Spezialisierung (neue GeStaPo) und materiellen wie personellen Aufrüstung zu folgen habe. Dazu heißt es noch mal in der

„Leistungsbilanz“ („Innere Sicherheit im Rechtsstaat“) von 1975: „Entscheidungen im Bereich der Inneren Sicherheit setzen insbesondere bei komplexen Geschehnissen eine genaue Kenntnis der Lage voraus. Es ist deshalb notwendig, jederzeit einen Austausch von aktuellen Informationen und Hintergrundwissen zu gewährleisten. Daher müssen alle Innenminister funktionsfähige Lagezentren einrichten“ (93).

Mit diesen Maßnahmen soll in Entsprechung zur Zentralisierung beim BKA eine Dezentralisierung mit dem Ziel durchgeführt werden, für die polizeilichen Aufgaben „vor Ort“ „bürgernah“ und „flexibel“ agieren zu können, indem sämtliche örtlichen „Sicherheitskräfte“ von zivilen bis militärischen Leitstellen, einschließlich Justiz sowie alle Kräfte der Bundeszentrale (BKA/BGS/Geheimdienste u.a.m.) und die diversen Länder-Polizei-Reserven andererseits einem einheitlichen örtlichen Kommando zur Verfügung stehen.

In der PDV 100 klingt das so: „Die Polizei muß sicherstellen, daß sie von geplanten Störaktionen frühzeitig Kenntnis erhält. Dazu ist es erforderlich, daß Aufklärungs- Observations- und Nachrichtendienste eng zusammenarbeiten. In Vorbesprechung ist der Polizeieinsatz mit dem für die betroffenen Objekte Verantwortlichen rechtzeitig zu koordinieren...wichtig ist auch die Kontaktpflege mit der Justiz“ (PDV 100).

Im großen Stil wurde die Einrichtung eines solchen Lagezentrums bereits bei Durchführung der Olympischen Spiele in München 1972 geübt. Seit Ende 74 liegen die Münchner Erfahrungen ausgewertet als Anleitung für die Durchführung von polizeilichen Großmanövern vor (Martin, „Die polizeiliche Vorbereitung von Großveranstaltungen“, Boorberg Verlag).

In München war die Einsatzleitung des „Katastrophenschutzes“ zwar schon im Polizeipräsidium mit untergebracht, insgesamt aber noch nicht fest in das Lagezentrum eingegliedert. In der Münchner Auswertung wird seine Eingliederung gefordert. Gerade diese Eingliederung der diversen „zivilen“ Hilfskräfte — bis hin zu dem erforderlichen Heer von Spitzeln — ist offenbar neben der allgemeinen Kooperationsübungen (Bund/Land, Bullen/BGS, u.a.) das gegenwärtige Hauptziel bei der Einübung von Lagezentren.

Gliederung der Verkehrsleitzentrale

Das Organigramm zeigt die hierarchische Struktur der Verkehrsleitzentrale Bayern. An der Spitze steht die Verkehrsleitzentrale Bayern - Leitung -, die mit dem Polizeiführungsstab und der Obersten Baubehörde verbunden ist. Die Verkehrsleitzentrale Bayern ist in drei Hauptbereiche unterteilt: den Bereich Verkehrsführung, den Bereich Verkehrslage und den Bereich Verkehrsteilnehmer. Der Bereich Verkehrsführung umfasst die Verkehrszentrale München, die Verkehrsleitstelle München und die Verkehrsleitstelle Nürnberg. Der Bereich Verkehrslage umfasst den Verkehrslageraum, die Lageoberbeamten, Lagebeamten und Funkgesprächsmelder, die Verkehrslagemeldestelle Süd und die Landesmeldestelle, die Redaktion B3/Sendestudio, die ADAC, die Verkehrswacht und die Funkstelle. Der Bereich Verkehrsteilnehmer umfasst die Bundesmeldestelle, den Sender, die ADAC-Information, die Verkehrsteilnehmer, die Laukw.-Einsatzgruppen in den VA 1-5 und die Funkstelle. Die Verkehrsleitzentrale Bayern ist in fünf Verkehrsabschnitte unterteilt: Verkehrsabschnitt 1, Verkehrsabschnitt 2, Verkehrsabschnitt 3, Verkehrsabschnitt 4 und Verkehrsabschnitt 5.

```
graph TD
    VLZ[Verkehrsleitzentrale Bayern - Leitung -]
    PFS[Polizeiführungsstab]
    OB[Oberste Baubehörde]
    VZM[Verkehrszentrale München]
    LPP[Leiter Polizei Vertr./Pressestelle SB Innendienst]
    SB[SB]
    By[By]
    VA[VA]
    Ufr[Ufr.]
    Mfr[Mfr.]
    NbOpf[Nb/Opf.]
    Ob[Ob.]
    Sch[Sch.]
    Laukw[Laukw.]
    SBM[SB = Sachbearbeiter]
    ByM[By = Bayern]
    VAM[VA = Verkehrsabschnitt]
    UfrM[Ufr. = Unterfranken]
    MfrM[Mfr. = Mittelfranken]
    NbOpfM[Nb/Opf. = Niederbayern/Oberpfalz]
    ObM[Ob. = Oberbayern]
    SchM[Sch. = Schwaben]
    LaukwM[Laukw. = Lautsprecherwagen]
    VL[Verkehrslageraum]
    LOB[Lageoberbeamter]
    LB[Lagebeamte]
    FKM[Funkspr./Melder]
    VLM[Verkehrslagemeldestelle Süd]
    LL[Landesmeldestelle]
    RBS[Redaktion B3/Sendestudio]
    ADAC[ADAC]
    VW[Verkehrswacht]
    BM[Bundesmeldestelle]
    S[Sender]
    ADACI[ADAC-Information]
    VT[Verkehrsteilnehmer]
    LE[Verkehrslage]
    E[Verkehrsführung]
    VA1[Verkehrsabschnitt 1]
    VA2[Verkehrsabschnitt 2]
    VA3[Verkehrsabschnitt 3]
    VA4[Verkehrsabschnitt 4]
    VA5[Verkehrsabschnitt 5]
    F1[Funkstelle]
    F2[Funkstelle]
    F3[Funkstelle]
    F4[Funkstelle]
    F5[Funkstelle]

    VLZ --- PFS
    VLZ --- OB
    VLZ --- VZM
    VLZ --- LPP
    VLZ --- VL
    VLZ --- LOB
    VLZ --- LB
    VLZ --- FKM
    VLZ --- VLM
    VLZ --- LL
    VLZ --- RBS
    VLZ --- ADAC
    VLZ --- VW
    VLZ --- BM
    VLZ --- S
    VLZ --- ADACI
    VLZ --- VT
    VLZ --- LE
    VLZ --- E
    VLZ --- VA1
    VLZ --- VA2
    VLZ --- VA3
    VLZ --- VA4
    VLZ --- VA5
    VLZ --- F1
    VLZ --- F2
    VLZ --- F3
    VLZ --- F4
    VLZ --- F5
```

```

graph TD
    BM[Bayerischer Staatsminister des Innern] --- ILZ[Informations- und Lagezentrum]
    BM --- LR[Landesreserven]
    BM --- LGE[Leiter des Gemeinsamen Einsatzes]
    LGE --- PFM[Polizeiführungsstab München]
    PFM --- KEZ[Kripo-Einsatz-Zentrale]
    PFM --- VZ[Verkehrs-Zentrale  
(ortl. Verkehr)]
    PFM --- HL[Hubschr-Leitstelle]
    LGE --- ULV[Unterbringungs- und Versorgungsstab]
    LGE --- VLZ[Verkehrsleit-zentrale Bayern  
(überörtl. Verkehr)]
    VLZ --- BL[Bayer. Landesamt für Verfassungsschutz]
    VLZ --- BLK[Bayer. Landeskriminalamt]
    VLZ --- PPM[Polizei-präsidium München]
    PPM --- S[S]
    PPM --- K[K]
    VLZ --- LPD[Landes-polizei Direktion Oberbayern]
    VLZ --- DGB[Direktion der Bayer. Grenzpolizei]
    VLZ --- BPP[Bayer. Polizei-Verwaltungsamt]
    VLZ --- PNA[Polizeiabteilung Nord]
    VLZ --- PO[Polizeiabteilung Ost]
    VLZ --- PS[Polizeiabteilung Süd]
    VLZ --- PW[Polizeiabteilung West]
    VLZ --- PV[Polizeiabteilung Verkehr]
    VLZ --- PED[Polizeiabteilung Ergänzungsdienste]
    VLZ --- PF[Polizeiabteilung Funkstreife]
    VLZ --- POly[Polizeiabteilung Olympiapark]
    VLZ --- IGZ[I. Grenzschutzabteilung]
    VLZ --- IIGZ[II. Grenzschutzabteilung]
    VLZ --- IBP[Bereitschaftspolizeiabteilung Bayern]
    VLZ --- IBGP[Bereitschaftspolizeiabteilung Bayern]
    VLZ --- BPNW[Bereitschaftspolizeiabteilung Nordrhein-Westfalen]
    VLZ --- BHS[Bereitschaftspolizeiabteilung Hessen]
    VLZ --- BNR[Bereitschaftspolizeiabteilung Niedersachsen/Rheinland-Pfalz]
    VLZ --- BWW[Bereitschaftspolizeiabteilung Baden-Württemberg]
    VLZ --- HSG[Hubschraubergruppe-Polizei]
  
```

Direktion der Bayerischen Bereitschaftspolizei
Unterbringungs- und Versorgungstab.

Tages-Verpflegungsplan

für Mittwoch 30. August 1972 für die Polizeiverstärkungskräfte

Mittwoch, 30. August 1972

Morgenkost

Gramm/Stück

a) Morgenkost

| | |
|----------------------|-----|
| Büdnäheffee oder | 7,5 |
| Tee schwarz | 2 |
| Butter | 25 |
| Fruhkstuhswurst (73) | 40 |
| Ei gekocht | 1 |
| Konfitüre | 30 |
| Brötchen | 2 |
| Bauernbrötschitten | 200 |
| Kondensmilch | 20 |
| Zucker | 24 |

b) Brötchen als Einsatzverpflegung
je nach Verwundung des Einsatzziellers
am Vormittag oder Nachmittag

Inhalt

| | |
|---------------------------------|-----|
| Bayerische Bierwurst | 125 |
| Knackebrot | 1 |
| 1 Rolle Fruhkstuhksecke Tourist | 50 |
| Frischobst | 100 |

Mittagskost*

Gramm/Stück

| | |
|---------------------|-----|
| Spargelsuppe*) | 20 |
| Rahmbraten | 180 |
| Salzkartoffeln | 300 |
| Mischsuppe | 250 |
| Heidelbeer-Cocktail | 250 |
| Zutaten | |
| Planzenfett | 10 |
| Margarine | 10 |
| Sauerrahm | 10 |
| sonstige Zutaten | |

Nachmittagsgetränk

Tee mit Zitronensaft

Abendkost

Gramm/Stück

| | |
|-----------------------|--------|
| Aufschnitt (5 Sorten) | 180 |
| Sahneschnittkase 60 % | 62 1/2 |
| Tomaten | 20 |
| Butter | 25 |
| Bauernbrötschitten | 200 |
| Tee schwarz | 2 |
| Zucker | 24 |

* In mehreren Tagen wird statt Suppe
Kartoffel gedient.

„Frühstückskekse Tourist“ – auch das gehört zur Vorbereitung des „inneren Notstandes“

Die Strategie der „Zivil-Verteidigung“, die PDV 100, die Münchner Erfahrungen sind seit ihrer Empfehlung durch die Innenminister der Länder Anfang 1976 in der Bullen/BGS-Propaganda und -Schulung (einschließlich diverse Seminare usw. von vorn bis hinten erläutert und in Planübungen, sowie konkreten Übungen durchgespielt worden, so daß sie auch dem dümmsten Bullen verständlich sind.) Dabei reduziert sich polizeiliches Handeln entsprechend der Mentalität der Bullen auf festgelegte schematische Abläufe, die eingehalten werden und durchlaufen werden müssen, wenn der Staatsapparat mehr will, als nur blind zuzuschlagen. Dies sind im wesentlichen die Phasen, nach denen sich auch die polizeilichen Maßnahmen in Brokdorf unterscheiden lassen.

1. Vertrauensbasis zur Bevölkerung herstellen
2. Aufstellen von Organisations- und Einsatzmappen
3. Einrichten von Karteien
 - 3.1. zum Erfassen von Objekten (Banken, Sparkassen u.ä.)
 - 3.2. zum Erfassen von gefährdeten Personen und evtl. dazugehörender Objekte
 - 3.3. zum Erfassen von ggf. zu schützenden Objekten (Botschaften, Konsulate, Flughäfen u. ä.)
 - 3.4. zum Erfassen von Objekten,
 - 3.4.1 von denen eine Gefahr ausgehen kann (Chem. Werke, Kernereanlagen u.ä.)
 - 3.4.2 deren Zerstörung Gefahren auslöst (Wasser-, Gas-, Stromversorgung, Abwasseranlagen, Verkehrsbetriebe, fernmeldetechnische Anlagen u.ä.)
4. Einsatzplan für evtl. Raumschutz
5. Festlegen von Informationswegen
6. Auswerten von Erfahrungsberichten und sonstigen Unterlagen
7. Beobachten des Vorfelds der Kriminalität
8. Beobachten des Vorfelds der Verkehrsentwicklung
9. Verbindung zu Behörden, Hilfsdiensten u.ä.
10. Betriebsklima

1. Informationsbeschaffung
2. Erste Vorbesprechung
3. Vorgesetzte Stellen unterrichten (falls erforderlich)
4. Verbindung zu anderen Behörden und sonst. Einrichtungen
- 4.1. Verbindung zu benachbarten Kräften
- 4.2. Verbindung zum polizeilichen Gegenüber
5. Vorbefehle
6. Karten, Pläne, Foto- und Filmmaterial vom Einsatzort
7. Beurteilung der Rechtslage
- 7.1. Rechtliche Unterweisung der Beamten
- 7.2. Motivation der Beamten
8. Beurteilung der Lage mit Entschluß
- 8.1. Kräfteberechnung einschl. Führungs- und Einsatzmittel
- 8.2. Durchführungsplan
- 8.3. Einsatzorganisation
- 8.4. Festlegen von Informationswegen (ggf. Kommunikationsplan)
- 8.5. Beweissicherung und Dokumentation
- 8.6. Besichtigung des Einsatzraums
- 8.7. Versorgungslage
- 8.8. Feste oder bewegliche Befehlsstelle
9. Öffentlichkeitsarbeit
10. Erarbeiten des Befehls (evtl. Einzelbefehle und besondere Anordnungen)
11. Einsatzbesprechung

Immerhin muß in der „Vorbereitungszeit“ eine „Lagebeurteilung und Kräfteberechnung“ gemacht werden, aufgrund derer die Einsatzbefehle und „Heranziehung benachbarter Kräfte“ in Gang gesetzt werden muß.

„Zu den benachbarten Kräften wird Verbindung hergestellt, soweit diese mitwirken müssen. Handelt es sich um besondere Fachrichtungen

— Daß es sich in der Bullenplanung schließlich immer um den Einsatz von Befehlsempfängern handelt, wird



Von einem Stein schwer getroffen: ein Polizist. Kameraden helfen ihm.



Mitten in dem Pulk der Demonstranten einer der Steinwerfer. Ihm schien sein unverantwortliches „Spiel“ sogar noch Spaß zu machen.

Roter Terror in Hamburg: Steine, Flaschen, Knüppel

30 Verletzte, darunter zehn Polizeibeamte — das ist die blutige Bilanz der Kundgebung in Hamburgs Stadtmitte, bei der 6000 demonstrierten.

Als 500 mit Holzknüppeln und Flaschen bewaffnete „Politrocker“ vom Kommunistischen Bund das HEW-Kundenzentrum am Gerhart-Hauptmann-Platz stürmen wollten, setzte die Polizei einen Wasserwerfer ein. Darauf bombardierten Schlägertrupps die Beamten mit faustgroßen

Steinen, die sie in Einkaufsstützen mitgebracht hatten.

Hamburgs SPD beschloß gestern auf einer Klausur-Tagung, daß Brokdorf erst weitergebaut werden dürfe, wenn die Endlagerung der ausgedienten Brennstäbe geklärt ist.

Montag, 24. Januar 1977

Panorama

Brokdorf-Demonstration: Wasserwerfer in der City

Polizei: HEW-Kundenzentrum sollte gestürmt werden

schon Hamburg — Durch den Einsatz eines Wasserwerfers beendete die Polizei am Sonntagabend eine Anti-Brokdorf-Demonstration in der Hamburger Innenstadt.

Nachdem rund 6000 Demonstranten gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerkes an der Unterelbe friedlich mit Plakaten protestiert hatten, soll sich — so die Polizei — eine Gruppe von 200 bis 300 Demonstranten „zusammengerottet“ haben, um das HEW-Kundenzentrum in der Mönckebergstraße zu beschädigen. Dabei seien Polizisten mit Farbbeuteln, Obst und

Eiern beworfen worden.

Die Polizei drängte, unter Einsatz des Wasserwerfers und Einsatz von Schlagstöcken, die Demonstranten zum Hauptbahnhof ab-

Fritz Störin, der Sprecher der Hamburger Bürgerinitiative, erklärte hingegen: „Nach dem Schluß der Kundgebung drängte die Polizei die vielen Menschen völlig unbegründet in Richtung Hauptbahnhof ab.“

Störin selbst kam ins Gedränge: „Ich bekam einen Polizeiknüppel über den Kopf. Die Wunde mußte genäht werden.“ Der Sprecher erklärte, die Bür-

gerinitiativen haben keinen Sturm auf das HEW-Kundenzentrum geplant, „obwohl dies ein Leichtes gewesen wäre, denn das Gebäude war völlig ungeschützt.“

Störin zur MORGENPOST: „Wir haben inzwischen Beweise, daß in Brokdorf auch nach dem gerichtlich verfügten Baustopp weitergearbeitet wird. Auch gibt es Hinweise, daß die Kieler Landesregierung noch vor dem endgültigen Gerichtsbeschluß über Brokdorf die zweite Teilbaugenehmigung erteilen wird.“



Hamburg, Mönckebergstraße: Wasserwerfer im Einsatz!

Selbst die „Hamburger Morgenpost“ schreibt, wie es wirklich war



in Hamburg führte die Polizei am 23.1.77 unter dem Vorwand des Schutzes des „HEW-Kundenzentrums“ vor „militanten Chaoten“ z.T. völlig sinnlose Manöver durch, z.B. wurden Karstadt und andere Kaufhäuser, Einkaufspassagen u.a.m. provozierend abgeriegelt, wurde der Hauptbahnhof zum Schauplatz tobender Bullen, wurde ein ganzer S-Bahn-Zug (!) brutal geräumt (um einen „Störer“ zu fangen), wurde der Abschluß-Kundgebungsplatz mit mindestens einer Hundertschaft geräumt — obwohl sich nur noch Passanten darauf befanden, die einkaufen wollten etc. Der einzige Sinn, dieser Manöver besteht offenkundig darin, die Bevölkerung gezielt zu terrorisieren, um die Stimmung gegen „Chaoten“, „Radikale“ etc. als angebliche Ursache der Unruhe aufzuheizen.

Das ist ein geplanter Spaltungsversuch der ANTI-AKW-Solidarität im Rahmen der aktualisierten Bürgerkriegstaktik des Staatsapparates.

Zu den nebenstehenden Bildern: „Morgenpost“ ist dieselbst der sozialdemokratischen „Morgenpost“ ist diesmal zuzunehmen, daß das Polizeivorgehen eine Provokation ist.

Bei der „Bild“ aber schlug z.B. die Absicht der Polizeiführung voll durch.



daran deutlich, daß sogar ihre Uniformpflege noch umsichtig organisiert werden muß! Wer's nicht glaubt: „Auch eine Bügelzentrale ist zur Erhaltung des Ansehens der Uniform zweckmäßig“. In München konnten „mit acht eingearbeiteten Kräften mit dieser Einrichtung täglich vier Hundertschaften versorgt“ werden. — Au we, das gibt Probleme in Brokdorf. Da muß die Wäsche nicht nur gebügelt, sondern auch getrocknet werden...

Fehler in der „Lagebeurteilung und Kräfteberechnung“, mangelnde Vorbereitungszeit etc. müssen diesen komplizierten, trotz aller „Reformen“ durch und durch bürokratischen und schwerfälligen Apparat, notwendigerweise empfindlich behindern.

»Durchführung«

Die Taktik der Polizei-Aktion trägt nach PDV 100 dem zunehmend sich

entwickelnden Charakter von Kundgebungen, unter anderem als Massenkundgebungen Rechnung. Anders als in der APO-Zeit wird die „Leberwurst-Taktik“ in der Regel nur dann angewandt, wenn es vorher gelungen ist, die „Militanten“ von den „friedlichen“ zu spalten; anders als früher rechnet die Polizeiführung heute damit, daß die Demonstrationen „Interessen der Bevölkerung“ berühren.

In der Regel geht ihre Taktik darauf aus: 1. die Masse verwirren und verunsichern; 2. die „Störer“ isolieren; 3. die „unbeteiligte Masse“ zur „Einhaltung der Gesetze“ veranlassen und Demo auflösen; 4. von der Masse isoliert die „Störer“ zusammenschlagen und als Verbrecher diffamieren.

Zur Durchführung gehört auch die Bewältigung eines umfangreichen technischen Apparats, insbesondere die Bedienung der INPOL-Netze. Dieser Apparat ist technisch und personell (Spezialisten) äußerst anfällig.

Die »Nachbereitung«

„Die Nachaufsicht ist erforderlich, um nach einem Einsatz die Normalisierung zu überwachen und Störungen zu verhindern. Neben Voraufrichtsmaßnahmen („Verfassungsschutz“ und andere) kommen dazu — Aufklärung — Objektschutz — Überprüfung verdächtiger Personen — Überwachen von Örtlichkeiten, von denen Gefahren ausgehen — Auflösen von Versammlungen — verkehrspolizeiliche Maßnahmen“.

Insgesamt scheinen die Bullen nach diesem Schema noch nicht so recht zu spüren, so daß besonders seit Ende '75/Anfang '76 die Bullen-Presse zu ca. 50 % mit derartigen Übungsanweisungen gepflastert ist. Typisch heißt es am Schluß der „Biblis-Übung“: „Abschließend betone ich, daß eine gründliche Vorbereitung günstige Voraussetzungen für das Gelingen von Einsätzen schafft. Dazu gehört aber auch, daß das notwendige reibungslose Zusammenarbeiten durch zielgerichtete Übungen kontrolliert und verbessert wird“.

Brokdorf hat auch die gegenwärtigen Schwächen der Bourgeoisie gezeigt

Die Bourgeoisie hat in Brokdorf ihr Ziel, „den Bauplatz zu sichern“ planmäßig durchgesetzt und gleichzeitig eine der größten Bürgerkriegsübungen durchgezogen. Sie ist darüber hinaus in der Lage, für weitere Demonstrationen in Brokdorf bisher nicht eingesetzte Kräfte zu mobilisieren. Ein „militärischer“ Sieg über die Festungsbewacher ist unter den gegebenen Umständen und beim gegebenen Entwicklungsstand der Anti-KKW-Bewegung nicht möglich. Andererseits hat Brokdorf politische Schwächen der Bourgeoisie offenbart, die durch keinen militärischen Kraftakt ihrerseits zu beheben sind — und wenn sie auch alle übrigen KKW-Bauplätze in Festungen verwandelt.

1. Die politische Spaltung der Anti-KKW-Bewegung ist ihr bisher nicht gelungen. Angesichts des Polizeiterrors war noch größere Solidarität unter den Demonstrationsteilnehmern das Ergebnis. Zugleich rief dies größte Polizei-Manöver der letzten Jahre über die unmittelbar beteiligten Demonstranten hinaus eine breite Solidaritätsbewegung hervor. Die „Chaoten“-Hetze hat den erhofften Spaltungseffekt bisher nicht erzielen können. Alle bisherigen Ereignisse haben vielmehr sichtbar gemacht, daß die Führungskräfte der Bourgeoisie politisch für solche Konfrontation noch nicht genügend geschult sind, zumindest aber nicht genügend bereits geschulte Kräfte zur Verfügung stehen.

Undifferenziertes Vorgehen bei den Polizei-Einsätzen und bei den Straßen-Absperrungen (so wurden z.B. die Bauern nicht durchgelassen, die Futtermittel u.ä. transportierten), hat dem Polizei-Apparat zusätzliche „Minuspunkte“ im öffentlichen Bewußtsein eingetragen.

Offenbar waren manche Bullen-Führer auch nicht in der Lage, ihre Manschaften zu „motivieren“. Nach unterschiedlichen Meldungen soll es diverse Weigerungen gegeben haben, sich in Brokdorf einsetzen zu lassen.

Die Bemühungen um den Kader-Nachwuchs und das ständige Einpeitschen von Groß-Übungs-Plänen seit Ende 75/76 sprechen ebenfalls

eine klare Sprache. Zwar ist das ehemalige Polizei-Institut Hilstrup zwischen zur Polizei-Führungs-Akademie aufgerückt und massiv ausgebaut worden, trotzdem scheint das mit der Ausbildung noch nicht so ganz geklappt zu haben. Dafür waren die politischen „Schnitzer“ in Brokdorf doch zu stark.

2. Das politische Klima für den offenen Einsatz von SA-ähnlichen Hilfsbullen sowie für die Heranziehung von Teilen der Bevölkerung unter dem Vorwand des „Katastrophenschutzes“ zu hilfspolizeilichen Aufgaben ist nicht sehr günstig für die Bourgeoisie. Selbst in ihren eigenen Reihen hat die Polizei dazu Widersprüche. So meinte der GdP-Vorsitzende Schirrmeister, man könne sich zwar täglich einen gelungenen Banküberfall leisten, aber nicht einen einzigen Sabotageakt gegen ein KKW. Seine Schlußfolgerung: An den KKW's müßten starke Polizeikräfte — und zwar etwa in Revierstärke — stationiert werden. Weiterhin sei es in Zukunft nicht mehr angebracht, so wichtige Aufgaben wie die Sicherung von KKW-Anlagen privaten Wachdiensten usw. zu überlassen. (Informationen nach NDR II, „Kurier am Mittag“, 14.1.77).

In der demokratischen Öffentlichkeit entwickelt sich gerade heute angesichts der Berufsverbote-Praxis u.a.m. zunehmende Kritik an der staatlichen Praxis, den „Bürger“ mehr und mehr zu bespitzeln und zur Denunziation anzuhalten.

3. Dem Aufbau der „Lagezentren“ sind nach wie vor föderale Grenzen gezogen. Außerdem wird er durch bestehende juristische „Bedenken“ behindert. Die geforderte „Mobilität“ und „Bürgernähe“, insbesondere das Zusammenspiel zwischen zivilen und polizeilich-militärischen Behörden wird zwar angestrebt, aber ist noch keineswegs reibungslos eingespielt. Darüber hinaus ist der Aufbau eines „ad hoc-Lagezentrums“ wie in Brokdorf, speziell der Aufbau der Festung, an einen nach wie vor schwerfälligen bürokratischen Apparat gebunden. In Brokdorf — trotz Anlaufzeit lange vorher — brauchte die Bourgeoisie von der Baugenehmigung bis zur tatsächlichen Sicherung der Festung immerhin 1 1/2

Wochen — ganz zu schweigen von der notwendigen Vorbereitungszeit.

Es ist zwar eine Tatsache, daß eine solche Festung „militärisch“ heute von der Anti-KKW-Bewegung nicht genommen werden kann; andererseits ist sie nicht autonom. Das heißt, sie ist in ihrer Logistik abhängig von der Umgebung und insbesondere der umwohnenden Bevölkerung. Entsprechend „störanfällig“ ist die ganze Anlage. Jede Heranführung von Reservekräften ist weiterhin sichtbar und kann (auch zum Schutz von Demonstranten oder operierenden Gruppen) durch Sperren etc. behindert werden.

Aus der Analyse der Ereignisse folgen unserer Meinung nach einige Erkenntnisse:

1. Der Kampf gegen die politische Spaltung innerhalb und außerhalb der Bewegung ist die Grundvoraussetzung jeder weiteren Entwicklung der Bewegung. Insbesondere die Entlarvung der Sabotage-Hetze als Ablenkungsmanöver von der tatsächlichen Katastrophen-Politik der Bourgeoisie sowie entschiedener Kampf gegen alle Versuche, die Bevölkerung zu Spitzel- und Denunziantendiensten gegen die KKW-Gegner zu mißbrauchen. Durch politische Auseinandersetzung in den eigenen Reihen muß verhindert werden, daß irgendwann isolierte Stellvertreter-Kämpfe von einer militanten Minderheit geführt werden, ohne daß die Energien der Masse der KKW-Gegner aktiv zum Einsatz kommen.

2. Jede Bereitschaft der Massen zum aktiven, auch militanten Kampf gegen das KKW in Brokdorf — und auch anderswo — muß von uns unterstützt werden, aber ohne daß wir uns von der Bourgeoisie Kampfformen, Ort und Zeit vorschreiben lassen. — Wir müssen aktiv dazu beitragen, daß nach dem Motto „Schafft zwei, drei, viele Brokdorf“ Kampfformen entwickelt werden, die nicht nur die Kraft einzelner, sondern die Kraft einer Masse von Menschen für die Verhinderung des Atomprogramms der Bourgeoisie ins Feld führt.

Im Gegensatz zu den Bullen liegt die Stärke der Anti-KKW-Bewegung in ihrer politischen Überzeugungskraft und in der Flexibilität einer zigttausend-köpfigen Masse von Menschen.

Einzelheiten zu PVD 100 - Übungen, siehe Anhang



ANZEIGE — LP mit Liedern gegen Kernkraftwerke

Zu bestellen bei
Verlag ARBEITERKAMPF

Jerchenstr. 75,
2000 Hamburg 50

- Seite 1
1. STURM
Text und Musik H.P. Lassen
 2. ES KLAPPERT DAS KRAFTWERK
Text H.P. Lassen, Musik trad.
 3. KEIN KKW IN BROKDORF
Text und Musik K. Hochhuth
 4. STOLTENBERG-LIED
Text und Musik H.P. Lassen
 5. GUSTAV KUHLE
Text P. Möck, Musik H. Eisler
 6. DAS LIED DER SARGTISCHLER
Text und Musik H.P. Lassen
 7. HÜBSCH UND FEIN
Text H.P. Lassen, Musik trad.

- Roter Kaktus
Roter Kaktus
Druckknöpfe
Roter Kaktus
Hamburger Straßentheater
Roter Kaktus
Roter Kaktus

- Seite 2
1. DIE FRANKENSTEINBALLADE
Text und Musik M. Iven
 2. GESICHTER
Text P. Möck
 3. EVAKUIERUNG
Text und Musik K. Hochhuth
 4. WEHRT EUCH!
Bearbeitung K. Wefel
- Bei den Stücken vom Roten Kaktus spielten Musiker von Oktober mit.
Aufgenommen haben wir am 14./15. Januar 77 in den Räumen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), Hamburg. Bei Pressung und Vertrieb der Platte hat uns der Verlag Arbeiterkampf solidarisch unterstützt.

- Michael Iven
Hamburger Straßentheater
Druckknöpfe
IfK

...und schon meldet sich Dregger

Dr. Dregger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Innere Sicherheit und Öffentlicher Dienst sollen Gegenstand meines Diskussionsbeitrags sein.

Zur Sicherheitspolitik enthält die Regierungserklärung nur wenige Aussagen. Völlig ausgespart werden Fragen, die nicht aktuell scheinen, wie solche eines inneren oder äußeren Notstandes. Daß sie auch in unserem Lande nicht außerhalb der Realität liegen, mag die Aussage des Präsidenten des Hamburger Verfassungsschutzamtes aus den letzten Tagen illustrieren. Er sagte:

Sollten sie — gemeint sind kommunistische Gruppierungen wie KB, KPD/ML und KBW — zu unprovokiertem Terror übergehen, um ihre Ziele zu erreichen, dann könnten wir diese Aktivitäten mit unseren bisherigen Kräften nicht mehr in den Griff bekommen.

Hier haben zehntausend Fanatiker ihr ganzes Vermögen und ihre ganze Arbeitskraft ihrer Partei zur Verfügung gestellt. Leute, die jahrelang davon reden, daß alle Macht aus den Gewehrläufen kommt, werden eines Tages auch zur Gewalt übergehen.

Der erste Punkt, dem ich mich zuwenden möchte, sind Ausbildung und Ausrüstung der Polizei. Die gewalttätigen Demonstrationen in Frankfurt haben Mängel sichtbar gemacht, die auf unzureichender Ausbildung der Polizei für einen derartigen Einsatz beruhen. Die Folge war

Kritik an der Polizei, vorsorglich auch vom eigenen Präsidenten geübt, aber keine Konsequenzen für eine verbesserte Ausbildung.

Auch die Ausrüstung der Polizei entspricht immer weniger den Bedürfnissen eines Notstandes. Maschinenpistolen oder gar Handgranaten und leichte Maschinengewehre werden mit gespielter oder echter Entrüstung abgelehnt. Daß sich aber Terroristen und andere Verbrecher immer mehr mit solchen Waffen ausrüsten, wird aus Torheit oder aus anderen Gründen übersehen.

1923 konnte noch ein Zug bayerischer Gendarmerie den Zug zur Feldherrnhalle stoppen — mit entsprechender Bewaffnung, versteht sich. In Preußen und in Bayern gab es voll einsatzbereite kasernierte Polizeitruppen. Heute gibt es nichts dergleichen. Die Bereitschaftspolizei der Länder ist Ausbildungsstation für den Einzeldienst. Auszubildende sind aber für den Einsatz in Krisensituationen denkbar ungeeignet.

Und der Bundesgrenzschutz? Auch er wird umgerüstet und abgerüstet. Ein großer Teil seiner Beamten ist für den Verbandseinsatz nicht verfügbar. Die Ausbildung ist immer weniger auf den Notfall, auf den Einsatz als Polizeitruppe ausgerichtet.

Unsere europäischen Nachbarländer sind da realistischer. In Italien stehen als Polizeitruppe in enger Verbindung mit der Armee die Carabinieri zur Verfügung. Frankreich be-

sitzt die hervorragend ausgebildete und ausgerüstete Gendarmerie mobile. Großbritannien setzt auch in inneren Krisensituationen gleich die Armee ein.

Das ist nicht unser Weg. Unsere Notstandsverfassung hat den Einsatz der Bundeswehr im Innern mit Recht von sehr engen Voraussetzungen abhängig gemacht. Wir könnten uns ihren Einsatz im Inneren auch kaum leisten, da das die äußere Verteidigungskraft schwächen würde, auf die es gerade in inneren Krisensituationen ankäme.

So erfreulich und anerkennenswert die Leistungen der Bundeswehr bei der Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen waren: Daß wir schon bei einer Waldbrandkatastrophe auf den Einsatz der Bundeswehr angewiesen waren und dadurch erhebliche militärische Kräfte gebunden wurden, ist besorgniserregend. Ich frage: Ist die Bundesregierung bereit, den Bundesgrenzschutz in Bewaffnung, Ausbildung und Ausrüstung wieder mehr auf Krisensituationen vorzubereiten? Eine weitere Frage: Wie ist es um den Werkschutz bestellt? Genügen bei Kernkraftwerken bescheidene Auflagen? Was geschieht, wenn sich mehrere Brokdorfs gleichzeitig ereignen und auch in Betrieb befindliche Kernkraftwerke in gewalttätige Demonstrationen einbezogen werden?

aus:
Plenarprotokoll 8/9 des Deutschen Bundestages vom 21. Januar 1977

Droht ein neuer Faschismus?

Gesamt- und Detailfragen der in dieser Broschüre dargestellten Faschisierung von Staat und Gesellschaft

Aus dem Inhalt:

Droht ein neuer Faschismus?

Droht ein neuer Faschismus — Refaschisierung von 1945 — Jagd auf «Terroristen» und «Radikale» — Täglicher Terror in der BRD — «Innere Sicherheit»: Polizei, Geheimdienst, Werkschutz, Militär — Sonderkommandos der Polizei, eine neue GeStaPo — CIA in der BRD — Folterforschung und Folterlehrgang — «Innere Sicherheit»: Klassenjustiz — Musterentwurf für ein bundeseinheitliches Polizeigesetz — Nazis werden gesetzlich geschützt.

CDU/CSU und offene Faschisten

SS-Verbände, auch 1975 faschistischer Vortrupp — Vierte Partei, Wahlkampfhelfer für die CDU/CSU — Paramilitärische Organisationen, bewaffnete Hilfsgruppen des Staatsapparates — Polizei prügelt für die NPD

Faschisten mit linker Maske

Kommunisten und die deutsche Wiedervereinigung — Mit Faschisten diskutieren?

Chronologie der Refaschisierung seit 1945

290 Seiten Format A5 DM 9,50

Zu Einzelfragen:

MEK-Broschüre: Justiz legitimiert Todeskommandos der neuen GeStaPo

In Ergänzung zum aktualisierten Konzept der Bürgerkriegsausrichtung als gegenwärtige Phase der Polizei-«Reform» wird die 1. Phase (Ausbau und neue GeStaPo) deutlich

90 Seiten Format A4 DM 2,50

Kampf dem Antikommunismus — 20 Jahre KPD-Verbot

Diese Broschüre zeigt den Versuch der Bourgeoisie auf, mit dem KPD-Verbot von 1956 und der «Anti-Terrorstrategie» heute jede demokratische und linke Politik im Keim als kriminell zu ersticken, während Faschisten wieder aufgepöppelt werden.

56 Seiten Format A5 DM 2,50

Darüberhinaus:

Schleswig-Holstein, «braun durchdrungen»

«Braune Umtriebe» war immer schon die Hauptparole der Reaktion

50 Seiten Format A4 DM 2,00

CDU-Broschüre: «Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion»

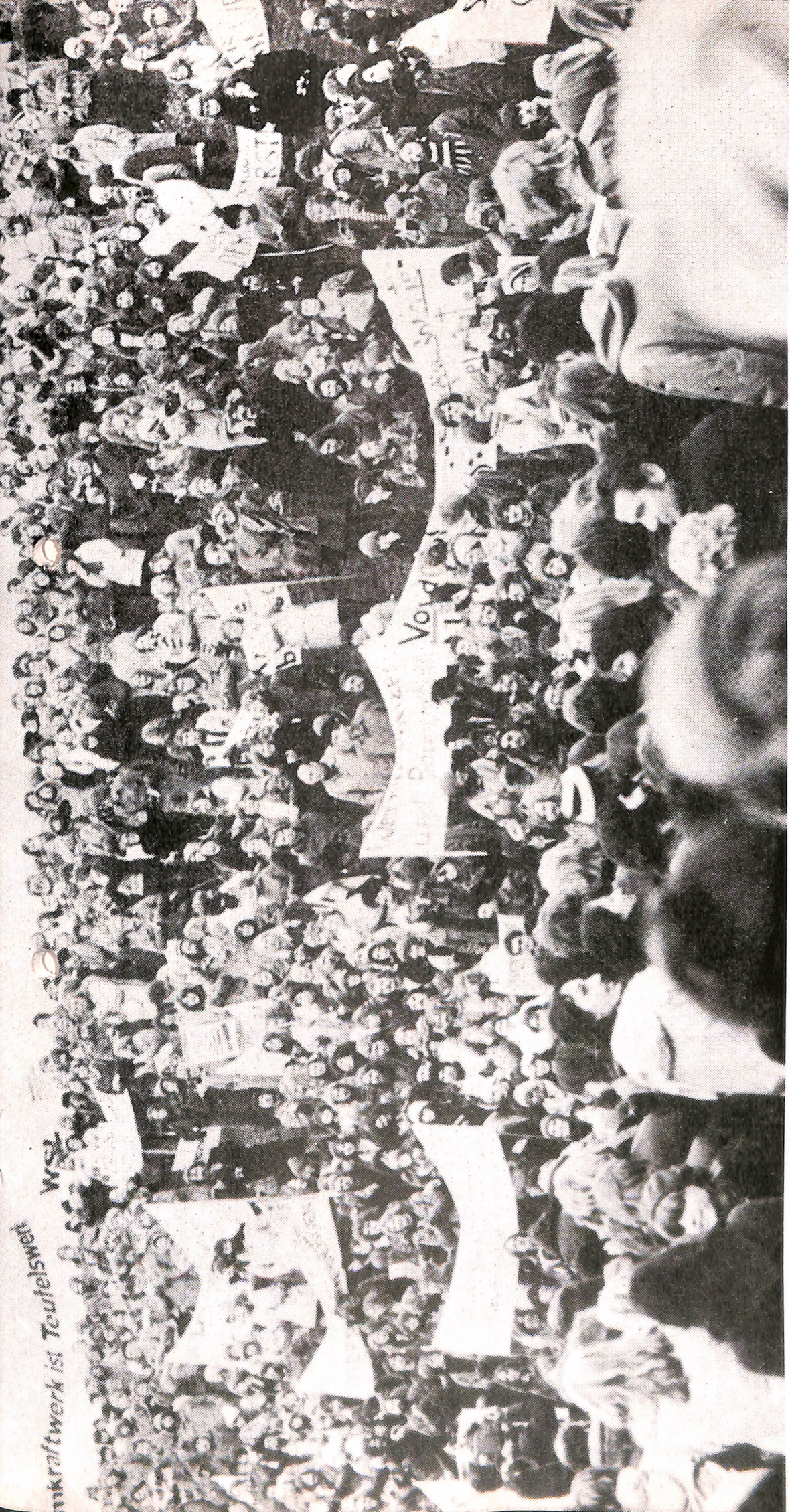
40 Seiten Format A4 DM 3,00

Verlag Arbeiterkampf, J. Reents, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50

Aus Bullensicht: Blick aus der Festung am 13.11.76

4 Seiten zum Raustrennen ▶

WST
Ankraftwerk ist Tautelsweit



Wir kommen wieder und dann sind wir noch mehr!



Elbe

Zeichenerklärung

- Verkehrsnetz**
- E 4 10 Autobahn; im Bau; Parkplatz
 - 10 Autostraße, mit und ohne Mittelstreifen
 - E 4 10 Europa-; Bundesstraßennummer; Fernstraße, 6 m oder breiter
 - Hauptstraße (IA), 6 m oder breiter
 - Nebenstraße (IB), 4–6 m
 - Fahrweg (IIA), befestigt
 - Fahrweg (IIB)
 - Feld- und Waldweg (III)
 - Fußweg, Pfad
 - Straßen-; Eisenbahntunnel
 - Bl (station Banegård) Vollspurige Bahn, mehrgleisig
 - Hp (half, Trinbræt) Vollspurige Bahn, eingleisig
 - Schmalspurige Bahn
 - Straßen- oder Wirtschaftsbahn
 - Zahnrad-; Seil- oder Schwebebahn

Grenzen

- Staatsgrenze (Reichsgrenze 1937)
- Landesgrenze
- Regierungsbezirksgrenze
- Stadt- bzw. Landkreisgrenze
- Truppenübungsplatzgrenze

Topographische Einzelzeichen

- Damm, Deich: befahrbar; nicht befahrbar
- Einschnitt; Bäume entlang von Straßen
- Hochspannungsleitung über 100 kV
- Kirche, eintürmig; zweitürmig; als Trig. Punkt
- Friedhof; Kapelle; Bildstock, Gipfelkreuz
- Denkmal; Leuchtturm
- Wasser-; Schiffs-; Windmühle; Windrad
- Höhle; Brunnen; Wasserbehälter
- Mauerreste; Ruine; Tankstelle
- Funkturm; Turm; als Trig. Punkt
- Schornstein: frei; im Gebäude; als Trig. Punkt
- Bergwerk: in Betrieb; außer Betrieb
- Bruchfeld
- Försterei; Kilometerstein
- Mauer, Zaun
- Hecke; Steinriegel
- Kleiner Wall mit Hecke (Knick); ohne Hecke
- Hervorragender Baum
- Steinbruch; Grube
- Zellplatz; Sprungschanze; Sportplatz
- Trig. Punkt mit Höhenzahl; Höhenpunkt



67. JAHRGANG
NUMMER 7
8. JULI 1976

EINZELPREIS DM 8,00

DIE POLIZEI

ZENTRALORGAN FÜR DAS SICHERHEITSWESSEN
MIT BEITRÄGEN AUS DER POLIZEI-FÜHRUNG UND -PRAKTIK

Über die Ethik
in der Polizei-Praxis

Die polizeiliche Bewältigung von
demonstrativen Aktionen
(Sonderausgabe)

- aus rechtlicher Abwägung
- aus taktischer Sicht
- verschiedene Einsatz-
konzeptionen
- im Sinne der neuen PDV 100

Ton-, Bild- und optische Geräte
im polizeilichen Einsatz

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN · BONN · MÜNCHEN

Das Bürgerkriegs-Konzept

(aus »Die Polizei« 1/76)

»Die Grundlagen der zivilen Verteidigung«

Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, *Präsident der Akademie für zivile Verteidigung in Bonn-Bad Godesberg

A. Die Funktionen des modernen Staates

Jeder Staat – gleichgültig auf welcher Gesellschaftsordnung er beruht – hat drei Funktionen zu erfüllen:

1. An erster Stelle steht seine Ordnungsfunktion. Jedes menschliche Gemeinwesen bedarf einer Ordnung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse. Hierzu gehören – die Abgrenzung der Rechte zwischen Staat und Bürger,
- die Ordnung der Staatsverwaltung und
- alle Aufgaben hoheitlicher Verwaltung.

In diesem Zusammenhang ist auch die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu nennen. So haben die Sicherheitsbehörden Aufgaben der Gefahrenabwehr wahrzunehmen, Störungen der öffentlichen Ordnung zu beseitigen und mit Strafe bedrohte Handlungen zu erforschen und zu verfolgen.

Neben die Ordnungsfunktion ist in den letzten 100 Jahren in ständig wachsendem Maße als zweite Staatsfunktion die Daseinsvorsorge getreten. Sie zielt auf die Verwirklichung des Gemeinwohles und die Förderung des allgemeinen Wohlstandes.

Die starke Vermehrung der Bevölkerung seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts, die Zusammenballung vieler Menschen auf engstem Raum und die Spezialisierung nahezu jeder Arbeit sind die Ursachen, die ein umfassendes System staatlicher und kommunaler, wirtschaftlicher und sozialer Planungen, Maßnahmen und Leistungen unerlässlich machen. Es möge genügen, in diesem Zusammenhang die Leistungen der öffentlichen Hand

- zur Versorgung der Bevölkerung,
- im Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen,
- für das Gesundheits- und Sozialwesen,
- auf dem Bildungs- und Erziehungsgebiet sowie
- im kulturellen Bereich

zu nennen. Neben diesen beiden Funktionen der Wahrung der Ordnung und der Daseinsvorsorge steht die Erhaltung der Sicherheit als dritte Staatsfunktion.

Der Staat hat

- seinen Bestand und seine Grundordnung zu sichern,
- seine Handlungsfähigkeit zu wahren

- sowie
 - Leben, Freiheit und Eigentum seiner Bürger zu schützen.
- Diese Schutz- und Sicherheitsfunktion obliegt
- nach innen: den Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei, dem Verfassungsschutz und der Justiz;
 - nach außen: der auswärtigen Politik und
 - im engeren Verteidigungsbereich: der militärischen und zivilen Verteidigung.

Bei der Behandlung von Sicherheitsfragen gerät man nun allzu leicht in die Versuchung, nur diese eine Funktion des Staates zu sehen. Daraus erwächst dann die Gefahr einer falschen Akzentsetzung. Diese Gefahr vergrößert sich dadurch, daß unsere Öffentlichkeit daran gewöhnt ist, Sicherheit als vorwiegend militärisches, allenfalls noch als außenpolitisches Problem aufzufassen.

In Wahrheit stehen aber Ordnungs-, Vorsorge- und Sicherheitsfunktionen in einer ständigen Wechselbeziehung zueinander und durchdringen sich gegenseitig. Die Sicherheitspolitik umfaßt daher heute einen sehr viel größeren Bereich.

Diese Verflechtung der Funktionen wird am klarsten sichtbar, wenn man sich vor Augen hält, daß jede erforderliche Sicherheitspolitik die Erhaltung der inneren Stabilität unseres Landes voraussetzt.

B. Die Bedeutung der inneren Stabilität¹

Kein Staat der Welt, dessen innere Strukturen labil oder zerrüttet sind, kann eine wirksame Außenpolitik betreiben und eine effektive Verteidigung aufbauen. Schwäche im Innern bedeutet stets auch Ohnmacht nach außen.

Die innere Stabilität ist von einer Reihe von Faktoren abhängig:

1. An erster Stelle ist hier die politische Stabilität zu nennen.

Wie die Erfahrungen der Weimarer Republik gelehrt haben, setzt die politische Stabilität zunächst eine tiefgehende Verwurzelung des demokratischen Gedankens in unserer Bevölkerung voraus.

Darüber hinaus erfordert sie ein gewisses Maß an Übereinstimmung zwischen den großen staatstragenden Parteien in den Lebensfragen der Nation. Dies gilt für die Verteidigung demokratischer Prinzipien gegen links- und rechtsradikale Gruppen, die unsere Staats- und Gesellschaftsordnung in Wahrheit ja nicht verändern, sondern beseitigen wollen. Es gilt aber auch für die Übereinstimmung in den Grundzügen unserer Sicherheitspolitik.

Schließlich kann von politischer Stabilität keine Rede sein, wenn ein Land über keine handlungsfähige Regierung und eindeutige parlamentarische Mehrheiten verfügt, wie etwa ein Blick auf Italien zeigt.

2. An zweiter Stelle steht die psychologische Stabilität.

Ihr Kernproblem ist die Entwicklung eines echten Selbstbehauptungswillens. Dazu gehören:

- die Bejahung unserer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung und
- die Bereitschaft, für Frieden, Freiheit und Recht einzutreten und diese Werte gegen Feinde von innen und außen zu verteidigen.

Die bloße Absage an staatsfeindliche Tendenzen reicht heute nicht mehr aus. Wir brauchen vielmehr die Herausstellung der positiven Werte unserer Grundordnung. Nur wenn sich unsere Bevölkerung dieser Werte bewußt ist, wird sie bereit sein, für ihre Verteidigung auch Opfer zu bringen.

Ohne dieses Bewußtsein gibt es keinen echten Selbstbehauptungswillen und ohne diesen ist keine Verteidigungsbereitschaft denkbar.

Angesichts einer Reihe bedenklicher Prozesse in den letzten Jahren liegt hier eine große Aufgabe, vor allem für unser Erziehungs- und Bildungswesen vor uns.

3. An dritter Stelle steht die wirtschaftliche Stabilität.
- Eine florierende Volkswirtschaft ist das unentbehrliche Fundament unserer Si-

¹ Eichstädt, Ulrich, geb. 23.5.1925 in Danzig, Studium der Rechtswissenschaften und der Geschichte an der Technischen Hochschule Danzig und den Universitäten Königsberg, Posen und Göttingen

1947 Promotion zum Dr. jur.,
1951 Promotion zum Dr. phil.,
1947 – 53 Tätigkeit in der niedersächsischen Justiz
1953 Mitarbeit am Institut für Europäische Geschichte in Mainz
1953 – 67 Verschiedene Verwendungen im Bundesministerium des Innern
ab 1967 Grundsatzreferat für zivile Verteidigung
ab 1967 Präsident der Akademie für zivile Verteidigung

² vgl. zum folgenden Aufsatz des Verfassers »Entspannung, Sicherheit und zivile Verteidigung«, in »Zivilverteidigung« Nr. 2/73, S. 11 ff., insbesondere S. 16 f.

cherheit. Nur sie gestattet die Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Gewährleistung unserer Versorgung. Sie muß hohe Überschüsse abwerfen, damit wir die erforderlichen Devisen für Einfuhren an Nahrungs- und Futtermitteln sowie Rohstoffen verfügbar haben und außerdem die ausländischen Arbeitnehmer bezahlen können, die unser Arbeitskräftepotential verstärken.

Unsere Wirtschaft ist in hohem Maße import- aber auch exportabhängig, wie zuletzt die Nahost-Krise 1973/74 gezeigt hat. Diese Abhängigkeiten und die Struktur unserer Volkswirtschaft machen uns verwundbar und setzen die Bundesrepublik Deutschland leicht Erpressungsmanövern aus, wenn wir nicht auf wirtschaftliche Stabilität achten. Diese Stabilität spielt aber auch für die Aufbringung der erforderlichen Haushaltsmittel zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben und damit auch der Verteidigungsaufwendungen eine ganz außerordentliche Rolle.

4. An vierter Stelle ist die soziale Stabilität zu nennen.

Sie wird weitgehend von der wirtschaftlichen Stabilität bestimmt. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß Rückschläge in der Wirtschaft zu Arbeitslosigkeit und damit leicht zu sozialer Unzufriedenheit führen, die ihrerseits den Keim zur politischen Radikalisierung in sich birgt. Die durch die augenblickliche Wirtschaftsrezession bedingte Arbeitslosigkeit bereitet uns daher Sorgen.

Aber die soziale Stabilität ist auch von gesellschaftspolitischen Fragen abhängig. Es ist deshalb wichtig, daß offene soziale Probleme gelöst werden.

5. Als fünfter und letzter Faktor ist die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung und die Wahrung von Gesetz und Recht zu nennen.

Kein Staat, der

- von inneren Unruhen,
- von sozialen Kämpfen,
- von revolutionären Umtrieben oder
- von Terror und Gewaltkriminalität geschüttelt wird, verfügt über eine solide Basis für seine Sicherheitspolitik.

Dies gilt in normalen Zeiten, erst recht aber in Krisenlagen.

6. Würdigung

An diesen fünf Faktoren wird die eminente Rolle der inneren Stabilität deutlich. Man muß sich dabei vergegenwärtigen, daß ihre Erhaltung eine nahezu rein zivile Aufgabe ist. Der Auftrag der Bundeswehr zielt ja auf die Bewahrung der äußeren Sicherheit. Auch erlaubt das Grundgesetz ihren Einsatz im Innern nur im äußersten Notfall und nur in beschränktem Umfang.

So verstanden, ist daher die Innenpolitik ein entscheidender Bestandteil der Sicherheitspolitik.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Erhaltung der inneren Stabilität die unabdingbare Voraussetzung für jede wirksame Außen- und Verteidigungspolitik ist.

C. Ziele und Elemente der deutschen Sicherheitspolitik

I. Die Zielsetzung unserer Sicherheitspolitik

Die Ziele unserer Sicherheitspolitik sind in den verschiedenen Weißbüchern und Regierungserklärungen der letzten Bundesregierungen unmißverständlich umrissen.

Wichtigste Aufgabe der deutschen Politik ist es danach², den Frieden zu bewahren, Freiheit, Unabhängigkeit und Unversehrtheit der Bundesrepublik Deutschland zu behaupten und jenen Handlungsspielraum zu erhalten, den wir zur Weiterentwicklung unserer freien Lebensform und zur Selbstentfaltung benötigen.

Ausgehend von der Erhaltung unserer inneren Stabilität, beruht unsere Sicherheitspolitik auf drei Elementen³ – Es sind dies

- die Festigung des Friedens durch Überwindung des Ost-West-Gegensatzes,
- das Bemühen um die Begrenzung und Kontrolle der Rüstungen aller Staaten und
- die Mitwirkung an der Aufrechterhaltung eines stabilen Gleichgewichts der Kräfte.

II. Entspannungspolitik und Rüstungsbegrenzung

Die Politik der Entspannung hat den Abbau von Gegensätzen zum Gegenstand. Je erfolgreicher sie ist, um so geringer wird die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes. Angesichts der Erfahrungen zweier Weltkriege und der ungünstigen Wehrstruktur der Bundesrepublik kann keinem Volk der Welt mehr an der Bewahrung des Friedens gelegen sein, als dem unsrigen.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, sind aber auch Fortschritte in der deutschen Frage nicht ohne eine Entspannung zwischen Ost und West erreichbar.

Ebenso sind wir an dem Erfolg einer Rüstungsbegrenzung vor allem interessiert, um die Risiken eines militärischen Konfliktes einzuschränken und um die Gefährdung der Zivilbevölkerung zu vermindern.

Dabei gilt es aber zu beachten, daß alle diese Bemühungen nicht zu Lasten unserer Sicherheit gehen dürfen. Sie müssen vielmehr in Einklang mit der Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Kräfte stehen.

III. Die Aufrechterhaltung des Kräftegleichgewichts

Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen zur Entspannung zwischen Ost und West wächst nun die Zahl derer, die meinen, daß die Entspannungspolitik weitere Verteidigungsanstrengungen entbehrlich mache.

Die westliche Öffentlichkeit neigt dazu, politische Entspannung für sich allein als Sicherung des Friedens zu betrachten, während die Sowjets sie als Strategie zur Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung mit dem Westen ansehen und gleichzeitig ihren eigenen Machtbereich abschirmen.⁴ Wer Entspannungspolitik wünscht, aber auf Anstrengungen zur Sicherheit verzichten will, unterliegt einem fundamentalen Irrtum, Entspannungspolitik kann nur von einer Basis der Sicherheit aus geführt werden, denn Entspannung läßt sich nicht auf Spekulationen über einen Wandel der politischen Zielsetzung der Gegenseite aufbauen.⁵ Der Verzicht auf die eigenen Machtmittel führt zur Schwäche. Schwäche führt aber zu keiner Entspannung, sondern letztlich zur Unterwerfung. Entspannung gibt es daher nur auf der Grundlage eines Gleichgewichts der Kräfte.

Dies ergibt sich schon aus der einfachen Überlegung, daß die Entspannung Zugeständnisse beider Seiten erfordert. Wir können aber keine Zugeständnisse erwarten, wenn die andere Seite eine mögliche Schwäche unsererseits ausnutzen kann. Es wäre daher töricht, auf Entspannung auszugehen und dabei die Sicherung der eigenen Existenz zu vernachlässigen.

Die Entspannungspolitik macht daher Verteidigungsanstrengungen nicht entbehrlich, sondern setzt sie voraus. Es gilt, dies unserer Öffentlichkeit immer wieder klarzumachen, um Fehlentwicklungen vorzubeugen.

Angesichts des ständig wachsenden militärischen Potentials des Warschauer Paktes sind die Ziele unserer Sicherheitspolitik nicht erreichbar, wenn die Bundesrepublik Deutschland auf sich allein gestellt bliebe.⁶ Selbstbehauptung und Verteidigung übersteigen die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten unseres Landes.

² vgl. Weißbuch »Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland u. zur Entwicklung der Bundeswehr« 1973/74 S. 3 u. Weißbuch zur zivilen Verteidigung, S. 11.

³ vgl. Weißbuch zur zivilen Verteidigung, S. 11.
⁴ vgl. Miksche, »Das große Pokerspiel«, Hamburg, 1972, S. 7.

⁵ vgl. Grewe, »Spiel der Kräfte in der Weltpolitik«, Düsseldorf/Wien, 1970, S. 335 u. 338.

⁶ vgl. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 1971/72, S. 6; Weißbuch zur zivilen Verteidigung S. 12.

Wir sind deshalb unabdingbar auf das NATO-Bündnis, die Westeuropäische Union, aber auch auf die enge Allianz mit den USA angewiesen. Nur die USA können die nukleare Abschreckung des Warschauer Paktes garantieren. Die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa sichert dabei die Bundesrepublik in hohem Maße ab, weil jede Konfrontation in unserem Raum sofort die USA mitberührt.

Für unsere Sicherheitspolitik folgt daraus, daß die Bundesrepublik dafür Sorge tragen muß,

- in das weltpolitische Gleichgewicht der Kräfte eingeschlossen zu bleiben,
- an der Erhaltung und Stärkung der westlichen Bündnisse, zu denen auch die Europäische Gemeinschaft zählt, weiterzuarbeiten,
- das Bündnis mit den USA zu pflegen und
- nicht den Weg in die Isolierung zu gehen, wie dies etwa bei einer Auflösung der westlichen Bündnisse der Fall wäre.

Das bestehende weltweite Kräftegleichgewicht ist die wichtigste Voraussetzung für die Erhaltung des Friedens. Es garantiert die Abschreckung und damit die Verhütung eines militärischen Konfliktes, solange es keine allgemeine kontrollierte Abrüstung gibt. Im Sinne dieser Schlußfolgerung haben wir unseren Beitrag zur Erhaltung dieses Gleichgewichtes zu leisten. Dies gilt nicht allein für den militärischen, sondern auch für den zivilen Bereich.

D. Wesen und Aufgaben der zivilen Verteidigung

I. Notwendigkeit, Funktionen und Begriff der zivilen Verteidigung

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts oblag die Verteidigung eines jeden Staates im wesentlichen den Streitkräften allein. Die Beschränkung auf eine rein militärisch verstandene Verteidigung genügt jedoch den Erfordernissen unserer Zeit nicht mehr. Die Gründe hierfür liegen in der außerordentlichen Störanfälligkeit der modernen Industrieländer, dem Aufbrechen ideologischer Gegensätze und der sich in den letzten Jahrzehnten rasch weiterentwickelnden Waffentechnik.

- Wie jeder andere Staat, so muß sich auch die Bundesrepublik Deutschland
- gegen die Gefährdung oder den Verlust ihrer inneren Stabilität,
 - gegen jeden Versuch fremder Mächte, ihr durch politische oder wirtschaftliche Erpressung einen anderen Willen aufzuzwingen, und
 - gegen eine militärische Bedrohung oder einen Angriff von außen schützen.

Im Hinblick auf diese Gefahren kann die moderne Sicherheitspolitik nicht auf die zivile Komponente verzichten.

Wie die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gezeigt haben, sind wir immer wieder mit politischen Krisen konfrontiert worden, die die Gefahr eines militärischen Konfliktes heraufbeschworen haben. Diese Krisen brauchen ihre Ursachen nicht unbedingt in Europa zu haben, sondern können aus anderen Teilen der Welt auf unseren Raum überspringen.

Der Krisenbeherrschung kommt daher eine ständig wachsende Bedeutung zu.

Krisen spielen sich angesichts der modernen Nachrichtentechnik nicht im Verborgenen ab. Die Öffentlichkeit reagiert auf internationale Spannungen sehr schnell mit großer Beunruhigung, die sich über Angst bis zu Panik und Flüchtlingsbewegungen steigern kann.

Diese psychologische Labilität beeinträchtigt den Selbstbehauptungswillen und die moralische Widerstandskraft der Bevölkerung, zumal ein Gegner versuchen wird, einen derartigen Auflösungsprozeß mit allen Mitteln der Agitation und Propaganda herbeizuführen und zu fördern.

Weitere unerwünschte Konsequenzen haben wir bei der Versorgung unseres Landes zu erwarten:

- Angst- und Hortungskäufe lebenswichtiger Nahrungsmittel,
- die Verknappung von Wirtschaftsgütern, insbesondere von Mineralölprodukten, sowie
- Störungen und Unterbrechungen unseres Außenhandels, insbesondere der Importe, und
- finanzielle Transaktionen können angesichts unserer Importabhängigkeit leicht zu Versorgungskrisen führen.

Ebenso ist nicht zu übersehen, daß die rd. 4,1 Mio. Ausländer einen Unsicherheitsfaktor darstellen. Wir müssen damit rechnen, daß ein Teil von ihnen in Krisenlagen versuchen wird, in seine Heimatländer zurückzukehren. Wir haben daher mit empfindlichen Ausfällen an Arbeitskräften zu rechnen, zumal die Mehrzahl der ausländischen Arbeiter Fachkräfte sind, die nicht ohne weiteres ersetzt werden können.

Außerdem haben wir in Krisenlagen eine erhebliche Beeinträchtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch Demonstrationen und Agitation gegen unseren Verteidigungswillen, wilde Streiks zur Beeinträchtigung der Versorgung, verstärkte Spionage, beginnende Sabotage, insbesondere gegen Anlagen der Versorgungswirtschaft, des Verkehrs und des Post- und Fernmeldewesens,

- Terror und Gewaltkriminalität zu erwarten.

Die Unruhe unter den Ausländern wird eine zusätzliche Anspannung der Sicherheitslage zur Folge haben.

Mit allen diesen Erscheinungen müssen wir fertig werden. Gelingt das nicht, so steht unsere Verteidigung auf tönernen Füßen, auch ohne daß ein einziger Schuß fällt.

Im Rahmen der Krisenbeherrschung fällt daher dem zivilen Bereich eine überaus wichtige Rolle zu, wenn man etwa an die psychologische Konsolidierung, die Versorgung der Bevölkerung und der öffentlichen Bedarfsträger sowie die Erhaltung der Sicherheit und Ordnung denkt.

Führt eine Krise darüber hinaus zu einer akuten militärischen Bedrohung, so sind wir zur Herstellung unserer Verteidigungsbereitschaft gezwungen.

Da die Verteidigungsbereitschaft im Frieden nicht hoch genug ist, muß sie in Krisenzeiten gesteigert werden. Die Mittel dazu sind im militärischen Bereich die Durchführung der Mobilmachung und des Aufmarsches.

Im zivilen Bereich sind wir gezwungen, die Verwaltung, die Wirtschaft und das gesamte öffentliche Leben auf die Erfordernisse eines Verteidigungsfalles umzustellen. Die entsprechenden Maßnahmen der zivilen Planung umfassen

- die Herstellung der Reaktions- und Handlungsfähigkeit der Verwaltung,
- ihre Anpassung an die Erfordernisse der Lage,
- die Aktivierung aller Planungen zum Schutz der Zivilbevölkerung,
- die Lenkung des Wirtschaftspotentials zu seiner optimalen Ausschöpfung für Zwecke der Verteidigung und
- die Unterstützung paralleler Anstrengungen im militärischen Bereich.

Auf diese Weise kann einem Gegner der Selbstbehauptungswille des freien Westens signalisiert und ihm das Risiko eines Angriffs vor Augen geführt werden. Die Herstellung der Verteidigungsbereitschaft ist daher nicht allein ein Eskalationsmoment, sondern auch ein sehr wichtiger Faktor der Abschreckung.

Nun können wir nicht ausschließen, daß die Krisenbeherrschung versagt und wir trotz aller Bemühungen um die Erhaltung des Friedens in einen militärischen Konflikt verstrickt werden. Da der moderne Krieg seinem Wesen nach nicht allein eine Auseinandersetzung bewaffneter Streitkräfte, sondern ein Völkerringen ist, das alle Lebensbereiche umfaßt, sind auch

⁷ vgl. Aufsatz des Verfassers, „Entspannung, Sicherheit und zivile Verteidigung“, a.a.O. S. 11, insbesondere S. 17.

für den Verteidigungsfall zivile Vorkehrungen unverzichtbar.

Dies ergibt sich allein schon aus dem höheren Grad der Gefährdung der Zivilbevölkerung durch die moderne Waffentechnik. Damit gewinnt ihr Schutz eine hohe Priorität, denn jede Verteidigung verlore ihren Sinn, wenn dabei die Bevölkerung geopfert würde.

Darüber hinaus können aber militärische Konflikte heute nicht allein durch das Niederringen feindlicher Streitkräfte, sondern auch

- durch die Ausschaltung des zivilen Potentials, sei es durch Blockade, sei es durch Schläge aus der Luft,
- durch die Untergrabung der inneren Ordnung eines Staates durch subversive Aktionen und
- durch die Zermürbung der moralischen Widerstandskraft seiner Bevölkerung mit den Mitteln und Methoden der psychologischen Kriegsführung

entstehen werden.

Die zivilen Planungen und Maßnahmen müssen daher auch diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Aus allen diesen Gründen bedarf es nicht allein im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich umfassender Vorsorgemaßnahmen, ohne die die Existenz des Staates, das Leben seiner Bürger und die Effektivität der militärischen Verteidigung in Frage gestellt wären.

So ist neben die militärische die zivile Verteidigung getreten. Dies gilt nicht nur für die Bundesrepublik Deutschland, sondern auch für alle Staaten des westlichen und neutralen Auslandes, vor allem aber für die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes, die ihre Zivilverteidigung parallel zur militärischen Rüstung verstärkt ausbauen.

Militärische und zivile Verteidigung bilden demgemäß heute ein untrennbares Ganzes. Eine moderne Verteidigung ist nur als Gesamtverteidigung, d.h. als Zusammenfassung militärischer und ziviler Verteidigungsanstrengungen denkbar und sinnvoll.

Unter ziviler Verteidigung verstehen wir mithin die Summe aller Planungen und Maßnahmen nichtmilitärischer Art, die im Interesse der Krisenbeherrschung und unserer Verteidigung erforderlich sind.

Die heutige zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland hat unterschiedliche Ursprünge.

Am Anfang stand der Luftschutz, dessen Entstehungsgeschichte bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückreicht. Vor und während des Zweiten Weltkrieges wurde er stark intensiviert und nach Kriegsende aufgelöst.

Anfang der 50er Jahre knüpfte die Bundesregierung wieder an den Luftschutz an.

Später wurde dieses Gebiet dann zum heutigen Zivilschutz weiterentwickelt, der nun über den Bevölkerungsschutz hinaus auch die Aufenthaltsregelung und die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens umfaßt.

Unmittelbar vor dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO empfahl dann der NATO-Rat im Frühjahr 1955 den Mitgliedstaaten, unverzüglich mit dem Aufbau einer umfassenden zivilen Verteidigung zu beginnen. Im Hinblick auf einen möglichen Ernstfall forderte er Vorkehrungen

- zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen,
- zum Schutz der Zivilbevölkerung,
- zur Erhaltung erträglicher Lebensbedingungen in Krisen- und Kriegszeiten und
- zur Unterstützung der militärischen Verteidigung durch die zivile Seite.

Die Bundesrepublik Deutschland griff diese Empfehlungen für eine Civil Emergency Planning auf und entwickelte daraus im Laufe der Jahre die heutige zivile Verteidigung. Aufgrund eines Ersuchens des Deutschen Bundestages wurden dann im Sommer 1964 die heute noch geltenden Begriffsbestimmungen der zivilen Verteidigung festgelegt.

Wie die militärische Verteidigung ist auch die zivile Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland in das NATO-Bündnis eingebettet. Daraus resultiert die Unterteilung beider Bestandteile unserer Gesamtverteidigung in einen NATO- und einen nationalen Bereich.

II. Die Aufgaben der zivilen NATO-Verteidigung

Die zivile NATO-Verteidigung umfaßt

- den Erfahrungsaustausch und die Koordinierung der zivilen Verteidigung aller Mitgliedstaaten der Allianz,
- die Mitarbeit an Planungen für das Krisenmanagement,
- die Errichtung und Aktivierung von zivilen NATO-Kriegsbehörden und
- die Effektivierung bi- und multilateraler Abkommen der zivilen Verteidigung, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr.

Die Bewältigung dieser Aufgaben obliegt im Frieden einer umfangreichen Ausschussorganisation, in der alle Staaten vertreten sind.

So leistet die zivile Verteidigung in diesen Gremien auch einen Beitrag zur Festigung des Bündnisses und zur engeren Zusammenarbeit mit unseren Partnern.

III. Die Aufgaben der zivilen Verteidigung im nationalen Bereich

Der Schwerpunkt der zivilen Verteidigung

liegt jedoch im nationalen Bereich. Es gibt hier vier große Aufgabengebiete:

- die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt,
- den Zivilschutz,
- die Versorgung und Bedarfsdeckung und
- die Unterstützung der Streitkräfte.

1. Die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen ist von hervorragender Bedeutung, um

- politische Entscheidungen in Krisenzeiten zu treffen,
- ihren Vollzug durch die Verwaltung sicherzustellen,
- den Einsatz ziviler und militärischer Kräfte und Mittel zu lenken und
- die Versorgung von Bevölkerung und Streitkräften zu sichern.

Dieses Aufgabengebiet umfaßt

- die Sicherstellung der Gesetzgebung,
- die Aufrechterhaltung der Rechtspflege und
- der Regierungs-, Führungs- und Verwaltungsfunktionen.

Dazu gehören ferner

- die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die Polizeien, den Bundesgrenzschutz und die Verfassungsschutzbehörden sowie
- die Aufrechterhaltung der Informationsmöglichkeiten und -mittel, also des Rundfunks, des Fernsehens und der Presse.

2. Das zweite Aufgabengebiet unserer zivilen Verteidigung bildet der Zivilschutz. Er umfaßt alle Maßnahmen, die die Zivilbevölkerung vor Kriegseinwirkungen schützen und deren Folgen beseitigen oder mildern sollen. Dazu gehören

- die Selbsthilfe jedes Bürgers in Gestalt des Selbstschutzes,
- die Warnung vor drohenden Angriffen oder ABC-Einsätzen durch Sirenen,
- die Aufstellung und Ausrüstung ziviler Einsatzkräfte durch die friedensmäßigen Katastrophenschutzorganisationen mit staatlicher Hilfe,
- der Schutzraumbau in Gestalt der Instandsetzung öffentlicher Bunker, des Baus von Mehrzweckanlagen in Zusammenhang mit dem Bau von Tiefgaragen und U-Bahnen und der Förderung privater Schutzräume,
- Maßnahmen zur Aufenthaltsregelung, d. h. zur Verhinderung von un gelenkten Bevölkerungsbewegungen und zur planmäßigen Räumung besonders gefährdeter Ortschaften,

⁸ vgl. GMBI 1964, S. 325

⁹ vgl. Aufsatz des Verfassers, „Aufgaben und Begriffe der zivilen Verteidigung“, in: „Wehrwissenschaftliche Rundschau“, Nr. 6/68, S. 301 ff.

Öffentliche Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall

Reg. Dir. Wolfgang Siedschlag*, Akademie für zivile Verteidigung

Die Polizei muß sich heute mit Problemen auseinandersetzen, an die vor Jahren niemand gedacht hat. Als sich die Bundesrepublik Deutschland mit dem Terrorismus konfrontiert sah, war die Polizei auf diese Aufgabe nur unzulänglich vorbereitet. Es wurden Konsequenzen gezogen und zahlreiche Maßnahmen getroffen. Das kostete aber Zeit. Keine Zeit wird dagegen vorhanden sein, wenn wir uns eines Tages einer ernststen politisch-militärischen Krise gegenübergestellt sehen sollten. Diese Bedrohung ist ungleich größer. Versäumt sie sich dann nicht kurzfristig nachholen. Die Polizei muß sich deshalb wie der Staat in seiner Gesamtheit rechtzeitig darauf vorbereiten, eine derartige Krise zu meistern. Es ist zu begrüßen, daß diese Zeitschrift auch in der Behandlung von Fragen der zivilen Verteidigung ihre Aufgabe sieht.

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit unabdingbare Voraussetzung für die Verteidigung

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist schon in normalen Zeiten eine der vornehmsten Aufgaben des Staates. Das haben Politiker aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien während der Sicherheitsdebatten der vergangenen Monate bekräftigt. Wenn der Stellenwert der öffentlichen Sicherheit aber schon heute bei der Abwehr innerer Gefahren so hoch zu veranschlagen ist, muß dies erst recht für den Fall einer äußeren Bedrohung gelten. Dementsprechend heißt es auch im Weißbuch zur zivilen Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: »Im Spannungs- und Verteidigungsfall kommt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als einer der wesentlichen Grundlagen der zivilen und militärischen Verteidigung besondere Bedeutung zu.«¹

Nur wenn es gelingt, die öffentliche Sicherheit im notwendigen Umfang zu gewährleisten, wird die Verteidigungsbereitschaft mit der notwendigen Konsequenz hergestellt werden können. Diese Aufgabe ist von Bund und Ländern gemeinsam zu lösen.

Der Gegenseite wird es dagegen in einer politisch-militärischen Krise darauf ankommen, in der Bundesrepublik Deutschland für Unruhe und Unsicherheit zu sorgen, um die Verteidigungsanstrengungen zu beeinträchtigen. Dadurch ergeben sich im Sicherheitsbereich zahlreiche zusätzliche Probleme. Sie müssen im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Ordnung bewältigt werden.

Zuständigkeitsregelungen

Nach dem Grundgesetz sind für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit generell die Länder mit ihren Polizeien

und Verfassungsschutzbehörden zuständig. Der Bund kann in normalen Zeiten nur auf bestimmten Gebieten Befugnisse im Sicherheitsbereich wahrnehmen. Ihm stehen hierfür vor allem der Bundesgrenzschutz, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung. Außerdem sind das Amt für Sicherheit der Bundeswehr mit den Gruppen des Militärischen Abschirmdienstes, der Bundesnachrichtendienst und die Bahnpolizei zu nennen. Im Spannungs- und Verteidigungsfall erweitern sich die Befugnisse des Bundes. Für den Sicherheitsbereich sind dann die Artikel 87a, 115f, 115i und 115c GG von Bedeutung.

Gemäß Artikel 87a Abs. 3 GG haben die Streitkräfte im Spannungs- und Verteidigungsfall die Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen, soweit dies zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrages erforderlich ist. Außerdem kann den Streitkräften im Spannungs- und Verteidigungsfall der Schutz ziviler Objekte auch zur Unterstützung polizeilicher Maßnahmen übertragen werden. Dabei wirken die Streitkräfte mit den zuständigen Behörden zusammen.

Artikel 115f GG spricht der Bundesregierung im Verteidigungsfall – soweit es die Verhältnisse erfordern – das Recht zu, – den Bundesgrenzschutz im gesamten Bundesgebiet einzusetzen und – den Landesregierungen, in dringlichen Fällen sogar den Landesbehörden, Weisungen zu erteilen.

Im Verteidigungsfall sind aber auch Situationen vorstellbar, in denen die zuständigen Bundesorgane in einzelnen Teilen des Bundesgebietes – vor allem im grenznahen Raum – nicht mehr die notwendigen Maßnahmen zur Abwehr der Gefahr treffen können. Erfordert dann die Lage unabwendbar ein sofortiges selbständiges Handeln, so sind die Landesregierungen oder die von ihnen bestimmten Behörden oder Beauftragten befugt, für ihren Zuständig-

keitsbereich Maßnahmen im Sinne des Artikels 115f Abs. 1 GG zu treffen. Sie dürfen dann also auch Bundesbehörden Weisungen erteilen. Es ist dies der sogenannte Kataraktfall.

Der Artikel 115c GG gibt dem Bund im Verteidigungsfall das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung auch auf den Sachgebieten, die zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören. Im Verteidigungsfall kann ferner durch Bundesgesetz für Freiheitsentziehungen eine von Artikel 104 GG abweichende Frist festgelegt werden, höchstens jedoch eine solche von 4 Tagen für den Fall, daß ein Richter nicht innerhalb der für Normalzeiten geltenden Frist tätig werden konnte.

Die Sicherheitslage

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall wird entscheidend von der Sicherheitslage beeinflusst. Sie ist von vielen Faktoren abhängig, die man heute im einzelnen nicht voraussehen kann, so

• von der vorhandenen inneren Stabilität in politischer, wirtschaftlicher, sicherheitsmäßiger und psychologischer Hinsicht,

• vom Anlaß der Krise und

• von ihrem Verlauf.

Eine Krise kann sich langsam entwickeln und der Gegenseite vielfältige Einflußmöglichkeiten eröffnen, sie kann aber auch überraschend auftreten und schnell eskalieren. Sie kann – entsprechend geplant und vorbereitet – direkt auf den Krieg zusteuern, diesen aber auch bewußt ausschließen und den Zusammenbruch von innen anstreben. Die Abwehrmaßnahmen müssen deshalb das gesamte Spektrum einer möglichen Krisenentwicklung umfassen. Dabei werden sich die Probleme im Sicherheitsbereich nicht erst im Spannungsfall einstellen. Die vorausgehende Krisenzeit muß in alle Überlegungen einbezogen werden. Das ist auch deshalb geboten, weil die Feststellung des Spannungsfall es eine gewichtige politische Entscheidung darstellt, die im Hinblick auf ihre eskalierende Wirkung unter Umständen erst relativ spät getroffen wird.

In einer politisch-militärischen Krise wird sich die Sicherheitslage in der Bun-

* 3.6.1932 in Berlin geboren. Dort von 1951 an fast 19 Jahre bei der Berliner Polizei tätig gewesen, zuletzt als Polizeirat. Seit 1970 an der Akademie für zivile Verteidigung als Referent für das Aufgabengebiet »Öffentliche Sicherheit und Ordnung« zuständig.

– die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens und
– der Schutz von Kulturgut.
Allein Art und Umfang dieser Aufgaben lassen den Zivilschutz als ein Kernstück der gesamten zivilen Verteidigung erscheinen.

Das dritte Aufgabengebiet der zivilen Verteidigung bilden Versorgung und Bedarfsdeckung. Dazu gehören

- die Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln,
- mit Gütern der gewerblichen Wirtschaft,
- die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung,
- die Versorgung mit Elektrizität, Mineralöl, Gas und Kohle,
- die Sicherstellung des Verkehrs- und des Post- und Fernmeldewesens sowie
- die Deckung des zivilen Personal- und des Finanzbedarfs.

Das vierte und letzte Aufgabengebiet bildet schließlich die Unterstützung der Streitkräfte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese ihren Abschreckungs- und Verteidigungsauftrag nur erfüllen können, wenn die zivile Seite zur Herstellung ihrer Operationsfähigkeit und -freiheit beiträgt.

- So hat der zivile Bereich
- Personal und Material an die Streitkräfte als Mob-Ergänzung abzugeben,
 - umfangreiche Leistungen auf den Gebieten des Verkehrs- und des Fernmeldewesens zu erbringen,
 - Straßen für den Militärverkehr freizumachen und etwaige Flüchtlingsbewegungen zu unterbinden und zu lenken.
- Außerdem fallen der zivilen Seite wichtige Aufgaben bei der Versorgung der Streitkräfte und der Instandsetzung von Wehrmaterial zu.

Die militärische Verteidigung ist auf die zivile Unterstützung unverzichtbar angewiesen. Werden die militärischen Anforderungen von der zivilen Seite nicht erfüllt, so ist die militärische Verteidigungsbereitschaft in Frage gestellt, damit die Abschreckung zweifelhaft und der Friede in Gefahr.

Hier liegt also eine wesentliche sicherheitspolitische Funktion der in ihrer Bedeutung oft genug unterschätzten zivilen Verteidigung.

E. Konsequenzen für die Sicherheitsbehörden

Trotz ständig wachsenden militärischen Potentials des Warschauer Paktes gibt es z. Zt. keine akute Kriegsgefahr in Europa. Wir müssen aber ständig Sorge vor gefährlichen internationalen Krisen haben, die auch die Bundesrepublik Deutschland jederzeit in Mitleidenschaft ziehen können. In Krisenzeiten wie auch in einem

Spannungs- und Verteidigungsfall kommt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung als einer der wesentlichsten Voraussetzungen unserer Verteidigung eine besondere Bedeutung zu¹⁰. In derartigen Lagen gilt es, den Bestand der verfassungsmäßigen Ordnung zu wahren und die Sicherheit der Bürger zu schützen.

Neben den bereits im Frieden wahrzunehmenden Funktionen werden den Polizeien der Länder zahlreiche neue Aufgaben erwachsen. Hier sind vor allem die Bekämpfung der in labilen Zeiten stets zunehmenden Kriminalität und der Schutz wichtiger ziviler Objekte zu nennen. Auch ist mit einer erheblichen Zunahme von Amtshilfeersuchen zur Durchsetzung der verschiedenen Verteidigungs- und Vorsorgegesetze zu rechnen. Darüber hinaus sind in derartigen Situationen subversive Aktionen in Form von Aufwiegungsversuchen, umfangreichen Sabotage- und Terrorakten und Bändentätigkeit zu erwarten. Sofern sich die Lage weiter verschärft, bedürfen die Durchführung der militärischen Aufmarschbewegungen und die Flüchtlingslenkung der polizeilichen Unterstützung. Hinzu kommt die Mitwirkung der Polizei beim Räumen und Sperren bestimmter Gebiete und die Hilfeleistung in Schadensfällen. Soweit es sich bei diesen Aufgaben nicht um Kriegshandlungen im Sinne des Völkerrechts handelt, sondern um Gefahren für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung, ist ihre Abwehr gem. Art 91 GG in erster Linie Aufgabe der Polizei der Länder, zu deren Unterstützung auch der Bundesgrenzschutz eingesetzt werden kann. Darüber hinaus erhält die Bundeswehr mit der Feststellung des Spannungs- oder Verteidigungsfall es das Befugnis, zivile Objekte zu schützen und Aufgaben der Verkehrsregelung wahrzunehmen (Art. 87 a GG).

Anders als Bundeswehr und Bundesgrenzschutz behalten die Polizeikräfte auch im Verteidigungsfall den Status von Zivilpersonen. Sie dürfen daher nach Beginn völkerrechtlich relevanter Kampfhandlungen keine Gewalt gegenüber gegnerischen Kombattanten anwenden.

Die vorhandenen Polizeikräfte des Bundes und der Länder reichen indessen nicht aus, um alle jene Aufgaben wahrzunehmen, die sich in Krisenzeiten und in einem etwaigen Spannungs- oder Verteidigungsfall stellen.

Es muß deshalb Vorsorge dafür getroffen werden, daß Polizei und BGS in derartigen Lagen wesentlich verstärkt werden können. Dazu ist es erforderlich, die Möglichkeiten einer Bestellung von Hilfspolizeibeamten auszuschöpfen und eine Reserve aufzustellen, deren Kräfte in norma-

Zitat:

»Das Kraftfahrzeug hat uns viel Bewegungsfreiheit beschert. Es hat uns in ein Jahrhundert vervielfältigter mitmenschlicher Kommunikation über weite Räume geführt. Es ist eine Errungenschaft mit unbezweifelbaren großen Vorteilen, aber auch mit vielen verführerischen nachteiligen Einflüssen. Man denke nur an den Aufbruch der Großstadtmassen an vielen Sommerwochenenden, wenn sich ein Strom von Kraftfahrzeugen in die Naherholungsräume ergießt. Abgesehen von oft recht zweifelhaften Freizeitaktivitäten am Zielort, die sicher nicht der Entspannung oder der Erholung dienen, muß man stundenlange Fahrten in Warteschlangen unter oft äußerst problematischen atmosphärischen Verhältnissen (Hitze, Abgasdunst) als eine ausgesprochene körperliche Belastung ansehen, die medizinisch keineswegs als ein Gegenteil zur Arbeit bezeichnet werden kann.«

Prof. Dr. med. Lawrenz, Leiter des Medizinisch-Psychologischen Instituts beim TÜV Norddeutschland, in seinem Referat »Verkehrsmedizinische Probleme in Urlaub und Freizeit« auf der Arbeitstagung für Polizeiarzt des Bundes und der Länder 1973.

len Zeiten ausgebildet werden. Außerdem sind alle Aufgaben von der Polizei fernzuhalten, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten durchgeführt werden müssen. Schließlich bedarf es eingehender Regelungen, um die Zusammenarbeit zwischen der allgemeinen inneren Verwaltung, den verschiedenen Fachbehörden des Bundes und der Länder sowie der Bundeswehr mit der Polizei sicherzustellen.

Angesichts des Zeitdrucks, unter dem wir in Krisenzeiten stehen, ist es ausgeschlossen, erst in einer akuten Gefahrenlage das Erforderliche zu tun. Es gilt vielmehr, in halbwegs ruhigen, normalen Zeiten Vorsorge zu treffen. Was im Frieden unterlassen wurde, ist in einem Ernstfall nicht mehr nachzuholen.

So ist auch das Motto der NATO zu verstehen, daß Wachsamkeit der Preis der Freiheit ist. Dies gilt gerade auch für den Bereich der öffentlichen Sicherheit als eines unabdingbaren Bestandteils der zivilen Verteidigung.

¹⁰ vgl. Weißbuch zur zivilen Verteidigung, S. 113/115.

desrepublik Deutschland verschärfen. Es ist – typisch für Zeiten der Unruhe – mit einem Anwachsen der allgemeinen Kriminalität zu rechnen, insbesondere mit gewaltsam verübten Eigentumsdelikten. Als Sicherheitsrisiko können sich dann auch die vielen Ausländer erweisen, die sich in unserem Land aufhalten. Vor allem aber werden subversive Aktionen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit erschweren.

Subversive Aktionen

Das Rezept der Gegenseite, die Verteidigungsanstrengungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, heißt Subversion. Es umfaßt vielfältige Methoden, die je nach Lage einzeln oder miteinander kombiniert praktiziert werden können. Dabei ist sowohl mit scheinbar legalen wie mit illegalen, mit gewaltlosen wie mit gewaltsamen Aktionen zu rechnen. Im Verlauf einer mehrere Phasen umfassenden politisch-militärischen Krise wird sich der Schwerpunkt derartiger subversiver Aktionen verlagern. So ist mit Beginn einer Krise eine intensive agitatorische und propagandistische Aktivität zu erwarten, während später die Gewaltanwendung in den Vordergrund rücken wird.

Verschiedene Faktoren begünstigen die Durchführung derartiger subversiver Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland. Es sind dies in erster Linie

- die naturgegebene Struktur der Bundesrepublik mit ihrer zentralen Lage in Mitteleuropa und der langen Grenze zur DDR und CSSR,
- die Teilung Deutschlands und seine Einbeziehung in zwei gegensätzliche politische Systeme, die es der Gegenseite z. B. ermöglichen, Kräfte einzusetzen, die derselben Nation angehören und die dieselbe Sprache sprechen,
- die freiheitliche Demokratie, die einen Mißbrauch der demokratischen Grundrechte erleichtert,
- die Vielfalt der pluralistischen Gesellschaft,
- die Konzentration wichtiger Einrichtungen in den Ballungsräumen,
- die empfindliche wirtschaftliche Struktur, die durch den hohen Stand der Technisierung und durch Arbeitsteilung gekennzeichnet ist und deshalb ein voll funktionierendes Verbundnetz voraussetzt.²

Als subversive Praktiken sind hervorzuheben:

- Agitation und Propaganda,
- Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen mit entsprechender Zielsetzung,

- wilde Streiks,
- verschärfte Infiltration und Spionage,
- Sabotage und
- Terror.

Agitation und Propaganda gehören zu den wichtigsten Mitteln der Subversion. Gelänge es der Gegenseite, damit den Selbstbehauptungswillen der Bevölkerung zu untergraben, das Vertrauen in unsere politische Führung durch Diffamierung zu erschüttern und letztlich jede Verteidigung als sinnlos darzustellen, so hätte sie bereits ein wesentliches Ziel erreicht.

In engem Zusammenhang mit Agitation und Propaganda steht die Desinformation. Sie will durch Verbreiten von Falschmeldungen Unruhe und Verwirrung stiften. Das kann durch das Verbreiten von Gerüchten, durch gefälschte Plakataufhänge, durch das Verteilen von Flugblättern mit scheinbar behördlichem Charakter, durch das Nachahmen von Zeitschriften und auf vielfältige andere Weise geschehen.

Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen können mit der Absicht durchgeführt werden, die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik Deutschland als Vorbereitungshandlungen für einen Angriffskrieg zu diskriminieren und die Bevölkerung dazu aufzufordern, die behördlichen Maßnahmen nicht zu beachten.

Wilde Streiks sind eine sehr wirkungsvolle subversive Methode. Die geschickte Verbindung von sozialen mit politischen Forderungen kann die Grundlage für Solidarisierungen bilden. In dieser Hinsicht dürften die vielen ausländischen Arbeitnehmer besonders leicht beeinflussbar sein. Auf Grund der heutigen wirtschaftlichen Struktur ist es nicht erforderlich, Massenstreiks herbeizuführen. Punktstreiks, mit denen nacheinander einzelne für den Produktionsablauf wichtige Teile eines Unternehmens oder Zulieferbetriebe ausgeschaltet werden, können bereits in kürzester Zeit ganze Wirtschaftszweige stilllegen.

Die Infiltration ist in Krisenlagen besonders gefährlich, weil sie die Durchführung subversiver Aktionen erleichtert. Es ist zwischen der politischen und der nachrichtendienstlichen Infiltration zu unterscheiden. Die politische Infiltration besteht im Einschleusen von Personen (»Agenten«) in den Staatsapparat, in sonstige politische, Presse- und Gewerkschaftskreise, um auf ihre Politik Einfluß zu gewinnen oder, äußerstenfalls, deren Apparat in die Hand zu bekommen (Unterwanderung). Die nachrichtendienstliche Infiltration besteht darin, Agenten im gegnerischen Staatsapparat unterzubringen, die die Aufgabe haben, Staatsgeheimnisse auszuspähen.³ Eine Verbindung von

Das schlimmste Übel, an dem die Welt leidet, ist nicht die Stärke der Bösen, sondern die Schwäche der Guten.

politischer mit nachrichtendienstlicher Infiltration ist möglich. Infiltration kann außerdem mit dem Ziel betrieben werden, die Voraussetzungen für Sabotageanschläge zu schaffen.

Die Spionage spielt schon in Friedenszeiten eine besondere Rolle. In einer politisch-militärischen Krise wächst ihre Bedeutung, da Spionageerfolge unmittelbaren Einfluß auf politische und militärische Entscheidungen ausüben können. Hinzu kommt die Vermutung, daß in Krisenzeiten mit einer Intensivierung der Spionage zu rechnen ist.⁴

Eine Vorstufe der Sabotage ist die Desorganisation. Dadurch sollen der ordnungsgemäße Arbeitsablauf oder die planmäßige Durchführung von Maßnahmen beeinträchtigt werden. Die Möglichkeiten der Desorganisation sind vielfältig. Hier bieten sich vor allem für Sympathisanten der Gegenseite am Arbeitsplatz eine Fülle von Gelegenheiten.

In einer politisch-militärischen Krise sind aber auch Gewaltaktionen in Form von Sabotage und Terror zu erwarten. Saboteure werden versuchen, verteidigungswichtige Anlagen und Einrichtungen lahmzulegen. Eine andere Zielsetzung von Anschlägen kann z. B. die Beunruhigung der Bevölkerung oder die Zersplitterung der Sicherheitsorgane sein. Angesichts der komplizierten Technik, die heute unser Leben bestimmt, sind Sabotageakte mit relativ kleinem Aufwand aus den Betrieben heraus ohne allzu große Schwierigkeiten möglich. Sie können jedoch auch von Außenstehenden durchgeführt werden.

Terror kann – wie die Vorkommnisse in unserer Zeit beweisen – in vielfältiger Form verübt werden. In einer politisch-militärischen Krise wäre nicht auszuschließen, daß mit terroristischen Aktionen versucht wird, führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, insbesondere Politiker, und Führungskräfte, die mit verteidigungswichtigen Aufgaben betraut sind, zu verunsichern oder auszuschalten.

² Ausführlich hierzu: Eichstädt in seinem Aufsatz »Die verteidigungspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland und ihre Auswirkungen auf die zivile Verteidigung« in Zivilverteidigung, Heft 1 bis 4 (1970).

³ Nollau im 4. Band des Staatslexikons, Verlag Herder, Freiburg (1959) S. 301.

⁴ Siehe Wehrkunde Heft 3 (1971) S. 164.

Die Abwehr der Subversion

Wesentliche Voraussetzung für die Abwehr der Subversion ist es, frühzeitig die organisatorischen, personellen und materiellen Vorbereitungen der Gegenseite zu erkennen und ihrer Infiltrations- und Spionagetätigkeit entgegenzuwirken. Diese Aufgabe stellt sich den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Da sie keine Maßnahmen exekutiver Art wie Festnahmen, Durchsuchungen, Beschlagnahmen usw. vornehmen dürfen, arbeiten sie eng mit der Polizei zusammen, auf Bundesebene mit dem Bundeskriminalamt, auf Landesebene mit den für politisch motivierte Straftaten zuständigen Dienststellen der Kriminalpolizei. Enge Kontakte bestehen auch zwischen den Verfassungsschutzbehörden und den beiden anderen Nachrichtendiensten. Es sind dies der Bundesnachrichtendienst, der die nachrichtendienstliche Auslandsaufklärung betreibt, und der Militärische Abschirmdienst, der im Zuständigkeitsbereich des Bundesministers der Verteidigung die nachrichtendienstlichen Aufgaben wahrnimmt und im Amt für Sicherheit der Bundeswehr seine Führungsspitze hat.

Außerordentlich wichtig ist die Abwehr der Infiltrations- und Zersetzungstätigkeit, der Spionage und der Sabotage für den Bereich von Industrie und Wirtschaft. Wie Vorkommnisse in jüngster Zeit gezeigt haben, sind die Betriebe schon heute das Ziel extremistischer Aktivitäten. Vom Bundesverband der Deutschen Industrie, vom Deutschen Industrie- und Handelstag und von der Bundesvereinigung des Deutschen Arbeitgeberverbandes wurde deshalb eine »Koordinierungsstelle für Sicherheitsfragen in der gewerblichen Wirtschaft« eingerichtet, die heute ihren Sitz in Bonn hat. In den Ländern sind vier regionale Stellen vorhanden. Die Bemühungen dieser Organisation und der Sicherheitsbevollmächtigten in den Betrieben, ein Mehr an Sicherheit zu gewährleisten, gilt es zu unterstützen.

Eine weitere Maßnahme der Infiltrationsabwehr in Krisenzeiten ist der verstärkte Schutz unserer Grenzen. Diese Aufgabe fällt dem Bundesgrenzschutz zu.

Agitation und Propaganda, Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen sind in der Bundesrepublik Deutschland auf Grund entsprechender Gesetze prinzipiell erlaubt. Ein polizeiliches Einschreiten ist daher nur bei Vorliegen sicherheitsgefährdender Tatbestände oder Verletzung strafrechtlicher Bestimmungen zulässig. Hier bietet sich ein weites Feld für scheinbar legale subversive Aktivitäten, mit denen die psychologisch-politische Lage beeinflusst werden kann. Die Wirksamkeit dieser Methoden

hängt weitgehend von der moralischen Widerstandskraft der Bevölkerung ab. Sie zu festigen, ist deshalb die wirksamste Abwehr. Dies kann jedoch nicht erst in einer Krise geschehen. Es stellt sich die Frage der psychologischen oder – wie es in anderen Staaten wohl noch treffender heißt – der geistigen Landesverteidigung.

Die Unterbindung wilder Streiks ist keine Aufgabe der Sicherheitsorgane, sondern Angelegenheit der Betriebsleitungen in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten und Gewerkschaften. Allerdings ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß bei wilden Streiks Straftaten begangen und die Sicherheitsorgane zu einem Eingreifen gezwungen werden.

Schwierigkeiten bereitet auch die Abwehr der Sabotage. Hierzu heißt es im Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland vom Februar 1974:

»Von herausragender Bedeutung ist im Spannungs- und Verteidigungsfall der Objektschutz. Folgt man der konzipierten Aufgabenabgrenzung der Polizeien von Bund und Ländern, so steht allenfalls der Bundesgrenzschutz für den Objektschutz zur Verfügung. Er wäre auch nach erheblicher Verstärkung zu schwach; um den Schutz ziviler Objekte voll übernehmen zu können. Der Objektschutz wird daher im Rahmen des Artikels 87a GG weitgehend den Streitkräften zufallen.« Der Bundesminister des Innern und der Bundesminister der Verteidigung werden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß im Spannungs- und Verteidigungsfall der Schutz ziviler Objekte den Streitkräften übertragen werden kann.

Es ist nicht damit zu rechnen, daß sich diese Forderung der Innenminister realisieren läßt. Vielmehr werden auch weiterhin die Aufgaben des Objektschutzes gemeinsam von Länderpolizeien, Bundesgrenzschutz und Streitkräften wahrgenommen werden müssen. Der Schutz von zivilen Objekten gegen Sabotageakte von Zivilpersonen stellt sich ohnehin als polizeiliche Aufgabe dar. Ausschließlich Sache der Bundeswehr ist es dagegen, die Objekte gegen Aktionen von Kombattanten zu schützen. Diese treten aber erst bei Ausbruch völkerrechtlich erfassbarer Kriegshandlungen auf.

Auch aus einem anderen Grunde wäre es falsch anzunehmen, daß auf die Polizei im Rahmen der zivilen Verteidigung keine Objektschutzaufgaben mehr zukommen. Sabotageakte sind nämlich schon vor Feststellung des Spannungsfalles zu erwarten. Dann ist aber der Bundesgrenzschutz noch an der innerdeutschen und der Grenze zur Tschechoslowakei gebunden. Auch kann nicht davon ausgegangen werden, daß die für den Objektschutz vorge-

sehen Einheiten des Territorialheeres in jedem Fall bereits mobil gemacht worden sind. Die Last der Verantwortung für den Objektschutz liegt dann zwangsläufig im wesentlichen bei den Länderpolizeien.

Die Unterstützung der Länderpolizeien durch den Bundesgrenzschutz kommt erst zu einem späteren Zeitpunkt wieder in Betracht. Mit fortschreitender Zuspitzung der Lage ist die Ablösung des Bundesgrenzschutzes aus dem Grenzeinsatz durch NATO-Streitkräfte vorgesehen. Nach dem Sicherheitsprogramm soll dieser Zeitpunkt »weitmöglichst vorverlegt werden«.⁵

Diese Kräftesituation unterstreicht die im Weißbuch zur zivilen Verteidigung erhobene Forderung, daß Vorsorge für eine wesentliche Verstärkung der Polizei im Spannungs- und Verteidigungsfall getroffen werden muß. »Es ist nötig,« so heißt es, »eine Reserve aufzustellen, deren Kräfte in normalen Zeiten ausgebildet werden.«⁶

Objektschutz darf aber nicht nur unter dem Gesichtspunkt des vorhandenen Kräftepotentials gesehen werden. Zahlreiche weitere Maßnahmen kommen in Betracht. Es sei nur hingewiesen auf

- eine sachgerechte, die tatsächliche Bedeutung der Objekte und die verschiedenen Gefährdungsgesichtspunkte berücksichtigende Objektschutzplanung,
- technische Sicherheitsvorkehrungen,
- bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Objektschutzes (bei Neubauten wurde in der Vergangenheit viel versäumt),
- Einsatz eines ausreichend starken und gut ausgebildeten Werkschutzes,
- ausreichende Maßnahmen des inneren Schutzes wie aufmerksame Einlaßkontrollen, Einrichtung von Sicherheitsbereichen, Verwendung absolut zuverlässigen Personals in den wichtigsten Tätigkeitsbereichen, Unterweisung des Personals über die Sicherheitsbelange usw.

Objektschutz ist ein komplexes Thema. Die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet werden nur dann zufriedenstellend gelöst werden können, wenn alle betroffenen Stellen eng und uneigennützig zusammenarbeiten.

Wie die gegenwärtigen Anschläge arabischer Guerillas und der Nachfolgeorganisationen der Baader-Meinhof-Bande beweisen, ist eine vorbeugende Bekämpfung des Terrorismus nur in sehr beschränktem Maße möglich. Für die Polizei ergeben

⁵ Beilage zu GMBI. Nr. 9/1974 S. 14 (Sicherheitsprogramm).

⁶ Sicherheitsprogramm aaO. S. 13.

⁷ Weißbuch S. 114.

Kurzfassung der Polizei-Dienst-Verordnung 100

(aus: »Die Polizei« 7/76)

Demonstrative Aktionen

Die Zusammenfassung der polizeilichen Einsatzgrundsätze und -taktiken gem. der neuen PDV 100

Allgemeines

Demonstrative Aktionen sind zielgerichtete Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, um in Belangen, die für die Bevölkerung von Interesse sein können, eine Aussage in der Öffentlichkeit zu machen. Hintergründiges Ziel ist dabei auch die Beeinträchtigung der Funktionsabläufe des öffentlichen Lebens.

Dabei stellt sich der Aktionist vornehmlich bewußt außerhalb der Normen des Versammlungsrechts, um so mehr Handlungsfreiheit zu haben und größere Drittwirkung zu erzielen.

Einen groben Mißbrauch der Demonstrationen stellen gewalttätige demonstrative Aktionen dar.

Demonstrative Aktionen treffen immer einen Teil der Staatsbürger, die in ihrer Gesamtheit Träger der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind.

Es ist auch Aufgabe der Polizei, das Sicherheitsbewußtsein der Bevölkerung zu erhalten und zu stärken. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß mit öffentlichen Mitteln geschaffene und unterhaltene Einrichtungen nicht zur Vorbereitung und Durchführung demonstrativer Aktionen mißbraucht werden.

Aktionskonzepte richten sich gegen bestimmte, besonders herausgestellte Zielgruppen, deren Funktionshemmung insbesondere durch

- Aufforderungen zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung,
- Blockaden,
- Störaktionen,
- Besetzungen,

Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bewirken soll.

Diese Aktionen treten grundsätzlich meist in Großstädten oder wirtschaftlichen Ballungszentren in Erscheinung; mit Anschluß- und Folgeaktionen von Sympathisanten muß gerechnet werden.

Zielgruppen sind Personen oder Objekte, die einen herausragenden ideellen oder materiellen Funktionswert im System der öffentlichen Sicherheit und Ordnung haben.

Mögliche Personenzielgruppen sind insbesondere

- bedeutende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens,
- gesetzgebende Körperschaften und deren Angehörige,
- Angehörige sonstiger öffentlicher Or-

gane der allgemeinen Verwaltung, Justiz, Polizei, Bahn, Post, Finanzen, Universitäten usw.,

- Bedienstete lebensnotwendiger Produktionsstätten,

- Bedienstete lebenswichtiger öffentlicher Ver- und Entsorgungsbetriebe einschließlich der Energie- und Wasserversorgung,

- Bedienstete öffentlicher Verkehrs- und Transportbetriebe,

- Bedienstete von Geld- und Kreditinstituten,

- Bedienstete von Kommunikationsorganen,

- bestimmte Berufsgruppen, Vereine, Verbände, Gesellschaften, Religionsgemeinschaften usw. und deren Angehörige,

- Einzelpersonen als Interessenvertreter.

Mögliche Objektzielgruppen sind insbesondere

- Arbeits- und Wohnstätten von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens,

- Einrichtungen verfassungsmäßiger Organe wie Parlamente, Regierungs- und Justizgebäude,

- sonstige öffentliche Einrichtungen wie Verwaltungs- und Polizeidienststellen, Finanzämter, Universitäten und Schulen,

- Einrichtungen und Transportmittel öffentlicher Verkehrsträger wie Eisenbahnen, Straßenbahnen, Flugverkehrsanlagen und Hafenanlagen,

- lebensnotwendige Produktionsstätten und öffentliche Ver- und Entsorgungsbetriebe wie Lebensmittelabriken, Raffinerien, Pipelines,

- Einrichtungen öffentlicher und privater Kommunikationsorgane wie Post, Rundfunk, Fernsehen, Zeitungen,

- Banken und Versicherungen,

- Warenhäuser,

- Justizvollzugsanstalten,

- Kasernen,

- Botschaften, Gesandtschaften, Konsulate, Handelsvertretungen, ausländische Kultureinrichtungen und Begegnungsstätten,

- Niederlassungen ausländischer Fluggesellschaften,

- Einrichtungen von bestimmten Berufsgruppen wie Vereine, Verbände, Gesellschaften und Religionsgemeinschaften

- Einzelobjekte wie nicht genutzte Häuser, Geschäfte, Räume, Flächen.

Demonstrative Aktionen sind insbesondere gekennzeichnet durch

- häufige, schnelle Brennpunktverlagerungen,
- rasch wechselnde Aktionsarten,
- schnelles Umschlagen in Gewalttätigkeiten,
- brutales und rücksichtsloses Vorgehen,
- äußerlich sich darbietende Planlosigkeit in der Objektauswahl und -anzahl,
- Täuschungsaktionen,
- Ablenkungsaktionen.

Der Polizeiführer muß bei der Lagebeurteilung besonders darauf achten,

- demonstrative Aktionskräfte nicht zu unterschätzen,
- erhebliche Kräftebindungen einzuplanen,
- Schwerpunktmaßnahmen des täglichen Dienstes zurückzustellen,
- absolute Konfrontationen zu unterstellen,
- auf gezielte Einzelaktionen zu verzichten,
- lageorientierte, massierte Schutzmaßnahmen vorzubereiten,
- besondere Führungs- und Einsatzmittel bereitzustellen,
- Kräfte für die Durchführung von Spezialaufträgen vorzubereiten.

Der Aktionist legt es nach sorgfältiger Planung und Vorbereitung entweder darauf an, unmittelbar nach der Einzelaktion in die anonyme Menge zurückzutreten oder durch aufsehenerregende demonstrative Aktionen Unentschlossene und Zögernde zur Hauptaktion mitzuzwingen.

In beiden Fällen ist die Zeitspanne für polizeiliches Reagieren äußerst gering.

Rechtzeitiges Erkennen von Vorbereitungs-, Begleit-, Entlastungs-, Ersatz- und Anschlußaktionen sichert entscheidend den polizeilichen Erfolg.

Rädelführer versuchen, durch Provokation der Sicherheitsorgane eine absolute Konfrontation einzuleiten, um so eine gewisse Funktionsunfähigkeit der rechtsstaatlichen Organe deutlich werden zu lassen.

Während die einzelne demonstrative Aktion nur Symbolcharakter hat, ist es hintergründiges Ziel der Aktionist, im Weg der Konfliktstrategie einen Solidarisierungseffekt für solche Aktionen zu erreichen, mit denen die Gesamtheit der Funktionsabläufe der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beeinträchtigt werden soll.

Durch ständige Maßnahmen der Aufklärung und Observation wie

- Verbindungsaufnahme zu den Ämtern für Verfassungsschutz,
- überörtlichen Nachrichtenaustausch,

sich in diesem Zusammenhang die Probleme des Personenschutzes.

Aufgaben der Polizei

Die Polizei hat im Spannungs- und Verteidigungsfall zunächst einmal ihre friedensmäßigen Aufgaben weiterzuführen. Aus der zu erwartenden Sicherheitslage ergeben sich die Bekämpfung einer anwachsenden allgemeinen Kriminalität und - im polizeilichen Zuständigkeitsbereich - die Abwehr der Subversion in ihrer ganzen Bandbreite als Schwerpunkte des Polizeieinsatzes. Darüber hinaus wird sich die Polizei vor zahlreiche zusätzliche Aufgaben gestellt sehen. Sie sind Auswirkungen der Maßnahmen zur Herstellung der Verteidigungsbereitschaft und dienen dem Schutze der Bevölkerung, der Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt, der Versorgung und der Unterstützung der Streitkräfte. So wird die Polizei mitwirken müssen⁸

- bei planmäßig vorgesehenen Evakuierungsmaßnahmen,
- bei der Lenkung sich spontan ergebender Flüchtlingsbewegungen,
- bei der Räumung und Sperrung gefährdeter Gebiete,
- bei der Sicherstellung eines zivilschutzgemäßen Verhaltens der Bevölkerung,
- bei der Hilfeleistung in Schadensfällen,
- bei der Bewachung interner Ausländer,
- bei der Verlegung von Strafgefangenen,
- bei der Durchsetzung von Leistungsanforderungen, Bewirtschaftungsvorschriften, Heranziehungs- und Einberufungsbescheiden (Amtshilfe),
- bei der Übermittlung von Fernschreiben, Ferngesprächen und Funksprüchen für die Führungsstellen der zivilen Verteidigung,
- bei der Feststellung der zivilen Verteidigungslage,
- bei verkehrsregelnden Maßnahmen für den Aufmarsch der Streitkräfte.

Diese Aufgabenfülle wird sich nur dann annähernd bewältigen lassen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- optimales Ausschöpfen des polizeilichen Kräftepotentials,
- schwerpunktmäßiges Durchführen der Aufgaben entsprechend der Lageentwicklung,
- Vorbereitung der Polizei auf diese Aufgabenstellung,
- Fernhalten aller Aufgaben von der Polizei, die nicht zwingend den Einsatz von Vollzugsbeamten erfordern.

Im Verteidigungsfall wird der Einsatz der Länderpolizeien dadurch beeinflusst, daß sie nicht den Kombattantenstatus besitzen. Sie dürfen also nicht an Kriegshand-

lungen teilnehmen und können dann solche Tätigkeiten nicht ausüben, bei denen die unmittelbare Gefahr eines Zusammenstoßes mit gegnerischen kombattanten Kräften besteht. Es wird angestrebt, die Rechtsposition der Polizeibeamten durch eine internationale Polizeikonvention zu verbessern.

Auf die Krise vorbereitet sein

Die Probleme auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall sind vielfältig. Sie lassen sich in einem kurzen Aufsatz nicht ausführlich darstellen. Diese Ausführungen hätten jedoch ihren Zweck erfüllt, wenn sie dazu anregen, dem behandelten Thema und der zivilen Verteidigung ein größeres Interesse entgegenzubringen. Die Maßnahmen im Sicherheitsbereich können nicht erst in einer Krise improvisiert werden. Sie wollen gründlich vorbereitet sein. Dies ist nur in enger Zusammenarbeit aller betroffenen Stellen möglich. Es sollte keine Gelegenheit versäumt werden, die entsprechenden Verbindungen herzustellen und zu pfle-

Das Erscheinungsbild der Polizei

»Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Meinung der Öffentlichkeit über die Polizei primär von dem Auftreten und dem äußeren Erscheinungsbild des einzelnen Polizeibeamten bestimmt wird.

Mit anderen Worten: Das korrekte Auftreten und ein gepflegtes Aussehen sind unverzichtbare Voraussetzungen für das gute Ansehen der Polizei in der Öffentlichkeit. Ein positives Image ist wichtiger Bestandteil der Vertrauensbasis zwischen den Bürgern und der Polizei.

Diese Regel, die in ihrer Selbstverständlichkeit jedem denkfähigen Menschen einleuchtet, ist einigen Polizeibeamten nicht der Beachtung wert. Wenn Ausnahmen die Regel bestätigen, dann gilt das hier für jene Minderheit von Polizeibeamten, die - aus welchen Gründen auch immer - der irigen Auffassung unterliegen, sich sowohl im internen Dienstbereich als auch im Außendienst mit Gammel-Look und schlechten Manieren profilieren zu können.

Man kann das auch so sagen: Wer glaubt, mit Vernachlässigung seiner äußeren Erscheinung sein inneres Gleichgewicht behaupten zu können, ist bereits außer Balance geraten.

Vor genau einem Jahr habe ich an gleicher Stelle zum gleichen Thema die Meinung geäußert, daß es auch ohne einen Er-

gen. In einzelnen Bereichen noch vorhandene Ressentiments sind weiter abzubauen.

Alle Bemühungen, die öffentliche Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall aufrechtzuerhalten, werden aber nicht verhindern können, daß sich mehr oder weniger schwerwiegende Störungen ereignen. Negative Auswirkungen auf die Moral der Bevölkerung lassen sich nur durch ausreichende Information vermeiden oder zumindest begrenzen.

Viele Maßnahmen, die heute zur Abwehr des Terrorismus getroffen werden, kommen auch der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Spannungs- und Verteidigungsfall zugute. Manche Probleme sind aber noch nicht zufriedenstellend gelöst. Sie sollten entschlossen angepackt werden, damit eine mögliche Krise nicht deshalb für uns zum Verhängnis wird, weil die notwendigen Vorbereitungen für ihre Bewältigung unterblieben.

⁸ Siehe Weißbuch S. 114, Sicherheitsprogramm aaO. S. 14; Bleck in seinem Aufsatz »Mitwirkung der Polizei in der zivilen Verteidigung in Die Polizei, Heft 8 (1974) S. 225 ff.

laß möglich sein müsse, die hier angesprochenen Einzelgänger um des Ansehens der Polizei willen zur Einsicht zu bringen. Heute bleibt festzustellen, daß Nachsicht dort ihre Grenzen haben muß, wo sie von Uneinsichtigen zum Nachteil einer Gemeinschaft überstrapaziert wird, oder - um beim Thema zu bleiben, bei den Bürgern zu einem Vertrauensschwund, Unbehagen und Mißtrauen auf Kosten der Polizei in ihrer Gesamtheit führt. Dem entgegenzuwirken, bedurfte es des inzwischen ergangenen Erlasses, der Disziplinarmaßnahmen für jene nicht ausschließt, denen allen Empfehlungen und Ermahnungen zum Trotz der Begriff der inneren und äußeren Disziplin nur ein müdes Gähnen abnötigt.

(Hans-Heinz Bielefeld
Hess. Minister des Innern)
In: »HESS. POLIZEI-RUNDSCHAU«, Heft 3/75

Wer seine Stellung kennt und dazu seine Kraft und beiden wirkt gemäß, der wirkt untadelhaft.

Rückert

- Einsatz von Gewährspersonen,
- Beobachtung vorbereitender Handlungen wie Zusammenkünfte, Herstellen und Beschaffen von Flugblättern, Transparenten, Wurfgeschossen und Feuerwerkskörpern, Einrichten von Koordinationsstellen, Mobilisierungspläne von Sympathisanten,
- Feststellung des Zielobjektes und möglicher Ersatzobjekte,
- Beobachtung der Anmarschwege zum Antriebsplatz wie Zufahrtsstraßen, BAB-Abschlußstellen, Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel, Verkehrslokalen,
- rechtzeitige Observation radikaler Gruppen und mutmaßlicher Rädelsführer,
- Bereitstellung von Aufklärungskräften, um Teildemonstrationen bildende Gruppen zu beobachten,
- Beobachtung der Sammelpunkte, Verkehrslokalen und Schlupfwinkel der Teilnehmer während und besonders nach der Veranstaltung sind die Aktionsziele aufzuheben.

- Aktionsabsichten der Störer können rechtzeitig erkannt werden durch Auswertung insbesondere von
- Flugblättern, Zeitungen u.ä. Druckerzeugnissen,
 - Funkgesprächen,
 - Flüsterpropaganda,
 - Kettenbriefen,
 - Ketteninformationen,
 - Parolen,
 - Panikergerüchten,
 - Verleumdungskampagnen,
 - anonymen Hinweisen.

Dabei geht die Polizei ein kalkuliertes Risiko ein, da Konfusionsabsichten nicht auszuschließen sind. Es muß außerdem damit gerechnet werden, daß die Täter ihre Entscheidungen in kürzester Zeit verwerfen können.

Besonders sorgfältig ist zu prüfen, ob eine massive Präsenz von Polizeikräften zu einem schnellen Erreichen des polizeilichen Ziels führt oder ob dadurch ein nicht-gewünschter Solidarisierungseffekt hinsichtlich der demonstrativen Aktionen bewirkt wird.

Der Eindruck eines nicht angemessenen Kräfteinsatzes ist zu vermeiden.

Der Polizeiführer hat bei derartigen Anlässen anzustreben, so schnell wie möglich aus dem Reagieren zum Agieren überzugehen.

Demonstrative Aktionen erfordern grundsätzlich Nachaufsicht, da mit Anschluß- und Folgeaktionen zu rechnen ist.

Aufforderungen zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung

Störerabsicht ist es, durch Aufforderungen zur Mißachtung oder Verletzung der Rechtsordnung einen größeren Personenkreis im Sinn der demonstrativen Aktionen zu strafbaren Handlungen und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu motivieren.

Die Aufforderungen können gegenüber einer Personenvielzahl ohne bisheriges Interesse an gemeinsamen Aussagen oder Aktionen oder anlässlich einer bereits stattfindenden Veranstaltung gerichtet werden.

Dies kann geschehen insbesondere durch

- Informationsstände,
- Kundgebung und Aufrufe,
- Flugblätter,
- Transparente,
- akustische Verstärker,
- Plakataktionen,
- Flächenbeschriftungen,
- demonstrative Einzelaktionen,
- Provokationen der Sicherheitsorgane,
- stimulierende Parolen,
- Konfusionsmeldungen.

Polizeiliches Ziel ist es, die Aktionen zu unterbinden und die Aufforderungen in ihrem Inhalt unwirksam zu machen, indem die Bevölkerung zu gesetzeskonformem Verhalten angehalten wird.

Die Polizei muß so frühzeitig einschreiten, daß es zwischen den Aktionsteilnehmern und bisher Unbeteiligten nicht zu Solidarisierung kommt.

Es ist damit zu rechnen, daß sich ein größerer Personenkreis zu Aktivitäten verleiten läßt.

Folgende polizeiliche Maßnahmen sind bei Störertätigkeit gegenüber einer unbundenen Personenvielzahl insbesondere erforderlich:

- Aufklärung an Orten, die im Sinn der Zielsetzung der Störer von ansprechbaren Personen stark frequentiert werden,
- verstärkte Streifentätigkeit in Zivil und Uniform,
- Einsatz von Beweissicherungstrupps und von Dokumentationstrupps,
- Sicherstellung von Beweismitteln,
- rasches Neutralisieren einzelner Störer in geeigneten Situationen nach gründlicher Vorbereitung.

Bei bereits laufenden Veranstaltungen können erforderlich werden

- Zivilaufklärung,
- Zeigen starker Polizeikräfte,
- Androhung von Zwangsmaßnahmen gegen die Aktionsteilnehmer,
- Ansprechen der Veranstaltungsteilnehmer, sich nicht an den Aktionen zu beteiligen,

- Aufforderung an Veranstaltungsleiter, sich von den Störaktionen öffentlich zu distanzieren und einem Umfunktionieren der Veranstaltung entgegenzuwirken,
 - Sicherstellung von Beweismitteln,
 - Beschallung mit Musik und andere ablenkende Darbietungen,
 - Einsatz von starken Festnahmetrupps,
 - Einsatz von Beweissicherungs- und Dokumentationstrupps.
- Bei polizeilichen Maßnahmen muß angestrebt werden, durch schnelles, möglichst unauffälliges und die Bevölkerung nicht beeinträchtigendes Handeln Ansammlungen zu verhindern.

Blockaden

Blockaden sind Sperrungen von Räumen, Gebäuden oder Geländeteilen, um Personen daran zu hindern, entsprechend ihrer freien Willensentscheidung berechtigt zu handeln.

Es ist zwischen Objekt- und Verkehrsblockaden zu unterscheiden.

Bei der Feststellung von Blockaden hat die Polizei Maßnahmen zur Blockadebeseitigung vorrangig unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr mit allen zur Verfügung stehenden eigenen und benachbarten Kräften unverzüglich einzuleiten.

Ist mit Gewalttätigkeiten zu rechnen, sind gefährdete Personen, Objekte und Güter zu schützen.

Der Beweissicherung und Dokumentation kommt besondere Bedeutung zu.

Zielobjekte einer Blockade können sein

- Parlamente,
- Behörden,
- Gerichte,
- Polizeiunterkünfte und
- Versorgungseinrichtungen,
- Zeitungsdruckereien und -verlage,
- Verkehrseinrichtungen und -anlagen, insbesondere Verkehrsknoten,
- lebenswichtige Ver- und Entsorgungsbetriebe
- bestreikte Betriebe,
- Versammlungslokale,
- Marschwege von Aufzügen,
- Messestände,
- Informationsstände.

Bei Blockade durch Ansammlungen ist zu unterscheiden zwischen

- Blockaden durch Benutzer,
- Blockaden durch Personal,
- Blockaden durch Dritte.

Blockademittel sind

- Fahrzeuge,
- Sperrgeräte,
- Sachbeschädigungen,

- Feuer,
 - Bombendrohungen,
 - Sprengungen.
- Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Blockaden können sein
- Zeigen starker Polizeikräfte,
 - Aufforderung, sich nicht an der Blockade zu beteiligen,
 - Androhung unmittelbaren Zwangs,
 - Personen- und Fahrzeugkontrollen,
 - Durchsuchungen von Personen und Sachen,
 - Sicherstellung von möglichen Tatwerkzeugen und Waffen,
 - Ingewahrsamnahme von Personen,
 - Schutz von Zielobjekten.

Maßnahmen zur Beseitigung von Blockaden können sein

- Auflösung von Ansammlungen,
- Räumung von Verkehrsflächen und Objektzugängen,
- Beseitigung von Barrikaden,
- Ingewahrsamnahme einer größeren Anzahl von Personen.

Besonders geeignete Einsatzmittel sind

- Hindernisräumgeräte und -fahrzeuge,
- Sonderwagen,
- Wasserwerfer,
- Trenn- und Brechwerkzeuge,
- Seilwinden,
- Tunnelwagen,
- Rammgeräte,
- Dienstpferde,
- Lautsprecher,
- Tränengas,
- Blendmittel.

Bei der Beseitigung von Barrikaden ist zu berücksichtigen, daß sich Personen auf oder in den Barrikaden aufhalten können.

Die zur Beseitigung von Blockademitteln eingesetzten Spezialkräfte sind besonders zu sichern.

Ist die Blockade durch Ansammlungen gebildet worden, ist mit passivem Widerstand der Störer zu rechnen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, daß die abtransportierten Personen nicht zur blockierenden Ansammlung zurückkehren können.

Bis zur Beseitigung von Blockaden kann es zweckmäßig sein, den Verkehr durch geeignete Maßnahmen umzuleiten.

Störaktionen

Durch Störaktionen sollen die Funktionsabläufe des öffentlichen Lebens beeinträchtigt und damit die Ohnmacht staatlicher und wirtschaftlicher Einrichtungen dokumentiert werden.

Die Täter können die Aktionen angekündigt oder überraschend durchführen.

- Störaktionen können sich richten gegen
- Verwaltungshandlungen,
 - Einsatzbereitschaft der Polizei,
 - Justizhandlungen,
 - Versorgung der Bevölkerung,
 - öffentlichen Verkehr,
 - Veranstaltungen mit Öffentlichkeitswirkung,
 - Geschäfts- und Produktionsabläufe,
 - Lehrveranstaltungen.

Störaktionen können erreicht werden durch

- Lärm,
- Verächtlichmachungen wie Beleidigung, Werfen mit Gegenständen, Hinterlassen von Unrat an öffentlichen Gebäuden,
- Sachbeschädigung wie Werfen mit Farbbehältern, Molotowcocktails,
- Beschädigung von Fahrkartenautomaten,
- Sabotage wie Beschädigung von Gleisanlagen oder Transportmitteln,
- verbotene Eigenmacht wie Unterbrechung der Energiezufuhr,
- Blockieren von Telefonanschlüssen wie Notrufanschlüssen,
- Körperverletzungen wie Tränengaseinsatz,
- Freiheitsberaubungen wie Blockieren eines Aufzugs.

Die Polizei muß sicherstellen, daß sie von geplanten Störaktionen frühzeitig Kenntnis erhält. Dazu ist es erforderlich, daß Aufklärungs-, Observations- und Nachrichtendienste eng zusammenarbeiten.

In Vorbesprechungen ist der Polizeieinsatz mit den für die betroffenen Objekte Verantwortlichen rechtzeitig zu koordinieren.

Die Zusammenarbeit mit Selbstschutzeinheiten ist anzustreben.

Lagebedingt können folgende taktische Maßnahmen vorrangig erforderlich werden:

- Koordinierte Aufklärung und Observation,
- flexible Absperrmaßnahmen,
- Personenkontrollen und Durchsuchungen von Personen und Sachen,
- verstärkter Personen- und Raumschutz,
- ständiger Schutz gefährdeter Objekte,
- verstärkte Beweissicherung und Dokumentation,
- verdeckte Bereitstellung von mobilen Eingreifkommandos,
- Bildung starker Raum- und Transportkommandos,
- Bildung starker mobiler Reserven,
- Bereitstellung von Spezialkräften.

Bei Einsätzen zur Verhinderung von Störaktionen können Kräfte langfristig gebunden werden.

- Fotokameras,
- Filmkameras oder
- Fernsehanlagen.

Auch die Hellraumschreiber dürften im weitesten Sinne als Bildgeräte angesehen werden. Sie könnten insbesondere als Führungsmittel bei Polizeieinsatzleitungen und Befehlsstellen Verwendung finden. Da sie weitgehend bekannt sind, bedarf es keiner besonderen Erläuterung.

Fotokameras

Sie finden beim polizeilichen Einsatz in den Ausführungen als

- Sofortbildkameras,
- normale Kameras oder
- Infrarot-Kameras

Verwendung und gelten hinsichtlich ihrer Verwendung als Einsatzmittel.

Sofortbildkameras

Bei der Polizei wird als Sofortbildkamera die Polaroidkamera verwendet.

Sie bietet den Vorteil, daß das aufgenommene Bild innerhalb weniger Sekunden (bis maximal 10 Sekunden) verfügbar ist.

Ihr Nachteil liegt jedoch in der langsamen Aufnahmeabfolge und in der umständlichen Handhabung.

Aus diesen Gründen kann sie kaum zur Beweissicherung bei Demonstrationen eingesetzt werden.

Ihre Verwendungsmöglichkeit beschränkt sich daher weitgehend im Einsatz bei der Festgenommenensammelstelle, aber auch bei der Vernehmungsstelle.

Festgenommener und festnehmender Beamter sind gemeinsam zu fotografieren; gibt der Festgenommene an, mißhandelt worden zu sein, kann er ebenfalls mit einer Sofortbildkamera fotografiert werden.

Normale Kamera

Bei der Polizei sind hauptsächlich Kleinbildkameras (Format 24 x 36 mm) als normale oder als Schnellbildkameras (Robot), ggf. auch mit Wechseloptik, eingesetzt.

Ihre Verwendungsmöglichkeit liegt hauptsächlich in der Beweissicherung (möglichst in Film- und Bildtrupps, taktische Bezeichnung: »Beweissicherungs- und Dokumentationsgruppe«) sowie in der Aufklärung.

Bei der Vielzahl der auf dem Markt befindlichen Kameratypen stellt sich die Frage, welche Kamera verwendet werden soll bzw. welche Vorteile sie für einen polizeilichen Einsatz besitzen muß.

Übungen nach PDV 100

(aus »Die Polizei« 4/76)

Am Anfang ausgelassen: Allgemeine Erörterungen zur Notwendigkeit des kooperativen Führungsstils

Führung und Stabstätigkeit

Führungsvorbereitungen auf den polizeilichen Ernstfall

Eine kritische Untersuchung, Standortbestimmung und Zielsetzung im polizeilichen Bereich, orientiert an praktischen Erfahrungen!

Philipp Arras*, Direktor der Hessischen Bereitschaftspolizei

* Der Verfasser – 1919 geboren – ist Direktor der Hessischen Bereitschaftspolizei. Seine polizeiliche Laufbahn begann 1945 als Gendarmenbeamter bei der Gendarmeriestation Reichenbach des Gendarmerie-Kommissariats Heppenheim/Bergstraße. Schon nach wenigen Monaten avancierte er zum Stationsleiter der Gendarmeriestation Lindenfels.

Nach der Aufstellung der Bereitschaftspolizei erfolgte 1952 seine Versetzung zur damals II. Abtlg. der Hess. Bereitschaftspolizei nach Mülheim/Main, wo er als Zugführer und Sachbearbeiter für Organisation und Einsatz tätig war, um ein Jahr später bereits in der Abtlg. III des Hessischen Innenministeriums verwendet zu werden, wo er u. a. für die Bereitschaftspolizei sowie das Laufbahn- und Polizeifachschulwesen zuständig war.

Nach fast sechsjähriger Tätigkeit war der Verfasser dann Fachlehrer an der Hessischen Polizeischule, bevor er 1960 Vertreter des Einsatzleiters der Landespolizei im Regierungsbezirk Wiesbaden und kurze Zeit später Sachbearbeiter und Hilfsreferent für die Landespolizei beim Hessischen Minister des Innern wurde.

Seit 1962 war Philipp Arras Einsatzleiter der Landespolizei (jetzt Schutzpolizei) beim Regierungspräsidenten in Darmstadt, bis er im Vorjahr dazu berufen wurde, seinen in den Ruhestand tretenden Vorgänger, Direktor der Hessischen Bereitschaftspolizei Siebold, abzulösen.

Zunächst befasse ich mich mit den grundlegenden Vorbereitungen, d. h. dem Bereich der Vorfeldarbeit.

2.1 Vertrauensbasis zur Bevölkerung

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß als Folge des umfassenden Bildungsangebots der kritische und mündige Bürger in Zukunft die Träger staatlicher Gewalt in verstärktem Umfang nach Legitimation und sachlicher Begründung ihres Vorgehens fragen wird. Dem muß die Ausbildung der Polizei und die Weiterbildung entsprechen. Eine Vertrauensbasis kann nicht allein durch polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit geschaffen werden, sondern sie wird insbesondere erreicht durch das auf Recht und Gesetz gestützte Tätigwerden jedes selbstbewußten Polizeibeamten, dessen Bildungsstand nicht hinter dem der Mehrheit der Bürger zurücksteht.

Die Bevölkerung kann bei bestimmten Anlässen durchaus um Unterstützung und Mithilfe gebeten werden. Die Bitte muß nicht immer von der Polizei ausgehen, kann ihr aber trotzdem helfen.

So hatte das Organisationskomitee für die Fußballweltmeisterschaft 1974 folgende fünf Regeln erarbeitet und als Sonderdruck an die »Schlachtenbummler« verteilt:

Lieber Sportfreund!

Für die heutige Veranstaltung wünschen wir Ihnen ungetrübte Freude. Dazu können Sie auch selbst beitragen.

1. Nehmen Sie keine Flaschen und Büchsen mit in das Stadion. Andere könnten sonst damit werfen.
2. Feuern Sie Ihre Mannschaft an, aber feuern Sie keine Raketen ab. Wer Feuerwerkskörper abbrennt oder Feuer entzündet, gefährdet sich, andere Zuschauer und die Spiele. Er macht sich außerdem strafbar.
3. Sportkenner bleiben auch bei aufregenden Situationen ruhig und besonnen. Und haben deshalb mehr vom Spiel.
4. Ordnungsdienst und Polizei sorgen für reibungslosen Verlauf. Helfen Sie mit! Befolgen Sie deren Hinweise, Aufforderungen und Lautsprecher-Durchsagen.
5. War die anstrengende Fahrt im eigenen Wagen nötig? Busse und Bahnen bringen Sie schnell und sicher zum Stadion und auch zurück.

Es besteht kein Zweifel daran, daß dieser Appell fruchtbar war. Das Herstellen und Erhalten einer Vertrauensbasis ist eine permanente Aufgabe! Das gegenseitige Verständnis wird gefördert.

2.2 Vorbeugende Maßnahmen:

Sie sollen in erster Linie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleisten. Dabei geht es nicht ohne die Information. Informationen sind nötig für die Vorfeldarbeit, für die Vorbereitung des Einsatzes und besonders auch während eines Einsatzes. Informationen sind jedoch nicht ein Problem der Quantität, sondern ein solches der Qualität!

Beispiele für die Vorfeldarbeit

Da die Phase der Hausbesetzungen mit anschließenden Räumungen wohl noch nicht zu Ende ist, wird sich die frühzeitige Lektüre und Auswertung des »Handbuch für Hausbesetzer« sicherlich lohnen.

Es kann auch nicht schaden, wenn man nachliest, was der Anarchist Johann Most (er lebte von 1846 bis 1906) in seinem »Handbüchlein zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitroglycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw.« ausführt:

»Über die Bedeutung, welche die modernen Sprengstoffe für die soziale Revolution in Gegenwart und Zukunft ha-

ben, braucht heutzutage nichts mehr gesagt zu werden. Es liegt auf der Hand, daß dieselben im nächsten Abschnitt der Weltgeschichte den ausschlaggebenden Faktor bilden.

Nichts ist daher natürlicher, als daß sich die Revolutionäre aller Länder mehr und mehr bemühen, sich solche zu beschaffen und die Kunst, sie praktisch anzuwenden, zu erlernen.

In Anarchistenkreisen zirkuliert das menschenfeindliche Büchlein als »Handbuch für den Heimfeuerwerker«.

Beispiel für die Vorbereitung

Das jeweilige Demonstrationsziel sowie die Erkenntnisse über die Beteiligten sind Indizien für den voraussichtlichen Verlauf der Veranstaltung. Wenn also der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) in seinem Aufruf zur ersten Protestkundgebung am 19. Juni 1975 gegen die bei der Heidelberger Straßenbahn beabsichtigten Fahrpreiserhöhungen schriftlich zu erkennen gab, daß »bei ruhendem Straßenbahn- und Busverkehr« die Fahrpreiserhöhung mit allen Mitteln verhindert werden müsse, dann ist klar, daß die Kundgebung nicht ohne Gewalttätigkeiten, nicht ohne erhebliche Störung der öffentlichen Ordnung und auch der öffentlichen Sicherheit ablaufen soll. Es handelt sich folglich um eine wertvolle Information, die die Entscheidung des Polizeiführers nicht nur stützt, sondern auch beeinflusst.

Beispiel für den Einsatz

Während des normalen Ablaufs einer Demonstration geht bei der Einsatzleitung die Information ein, daß Splittergruppen nach Ende der Demonstration gegen bestimmte Banken gewalttätig werden sollen. Eine Information, die den Einsatzleiter zu sofortigem Handeln veranlaßt.

Des Zusammenhangs wegen müssen hier einige Hinweise zum Führungsmittel der Kommunikation und seiner Bedeutung folgen.

Echte Kommunikation ist ein Austausch von Informationen. Der Sender ist zugleich auch Empfänger von Informationen und umgekehrt. Ein wichtiger Faktor ist jedoch auch die gemeinsame Sprache.

Erst mit ihr kann der Informationsinhalt aus den empfangenen Signalen rekonstruiert werden.

Kommunikation geschieht

- von oben nach unten,
 - von unten nach oben und
 - auf gleicher Ebene (Querinformation).
- Mindestvoraussetzungen für eine Kommunikation sind
- ein Informationssender,
 - ein Informationsempfänger und
 - ein Kanal.

Zur Informationsübertragung können unterschiedliche »Kanäle« verwendet werden

- akustisch (Schall)
- optisch (Licht)
- elektrisch (Telefon)
- elektromagnetisch (Funk, Fernsehen, Satelliten).

Vielfältig ist das Informationsangebot: Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Ausführungsbestimmungen, Verfügungen, Berichte, Statistiken, schriftliche und mündliche Meldungen, telefonische Mitteilungen, Niederschriften, Ergebnisprotokolle, hausinterne Mitteilungen, Zeitschriften, ferner Flugblätter, Zeitungsmeldungen, Fernsehaufzeichnungen, Kommentare usw. sind auszuwerten.

Hier stellt sich nun die Frage nach dem Informationsbedarf? Die Informationswünsche der Führenden werden keinesfalls übereinstimmen mit denen der zu Führenden. Der leitende Beamte hat einen anderen Informationsbedarf als der Mitarbeiter. Generell kann man wohl sagen, daß sich der Informationsbedarf von den Aufgaben ableiten läßt, die jeweils übertragen sind. Welche Bedeutung der Information und Kommunikation auch von der Baader-Meinhoff-Bande beigemessen wurde, ergibt sich aus einem Zellentraktat, in dem Gudrun Ensslin u. a. schrieb: »Dieses Info-Büro KG soll dazu organisiert werden, die Kontakt- und Schaltstelle für Information für alle Gefangenen und zwischen allen Anwaltsbüros zu sein und natürlich auch funktional für die MKomitees etc. Es funktioniert nach einem Sammel-Verteilersystem, nach Verteilerschlüsseln, sowohl was die Information von draußen nach innen, wie von innen nach draußen und von innen nach innen betrifft.«

An anderer Stelle ist noch etwas über die Informationswege zu sagen.

2.3 Zu den vorbeugenden Maßnahmen im Vorfeld zähle ich ferner im Sinne des Themas

2.3.1 die durch Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Verfügungen, Vorschriften, Weisungen usw. ergangenen Aufträge die unmöglich im einzelnen zu nennen sind, jedoch einen Großteil der polizeilichen Arbeit ausmachen;

2.3.2 das Aufstellen von Organisations- und Einsatzplänen

auf kalendermäßiger Basis, aus der sich sowohl die Struktur des Dienstbezirks, die Organisation der Polizeibehörde oder Dienststelle, das sofort zu Veranlassende bei schweren Unglücksfällen oder Katastrophen, bei Geiselnahmen oder Ringfahndungen ersehen lassen und die eine wertvolle Hilfe für den Dienstgruppenleiter oder Dienststellenleiter beim ersten Angriff sind; diese Pläne können auch einen anderen Namen tragen, die einzelnen Anordnungen für den Einzelfall können in mehreren Ordnern untergebracht sein, eins haben diese Vorbereitungen jedenfalls gemeinsam: sie sind unentbehrlich. Berndt⁶ meint in diesem Zusammenhang, dazu gehöre auch, daß »alle Beamten ständig in der Lage leben«. Schön wäre es, aber bei der Fülle der täglich zu bewältigenden vielfältigen Arbeit kann dies nur Wunschenken sein und bleiben!

2.3.3 das Einrichten von Karteien zur Erfassung relevanter Objekte (Banken, Sparkassen u. ä.), die bekanntlich häufiger Anlaß für Soforteinsätze sind;

2.3.4 das Erfassen von gefährdeten Personen und eventuell dazugehöriger Objekte, um erforderliche Schutzmaßnahmen unverzüglich vornehmen zu können;

2.3.5 das Erfassen von ggf. zu schützenden Objekten (Botschaften, Konsulate, Flughäfen etc.);

2.3.6 das Erfassen von Objekten, von denen

- eine Gefahr ausgehen kann (Chemische Werke, Kernenergieanlagen)
 - durch Zerstörung Gefahren entstehen (Wasser-, Gas-, Stromversorgung, Abwasseranlagen, Verkehrsbetriebe, fernmeldetechnische Anlagen);
- das Erfassen der gesamten Objekte und das Vorbereiten von Einsatzmaßnahmen obliegt der Polizei nur, soweit sie für den Objektschutz zuständig ist;

2.3.7 das Erarbeiten eines Einsatzplans für den evtl. Raumschutz, wenn in einem größeren Gebiet die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch eine Vielzahl von demonstrativen Aktionen oder von Terror- und Sabotageanschlägen gefährdet ist;

2.3.8 das Festlegen von Informationswegen, wobei zwischen den Informationswegen im täglichen Dienstablauf und denen bei Einsätzen zu unterscheiden ist. Im täglichen Dienstablauf kann ein ziemlich starrer Weg vorgegeben werden, der hauptsächlich den Informationsfluß von unten nach oben regelt. Nach ganz oben kommen beispielsweise die sogenannten WE-Meldungen, die in der Regel die In-

formationen enthalten, welche für Entscheidungen, für die Öffentlichkeit und die Massenmedien von Bedeutung sind. Bei jedem Einsatz aber ist der Informationsweg neu festzulegen, weil sich die Funktionen und die Zahl der beteiligten Stellen ändern.

2.3.9 das Auswerten von Unterlagen, die Aufschluß über die Motivation der häufigsten Störgruppen geben. Hierzu gehört auch die Beobachtung des Vorfelds der Kriminalität im Rahmen der Verbrechensbekämpfung, damit sozialgefährliche Entwicklungen bereits im Ansatz erkannt werden.

Hier muß ich eine Äußerung des Anarchisten Zahl⁷ einfließen lassen, die in mehrfacher Hinsicht recht interessant ist:

»Ich weiß heute nicht, ob ich nicht sofort und aus nächster Nähe die beiden Bullen erschossen hätte. Und keiner könnte leugnen, das hat die »Beweisaufnahme« bewiesen, daß dies möglich gewesen wäre. Mit einer 9-mm-Pistole und drei vollen 13-Schuß-Magazinen hätte ich ohne weiteres die beiden Kripo-Beamten aus nächster Nähe – sowohl im Autoverleih (im sogenannten Windfang) als auch später – erschießen können. Daran besteht kein Zweifel. Ich habe es nicht getan. Wir sind keine Polizisten. Wir gehören nicht einem MEK an, das es fertigbringt, Menschen aus 50 cm Entfernung in den Kopf zu schießen.

Warum sollte ich nicht davon ausgehen, daß der Polizist im Innern des Autoverleihs sich zunächst um seinen Kollegen kümmert, den ich, um mir die Flucht zu ermöglichen, verletzen mußte. Was, müssen wir uns fragen, ist in einem Menschen zerstört, kaputtgemacht worden – und von wem? – wenn der natürlichste und menschlichste Reflex außer Kraft gesetzt wird: nämlich der, zunächst einem Kumpel, mit dem man immer auf Streife fährt, einem Kollegen, gar Freund, zu helfen, ehe er einer abstrakten Pflicht folgend und nur für etwa 1.100,- DM im Monat – den Täter schießend verfolgt. Das bestimmte den Ablauf des Geschehens und führte zu meiner Verhaftung.«

2.3.10 das Auswerten von Erfahrungsberichten zur Verbesserung der eigenen Vorfeldarbeit, zur Vermeidung von Fehlern, die andersorts gemacht wurden, zur Beschleunigung der Entscheidungsfindung bei gleichartigen Einsätzen.

Aber: Blindes Übertragen eines an sich bewährten Verfahrens auf eine neue Aufgabe führt in der Praxis zu wenig ergiebigen Resultaten!

⁶ Berndt, a.a.O. S. 245

⁷ Peter Paul Zahl, geb. 1944, in seiner Erklärung 1974 anlaßlich seines Prozesses wegen Mordversuchs (statt der beantragten 12 Jahre nur zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt – dank der Verteidigung) – Die »Baader Meinhof Bande« oder Revolutionäre Gewalt – EDITORA QUEIDAMA – HAARLEM 1974

2.4 Zur »Vorfeldarbeit« gehört beispielsweise auch

- daß mit Fahrschülern und bei sonstigen Übungsfahrten in die Städte und zu den Objekten gefahren wird, bei denen erfahrungsgemäß häufiger Einsätze nötig sind, um den Beamten auf diese Weise bessere Ortskenntnisse zu vermitteln;
- daß an markanten Stellen der Unterkünfte geeignetes Kartenmaterial aufgehängt wird, aus dem die Lage, die Fahrtstrecke und die Fahrzeit zu den vorgenannten Städten und Objekten deutlich ersichtlich sind (dabei helfen farbliche Unterscheidungen und verschiedenfarbige Schnüre gut), damit die Beamten nützliche Orientierungshilfen haben;
- ständiges Verbindunghalten zu Stellen der Verwaltung und sonstigen Hilfsdiensten, um zu wissen, über welche Möglichkeiten und Hilfsmittel diese verfügen sowie den wichtigen persönlichen Kontakt aufrechtzuerhalten;
- das Festlegen von Umleitungsstrecken und das Errichten von elektronischen Wechselwegweiseranlagen zur weiträumigen Verkehrslenkung in Zusammenarbeit mit den Verkehrsbehörden;
- im Rahmen des Umweltschutzes mehr und mehr Kenntnisse zu erwerben, um nur noch einiges anzudeuten.

2.5 Schließlich ist auf ein gutes Betriebsklima zu achten, da Spannungen »die Einsatzbereitschaft und auch das Einsatzverhalten der Beamten belasten und beeinflussen«⁹.

3. Allgemeine Vorbereitungen

3.1 Vorbemerkungen grundsätzlicher Art
3.1.1 Der Anlaß für einen Einsatz kann von interner oder externer Natur sein.

3.1.2 Der Einsatz kann sofort nötig werden, dann sprechen wir von der Sofortlage oder er kann kurz- oder längerfristig planbar sein, dann sprechen wir von der Lage mit Vorbereitungszeit (Berndt, a.a.O., verwendet diese beiden Begriffe bereits).

3.1.3 Bei einer Sofortlage müssen die Entscheidungen unter Zeitdruck getroffen werden, weil der Zeitraum zwischen Anlaß oder Auftrag und dem notwendigen Handeln eng begrenzt ist.

3.1.3.1 In der Praxis ist man leicht versucht, sämtliche Maßnahmen unter Hochdruck durchzuführen, weil häufig schnelles Eingreifen von besonderer Bedeutung ist. Ein solches Vorgehen trägt

aber nicht unbedingt dazu bei, die Maßnahmen wirksamer zu machen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich, daß meist nur einige zentrale Aufgaben mit absoluter Dringlichkeit erledigt werden müssen. Dagegen kann die Mehrzahl der Tätigkeiten häufig mit normaler Geschwindigkeit ausgeführt werden, ohne die Gesamtdauer zu beeinträchtigen.

3.1.3.2 Um bei einer Sofortlage den Zeitdruck zu verringern, sind üblicherweise Organisations- und Einsatzpläne erarbeitet, die in deskriptiver Form konkrete Fälle behandeln.

Dem gleichen Zweck dienen auch die Einsatzübungen als Voraussetzung für größtmögliche Schnelligkeit und den störungsfreien Ablauf der Maßnahmen im Einsatzfall. Die Erfahrungen aus solchen Übungen tragen wiederum zur Verbesserung der Einsatzpläne bei.

3.1.3.3 Der Aufstellung der Organisations- und Einsatzpläne geht die Planung als gedankliche Vorbereitung künftigen Entscheidens und Handelns voraus. Damit wird versucht, vorausschauend festzulegen, was wann, wo und wie geschehen soll.

3.1.3.4 Auf den Polizeihubschrauber – falls vorhanden – als Mittel zur Erkundung des Einsatzortes bei Sofortlagen sollte nicht verzichtet werden. Er muß möglichst unverzüglich starten, Verkehrslagemeldungen geben, Lage und Verhältnisse am Einsatzort melden, heraneilen den Kräften die zweckmäßigen Anfahrtswege nennen und erforderlichenfalls ein weithin sichtbarer Ansteuerungspunkt sein. Sehr zweckmäßig ist der Hubschrauber aber auch zum Flug des Einsatzführers an den Einsatzort. Erheblicher Zeitgewinn, Übersicht über die Lage, Verkehrsverhältnisse, anrückende Polizei- und Hilfskräfte, über Ansammlungen, nötige Absperungen geben gute Erkenntnisse und damit Entscheidungshilfen. Wir verwenden beim Einsatz über Städten vor allem den Typ BO 105 wegen des erhöhten Sicherheits- und Leistungsfaktors durch die zwei Turbinen. Sein Einsatz kann allerdings auch zu unerwünschten Ansammlungen führen. Bei einer verbotenen Demonstration waren Ansammlungen zum Zwecke der Demonstration von Gruppen nur Neugieriger nicht mehr zu unterscheiden, weil der Hubschrauber zu niedrig flog!

3.1.4 Bei der Lage mit Vorbereitungszeit steht der Planungs- oder Entscheidungsprozeß nicht unter Zeitdruck; er kann

deshalb gründlich und umfassend vorgenommen werden.

- Dem Planungs- oder Entscheidungsprozeß geht grundsätzlich die Aufklärung und Erkundung voraus.
 - Nur eine zielgerichtete Planung schafft die Voraussetzungen für treffsichere Entscheidungen.
- 3.1.5 Polizeiliche Einsätze sind einfacher planbar, wenn es sich um häufig wiederholte oder regelmäßig wiederkehrende Aufträge, also um Routine handelt und Raum und Zeit begrenzt sind (z.B. Rennen jeder Art, Ausstellungen, Messen).
- Komplexe taktische Probleme sind aber beispielsweise zu bewältigen, wenn nach umfangreicher Observation ein Einsatz gegen Anarchisten vorzubereiten ist. Dazu bedarf es der Stabsarbeit, also eines kooperativen Prozesses.

3.1.6 Für die Planung polizeilicher Einsätze stehen gewisse Techniken als Hilfsmittel zur Verfügung. Am gebräuchlichsten ist gegenwärtig die Checkliste. Es werden aber auch Karten- und Formularsätze, Listen und Statistiken, Grafiken und Planaufnahmen als Hilfsmittel verwendet. Mitunter verläßt man sich aber auch immer noch auf Erfahrung und Intuition und hofft, daß der Tüchtige auch weiterhin Glück hat.

• In absehbarer Zeit wird die elektronische Datenverarbeitung (EDV) in die Planung einbezogen werden können; die EDV wird als Hilfsmittel für die Lösung sehr komplexer Aufgaben anwendbar sein. Sie muß eines Tages auch Auskunft darüber geben können, was beispielsweise den Hilfsdiensten an Spezialgerät für Einsatzzwecke zur Verfügung steht!

3.1.7 In der PDV 100 spricht meines Wissens erstmals eine Vorschrift davon, daß für besondere Regelabläufe die Aufstellung eines Netzplans zweckmäßig sein kann, wobei gleichzeitig ein »Muster als Anlage 4« angekündigt wird. Ein Muster ohne gleichzeitiges Beschreiben der Methodik der Netzplantechnik ist jedoch nicht ausreichend. Es handelt sich dabei schließlich um Begriffe und Methoden, die im polizeilichen Bereich noch neu sind. Sie sind zu verdeutlichen, um ihre Anwendung zu ermöglichen und das Interesse zu wecken!

Ohne wichtige Grundkenntnisse wird kein Polizeiführer die Netzwerkplanung mit Erfolg anwenden können. Ich halte diese Technik für ein Planungsmittel, das eine echte Führungshilfe sein kann. Es gehört jedoch Stabsarbeit dazu, denn das Erstellen eines Netzplans ist sehr zeitaufwendig. Zur weiteren Information weise

ich auf die Veröffentlichungen von G. Buttler⁹, Köln und G. Becker⁹, Herford, und von H. Säger¹⁰, PFA Hiltrup, hin.

Während Buttler/Becker sehr ausführlich und instruktiv die Netzwerkplanung am Beispiel des Katastrophenschutzes demonstrieren, versucht Säger in einem sehr umfassenden Beitrag am Beispiel der Vorbereitung und Durchführung von Kontrollen zur Eindämmung des alkoholbeeinflussten Fahrzeugführers ein vollzugspolizeiliches Projekt im Planungs- und Überwachungsverfahren der Netzplantechnik darzustellen. Das ist ihm gelungen. Verdienstvoll ist dabei seine lehrmäßige Erörterung der Methodik der Netzplantechnik in Form des Vorgangsknoten-Netzverfahrens!

3.2 Vorbereitung

3.2.1 Ich habe bereits erwähnt, daß die Informationsbeschaffung und -auswertung nicht ein Problem der Quantität, sondern ein solches der Qualität ist. Von der Qualität der Information – und natürlich möglichst ihrer Vollständigkeit – werden schließlich die Beurteilung der Lage und der Entschluß wesentlich beeinflusst.

- Die Vorbereitung beginnt üblicherweise nach Bekanntwerden des Einsatzanlasses mit der Informationsbeschaffung. Es können jedoch beispielsweise bei einer Sofortlage alle sofort nötigen Informationen auch mitgeteilt worden sein. Die schreckliche Nachricht »Flugzeugabsturz bei A-Dorf« wäre eine solche Information.
- Da die Informationsbeschaffung und ihre Verarbeitung von dem Polizeiführer regelmäßig nicht allein bewältigt werden kann, werden in der ersten Vorbesprechung mit den Mitarbeitern diese über den Einsatz informiert und es wird festgelegt, wer wo welche Informationen zu beschaffen hat, wer sie sammelt und auswertet und wo das Umsetzen in Entscheidungen vorgenommen wird. Dabei setzt bereits die Meinungsbildung ein.
- Wenn die Information über den Einsatz nicht von oben nach unten kam, sind Vorgesetzte bzw. übergeordnete Dienststellen und Behörden so schnell wie möglich zu unterrichten. Werden voraussichtlich zusätzlich benachbarte Kräfte benötigt, so ist es aus Zeitgründen sinnvoll, die Entscheidung darüber gleichzeitig vorsorglich anzumelden.
- Die Aufnahme von Verbindungen zu anderen Behörden, sonstigen Einrichtungen und eventuell dem polizeilichen Gegenüber sowie das Unterhalten der Verbindung ist lageabhängig. Bei der

Vielzahl von vorhandenen ansprechbaren Stellen ist das Bestimmen der tatsächlich in Frage kommenden und zu beteiligenden Einrichtungen nicht einfach, aber mit Hilfe einer Checkliste doch relativ schnell möglich. Jedoch müssen über Stellen, die außerhalb der üblichen Dienststunden nicht besetzt sind, Hinweise auf die ständige Erreichbarkeit von Funktionsträgern und deren weitere Vertreter vorhanden sein. Erfahrungsgemäß sind mindestens drei »Ansprechpartner« zu nennen, um wenigstens einen erreichen zu können.

• Zu benachbarten Kräften wird Verbindung hergestellt, soweit diese mitwirken müssen. Handelt es sich um besondere Fachrichtungen der Polizei, wie Kriminalpolizei, Wasserschutzpolizei oder um spezielle Einrichtungen, wie Spezialeinheiten (MEK, SEK, PSK), Technische Züge, Reiter- und Hundestaffeln, Hubschrauberstaffeln oder Flugbereitschaften, sind diese von Anfang an zu beteiligen. Ihre besonderen Kenntnisse und Erfahrungen müssen in die zu erarbeitende Einsatzkonzeption einfließen.

• Falls vorhanden, wird mit dem polizeilichen Gegenüber Verbindung aufgenommen. Das kann eine Aufgabe der Kriminalpolizei, aber auch der Schutz- oder Wasserschutzpolizei sein, wenn und wie die Lage es gebietet. Ob und welche Informationen vom polizeilichen Gegenüber zu erhalten sind, hängt von der Art der Veranstaltung ab, die stattfinden soll und den polizeilichen Einsatz erforderlich macht. Die Motivation des Direktors eines Verkehrsbetriebes ist eine andere als die des Veranstalters eines Aufzugs, mit dem gegen die beabsichtigte Fahrpreiserhöhung eben dieses Verkehrsbetriebes demonstriert werden soll!

• In dieser Phase der Vorbereitung werden ferner erforderlichenfalls durch Vorbefehle das Bereitstellen von Führungs- und Einsatzmitteln (Art und Anzahl ergeben sich aus der Lage) angeordnet und nachgeordnete Stellen in die Lage versetzt, selbst Vorbereitungen zu treffen.

• Karten, Pläne, Foto- und Filmmaterial über den Einsatzort sind nicht nur für die eigene Information nötig, sondern für ortsfremde Kräfte bereitzuhalten.

• Der Rechtslage gilt die besondere Aufmerksamkeit des Polizeiführers, weil »das Ergebnis der Rechtslagebeurteilung den Ausschlag für die takti-

schen Entscheidungen und die danach zu treffenden Maßnahmen gibt«¹¹. Dazu sagt die PDV 100 zum wichtigsten Führungsgrundsatz:

»Recht und Gesetz sind Grundlagen jeden polizeilichen Handelns. Die gesetzlichen Bestimmungen und die dazugehörigen besonderen Anordnungen sind bei der Anwendung dieser Vorschrift zu beachten. Die rechtsstaatlichen Grundsätze, wie sie vor allem zum Schutz des Bürgers in den Grundrechten zum Ausdruck kommen, sind sorgfältig zu wahren. Dazu gehört auch der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der für die Polizei von besonderer Bedeutung ist. Vor jedem Einsatz ist deshalb abzuwägen, welche Maßnahmen in einem angemessenen und vernünftigen Verhältnis zum Erfolg stehen und den einzelnen und die Allgemeinheit nicht mehr und nicht länger als notwendig beeinträchtigen. Das gilt vornehmlich bei der Anwendung unmittelbaren Zwanges«.

Es ist ferner zu beachten, daß bei der Beurteilung der Rechtslage mitunter recht schwierige Entscheidungen zu treffen sind. Der Polizeiführer ist dann auf die besonders enge Zusammenarbeit mit Stellen des Verfassungsschutzes, mit vorgesetzten Stellen und evtl. solchen, die politische Verantwortung zu tragen haben, angewiesen. Wenn bei einem Einsatz die Strafverfolgung Vorrang hat, ist die Zusammenarbeit mit dem Staatsanwalt notwendig. Überhaupt hat die Entscheidung darüber, ob die Gefahrenabwehr oder die Strafverfolgung Vorrang hat, wesentlichen Einfluß auf die taktischen Maßnahmen.

• Kommen Beamte zum Einsatz, die noch in der Ausbildung stehen, so ist die rechtliche Unterweisung vorher dringend nötig. Bei Zeitnot kann das der Gruppen- oder Zugführer während der Fahrt zum Einsatzort machen, wenn dieser mit der Lage hinreichend bekannt ist. Aber auch die rechtliche Unterweisung der Einzeldienstbeamten ist unerlässlich, wenn sie zu einem Einsatz zusammengefaßt werden und plötzlich Aufgaben bewältigen sollen, die außerhalb ihrer täglichen Arbeit liegen.

Ist genügend Zeit vorhanden, dann können den Beamten schriftliche Informationen über die Rechtslage, aber auch zur Motivation ausgehändigt werden. So wurde z. B. den anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in Frankfurt/M. eingesetzten Polizeibeamten frühzeitig ein Merkblatt übergeben, das von den Sozialwissenschaftlichen Diensten der Hessischen Polizei verfaßt worden war. Es befaßte sich nicht nur mit der Aufgabe des Polizeibeamten und seinem Erscheinungsbild, sondern war auch trefflich geeignet, Hintergrundwissen zu vermitteln

⁹ G. Buttler/G. Becker – »Die Polizei«, Heft 6/1971 S. 184
¹⁰ H. Säger – »Die Polizei«, Heft 8/1975 S. 271

¹¹ Berndt, a.a.O., S. 246

sowie mögliche Aggressionen der Fußballfans und die Möglichkeiten ihrer Ableitung psychologisch zu verdeutlichen.

- Der Motivation der Beamten wird der Polizeiführer ständig seine Aufmerksamkeit widmen müssen. Sie ist der Motor für das Umsetzen der sachlichen und personellen Voraussetzungen im permanenten Führungsprozeß. Alles Wissen und Können hilft nichts, wenn der Wille fehlt, es zweckentsprechend und optimal einzusetzen. Die Motivationsmöglichkeiten sind schier unerschöpflich und je nach Sachverhalt oder Anlaß für Führer und Geführte gleichartig oder verschieden. Beispielhaft seien einige Motivationsbereiche und -möglichkeiten genannt.

Motiviert werden sollten:

- die Lernbereitschaft
- die Dienstauffassung
- die Anstrengungsbereitschaft
- die Identifikation mit der Aufgabe (mit dem Beruf)
- unter Umständen auch die Fähigkeit, Enttäuschungen rational zu überwinden.

Motivationsmöglichkeiten und -ziele können sein:

- finanzielle, sachliche oder ideelle Anreize, Eigennutz
- Bedürfnisse (auch unterdrückte) der Betroffenen
- Zufriedenheit mit der eigenen Leistung
- spürbare Fürsorge
- Verständnisbereitschaft, Offenheit, Ehrlichkeit
- zutreffende Beurteilung, sachgerechtes Lob, rücksichtsvoller Tadel
- angemessene Zielsetzungen
- übertragene Verantwortung, Zutrauen, Vertrauen
- Äußerlichkeiten wie Dienstanzug, Dienstrangabzeichen, Dienst-Kfz.
- Der frühzeitigen Motivation der Beamten durch die Einsatzleitung kommt besondere Bedeutung zu, wenn es sich um »problematische« Einsätze handelt.

Checkliste zur „Vorfeldarbeit“ siehe Seite 35 in dieser Broschüre

delt. Immerhin haben bei der »Frankfurter Umfrage« von über 400 befragten 18 Beamte erklärt, sie würden bei einer gewaltsamen Hausbesetzung mitmachen! In Heidelberg versuchte die sogenannte »Heidelberger Militärzeitung« anlässlich der Juni-75-Demonstrationen gegen die Fahrpreiserhöhung ihrerseits in einem an die Polizeibeamten gerichteten Pamphlet, diese im Sinne des KBW zu motivieren. Unter anderem wurde da gesagt: »Ihr seit genauso wie wir Teile des Volkes,

die von der staatlichen Preistreiberei betroffen sind. Ihr werdet immer dann eingesetzt, wenn es gilt, die Geschäfte der Kapitalisten und ihres Staates zu schützen. Gestern habt ihr den Befehl gehabt, gegen die Kernkraftwerke in Wyl vorzugehen, heute seid ihr in Heidelberg, morgen habt ihr den Befehl Arbeiter niederzuknüppeln, die für höhere Löhne streiken. Immer dann, wenn ihr diese Befehle ausführt, stellt ihr euch gegen das Volk«. Und an anderer Stelle heißt es: »Eure Vorgesetzten befehlen euch jeden Schritt, ihr sollt funktionieren als willenloses Werkzeug, das jeden Befehl ausführt. Welch schmutzige Arbeit müßt ihr hier verrichten Zieht eure Vorgesetzten zur Rechenschaft, warum ihr hier auf Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten gehetzt werdet«. Sowohl die Landespolizeidirektion Karlsruhe als auch die Polizeidirektion Heidelberg verteilten an die in Heidelberg eingesetzten Polizeibeamte Umdrucke mit Informationen über die Hintergründe und den Verlauf der Auseinandersetzungen im Juni 1975.

3.2.2 Die Beurteilung der Lage ist eine wichtige Phase zur Vorbereitung eines Einsatzes. In ihr werden die vorhandenen Fakten gewichtet und die Möglichkeiten anhand der Entscheidungskriterien bewertet.

3.2.2.1 Die Wahl der optimalen Möglichkeit von mehreren ist der *Entschluß*. Aus ihm ergeben sich neue Aufträge für die Mitarbeiter zur

3.2.3 weiteren Vorbereitung des Einsatzes

- Die *Kräfteberechnung* ist vorrangig vorzunehmen. Steht wenig Zeit bis zum Beginn des Einsatzes zur Verfügung, muß die Voralarmierung oder Alarmierung der eigenen Kräfte vorgenommen und – falls nötig – vorrangig die Zuteilung benachbarter Kräfte beantragt werden. Dienstfreie Führungs- und Einsatzkräfte sind je nach Lage zu verständigen. Dienstbeginn und -ende der sich im Dienst befindlichen Beamten sind ggf. zu ändern.
- Der *Bedarf an Führungs- und Einsatzmitteln* ist festzustellen; soweit erforderlich, ist deren Einsatzfähigkeit herzustellen (z.B. Zumschbehälter für CN in die Wasserwerfer einsetzen).
- Besteht Zeit für das Erstellen des *Durchführungsplans* als Hilfsmittel polizeilicher Einsatzplanung und als Bindeglied zwischen dem Entschluß und dem oder den Einsatzbefehlen, so hat der Polizeiführer eine gute Möglichkeit, einsatzwirksame Beziehungen

zu erkennen und diese in weitere Entscheidungen umzusetzen. Insbesondere ermöglicht der Plan auch den Mitarbeitern, spezielle Vorbereitungen zu treffen; der Fernmeldezugführer wird u.a. Funkskizzen erstellen, der K-Sachbearbeiter die Transport- und eventuell sonstigen Sonderfahrzeuge (Wasserwerfer, Beleuchtungsfahrzeuge, gepanzerte Sonderwagen, Absperr- und Schutzgitterfahrzeuge z.B.) bereitstellen, der WuG-Sachbearbeiter die Schutzausstattung an die Beamten ausgeben und die Versorgung kann geplant werden – soweit erforderlich –. Die Verwendung von Checklisten als Hilfsmittel wird auch in diesen Vorbereitungsphasen empfohlen.

- Die *Einsatzorganisation* wird – falls nötig – erarbeitet. Sie umfaßt die Besetzung des Führungsstabs mit den Sachbearbeitern, die Abschnittsbildung, regelt die Unterstellungsverhältnisse und bestimmt, ob evtl. besondere Einsatztrupps oder Einsatzkommandos vorzusehen sind. Dabei ist zu beachten, daß zugeordnete Kräfte unter ihren Führern möglichst geschlossen in Abschnitten oder auch für besondere Aufgaben eingesetzt werden. Wenn es beispielsweise vorwiegend um den Schutz von Objekten geht, ist die Aufgabe des eigentlichen Objektschutzes von anderen vielleicht anfallenden Tätigkeiten möglichst klar zu trennen. Für spezielle Aufgaben sollten – soweit praktisch realisierbar – besonders dafür beauftragte Kräfte eingesetzt werden.

- Wie erwähnt, kommen der Information und Kommunikation besondere Bedeutung zu. Deshalb sind im Rahmen der weiteren Vorbereitung des Einsatzes *Informationswege* festzulegen, die sowohl der Gewinnung von Entscheidungshilfen dienen wie die Möglichkeit eröffnen, alle beteiligten Personen und Stellen über den Einsatzablauf zu unterrichten, was die Einsatzbereitschaft und den Einsatzwert wesentlich erhöht. Wichtig ist hierbei besonders die *Information der als Reserve* bereitgehaltenen Kräfte, die offenbar häufig nicht genug beachtet oder in ihrer Bedeutung nicht erkannt wird. Bei größeren Einsätzen kann die Anlage eines *Kommunikationsplans* zweckmäßig sein. In diesem Zusammenhang wird ebenfalls über die evtl. benötigten Funkverkehrskreise entschieden, wobei das für das etwaige Umschalten zweckmäßige Stichwort festgelegt werden soll. Ferner sind Vorkehrungen zu treffen, um die Abhörgefahr auszuschalten.

- Schwierigkeiten bestehen noch immer hinsichtlich der *Beweissicherung und Dokumentation*, besonders bei einem unfriedlichen Verlauf einer Veranstaltung hinsichtlich der Zuordnung der Täter zur Tat und zum festnehmenden Beamten. Eine Möglichkeit ist die, mehr Fotoapparate, Filmkameras und Video-Recorder zu beschaffen; eine andere ist die Verwendung von Polaroidkameras, mit denen festgenommene und festnehmender Beamter im Bild festgehalten und auf der Rückseite des Bildes die Namen der Fotografierten vermerkt werden.

Die vorsorgliche Ausarbeitung von Lautsprecherdurchsagen kann für den Ablauf des Einsatzes wichtig sein. Wesentlich ist jedoch, daß ein besonders gewandter sprachbegabter Beamter gelassen und doch bestimmt die Durchsagen macht, die zugleich mit Zeitangaben auf Tonband festzuhalten sind.

- Die *Besichtigung des Einsatzraums* durch den Einsatzleiter oder beauftragte Kräfte richtet sich im allgemeinen nach der Lage. Zweckmäßigerweise werden dabei auch die Straßen- und Wegeverhältnisse erkundet, um die Verkehrslage berücksichtigen zu können. Wenn genügend Zeit vorhanden ist, werden die Abschnittsleiter mit den unterstellten Einheitsführern den zugewiesenen Abschnitt erkunden. Soweit ortsfremde Kräfte eingesetzt werden müssen, erhalten sie das vorbereitete Kartenmaterial; einfache Handskizzen können schon recht hilfreich sein.

- Der Polizeiführer beurteilt ferner die *Versorgungslage* einschl. der *sanitätsdienstlichen Betreuung*; er trifft nötigenfalls die erforderlichen Entscheidungen hinsichtlich des Bestandes und des Bedarfs an Versorgungsgütern sowie der Dringlichkeit, Zeit und Art ihrer Zuführung. Für die sanitätsdienstliche Versorgung ist der Polizeiarzt zuständig.

3.2.3.9 Schließlich ist zu ermitteln, ob mit einer festen oder beweglichen *Befehlsstelle* gearbeitet werden muß. Der Fernmeldesachbearbeiter wird dabei sowohl beraten als auch die Fernmeldeverbindungen herstellen und unterhalten.

3.2.4 Besondere Bedeutung kommt bei der Vorbereitung der Frage der *Öffentlichkeitsarbeit* zu. Hierzu führt die PDV 100 aus:

»Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sollen der Bevölkerung die Aufgaben der Polizei nahegebracht und die sich daraus ergebenden Maßnahmen verständlich gemacht werden, so daß das erforderlich und vertretbar ist. Bei bestimmten Anlässen kann es zweckmäßig

sein, die Bevölkerung um Unterstützung oder Mithilfe zu bitten«.

Öffentlichkeitsarbeit im Sinne des ersten Satzes ist eine permanente Aufgabe der Polizei, die von den Polizei-Pressstellen der Polizeibehörden mit gutem Erfolg wahrgenommen wird. Ob bei besonderen Einsätzen die Öffentlichkeit in geeigneter Weise bereits vorher informiert werden kann oder soll, hängt von dem Einsatzzweck und der eventuellen Geheimhaltung ab. Geheimhaltung ist angebracht, wenn Einsätze überraschend durchgeführt werden müssen. Je mehr Stellen am Einsatz beteiligt werden, um so schwieriger ist die Geheimhaltung! In der Mehrzahl der Fälle kann davon ausgegangen werden, daß eine rechtzeitige Information an die Medien und damit an die Bevölkerung das Verständnis für die Maßnahmen fördert sowie dadurch die polizeiliche Arbeit erleichtert und sogar unterstützt wird. Angespannte Lagen können unter Umständen durch eine angepaßte Beeinflussung von Störern oder der Bevölkerung entschärft werden. Häufig jedoch wird die Bevölkerung in den Fällen der Fahndung und der Suche nach vermissten Personen erfolgreich um Unterstützung und Mithilfe gebeten.

Es ist auch erwiesen, »daß die demonstrative Vorbereitung vor zu erwartenden unfriedlichen Anlässen aggressionshemmend wirkt«¹². Der Einsatz und die Wirkung des Reizsprüngergeräts »Pepper Foc« im Juni 75 in Heidelberg war nicht zuletzt deshalb so positiv, weil die örtliche Presse vorher über eine »polizeiliche Wunderwaffe« berichtet hatte. Mit geeigneten polizeilichen Flug- oder Merkblättern wurden in besonderen Fällen ebenfalls bereits gute Erfolge erzielt.

3.3 Bei der sich anschließenden Erarbeitung des *Befehls* muß beachtet werden, daß der Weisungsinhalt klar und widerspruchsfrei ist, Befehle allein durch die unmittelbaren Vorgesetzten zu erteilen sind und Befehle vorgesetzter Stellen nur mit Zusätzen versehen nicht weitergegeben werden sollen.

Durch *Einzelbefehle* können taktische Maßnahmen und konkrete Einsatzvorbereitungen, die nach der Lage zu treffen sind, frühzeitig veranlaßt werden.

Besondere Anordnungen können für den Fernmeldedienst, den Kraftfahrdienst und die Versorgung ergehen.

3.3.1 Es ist Wert darauf zu legen, daß der Befehl frühzeitig, also vor der Einsatzbesprechung, fertiggestellt ist, damit sich die einzelnen Führer rechtzeitig mit dem Inhalt vertraut machen können.

3.4 Mit der *Einsatzbesprechung* werden die Vorbereitungen beendet (wenn es Zeit und Raum zulassen). Sie bietet Gelegenheit, letzte Erkenntnisse an die Einheitsführer weiterzugeben. Hintergrundwissen zu vermitteln, aus dem Befehl sich evtl. ergebende Fragen abzuklären, ggf. die Einsatzkonzeption zu verdeutlichen und sich unter Umständen gegenseitig kennenzulernen.

3.4.1 Die Einheitsführer werden anschließend ihre Einsatzkräfte in Einsatzbesprechungen unterrichten und sie taktisch, rechtlich und psychologisch vorbereiten. Dabei kommt es wesentlich auf die Motivation der Beamten an, wie an anderer Stelle dargelegt wurde.

4. Vorbereitungen für einen konkreten Einsatz

4.1 Die bisher behandelten allgemeinen Vorbereitungen ergänze ich durch auf einen konkreten Einsatz bezogene Vorbereitungen. Als *Beispiel eignet sich hierfür der Bau des Kernkraftwerkes Biblis/Kreis Biberstraße*. Es handelt sich bekanntlich jetzt schon um Europas größtes KKW, das nach Fertigstellung des Blocks B (Block A ist in Betrieb) das größte KKW der Welt sein wird. Geplant ist der Bau von Block C und D, so daß sich auf engem Raume eine Größenordnung ergäbe, die schlaflose Nächte bereiten könnte. Gegen den weiteren Ausbau haben sich bereits Interessengruppen gebildet. *Die Vorgänge in Wyl a.K. könnten sich wiederholen. Alles in allem also ein recht interessantes polizeiliches Objekt!* *2. Juni 1976*

4.1.1 Glücklicherweise ist nach Auffassung von Wissenschaftlern die Wahrscheinlichkeit eines schweren Unfalls oder gar einer Katastrophe in einem KKW außerordentlich gering, wenn beim Bau und Betrieb alle bisher erdachten Sicherheitsvorkehrungen beachtet werden. Bekanntlich kann in einem Atomreaktor keine Kernexplosion stattfinden, weil der Brennstoff weder so hochprozentig angereichert noch so angeordnet ist, daß eine kritische Menge entsteht. Gleichwohl ist es nicht völlig auszuschließen, daß durch irgendwelche Umstände eine Gefährdung der Umwelt eintritt.

4.1.2 Kerntechnische Fragen behandle ich nicht. Rechtliche Maßnahmen sind aus dem Hessischen Gesetz über Sicherheit und Ordnung (HSOG) zu begründen, denn das Atomgesetz und die 1. Strahlenschutzverordnung enthalten keine speziellen Eingriffsbefugnisse für die Polizei.

¹² Berndt, a.a.O., Seite 247

4.2 Für den Fall, daß radioaktive Spaltprodukte wider Erwarten frei werden sollten, ist der *Gefährdungsbereich* in drei Zonen eingeteilt worden, die wiederum in 12 Sektoren á 30° aufgeteilt sind. Da sich die Produkte mit dem Wind ausbreiten, kann so rasch der Bereich festgestellt werden, der gefährdet ist; die nötigen Maßnahmen sind dort einzuleiten. Es muß aber berücksichtigt werden, daß der Wind häufig seine Richtung ändert, weshalb der entgegen der Windrichtung liegende Bereich nicht dauernd sicher sein kann.

4.3 Bei der *Vorbereitung ist berücksichtigt*, daß eine ausreichende Beurteilung der Lage und in der Folge wirksame Schutzmaßnahmen nur möglich sind, wenn folgende Informationen zuverlässig vorliegen, nämlich

- eine genaue Bestimmung der Gammastrahlung,
 - die Konzentration an radioaktiven Stoffen in der Luft,
 - die Konzentration an Radioaktivität auf der Bodendecke und im Trinkwasser.
- Die dazu erforderlichen Messungen nehmen mobile Meßtrupps des KKW's vor, und zwar in unterschiedlichen Entfernungen vom Katastrophenort; ferner werten sie die Meßergebnisse der festinstallierten automatischen Meßeinrichtungen aus.

Checkliste zu den „Vorbereitungen“ siehe Seite 35 in dieser Broschüre

4.4 Als weitere Vorbereitungen sind getroffen, bzw. z. Z. in die Wege geleitet:

4.4.1 *Anlegen einer Einsatzakte durch die Schutz- und Kriminalpolizei, die enthalten muß*

- Einzelheiten über die Art der Anlage
- Leitungspersonal – insbesondere Sicherheitsbeauftragter – und die ständige Erreichbarkeit
- Anzahl der Beschäftigten und Zusammensetzung
- Lage und Umgebung der Anlage, besonders gefährdete Bereiche (Grundrißskizzen, Lagepläne, Luftaufnahmen, Zufahrtswege, Einlaßstellen)
- Alarmplan und Alarmeinrichtungen der Anlage
- schnellstmögliche Verbindung zum Werkschutz
- Einsatzpläne über mögliche Objektschutzmaßnahmen mit Streifen- und Postenplänen, Straßensperren, Einrichten von Befehlsstellen sowie Angaben über das Heranführen eigener und benachbarter Kräfte
- Einsatzpunkte für dringende Fahndungen

- Verkehrslenkungs- und -regelungspläne

4.4.2 Der *Eigensicherung* der Beamten beim Einsatz in radioaktiv verstrahlten Gebieten kommt Bedeutung zu.

Hierzu werden Dienstabweisungen mit genauen Hinweisen für die Eigensicherung erarbeitet. Es ist nötig, daß die zuerst zum Einsatz gelangenden Beamten, nämlich die zunächst örtlich zuständigen, mit diesen Hinweisen immer wieder vertraut gemacht werden.

4.4.3 Die Informationsübermittlung im Falle einer Gefahr ist kalendermäßig vorbereitet. Der Plan, der den *Übermittlungsweg* festlegt, enthält 86 Dienststellen und Behörden, die beim Freiwerden radioaktiver Spaltprodukte verständigt werden müssen. Die Fernmeldewege der Polizei tragen dabei die Hauptlast. In der genannten Zahl sind die in den gefährdeten Zonen liegenden Städte und Gemeinden, die von den örtlich zuständigen Polizeidienststellen zu unterrichten sind, nicht enthalten.

4.4.4 Zur Unterrichtung der Bevölkerung vor einer Gefahr stehen vorsorglich erarbeitete Lautsprecherdurchsagen zur Verfügung, die auch auf richtiges Verhalten hinweisen. Gegebenenfalls werden Rundfunk und Fernsehen mit eingeschaltet.

4.4.5 Dazu gehören auch vorbereitete *Lautsprecherdurchsagen* für den Fall, daß Bevölkerungsteile evakuiert werden müssen, wie ferner polizeiliche Unterstützungspläne zu einer solchen Maßnahme. Die *Evakuierung* ist natürlich Sache der Verwaltungsbehörde. Transportraum und Aufnahmestellen sind festgelegt.

4.4.6 *Spezielle technische Geräte* (Schutzanzüge, Schutzmasken, Glasdosimeter u. a.) für den Einsatz von besonders ausgebildeten Beamten in verstrahltem Gelände werden bereitgehalten.

4.4.7 Das Heranführen von *Verstärkungskräften* auf dem Land- und erforderlichenfalls auf dem Wasserweg ist besonders geregelt.

4.4.8 Bei der *Stärkeberechnung* wird berücksichtigt, daß Teilkkräfte evtl. zur ersten Hilfe, zum Bergen und Retten und zu Verrichtungen außerhalb des eigentlichen Aufgabengebietes bis zum Eintreffen von Spezialkräften einzusetzen sind oder Fahrzeuge anderweitig eingesetzt werden, wenn der eigene Einsatz dadurch nicht wesentlich in Frage gestellt wird.

4.4.9 Durch die polizeiliche Überwachung ist der *Schutz des Eigentums* sicherzustellen.

4.4.10 Der Einsatz des *Hubschraubers als Führungsmittel* kann erst angeordnet werden,

wenn die genaue Bestimmung der Gammastrahlen und die Konzentration der radioaktiven Stoffe in der Luft vorgenommen worden ist.

4.5 Wegen der Lage des KKW's Biblis ist vorgesehen, daß der Einsatz »vor Ort« von einer *beweglichen Befehlsstelle* aus geleitet werden muß, die möglichst bald außerhalb des Gefährdungsbereichs herzustellen und zu unterhalten ist. Bis dahin ist die *ortsfeste* Befehlsstelle des Polizeikommissariats beim Landrat des Kreises Bergstraße zuständig, und zwar auch für das Gelingen der Führung während der Anfahrt. Den anrückenden Beamten muß frühzeitig mitgeteilt werden, wie sie sich zu verhalten haben. Blinder Eifer kann größten Schaden zur Folge haben!

5. Technische Vorbereitungen

5.1 Die Verwendung von *beweglichen Befehlsstellen* ist nichts Neues. Trotzdem will ich den Auf- und Ausbau einer mobilen Befehlsstelle schildern, weil sie dem gegenwärtigen Stand der Technik entspricht. Ich habe diesen Ausbau seinerzeit angeordnet, weil wir als Schutz- und Kriminalpolizei im Jahre 1973 anlässlich einer Geiselnahme in Spredlingen fernmelde-technisch alles andere als gut ausgesehen hatten.

5.1.1 Die mobile Befehlsstelle ist eine Fortentwicklung des vorhandenen Fernsprechbetriebsfahrzeugs (Lkw Mercedes mit eingebauter Fernsprechvermittlung für 12 Amtsanschlüsse und 90 Nebenstellen), weil es anders nicht möglich war, im Einsatz beweglich zu führen und sichere Verbindungen zu vorgesetzten Dienststellen sowie den eigenen und benachbarten Kräften herzustellen. Daß das Fahrzeug insgesamt zu klein ist, sei am Rande erwähnt. Die Um- und Einbauten geschahen in Selbsthilfe.

5.1.2 Es ist wie folgt ausgestattet:

- Zwei FuG 7 b und ein FuG 9 sind in dem nachträglich eingebauten Funktisch installiert und können am Funkbetrieb der verschiedenen Verkehrskreise teilnehmen. Mit ihnen kann auch eine Relaisstelle errichtet werden.
- Ein weiteres FuG 7 b ist während der Fahrt in der Fahrerkabine fest eingebaut. Es kann am Einsatzort zusätzlich – zum Beispiel für eine außenliegende Befehlsstelle – verwendet werden.
- Drei FuG 10 stehen dem Einsatzleiter und seinen Mitarbeitern zur Verfügung, wenn sie sich außerhalb der Befehlsstelle bewegen. Es ist ganz selbstverständlich, daß der Polizeiführer den Ereignissen nahe sein muß, um wirklich führen zu können.

- Ein Sprachverschleierungsgerät dient der Verschleierung von Funkgesprächen. Es kann wahlweise den drei im Funktisch eingebauten Funkgeräten zugeordnet werden.

- Die Fernsehempfangsanlage besteht im wesentlichen aus einem handelsüblichen tragbaren Fernsehgerät, einem Konverter sowie einer Rundstrahl- und einer durch Rotor um 359 Grad beweglichen Richtantenne. Mit der Anlage können Fernsehbilder des Senders, der auch in die Hubschrauber des Typs »Alouette« eingebaut werden kann, bis zu einer Entfernung von ca. 20 km empfangen werden. Eine Bilddokumentationsanlage wird angestrebt.

- Die vorhandene Feldvermittlung wurde auf acht Fs-Amtsanschlüsse und 30 Nebenstellen reduziert; vier Nebenstellen sind im Fahrzeug fest verkabelt.

- Fünf Kassettenspeicher (vier im Kfz, einer bei der Überleiteinrichtung) dienen der Aufzeichnung von Funk- und Telefongesprächen.

- Eine Überleiteinrichtung steht für die Fälle zur Verfügung, in denen wegen zu großer Entfernung zur nächsten Anschlußmöglichkeit oder bei besonderer Eilbedürftigkeit das Fernsprechnetz der Deutschen Bundespost nicht direkt oder noch nicht benutzt werden kann. Damit ist es nach Anschluß der Überleiteinrichtung an den nächstgelegenen Amtsanschluß möglich, ankommende und abgehende Ferngespräche über Richtfunk mittels zweier FuG 9 (2-m-Band) in die Befehlsstelle und aus ihr zu vermitteln. Außerdem können bei geringen Entfernungen und entsprechenden Frequenzen von beliebig vielen FuG 10 Funk-Drahtgespräche geführt werden.

- Ein Kleinmaschinensatz dient bei Bedarf der netzunabhängigen Stromversorgung.

- Die eingebauten Spannungswandler wandeln den Strom der 24 V-Funk-Batterie in 220 V Wechselstrom um. Sie dienen der Stromversorgung während der Fahrt und bei Ausfall der Versorgung durch Netzstrom oder des Kleinmaschinensatzes.

- Als sonstiges Gerät stehen ein Memo- cord als technisches Notizbuch, ein Kassettenspeicher, ein Gigaphon, ein Fernglas, eine Schreibmaschine und ein Kofferradio zur Verfügung.

- Ferner sind vorhanden: Schreib- und Büromaterial, ein Kartensatz 1:25 000 und eine Hessenkarte 1:200 000, Telefonbücher und sonstige Unterlagen dazu, Funkverzeichnisse, Einsatzunterlagen, Fernmelderichtlinien.

5.1.3 Die vorhandenen Funkgeräte, die Fernsprech- und die Überleiteinrichtung können sowohl von den Fernmeldebetriebsbeamten im Fernmelderaum des Kfz als auch von dem Einsatzleiter und seinen Mitarbeitern im Einsatzraum benutzt werden. Vom Fernmelde- in den Einsatzraum wird mittels Tastendruck bzw. durch Vermittlungsvorgang umgeschaltet. Maximal kann mit drei Betriebsbeamten und dem Fernmeldetechniker gearbeitet werden.

5.1.4 Diese bewegliche Befehlsstelle hat sich inzwischen bei zahlreichen Einsätzen bewährt.

5.2 Neben diesem Fahrzeug stehen der Fernmeldebetriebsstelle der Schutzpolizei beim Regierungspräsidenten in Darmstadt noch zur Verfügung:

- ein L-Mot-UKW mit 2 FuG 7 b und 1 Feldfunkgabel (das Fahrzeug ergänzt die oben beschriebene Befehlsstelle und findet auch als Relaisstelle im 2 m- und 4 m-Band wertvolle Verwendung)
- ein FSF-Kw mit einer Fernschreibfunktanlage
- ein L-Mot-Fu mit einer Tastfunktanlage
- ein FaGBau-Kw mit Kabel, Gerät und Werkzeug für die Errichtung eines Fernsprech-Netzes.

Damit ist der Einsatzleiter in der Lage, optimal zu führen, denn ausgebildete Beamte stehen ebenfalls bereit.

5.3 Es wäre gewiß ein Mangel, wenn zwar die bewegliche Befehlsstelle, eine ortsfeste Befehlsstelle aber nicht erwähnt würde. Hier bietet sich die moderne Befehlsstelle des Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main an, der Stadt, die für Anlässe zu polizeilichen Einsätzen mannigfaltigster Art jederzeit sorgt. Die Befehlsstelle wurde 1974 eingerichtet.

5.3.1 Der Befehlsstellenbereich ist in mehrere Räume aufgeteilt und zwar in

- den Befehlsstellenraum
 - den Besprechungsraum
 - den Einsatzraum für die Kriminalpolizei und
 - den Besucherraum.
- Im Befehlsstellenraum sind 7 Kabinen eingerichtet und in der Mitte ist ein Befehlsstellentisch aufgestellt worden. Über die Kabinen wird der Fernmeldeverkehr abgewickelt. An den einzelnen Plätzen des Befehlsstellentisches sind in einem Schubfach Wechselprechstationen untergebracht, die das Besprechen und Mithören einzelner Funkkreise auch direkt ermöglichen. Wichtige Meldungen können für alle Anwesenden über einen besonderen Lautsprecher in den Befehlsstellenraum über-

mittelt werden. Ein Bedienungsgerät für verschlüsselten Funkverkehr und ein Bedienungsgerät für die Auswahl von Verkehrsfernsehanlagen sind vorhanden. Monitore ermöglichen den Empfang der Aufzeichnungen der Kameras an Verkehrsknotenpunkten ebenso wie die der mobilen Fernsehübertragungsanlagen der Vollzugspolizei. Eine Diaprojektionsanlage modernster Art ergänzt die technische Ausstattung, die nicht vollständig aufgeführt worden ist.

Der *Besprechungsraum* dient der Behördenleitung und der Vollzugspolizei quasi auch als Raum für einen Krisenstab. Die erforderlichen technischen Geräte (fahrbare Projektionswand, Lautsprecher, Fernsehapparat) sind vorhanden.

Dem Aufenthalt der Vertreter der Massenmedien dient der *Besucherraum*. Von diesem Raum aus kann man durch ein Fenster in den Befehlsstellenraum sehen. Mithörmöglichkeiten bestehen nicht.

Der *Einsatzraum der Kriminalpolizei* ermöglicht die Führung besonderer Einsatzkräfte der Kriminalpolizei. Die fernmelde-technischen Voraussetzungen einschließlich Fernschreibanschluß sind auch in diesem Raum vorhanden.

Abschließend ist zu ergänzen, daß auf Grund beschränkter räumlicher Verhältnisse hinsichtlich der Gesamtkonzeption einige Konzessionen der Vollzugspolizei nötig waren. Die Befehlsstelle genügt jedoch den Anforderungen auch bei Groß Einsätzen durchaus.

5.4 Über die Mittel, die *zugleich für Führung und Einsatz* zu verwenden sind, kann ich mir nähere Ausführungen ersparen, will jedoch auf dem technischen Sektor noch etwas zur *Anwendung von Reizstoffen* ausführen und zwei Erfahrungen anmerken:

5.4.1 Der Einsatz von Reizstoffen ist sinnvoll, wenn

»der Einsatz körperlicher Gewalt oder von Hilfsmitteln keinen Erfolg verspricht oder unzweckmäßig ist und wenn Waffen nicht eingesetzt werden können oder sollen«.

Diese Formulierung der PDV 100 trifft den Kern.

5.4.2 Reizstoff in Form von Chloracetophenon (CN) wird mit Hilfe von Zumscheinrichtungen im *Wasserwerfer* beigemischt. Der Einsatz von CN hat die gewünschte Wirkung; er ist nicht problemgeladen. Problematisch und teuer war aber die bisherige Form des erforderlichen Einbaus, das Bereithalten und das Beeinträchtigen der Besatzung des Wasserwerfers beim Einfüllen trotz angelegter Schutzbekleidung.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß Bedienstete der

PV-aktuell:

Die polizeiliche Bewältigung von demonstrativen Aktionen

PR Gerhard Garbotz, Verkehrsstaffel Berlin-Süd

Die Demonstration ist im System der Grundrechte eine Kombination aus »Versammlungsrecht« und »Anspruch auf freie Meinungsäußerung«. Nach Art. 8 (1) GG haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Gemäß Art. 5 GG hat jeder das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.

Diese grundgesetzlich zugesicherten Freiheiten finden dort ihre Grenzen, wo fremdes Eigentum verletzt, das Sittengesetz mißachtet, die verfassungsmäßige Ordnung ignoriert, die Freiheit anderer

beeinträchtigt oder das Leben und die körperliche Unversehrtheit gefährdet wird. Derartige Demonstrationen stehen außerhalb des Schutzes unserer Verfassung, und es werden dann jene umfangreichen polizeilichen Maßnahmen erforderlich, die der Verfasser in einer umfassenden Gesamtschau auf Grund der polizeilichen Erfahrungen des In- und Auslandes zusammengetragen und zusammengestellt hat. Seine in sich abgerundeten Darlegungen ergeben einen für den Polizeiführer wichtigen taktischen Leitfaden, der eine zuverlässige Orientierungshilfe anlässlich der Bewältigung von unfriedlichen demonstrativen Aktionen ist.

Das Demonstrationsrecht stellt sich nach Gintzel als ein vitales Interesse sowohl für die demokratische Minderheit als auch für die öffentliche Gewalt dar, weil die Autorität hierdurch die Möglichkeit habe, die Interessen derer kennenzulernen, die zu vertreten sie den Auftrag hat.

Es handelt sich nicht nur um die Ausgrenzung individueller Handlungsfreiheit, sondern ebenfalls um ein Mittel zur Realisierung der Volkssouveränität. An die Stelle der früheren Unzulässigkeitsvermutung sei heute die »Vermutung der Zulässigkeit« getreten.¹

Diesem Gedankengang ist nichts hinzuzufügen. Solange sich Demonstrationen in einem solchen Rahmen bewegen, treten für die Polizei keine Schwierigkeiten auf. Probleme ergeben sich erst dort, wo die vom GG und von den Länderverfassungen gezogene Grenze der »Friedlichkeit« erreicht bzw. schon überschritten wird.

Wir alle kennen noch den ernsthaften Streit um die Frage, ob die Gewaltanwendung – zumindest gegen Sachen – erlaubt sei. Gintzel beantwortet diese Frage mit einem entschiedenen Nein, indem er vom Demokratiebegriff ausgeht:

Danach handelt es sich um eine auf Entfaltung gerichtete Staatsform und damit um einen Prozeß zur Lösung von Konflikten durch Interessenausgleich, und zwar unter Verzicht auf Gewalt bei gegenseitiger Toleranz.²

Wenn »Argumente gelockert« werden, dann läßt sich solch ein Verhalten nicht mehr mit dem Postulat der Friedlichkeit vereinigen. Darunter ist aber nicht etwa nur die Konfliktlosigkeit oder die Einhaltung der Rechtsordnung zu verstehen. Entscheidend ist nur der Verzicht auf Gewalt oder Gewaltanwendung.

Beide Merkmale »friedlich – unfriedlich« sind unbestimmte Rechtsbegriffe. Die Unfriedlichkeit hat der Bundesgesetzgeber mit den ebenfalls unbestimmten Rechtsbegriffen »gewalttätig« und »aufrührerisch« näher bestimmt.

Damit sind wir gehalten, die Rechtsprechung dahingehend zu überprüfen, was sie unter »gewalttätig« versteht: Es kommt nicht nur auf die im Vordergrund des Vorstellungsbildes stehenden Fälle des prägnanten Gewaltanwendung an. Für den Gewaltbegriff komme es darauf an, den fraglichen Vorgang in Zusammenhang mit dem vorausgesetzten Ziel des Handelns und in seinem Verhältnis zu den Personen zu beurteilen, die beeinflusst werden sollen.³

Somit kann beispielsweise von einer unfriedlichen, also gewalttätigen oder aufrührerischen Demonstration gesprochen werden, wenn die Tatbestände der §§ 124 oder 125 StGB angestrebt werden.

Der BGH meint, niemand sei berechtigt, tätlich in die Rechte anderer einzugreifen, insbesondere Gewalt zu üben, um

auf diese Weise die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen und eigenen Interessen oder Auffassungen Geltung zu verschaffen. Der von der Verfassung gewährte Spielraum für die Auseinandersetzung mit Worten dulde keine Erweiterung auf tätliches Verhalten.⁴

Die von den Gerichten aufgezeigten Demonstrationsschranken sind in den letzten Jahren leider nur allzu oft mißachtet worden. Desto mehr bleibt die Staatsgewalt aufgerufen, den auf dem Boden des GG stehenden Demonstranten Schutz zu gewähren. Rückhaltlos muß aber gegen diejenigen vorgegangen werden, die das ihnen zugestandene Demonstrationsrecht dazu mißbrauchen, den Staat zu beseitigen, der ihnen solche umfangreiche Freiheiten gewährt.

Geistige Auseinandersetzungen und Gewalt schließen einander aus!

I. Taktische Maßnahmen bei unfriedlichen Demonstrationen

1. Störer / Straftäter

Wer bewußt die Grenzen der Friedlichkeit mißachtet, ist variabel in seinem Verhalten. Das gilt für die allgemeinen Demonstrationsstraftäter, aber mehr noch für solche, die kriminelle Handlungen mit dem Mantel politischer Motivation zudecken wollen. Deshalb müssen wir, bevor wir die taktische Seite eines polizeilichen Einsatzes ansprechen, uns mit der Gegenseite befassen.

2. Unterwanderung

Es liegt im Wesen radikaler Kräfte, enorme Aktivitäten zu entwickeln. Ihre »Arbeit« beginnt schon im Vorfeld der Demonstration. Ziel aller Bemühungen ist es, Genossen zu mobilisieren, Sympathisanten zu gewinnen, die Bevölkerung aus ihrem Dämmerzustand herauszureißen – notfalls auf der Grundlage physischer Diskussion – und Mitläufer in ihrem Sinne umzufunktionieren. An elitärem Denken mangelt es nicht, ebensowenig an Sendungsbewußtsein. So werden Handbücher geschrieben, Flugzettel gedruckt, stundenlange Diskussionen geführt, Resolutionen verfaßt, Blitzaktionen vorbereitet, ... usw.

Durch eine zielbewußte Unterwanderungstaktik, vor allem in den Bereichen der Bildungseinrichtungen, soll der nötige

Hessischen Bereitschaftspolizei einen Wasserwerfer so umgebaut haben, daß

- die Einsatzbereitschaft der Wasserwerfer schneller hergestellt wird,
- rationeller und kostensparender gearbeitet werden kann,
- bei evtl. zu erwartenden, aber nicht durchgeführten CN-Zusatz der vorbereitete Kanister für den nächsten Einsatz verwendet werden kann (Kostensparnis 137,50 DM pro Kanister),
- umständliches Vernichten der in die Zusatztanks eingefüllten, aber nicht verwendeten Stammlösung entfällt,
- die Wasserwerfer-Besatzung durch das Einfüllen von CN in den im Führerhaus liegenden Zusatztank nicht mehr beeinträchtigt wird und
- das Anlegen der Schutzbekleidung beim Herstellen der Einsatzbereitschaft für die Verwendung von CN entbehrlich ist.

5.4.3 Das Reizstoffsprüngerät »Chemical-Mace MK V« wird in Hessen seit geraumer Zeit verwendet. In einer Vielzahl von Fällen war auf Grund der Anwendung dieses Einsatzmittels der sonst notwendige Gebrauch des Schlagstocks oder sogar der Schußwaffe entbehrlich. Es ist jedoch notwendig, daß die bundeseinheitlich geltenden Bedienungsanleitungen strikt eingehalten werden.

5.4.4 Pepper-Fog MK – XII – Das Reizstoffsprüngerät »Pepper-Fog« hat anlässlich der Heidelberger Demonstrationen vom 19. bis 28. Juni 1975 in Heidelberg seine Bewährungsprobe bestanden, denn der Störer hatte dort keine Kenntnisse über Reichweite, Wirkungsweise und Effektivität des Geräts. Übrigens bestanden auch bei der Polizei nur vage Vorstellungen. Hinsichtlich der moralischen Wirkung zitiere ich aus einem Bericht der Polizeidirektion Heidelberg vom 22. Juli 1975:

»Der Einsatz des Reizstoffsprüngeräts zeigt bereits in der Einleitungsphase eine überraschende Wirkung. Das laute Motorengeräusch beim Anlassen bewirkt, daß in Bewegung befindliche Aufzüge anhalten und ein Teil der Störer sogar zurückweicht. Beim Vorgehen gegen den Störer ist ein stetiges Zurückweichen festzustellen, das in Flucht ausartet, sobald Reizstoffe versprüht werden. Diese Wirkung des Gerätes war an allen Einsatztagen festzustellen. Sie lag vielleicht auch darin begründet, daß das »Pepper-Fog-Gerät« in der örtlichen Presse in großer Aufmachung als polizeiliche »Wunderwaffe« bezeichnet wurde. Es bleibt abzuwarten, ob Störer bei künftigen Einsätzen auf die Anwendung des Reizstoffsprüngeräts in gleicher Weise reagieren«.

5.5 Schließlich sollte in diesem Zusammenhang die vorbereitete Ausstattung der Beamten mit zweckmäßiger Kleidung und

sonstigem Schutz bei Einsätzen nicht vergessen werden.

In Hessen verfügt die Schutzpolizei und die Bereitschaftspolizei z. Z. über 6 200 Einsatzanzüge, wozu auch der Schnürstiefel (sogenannter Springerstiefel) und der Schutzhelm gehören.

Ungelöst ist allerdings bis heute ein zweckmäßiger Schutz der Kriminalbeamten, die häufig mit der Schutzpolizei gemeinsam eingesetzt werden müssen. Ich sehe mich allerdings ebenfalls nicht in der Lage, hierzu Vorschläge zu machen.

5.6 Als Erfahrung der letzten Zeit sei noch bemerkt, daß

5.6.1 bei Vorbereitungen bedacht werden muß, ob der Einsatz in engen, schmalen Gassen nötig werden kann. In diesem Fall muß das FuG 7 b wieder auf dem Rücken getragen werden, denn in schmalen Gassen kann mit den Einsatzfahrzeugen nicht mehr operiert werden, in denen die Funkgeräte ja fest eingebaut sind. Folge: Keine Funkverbindung der Einsatzkräfte zur Einsatzleitung ohne bewegliches Funkgerät!

5.6.2 das Land Baden-Württemberg einige 100 Alarmmelder vom Typ Telefunk E 496/1 – 80/20 angeschafft hat, mit deren Hilfe Einzeldienstbeamte als Führer und Geführte während der dienstfreien Zeit alarmiert werden können. Es handelt sich um eine sehr nützliche Einrichtung!

6. Zusammenfassung

Die Funktion der »Führungsvorbereitung« sehe ich darin, daß sie zeigt, welche Aufgaben von dem Führenden und ggf. seinen Mitarbeitern zu erledigen sind. Durch Beispiele aus der Praxis und Verständnishilfen habe ich die Problematik aufgezeigt und gleichzeitig versucht, Anstöße zur Überprüfung und – soweit erforderlich – Änderung des Verhaltens im Sinne einer modernen Führungskonzeption zu geben. Die angewendete Gliederung schafft die Möglichkeit, für Einsätze mannigfaltigster Art die Entscheidungshilfen z. B. in Form von Checklisten ohne Schwierigkeiten selbst zu erarbeiten. Bei der äußerst vielschichtigen Materie war nicht auszuschließen, daß Fragen offen bleiben.

Zur Aufgabenwahrnehmung müssen jedoch von den Verantwortlichen, das sind in unserem Falle die Parlamentarier und die Verwaltungsspitzen grundlegende Voraussetzungen im materiellen und personellen sowie im räumlichen und zeitlichen Bereich geschaffen werden.

Es ist dafür zu sorgen, daß

- die materielle Ausstattung modernsten technischen Errungenschaften entspricht, zuverlässig ist und in ausreichendem Umfang zur Erfüllung des Auftrags zur Verfügung steht,
 - geeignetes Personal rechtzeitig gut aus- und ständig weitergebildet wird,
 - Polizeidienststellen nach taktischen und weniger nach finanziellen Gesichtspunkten ausgewählt und zweckentsprechend eingerichtet werden. Altbauten entsprechen diesen Forderungen nur selten.
- Auf den Einfluß von Arbeitsplatzbedingungen, die Wohnmöglichkeit im Residenzbereich und die Parkmöglichkeit in der Nähe der Dienststelle sollte Rücksicht genommen werden.
- zu junge Beamte nicht durch zu kurze Ausbildungszeiten unzureichend auf ihre eigenverantwortliche Aufgabe vorbereitet werden.

Abschließend betone ich, daß eine gründliche Vorbereitung günstige Voraussetzungen für das Gelingen von Einsätzen schafft. Dazu gehört aber auch, daß das notwendige reibungslose Zusammenarbeiten durch zielgerichtete Übungen kontrolliert und verbessert wird.

2. Nährboden vorbereitet werden und, wie wir zugeben müssen, nicht immer ohne Erfolg. Eines der Mittel hierfür ist die Verbreitung ihrer

3. »Literatur«⁵

»... nicht die Schule bestimmt die Gesellschaft, sondern die Gesellschaft die Schule. Also kann man die heutige Schule nur wirksam verändern, wenn man vorher die heutige Gesellschaft zerschlagen hat. Wir können die heutige Schule nicht verbessern oder reformieren und wollen es auch gar nicht, aber diesen stinkbürgerlichen Überbaubetrieb lahmlegen.«

Es werden sodann konkrete Vorschläge gemacht. Anleitungen für andere Zielobjekte sind aus den Schriften Maos, Che Guevaras, dem Minihandbuch der Stadtguerillas, dem Fizz, sowie dem Radikalinski zu entnehmen.

4. Demonstrationsformen

Um die eigentlichen Ziele zu erreichen, hat man verschiedene Formen der Demonstration entwickelt, die ich »die Vielzahl der in« nennen möchte:

Das sit-in:

Man setzt sich hin, um einen spontanen Protest auszudrücken. Bevorzugt sind belebte Kreuzungen im Citybereich. Es könnte sich fast um eine Spontandemonstration handeln, fehlte ihr leider nicht die Spontanität. Spontan waren meistens nur die Vorbereitungen für eine solche Aktion und mitunter nicht einmal sie.

Das teach-in:

Geschulte Referenten versuchen, Passanten in Gespräche zu verwickeln. Eine Art »Begleitkommando« unterstützt den Referenten durch Buhen, Johlen, rhythmisches Dauerklatzen und Pfeifen. Die Andersdenkenden sollen nicht zu Worte kommen. Es wird also Meinungsterror betrieben.

Das go-in:

läuft auf Besetzung, besser Belagerung hinaus. Ergebnis ist die Stilllegung des Dienst-, Universitäts- oder Geschäftsbetriebes, je nachdem welches Objekt betroffen ist. Nicht selten ist es dann mehr oder minder schwer verwüstet.

Das stall-in:

Es handelt sich um die verfeinerte und technisierte Form des Sitzstreiks. Man fährt – zufällig versteht sich – von allen Seiten auf die Kreuzung zu und verwirrt sich so stark, daß es schon recht lange dauern kann, bis der Knoten wieder freigegeben ist.

Weitere Formen sind:

Der Spaziergängerprotest:

Es handelt sich darum, daß wenige zu

diskutieren beginnen, meist auf belebten Straßen, möglichst am verkaufsoffenen Sonnabend. Es werden brisante Themen behandelt. Andere treten hinzu, diskutieren mit. Die Menschentraube wird immer größer, bis der Fußgängerverkehr fast zum Erliegen kommt, ein Effekt, der noch schneller erreicht wird, wenn mehrere solcher Diskussionsgruppen eingesetzt werden.

Der Sandwich-Mann:

Von einer Person wird ein Plakat auf Brust und Rücken getragen. Diese Demonstrationsform ist Grundlage für die picketing-line:

Sie bildet sich aus mehreren »sandwiches«. Man trifft sich an einem bestimmten Punkt. Tritt man dann plötzlich in der richtigen Reihenfolge zusammen, bilden sich Wörter und ganze Sätze.

Das happening:

Ziel ist es, lächerlich zu machen und zu verunsichern. Beispiele: Eine Person steigt aus einem Sarg (zur Trauerfeier von Paul Löbe), ein Personensymbol, meist als Strohpuppe, wird öffentlich verbrannt, auf Kreuzungen wird getanzt, auf Polizeibeamte wird mit Wasserpistolen »geschossen«, u.ä.m.

Stichwortartig seien nur noch folgende Formen genannt:

Straßentheater,

Mahnwachen,

Hungerstreiks.

5. Demonstrationstaktiken

Die o.a. Demonstrationsformen sind nur deshalb von Bedeutung, weil sie u.a. auch Demonstranten mit unfriedlichen Absichten benutzen, um hierbei die Konfrontation zu suchen. Sehen wir uns ihr taktisches Vorgehen an:

Aufklärung

Zunächst ist festzustellen, daß die Gegenseite eine eigene Aufklärung betreibt, oftmals sogar motorisiert. Die wichtigsten Erkenntnisquellen sind Bewegungen der Polizeikräfte. Die Anzahl der Pol.-Kfz., deren Kennzeichen und dienststellenmäßige Herkunft ist Ziel der Aufklärung. Noch bedeutungsvoller für die Polizei ist jedoch die Tatsache, daß sehr oft versucht wird, Aufklärungsergebnisse durch das Abhören des Sprechfunks zu erzielen.

Verunsicherung

Gut vorbereitete Aktionen sollen zur Verunsicherung der Polizeibeamten führen.

So bekommt ein Beamter unvermutet einen Blumenstrauß überreicht. Ein anderes Mittel ist das Fotografieren eines Beamten aus nächster Nähe oder das »Ins-Gespräch-Ziehen«. Verunsicherung soll auch dadurch erreicht werden, daß bereits aus wichtigsten Anlässen heraus die Dienstkarten verlangt werden. Welcher Beamter vermag noch mit dem Wasserwerfer zu spritzen, wenn z.B. junge Frauen mit Kleinkindern direkt davorstehen? Weitere Mittel, mit denen man sich auch selber Mut machen kann, sind Laufschrift, Unterhaken, Schlachtrufe usw.

Verächtlichmachen

Oft wird zu diesem Mittel gegriffen. Als Beispiel ein Zitat aus den Straßenwerkertips:

»Der Aufmarsch der Zivilpigs verwirrte viele. Dabei waren sie so einfach zu erkennen: es gab zwei Sorten, die einen waren betont unauffällig aussehende menschenähnliche Wesen in zumeist blauen Oberhemden, schwarzen oder dunkelblauen Blazern und Popschlipsen, genau wie die anderen, die Anzüge trugen mit Stecknadelknöpfen am Revers, fast immer in Dreiergruppen. Merke: Auch ein verkleideter Bulle sieht wie ein Bulle aus, zumeist noch dümmlicher als in Uniform.«⁶

Weitere Beispiele sind:

»Neubauers? Agitationskommando«: »in Mannschaftswagen und Wannen herumflippende, prügeln und tränengasschmeißende Bullen«.
»Senatstypen, Oberbullen und dergleichen Kropfzeug«

Provozieren

Dies ist vielleicht die bedeutsamste Taktik. Harte Einsätze werden mitunter geradezu gewünscht, um einen Solidarisierungseffekt herbeizuführen. Auch hier müssen wir zugeben, daß diese Taktik unseres Gegenübers schon deshalb ihre Wirkung nicht verfehlen wird, weil wir dem Legalitätsprinzip unterliegen.

Flexibilität

des harten Kerns wird angestrebt. Entweder werden eigene Kfz benutzt oder der Störer verschwindet in U-Bahnhöfen und taucht innerhalb weniger Minuten an einem weiteren, interessierenden Objekt

⁵ aus dem »Radikalinski«, 4. Ausgabe.
⁶ Straßenwerkertips, vgl. Anl. 4, Lagen in Frankfurt.

⁷ Innensenator von Berlin.

auf. Großstädtische Verkehrsverhältnisse erleichtern dieses Konzept.

»Unser Vorteil gegenüber den Bullen besteht in Mobilität und Spontanität. Uns braucht kein »Einsatzleiter« oder »Rädelsführer« zu sagen, was wir zu tun haben«.

.....
Ist beispielsweise auf dem Ku-Damm nichts zu machen, weil die Bullen verrückt spielen, bieten sich immer noch andere Gegenden an (.....) Dabei muß man darauf achten, sich in kleine Gruppen oder Einzelpersonen aufzulösen, Zeit- und Treffpunkt auszumachen, dort aufzutau- chen, blitzartig zuzuschlagen und wieder in kleinen Gruppen schnell zu verschwin- den (Stadtteilarbeit).⁸

In Berlin ist diese Taktik schon oft angewandt worden. Ein Beispiel:

Zum 50. Todestag von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht fand am 18.1.69 eine Demonstration vor dem Gebäude des SPD-Landespartei Vorstandes (im Bezirk Wedding) statt. Von den 1500 Demon- stranten fanden sich kurze Zeit später 1000 im Citybereich ein. Die Nachfolge- aktionen richteten Sachschäden in Höhe von einer Viertel-Million DM an.

Sicherung vor Strafverfolgung

Eine Möglichkeit, dieses Ziel zu errei- chen, ist das Prinzip »Fisch im Wasser«:

»Auf dem Ku-Damm etwa: Fremden- führer unter Touristen. Kein Witz: Der Kauf einer Kurzhaarperücke lohnt sich.«⁸

Weitere Taktiken sind:

- Mittel der Maskierung,
- Teile des Marschblocks werden nach al- len Seiten abgesichert,
- Steinwerfer werden optisch abge- schirmt, indem alle Umstehenden die Arme hochreißen.

6. Nachbereitung

Sehr intensiv werden von unserem Ge- genüber auch die Nachbereitungen betrie- ben. Es werden regelrechte Manöverkriti- ken abgehalten. So wird z.B. gefordert, nicht in geschlossenen Formationen, son- dern in einzelnen Marschblöcken aufzu- treten, um noch flexibler zu sein.

Um den bereits erwähnten Solidarisie- rungseffekt auch nach der Demonstration zu erreichen, werden öffentliche Bildaus- stellungen veranstaltet, wobei vor Mani- pulationen nicht zurückgeschreckt wird. Solche Ausstellungen werden ergänzt durch bewußt entstellte Informationen.

Eine zentrale Aktensammlung beinhal- tet alle Aussagen, die Polizeibeamte vor Gericht gemacht haben und stellt somit die Fortsetzung der Bemühungen dar, sich

vor Strafverfolgung abzusichern. Der Po- lizeibeamte als Zeuge muß damit rechnen, plötzlich Fragen von der Verteidigung ge- stellt zu bekommen, die Aussagen seiner Kollegen bei ganz anderen Verfahren beinhalten. Anwaltskollektive schöpfen auf diese Art den Rahmen der StPO bis zur Grenze der Legalität aus.

Die Organe der Rechtspflege sollen ein- geschüchtert und behindert werden. Rich- ter und Staatsanwälte erhalten Drohbrie- fe, auch ihr Privatbesitz wird mitunter nicht verschont.

Die politische Ebene wird hart attak- kiert.

Wiederholt wird der Rücktritt ihrer Re- präsentanten und der des Polizeipräsiden- ten gefordert.

Um gleich bei der Polizeibehörde zu bleiben: Gegen Polizeibeamte werden massenhaft Strafverfahren in Gang ge- setzt. Sehr oft dienen die Dienstkarten als »Beweis«, obwohl sich in einigen Fällen herausstellte, daß der Betreffende zum fraglichen Zeitpunkt nachweislich in Ur- laub war.

Damit will ich die Darstellung der Stö- rer-/Straftäterseite abschließen. Sie ist un- vollständig, doch sollte sie auch nur die große Linie aufzeigen. Es ist unumgän- glich, intime Kenntnisse über die sich stän- dig wandelnden soziologischen Erschei- nungsformen zu besitzen, denn nur so sind wir in der Lage, die richtigen Schlüsse für unsere eigenen taktischen Maßnahmen zu ziehen.

Bevor ich zu diesem Teil meiner Aus- führung komme, muß nochmals betont werden, daß es sich hier nur um unfriedli- che Demonstranten handelt, also um jenen Teil unseres Gegenübers, der das Gebot der geistigen Auseinandersetzung durch Gewaltakte ersetzt. Deshalb erschien es mir geboten, überwiegend auf die Demon- strationstechniken und -taktiken extremi- stischer Kreise einzugehen.

II. Taktische Maßnahmen der Polizei

1. Vorfeldarbeit

Will die Polizei den Praktiken der Demon- strationsstrafkäter einschl. der militanten Gruppen wirksam begegnen, so muß sie bereits im Vorfeld durch ständige, inten- sive Aufklärung tätig werden. Hierbei müssen wir uns von dem herkömmlichen Begriffsinhalt der Aufklärung lösen, denn er wäre viel zu eng gefaßt. Für die Zukunft werden die staatlichen Organe auf eine wissenschaftliche Prognostik angewiesen sein.

Je massiver die Demonstrationswellen sind, desto mehr muß die Aufklärung von besonders beschulten Beamten betrieben

werden. Was die ultralinken Kreise an- geht, müssen wir sogar auf das LfV zu- rückgreifen. Polizeibeamte sind nur be- dingt geeignet, Informationen aus den Führungskadern extremistischer Gruppen zu erhalten. Solche Erkenntnisse sind aber unabweisbar notwendig, denn selbst wenn es sich um friedlich geplante Demonstra- tionen handeln sollte, können wir immer noch nicht sicher sein, daß sie nicht ein Opfer der Taktik des »Unterwanderns« und des »Umfunktionierens« werden. Ferner interessiert uns, mit welchen Gruppierungen wir zu rechnen haben und welche der Taktiken diesmal angewandt werden sollen. Folglich müssen wir be- strebt sein, aus allen uns interessierenden Kreisen Informationen zu erhalten. Dies hat auch dann zu geschehen, wenn gerade kein aktueller Anlaß vorliegt. Einzubezie- hen sind auch die Universitäten, bei denen wir noch am ehesten besonders ausge- suchte und beschulte Mitarbeiter einset- zen können. An dieser Stelle möchte ich ein Organisationsmodell skizzieren, wel- ches in Berlin mit gutem Erfolg praktiziert wird:

Das Diskussionskommando, später: EGrEuS

Die »Einsatzgruppe für die Erprobung und Sonderaufgaben« entstand aus dem sogenannten Diskussionskommando, welches aus einer Gruppe freiwilliger Be- amter mit dem Ziel eingesetzt wurde, Ge- walttätigkeiten dadurch zu verhindern, daß der potentielle Störer durch Diskus- sionen gebunden wurde. Voraus ging eine spezielle Schulung. Von anfänglichen innerbehördlichen Schwierigkeiten abge- sehen gelang dieses Experiment. Später wurde das Disk.Kdo. personell verstärkt, noch umfangreicher beschult und steht nunmehr als EGrEuS für folgende Son- deraufgaben zur Verfügung:

- Diskusioneinsatz (evtl. auch in Uni- form)
 - »Große Streife« unter Führung von K
 - Observation (Mithilfe bei K und I⁹)
 - schuttpolizeiliche Sonderaufgaben (z.B. Gammlerwesen, Haschszene)
 - Verbindungs-LPB zum Veranstalter
 - jeden schuttpolizeilichen Einsatz
- Es ist vorgekommen, daß noch unmittel- bar vor einer Demonstration eine wichtige Erkenntnis gewonnen wurde, die direkten Einfluß auf den Einsatz hatte.

Hier erfährt man, ob Anschlußaktionen geplant sind, ob oder ggf. wie umfunktio- niert werden soll, welche Personen als »Einheber« fungieren werden oder wel- che »Spontandemonstrationen« zu erwar-

⁸ »Fizz«, Nr. 5/71.

⁹ zuständig für politische Delikte.

ten sind. Die eigentliche Vorfelddarstellung besteht aber in etwas anderem:

Die Präsenz der Polizei ermöglicht es, über die aktuellen Ereignisse hinaus, die Strömungen im universitären Bereich zu erkennen. So wird eine langfristige Vorplanung ermöglicht. Soweit sich die Beamten offen zu erkennen geben, ist noch ein anderes Ergebnis, zu verzeichnen. Die Masse der Studentenschaft mußte sich nämlich verwundert eingestehen, man könne ja mit der Polizei alle anstehenden Probleme emotionsfrei besprechen, und daß die Polizei durchaus kein unkritischer »Büttel des Staates« sei.

Gespräche mit den »mausegrauen« Studenten sind auch in Hamburg durchgeführt worden, wobei eine erschreckende »Unorientiertheit« festgestellt wurde.¹⁰ Hier hat man die Palette der Vorfelddarstellung um einige Varianten bereichert. Ich möchte sie zur Diskussionsanregung nennen:

– Verunsichern der Zielgruppen durch Verbreiten von Gerüchten (ab und zu müssen sie auch stimmen).

– Die Polizei verteilt Flugblätter (Amtsdeutsch vermeiden).

– Telefonanrufe zur Irritierung bestimmter Störgruppen.¹¹

Im Vorfeld kommt es generell darauf an, das polizeiliche Gegenüber zu verunsichern, wie etwa die Gegenseite es mit uns versucht. Es kann das Gefühl erzeugt werden, »es bräut sich etwas gegen uns zusammen«.

Zur Vorfelddarstellung, und nicht erst zur Vorbereitungsphase, gehört auch der intensive Kontakt der Polizeiführung mit den Universitäten und Akademien, besonders auch die Pflege guter Beziehungen zur Presse. Manch unsachliche Reaktion von diesen Seiten wäre wohl erspart geblieben, hätte die Polizei diesem Aspekt noch mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Wichtig ist auch die Kontaktpflege mit den Justizorganen. In diesem Zusammenhang darf ich auf eine Berliner Erfahrung verweisen. Seit 1969 konnte erreicht werden, daß bei der zuständigen StA ein Dauerdienst eingerichtet wurde. Sofern unfriedliche Demonstrationen größeren Ausmaßes erwartet werden, nimmt ein Staatsanwalt bereits an der Einsatzbesprechung teil; ferner kann der Dauerdienst bei der StA zur Festgenommenensammelstelle gebeten werden.

Sicherlich ist mit den aufgeführten Grundsätzen die Vorfelddarstellung noch nicht erschöpfend behandelt worden. Es sollte aber hier herausgestellt werden, daß es heutzutage mit den Maßnahmen, die wir noch vor wenigen Jahren unter den Begriff der Vorbereitung subsumiert haben, nicht mehr getan ist.

Dies geht aus der neuen PDV 100 hervor, welche ganz eindeutig in die Richtung polizeilicher Vorfelddarstellung verweist.

2. Vorbereitungsphase

Auf das Vorhandensein sog. »Check-Listen«¹² sei nur am Rande hingewiesen. Für die Vorbereitungsphase gelten natürlich auch die Grundsätze der Vorfelddarstellung, denn letztere besitzt einen permanenten Charakter. Aus der Fülle der innerhalb der Vorbereitung durchzuführenden Tätigkeiten sollen schlaglichtartig nur die folgenden genannt werden:

– Junge Beamte in Zivil sind bei dem teach-in präsent. Ihre Informationen ergänzen die Erkenntnisse des LFV.

– Aufmerksam Studium der Zeitungen und Zeitschriften. Besondere Erkenntnisse liefern, wie schon aufgeführt, die »linken« Druckerzeugnisse.

– Auswertung aller Plakate und Flugzettel.

– Mitverfolgung der Rundfunk- und Fernsehsendungen. Hier werden vor allem die Sensationsmeldungen von Interesse sein, da vor allem sie zu Spontandemonstrationen Anlaß geben können. Soweit vorher schon bekannt, werden besonders interessierende Sendungen zur späteren Auswertung mitgeschnitten.

– Auswertung der Lageinformationen des BMI.

– Verbindungsaufnahme mit den Veranstaltern durch den Verb.-LPB sowie mit den Verantwortlichen interessierender Objekte (z.B. Amerikahäuser, Bildungseinrichtungen, Militärmissionen, diplomatische und konsularische Vertretungen, usw.)

– Der ständige (!) Kontakt zur politischen Ebene muß für das bevorstehende Ereignis intensiviert werden. Nur so verfügt sie über das notwendige Maß an konkretem Wissen und kann sich vorbehaltlos der Öffentlichkeit stellen. Wir alle kennen die Regel, daß politische Entscheidungen u.U. polizeiliche Maßnahmen erforderlich machen, doch muß uns ebenso bewußt sein, daß polizeiliche Maßnahmen politische Reaktionen heraufbeschwoeren können.

– Eine weitere Selbstverständlichkeit muß die ständige Einsatzbereitschaft aller Führungs- und Einsatzmittel sein. Allem vorweg wären hier die Kraftfahrzeuge und Funkgeräte zu nennen.

3. Gegenüberstellung verschiedener Einsatzkonzeptionen

Alles, was bisher dargestellt wurde, dient nun zur Beurteilung der Lage. In dem Entschluß kommt die Einsatzkonzeption zum Ausdruck.

Eine davon wurde bereits erwähnt: Durch den Einsatz von EGrEuS wird der Versuch unternommen, Spannungen abzubauen, um dadurch Gewalttätigkeiten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Diese Konzeption kann natürlich nur dann durchgreifen, solange es noch zu keinen Ausschreitungen gekommen ist.

Mitunter wird eine Einsatzkonzeption auch unter dem Stichwort »Leitgedanke« schriftlich formuliert, so z.B.

»Nicht provozieren, aber auch nicht provozieren lassen«

Welches Konzept jeweils zugrunde gelegt wird, ist auch aus anderen Formulierungen herauszudeuten, vor allem aus der Ziffer »Durchführung und Aufträge«, denn hier wird geregelt, wo bzw. wie die Einsatzkräfte bereitgestellt werden, wie stark sie sind und für welche Aufgaben sie eingesetzt werden (verdeckt oder offen, schwach oder stark, in Uniform oder in bürgerlicher Kleidung).

Hier nun einige Beispiele aus dem In- und Ausland:

Holland¹³

»Bei der Planung der zu treffenden Polizeimaßnahmen bei Demonstrationen wird gewöhnlich die sichtbare Anwesenheit starker Polizeieinheiten bewußt beschränkt, um aggressive Demonstranten nicht unnötig zu provozieren. – Politische Aufzüge werden nur von wenigen Polizeireitern begleitet.«

An anderer Stelle heißt es:¹⁴

»Eingedenk der Erfahrung, daß Unzulänglichkeit im Umgang mit Demonstranten nur zu einer weiteren Eskalation der Gewalt führt, werden auch illegale Aufzüge und Demonstrationen nur in schlimmen Fällen von der Polizei angegangen.«

Ich meine, hier wird eine klare Einsatzkonzeption artikuliert, die als die Tendenz zur Zurückhaltung bezeichnet werden kann.

¹⁰ Erfahrungsaustausch, S. 180.

¹¹ Erfahrungsaustausch, S. 177 ff.

¹² u.a. in Juretzky-Schünemann, S. 189 ff.

¹³ Erfahrungsaustausch, S. 113.

¹⁴ Erfahrungsaustausch, S. 114.

Schweiz¹⁵

Die Stadtpolizei¹⁶ erhielt den Auftrag, die nötigen Maßnahmen mit Ruhe und Festigkeit zu treffen. Sie tat dies auch, ohne damit zu rechnen, daß es zu schweren Ausschreitungen kommen könnte, was schon daraus hervorgeht, daß das Tenü (die Uniform) der Mannschaft in einer demokratischen Abstimmung festgelegt wurde, und zwar Mütze und Hemd ohne Waffenrock und ohne Helm.

Frankreich

Ein Experiment soll beweisen, daß man allein aus den Einsatzmitteln sowohl den Anlaß als auch die Einsatzkonzeption herauslesen kann:

- der Kampfbulldozer zur Zerstörung von Barrikaden,
- Traktor mit Anhänger für Material zur Errichtung von Sperrungen (die Polizei riegt ein Stadtviertel ab),
- Kraftfahrergruppen von je 20 Motorrädern, besetzt mit jeweils 2 Polizeibeamten, Auftrag: Verfolgung kleinerer Gruppen,
- Gitter von 11 m Länge und 2 m Höhe. Die Verteidigung wird durch 7 »Schießscharten« sichergestellt (Tränengasgranaten oder WaWe!).

Anlaß? = bürgerkriegsähnliche Unruhen. Konzeption? = harter, die Entscheidung suchender, teilweise statisch geführter Einsatz.

Daß hier die Studentenunruhen in Paris gemeint sind, bedarf wohl kaum noch einer Erwähnung.

Frankfurt¹⁷

Zur Räumung der besetzten Häuser wurde im Februar 1974 folgende Konzeption entwickelt:

- Verschleierung des vorgesehenen Abrießtermins;
- unauffälliges Durchführen der Bereitstellung der zahlenmäßig erheblichen Kräfte;
- weitgehend verschleiertes Heranführen der Kräfte;
- Eindringen durch die noch von den Besetzern benutzten Noteingänge;
- Beseitigung der Hindernisse an den Häusern ohne Behinderung durch Außenstehende;
- Unmittelbar nach erfolgtem Einsatz: Abriß der Häuser

Kritik ist kein Gift, sondern Medizin – auch wenn sie bitter schmeckt!

Hamburg¹⁸

In Hamburg wird offenbar mehr die Tendenz zum offenen Zeigen der Kräfte und die Konzeption zum energischen Einschreiten vertreten. In dem zitierten Erfahrungsbericht findet sich folgende Kritik:

»Man sprach von der verständlichen Unruhe der Jugend, erging sich mitunter in naiv-liberalen Betrachtungen und hoffte auf irgendeine Lösung ohne Gewalt durch Reden und Herunterspielen. Man war zu sehr im strafprozessualen Denken verhaftet, man wartete zu lange ob, oder man schritt erst ein, wenn etwas passiert war.«

Am 30.4.1968 nahm der damalige Bundesinnenminister in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag wie folgt Stellung: »Die Vorgänge seit dem 11. April 1968 lassen erkennen, daß diese Maßstäbe einigen kleinen, radikalen Gruppen verlorengegangen sind. Diese Gruppen mißachten bewußt Gesetz und Recht; sie setzten an deren Stelle die Mittel der Gewalt.«

Die rechtliche und moralisch unsinnige Unterscheidung von Gewalt gegen Personen und Gewalt gegen Sachen entbindet die Polizei nicht von ihrer Pflicht, in beiden Fällen einzugreifen.

Je frühzeitiger, entschlossener und zugleich besonnener unter Beachtung des polizeilichen Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit der Mittel, gegen Ausschreitungen eingeschritten wird, desto eher gelingt es, Schlimmes zu verhüten und die zur Besinnung zu bringen, die überhaupt noch zu vernünftigen Überlegungen fähig sind. Verspäteter oder zögernder Einsatz der Polizei führt in aller Regel zu größeren Opfern für alle Beteiligten.¹⁹

4. Durchführungsphase

a) Versammlung der Teilnehmer

In Hamburg sollte auf dem Campus wieder einmal eine nicht angemeldete Demonstration stattfinden. Da erneut mit Straftaten gerechnet werden mußte, wurden diverse Teilnehmer persönlich angesprochen und aufgefordert, sich zu entfernen. Wer sich nach der dritten Aufforderung nicht entfernte, wurde ergriffen, – in Verwahrung genommen, abtransportiert und nach einigen Stunden entlassen. Man hatte bewußt auf Lautsprecherdurchsagen verzichtet, weil man das übliche Spielchen erwartete: »Keiner hat dann etwas gehört.« Am gleichen Abend und auch später wurden

Berlin muß für Schäden aufkommen

Das Land Berlin muß für die Glas-schäden aufkommen, die am Berliner IBM-Hochhaus bei einer Demonstration »Gegen die US-Aggression in Kambodscha« am 9. Mai 1970 entstanden waren. In einer Revisionsentscheidung wies der Vierte Zivilsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe die gegen eine Versicherung gerichtete Schadensersatzklage des Landes Berlin als unbegründet zurück.

Der BGH stellte fest, die Versicherung habe sich zu Recht auf eine Ausschlussklausel berufen, nach der Schäden, die durch innere Unruhe wie beispielsweise Landfriedensbruch verursacht wurden, von der Haftung ausgeschlossen seien. Nach Meinung des Gerichts hat es sich bei der Demonstration um Landfriedensbruch gehandelt, da eine »zusammengerottete, größere Menschenmenge mit vereinten Kräften Gewalttätigkeiten begangen« habe. Das Land Berlin hatte der IBM durch Senatsbeschluß 75 Prozent des Schadens – 33 800 Mark – ersetzt. Diesen Betrag wollte Berlin in dem nun beendeten Rechtsstreit von der Versicherung einklagen. (Aktenzeichen: IV ZR 178/73.)

sich spontan bildende Demonstrationen aufzüge auf die gleiche Art aufgelöst, durch teilweise bis zu 80, 100 oder mehr Inverwahrnahmen.²⁰

Auch die Personalienfeststellung kann ein wirksames Mittel sein, z.B. zur Verhinderung eines go-in. Der Veranstalter sagt nicht, »Ich schließe Sie aus«, sondern: »Wir mögen Sie hier nicht haben«. Dem Verlangen nach Versammlungsrecht wurde mit dem Hinweis begegnet, »Wenden Sie sich an die Polizei, die wird Ihnen dann schon helfen«. Erfolg: Niemand kam zur Polizei. In diesem Falle hätte sie die Personalien des Antragstellers notiert, was APO-Angehörige »gar nicht so gerne haben«. Recht-

¹⁵ Erfahrungsaustausch, S. 151.

¹⁶ gemeint ist Zürich, d. Verf.

¹⁷ Lagen in Frankfurt, S. 3.

¹⁸ Erfahrungsaustausch, S. 175 ff.

¹⁹ DBB Dokumente, S. 35 ff.

²⁰ Erfahrungsaustausch, S. 185, 186.

²¹ Erfahrungsaustausch, S. 187.

²² vgl. Abschnitt c) Einschreiten bei Unfriedlichkeit, Einsatz von A.u.F.-Kdo; vgl. auch neue PDV 100.

lich dürfte dagegen nichts einzuwenden sein, denn es erfolgte nie ein Ausschluss von der Versammlung.²¹

- Die Taktik des Verunsicherns kann auch mit Hilfe sog. Reklamefahrten verfolgt werden, wobei die Polizei besonders starke Präsenz, Mobilität und einen energischen Einsatzwillen demonstriert, ggf. auch nur vortäuscht.
- Zur Versammlungsphase gehört auch die aktuelle Aufklärung. Hierzu ist schon einiges ausgeführt worden. Wenn die Polizei das mögliche Verhalten der Störerseite einkalkulieren will, dann kann sie sich nicht nur mit einer Aufklärung im Nahbereich zufriedengeben, sondern muß ggf. abschnittsweise motorisierte Aufklärungs-Kdos einsetzen. Falls Kräfte in Zivil vorgesehen sind, sollte immer an ihre Bewaffnung gedacht werden, da ein Erkenntwerden nicht ausgeschlossen werden kann. Die Aufklärungskräfte sollten m.E. sehr detaillierte Aufträge erhalten. In der Regel werden K-Kräfte eingesetzt. Daß aber auch ein anderes Konzept erfolgversprechend ist, werde ich an späterer Stelle erläutern.²²
- Bei zu erwartenden Unfriedlichkeiten kommt der Voraufsicht besondere Bedeutung zu. Hierfür sollten nur besonders ortskundige Kräfte eingesetzt werden.
- Eine präventive Wirkung wird insbesondere dann erzielt, wenn verdächtige Personen und die mitgeführten Gegenstände und Behältnisse kontrolliert werden. In der Regel empfiehlt sich, die Kontrollen außerhalb des Sichtbereiches der Demonstrationsteilnehmer durchzuführen.

b) Ablauf der Demonstration

Der Schutz einer Demonstration wird hauptsächlich von einem

- Begleit-Kdo wahrgenommen. Die Gliederung und Stärke während des Aufzuges richtet sich wiederum nach der vorgesehenen Konzeption. Mitunter wird angeordnet, daß das Begleit-Kdo darüber hinaus auch noch am Anträte- und Endplatz schützend und überwachend tätig werden soll. Dann würden die erwähnten Überprüfungsaufgaben mit zu seinen Aufgaben gehören. Hier muß die Frage gestellt werden, ob dieses Konzept taktisch günstig ist. Meiner Auffassung nach ist es besser, die Kontrollaufgaben abzutrennen und sie dem Eingreif-Kdo oder dem Aufklärungs- und Festnahme-Kdo zu übertragen.

Für den Fall der Unfriedlichkeit steht speziell das Eingreifkommando zur Verfügung. Es wird, ähnlich wie die Re-

serven, verdeckt oder offen bereitgehalten. Begleit-Kdo und Eingreif-Kdo sollten immer von geschlossenen Einheiten gestellt werden. Sie sollten möglichst ortskundig und einsatzerfahren sein.

- Der Objektschutz ist in den hier behandelten Lagen unumgänglich. Mitunter muß er schon lange vor dem Einsatz beginnen. Wirkungsvoll ist er nur, wenn zusätzliche Einsatzmittel bereitgestellt werden. Es kommen vor allem die Gitterabsperren in Betracht. Eine Besonderheit stellt der ASGKw dar, der z.B. für Berlin kaum noch wegzudenken ist. Er kann für folgende Verwendungsmöglichkeiten eingesetzt werden:
- Objektschutz,
- für noch nicht kalkulierbaren Einsatz: vor dem Aufzug herfahrend, Kräfte verlastet,
- Spalierbildung,
- Absperrung ganzer Straßen,
- Schutz der eigenen Kräfte.

Die Gitterabsperren müssen, wie es auch die Erfahrungen im Ausland zeigen, miteinander verbunden und zusätzlich gesichert werden, sonst sind sie kein ernsthaftes Hindernis für Gewalttäter. Dieses technische Gerät kann niemals den Einsatz von Beamten ersetzen, wobei Dienstun-deführer besonders wirkungsvoll sind.

- Aus Gründen immer strenger werdender Anforderungen an die Beweislast, ist der Einsatz von Dokumentations-trupps unerlässlich. Die Kräfte sind, um ihren Auftrag erfüllen zu können, durch weitere Beamte zu sichern.
- Fotografen, wenn sie nicht eindeutig als Genossen ausgewiesen sind, sofort ihrer Werkzeuge entledigen! Oft arbeiten auch »Normale« mit den Bullen zusammen. »Geheime« haben auch brauchbare Kameras (Minox), die auch wir gut gegen sie verwenden können. (Vorsicht Schußwaffe) Nie allein gegen so einen Typen angehen - zwei von vorn, zwei von hinten!)²³

Für die Sicherung eines Dokumentations-trupps eignet sich beispielsweise ein Judo-trupp. Die Dokumentation kann vielfältiger Art sein:

- Fotos,
- Filmaufnahmen,
- Fernsehaufzeichnungen,
- elektronisches Notizbuch,
- sonstige Tonaufzeichnungen.

Zu den o. a. Techniken sind nur einige allgemeine Ausführungen zu machen. Standfotos sind für die Beweissicherung von geringem Wert, weil man dem Bild ggf. eine ganz andere Bedeutung beimessen kann, als es den tatsächlichen Geschehnissen entsprach. Wesentlich höher ist der Beweiswert bei den Filmaufnahmen. Das beste, aber zugleich auch das

teuerste Verfahren ist die Fernsehtechnik, denn nur hiermit können wir außerdem erreichen, daß die Einsatzleitung »ins Bild gesetzt wird«. Erstrebenswert wäre, auch die unteren Führungsebenen beliefern zu können. Die volle Ausnutzung der Fernsehtechnik wird erst erreicht, wenn ein mobiler Einsatz gefahren werden kann.

Bezüglich aller Tonaufzeichnungen ist die Notwendigkeit der Zeitanzeigen besonders hervorzuheben. Es sollten vor allem solche Durchsagen auf Band festgehalten werden, die von den Laukw und den WaWe abgesetzt werden, womöglich unter automatischer Einspielung von Zeitanzeigen. In manchen Situationen ist das drahtlose Mikrofon von besonderem Wert.

- In Berlin ist für die Festgenommensammelstelle und für das Festgenommenen-transportkommando eine besondere Regelung geschaffen worden.²⁴ Auch zu dieser Materie nur einige Hinweise: Der sog. Festnahmezettel ist wohl allgemein üblich geworden. Aus Personalmangel läßt sich meist nicht in der Form »lebender Festnahmezettel« arbeiten. Ich erinnere an das erwähnte Hamburger Beispiel. An die Beschaffenheit der FeSa müssen diverse Anforderungen gestellt werden. Es kann ratsam sein, je eine für Straftäter und sonstige Störer einzurichten. Die Fe-trakw sollten mindestens mit Funk, Blaulicht und Martinshorn ausgerüstet sein. Taktisch ist es besonders wichtig, nur zuverlässige, umsichtige und körperlich rüstige Beamte einzusetzen.

Bei unfriedlichen Demonstrationen muß immer mit Verkehrsbeeinträchtigungen größeren Ausmaßes gerechnet werden. Besonders bewährt hat sich der Einsatz einer Verkehrsleitstelle. Ein großer Vorteil liegt darin, daß die verkehrspolizeilichen und die sicherheitspolizeilichen Maßnahmen voneinander getrennt werden. Die Konsequenz muß aber eine funktionstechnische Aufteilung sein, d.h. es muß ein zweiter Funkkreis zur Verfügung gestellt werden.

Von besonderer Einsatzqualität sind die Kräder, da sie wendiger und schneller als alle anderen Kfz sind. Zu empfehlen ist der paarweise Einsatz, teils aus Sicherheitsgründen, teils aus Gründen der Erreichbarkeit über Funk. In Berlin sind die Mot-Kräfte in Verkehrszüge und innerhalb der Züge noch in Verkehrstrupps gegliedert, welche durchlaufend nummeriert sind. So wird eine Vereinfachung bei der Anforderung, der Bereitstellung, der Umgliederung bis hin zur Entlassung der Kräfte erreicht.

²³ Straßenwerkertyps, vgl. Lagen in Frankfurt, Anl. 4.

²⁴ vgl. VdP 359 (BR).

Für die Verkehrsaufklärung gelten sinngemäß die gleichen Grundsätze, wie sie schon angesprochen wurden. In aller Regel wird es hierbei auf eine Aufklärung ankommen, die auch in der Tiefe des Raumes durchgeführt wird.

Von besonders hoher Bedeutung sind die technischen Einsatzmittel:

Zum Funk ist schon ausgeführt worden, daß ggf. mehrere Funkkreise zur Verfügung gestellt werden sollten. Auch auf die Abhörgefahr ist bereits hingewiesen worden. In einer solchen Situation muß auf eine taktische Variante eingegangen werden, die in Frankfurt erfolgreich praktiziert wurde:²⁵

Das Abhören des Funks kann von der Polizei dazu benutzt werden, die Gegenseite zu verunsichern und zu täuschen. So wurde ein »Scheinangriff« durchgeführt und später offen über Funk durchgegeben, daß man gescheitert sei und deshalb vor-schläge, keine weiteren Aktionen an diesem Tage durchzuführen.

Um die Gefahr des Abhörens auszuschalten, wird es in Zukunft darauf ankommen, die technische Entwicklung zu beobachten, denn die bisher vorhandenen Möglichkeiten sind entweder zu kostenintensiv oder noch nicht ausgereift. Bei den Kfz soll nur vermerkt werden, daß der Trend eindeutig zu den kleineren Fahrzeugen geht. Zur Anregung möchte ich eine taktische Besonderheit nennen. Aus dem Beispiel von Paris ging schon die Notwendigkeit für den Einsatz einer mit Spezial-Kfz ausgerüsteten Einheit hervor. In Berlin nennen wir es das Technische Raumkommando (TRKdo),²⁶ welches für drei Einsatzstufen bestückt ist.

Bei dem großen TRKdo kommt noch hinzu:

| | | |
|-------------------------------------|-----|---|
| Lkw* je | 0/2 | Abtransport von Materialien |
| SW I* je ggf. mit Zusatzeinr. | 0/4 | Einreißen, Heranführen weiterer Sicherungskräfte, Abtransport Verletzter, Sperrungen |
| * Anzahl auf besondere Weisung | | |

Somit werden 1/16 Beamte bei dem gTRKdo eingesetzt. Ggf. erhöht sich diese Stärke noch, falls Sicherungskräfte unterstellt werden. Die SW I können ebenfalls als ASGkw hergerichtet werden, so daß ein weiteres, wirksames Sonder-Kfz für

Absperr- und Schutzmaßnahmen zur Verfügung stünde.

Zu den WaWe-Einsätzen sind noch folgende taktische Grundsätze hinzuzufügen:

- Nie allein einsetzen!
- Nur mit Sicherungsgruppen vorgehen.
- Lagepläne für Hydranten und offene Gewässer erstellen und bereithalten.
- Eigensicherung auch durch bauliche Maßnahmen am Kfz selbst: Stacheldraht, Türverschuß von außen nur durch Knebel zu öffnen;
- bei Einsatz von Tränengas: besser als das Prinzip der Tankmischung²⁷ ist das »Beimischen« mit Hilfe einer an den Wendestrahler angebrachten, elektrisch gezündeten Reizstoffbatterie.
- Auf neu entwickelte Formen des Einsatzes von Reizstoffen soll nur stichwortartig eingegangen werden:
- Versprühen mittels Reizstoffhandbatterie;
- Verschießen mittels Zusatzgerät zur Leuchtpistole;
- Versprühen mittels Wasserarmaturen.

Der Einsatz des Beleuchtungsgerätes hat nicht nur eine psychologische Wirkung. Es kann taktisch z.B. eine »Lichtschranke« sein, wodurch Kräfte freigesetzt werden, wie es bei Absperrungen zur Nachtzeit erforderlich werden könnte. Bei den Frankfurter Haus-räumungen wurde die psychologische Wirkung i.S. einer Verschleierungstaktik ausgenutzt. Man täuschte dadurch, daß die Besetzer annahmen, es stünde wegen der Ausleuchtung ein Einsatz bevor. Geplant war er tatsächlich, doch erst für die frühen Morgenstunden. So glaubten die Hausbesetzer, es sei nun nichts mehr zu erwarten, nachdem die Kräfte wieder abgerückt waren. Andere Verwendungsmöglichkeiten ergeben sich aus dem TRKdo.

Nur der Vervollständigkeit halber sollen noch die funkgesteuerten LZAt, die Fernschreib- und Fernsprechtechnik, die Wasserarmaturen, die Hubschrauber und die Technik des Telebildes erwähnt werden.

c) Einschreiten bei Unfriedlichkeit

Es folgt nun die Phase, die als massiver Einsatz zu bezeichnen ist. Zunächst Erfahrungswerte aus

²⁵ Lagen in Frankfurt, S. 6
²⁶ DA S Nr. 15, a.a.O.
²⁷ vgl. Lagen in Frankfurt, Anl. 6. (Mißerfolg, weil temperaturabhängig)

Holland²⁸:

»Das Vorgehen in Formationen mit Reitern und Motorradfahrern, wobei die starke Mannschaften zu Fuß mit Helmen, langen Lederknüppeln und Rohrschilden ausgerüstet sind, ist derart imponierend, daß die Menge oft schon zurückweicht, ohne daß die Polizei zu den Waffen greift.«

Schweiz²⁹:

»Der Auftrag der Exekutive, zu verhindern, daß das alte Globusgebäude besetzt werde und die zur Durchführung dieses Auftrages zweckmäßigen Maßnahmen zu treffen sowie weitere illegale Aktionen zu unterbinden, wurde erfüllt. Um weitere Ausschreitungen mit womöglich noch schwereren Folgen zu verhindern, erließ der Stadtrat ein Demonstrationsverbot für das gesamte Stadtgebiet. Zur Durchsetzung dieses Verbotes und zur Verhinderung neuer möglicher Ausschreitungen wurden starke Kräfte der Stadt- und der Kantonspolizei bereitgestellt.«

Frankreich³⁰:

(vgl. Ziff. II, 3)

Frankfurt³¹:

Die Täuschungstaktik ist schon angesprochen worden. Nach dem »Scheinangriff« wurde observiert. Als überall Ruhe eingekehrt war, wurden starke Kräfte unter absoluter Funkstille herangeführt. Der massive Einsatz begann um 04.21 Uhr. Bereits um 04.54 Uhr waren alle vier Häuser von Polizeibeamten besetzt.

Hamburg³²:

Ein taktisches Konzept ist noch nachzutragen: Der harte Kern von Aufzügen wird in der Art angegangen, daß ein handstreichartiges Abtrennen erfolgt. Diese Taktik dürfte aber ebenfalls von der eigenen Kräfterlage abhängig sein.

Der Einsatz von Reitern ist nur dann wirkungsvoll, wenn angetrabet oder galoppiert wird. Bei dem Einsatz vor dem Landgericht in Berlin stellte sich heraus, daß die Beamten zu Fuß (Sicherungskräfte) nicht in der Lage waren, den nur leicht trabenden Pferden zu folgen. Dies kann also zu Gefährdungsmomenten der Reiter führen. Wie ausgeführt, kombiniert die Amsterdamer Polizei ihre Reiterstaffel mit Kradfahrern und Beamten zu Fuß. Über solche Taktik kann man sicherlich streiten. Mir scheint, der beste Schutz für Rei-

Kommentar der Polizei zum Einsatz des »Werkschutzes« in Brokdorf

(aus »Die Polizei« 1/77)

Ernst-Günther Kusch*, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e. V., Frankfurt

Das Wach- und Sicherheitsgewerbe heute

Das Wach- und Sicherheitsgewerbe heute

»Wenn auf der Welt Gerechtigkeit herrschte, wäre es hinreichend, sein Haus gebaut zu haben, und es bedürfte keines anderen Schutzes als dieses offenen Eigentumsrechtes. Aber weil das Unrecht an der Tagesordnung ist, so ist es erforderlich, daß – wer das Haus gebaut hat – auch imstande ist, es zu schützen.« Dieses Zitat des Philosophen Arthur Schopenhauer ist offensichtlich der Erkenntnis entsprungen, daß das Siebente Gebot (»Du sollst nicht stehlen«, 2. Moses 20, 15) allzu häufig mißachtet anstatt beachtet wird. Und so nimmt es nicht wunder, daß die Polizei, die Versicherungswirtschaft, die Sicherheitsindustrie und das Wach- und Sicherheitsgewerbe alle Hände voll zu tun haben, die vieltausendfachen Angriffe auf die bestehende Eigentumsordnung abzuwehren. Alle diese »Sicherheitsproduzenten« sind auf gegenseitige Unterstützung angewiesen, weil weder die staatliche noch die außerstaatliche Wahrnehmung von Eigentumsschutzfunktionen, jeweils für sich allein, ausreichenden Schutz für den Bürger und sein Eigentum ermöglichen. Welcher und sein Eigentum ermöglichen. Welche Rolle das Wach- und Sicherheitsgewerbe seit seiner Entstehung vor 80 Jahren im »Sicherheitskonzert« spielt, wird im folgenden skizziert.

Ein noch junges Gewerbe

Entstanden ist das Gewerbe, als die (kommunal bediensteten) Nachtwächter nach der Integration ihrer Tätigkeiten in den polizeilichen Aufgabenbereich brotlos geworden waren. Weil eine Vielzahl

notwendiger Sicherungsmaßnahmen aber von der Polizei allein – teils mangels entsprechender Personalkapazität – wie heute so auch schon 1901, dem Jahr der Gründung der ersten »Wach- und Schließgesellschaft« auf deutschem Boden, nicht bewältigt werden konnte, etablierte sich das Wach- und Sicherheitsgewerbe innerhalb weniger Jahre, zunächst in den Großstädten, später im gesamten Deutschen Reich. 1902 gab es sieben, 1904 bereits zwanzig private Dienstleistungsunternehmen der Sparte Bewachung. Heute sorgen 350 Firmen mit 51.000 Wachmännern für den Schutz von Personen und Eigentum.

Die Erlaubnispflicht

Dieses also noch nicht sehr alte Gewerbe ist seit 1927 erlaubnispflichtig, denn »wer gewerbsmäßig Leben oder Eigentum fremder Personen bewachen will, bedarf der Erlaubnis« (§ 34 a Gewerbeordnung). Die Erteilung einer solchen Erlaubnis ist abhängig von der Prüfung, ob der Antragsteller die für den beabsichtigten Gewerbebetrieb erforderliche Zuverlässigkeit nachweisen kann. Der Geschäftsbetrieb eines Wach- und Sicherheitsunternehmens unterliegt nach der Erlaubnispflicht einer ständigen Überwachung (Nachschau) durch die zuständigen Behörden, die zu überprüfen haben, ob die Vorschriften der Verordnung über das Bewachungsgewerbe vom 22. November 1963 in der Fassung vom 1. Juni 1976 eingehalten werden.

Die steuerpflichtigen Wach- und Sicherheitsunternehmen

| | 1960 | 1962 | 1964 | 1966 | 1968 | 1970 | 1972 | 1974 |
|---------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Baden-Württemberg | 48 | 49 | 47 | 48 | 51 | 57 | 60 | 57 |
| Bayern | 55 | 48 | 50 | 50 | 48 | 53 | 52 | 59 |
| Berlin | 18 | 16 | 11 | 12 | 13 | 9 | 10 | 8 |
| Bremen | 8 | 8 | 8 | 9 | 9 | 5 | 6 | 4 |
| Hamburg | 30 | 23 | 23 | 27 | 26 | 25 | 21 | 21 |
| Hessen | 32 | 29 | 28 | 26 | 26 | 28 | 26 | 28 |
| Niedersachsen | 23 | 20 | 25 | 25 | 24 | 19 | 20 | 19 |
| Nordrhein-Westfalen | 81 | 94 | 86 | 86 | 78 | 89 | 97 | 106 |
| Rheinland-Pfalz | 20 | 22 | 21 | 24 | 24 | 25 | 23 | 21 |
| Saarland | 6 | 5 | 6 | 5 | 7 | 4 | 3 | 2 |
| Schleswig-Holstein | 11 | 10 | 10 | 12 | 11 | 11 | 9 | 10 |
| Summe: | 332 | 324 | 315 | 324 | 317 | 325 | 327 | 335 |



Beschäftigte im Wach- und Sicherheitsgewerbe

| | Zahl der Beschäftigten | Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent |
|------|------------------------|--|
| 1965 | 44337 | + 9,3 % |
| 1966 | 44347 | ± 0 % |
| 1967 | 41945 | - 5,4 % |
| 1968 | 40880 | - 2,5 % |
| 1969 | 44379 | + 8,6 % |
| 1970 | 47406 | + 6,8 % |
| 1971 | 49961 | + 5,4 % |
| 1972 | 50903 | + 1,9 % |
| 1973 | 51372 | + 0,9 % |
| 1974 | 50272 | - 2,1 % |
| 1975 | 51061 | + 1,6 % |

Die gesetzlichen Pflichten des Wach- und Sicherheitsunternehmers

Diese Verordnung verpflichtet z. B. gemäß § 2 den Gewerbetreibenden aus Gründen der Sicherheit der Allgemeinheit und der Bewachungskunden zum Abschluß einer Haftpflichtversicherung, deren Versicherungssummen mindestens 250.000 DM für Personenschäden, 25.000 DM für Sachschäden, 5.000 DM für das Abhandenkommen bewachter Sachen und 4.000 DM für reine Vermögensschäden betragen müssen. Der Wach- und Sicherheitsunternehmer darf darüber hinaus gemäß § 5 BewVO nur zuverlässiges Personal beschäftigen, das vor der Arbeitsaufnahme der Erlaubnisbehörde zur Überprüfung gemeldet werden muß. Werden Bedenken gegen die Ausübung der Wach- und Sicherheitsleistung geltend gemacht, muß der betref-

* Ernst-Günther Kusch hat an den Universitäten Mainz und Frankfurt Rechtswissenschaften studiert. Von 1967 bis 1970 war er als Assistent der Geschäftsführung in einem regionalen Wirtschaftsverband tätig. Seit 1971 ist er Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e. V., Frankfurt, seit 1972 zusätzlich Geschäftsführer des Fachverbandes der Geld- und Werttransportunternehmen e. V., Frankfurt.

ter besteht darin, daß weitere Reiter nachfolgen. Somit handelt es sich letztlich um ein Problem der Einsatzstärke.

Ein besonders wirksames Instrument steht dem Einsatzleiter mit dem sog. A.u.F.-Kdo zur Verfügung (so in Berlin, in ähnlicher Form in Hamburg)²⁸.

Das Aufklärungs- und Festnahmekommando besteht aus zusammengefaßten Kräften von K und uniformierten S-Beamten, etwa im Verhältnis 1:5 (in Berlin 50:250). Das taktische Vorgehen ist so zu beschreiben:

Zwei Observationsgruppen, etwa 20–30 K-Beamte zu Fuß, mischen sich unter die Demonstranten. Aufklärungsergebnisse werden an andere K-Beamte, die sich in neutralen Fußstärken am Rande der Demonstration bewegen, übermittelt. Diese geben dann die Erkenntnisse über Funk weiter. So erhält das Festnahmekommando konkrete Aufträge. Die S-Kräfte sind aufgesessen auf Gruk und fahren jeweils in Zugstärke auf Nebenstraßen mit. Es handelt sich also um eine Art »Feuerwehr« zur schnellstmöglichen Festnahme von Straftätern, zur Beseitigung erheblicher Störungen oder auch zum Schutz plötzlich gefährdeter Objekte. Die Schnelligkeit des Einsatzes führt oft dazu, daß die Festzunehmenden von den anderen Demonstranten nicht mehr abgeschirmt werden können. Von besonderem taktischen Interesse ist der Einsatz während der Versammlungsphase und zur Verfolgung der Anschlußaktionen.

d) Nachbereitung

Die Nachbereitung sollte in zweierlei Hinsicht geführt werden: Wie ist dieser Einsatz im Nachhinein zu beurteilen und welche taktische Erkenntnisse ergeben sich daraus?

Ich möchte nur einige praktische Beispiele nennen:

Zur ersten Frage sind sämtliche Dokumentationsmaterialien sowie mündliche und schriftliche Erfahrungsberichte heranzuziehen. Dabei stellt sich dann u.U. der mangelhafte Schutz der Reiterstaffeln heraus. Ein anderes Problem ergibt sich immer wieder daraus, daß während des Einsatzes zu viel gut gemeinte Ratschläge erteilt werden. In Hamburg formuliert man das so: »Die besten Kapitäne stehen immer an Land!«

28 Erfahrungsaustausch, S. 111.

29 Erfahrungsaustausch, S. 152.

30 Erfahrungsaustausch, S. 121 ff.

31 Lagen in Frankfurt.

32 Erfahrungsaustausch, S. 175 ff.

33 Erfahrungsaustausch, S. 50.

Die andere Frage dient zur Verbesserung künftiger Einsätze. Auch hierfür einige Beispiele:

- Anschaffung neuen Schutzgerätes oder Warnbekleidungen;
 - Anwaltliche Beratung (Suche nach einem Mini-Mahler);
 - Abschluß eines Rechtsschutzvertrages für alle Beamten (in Berlin erstmalig, seit 1969 eingeführt);
 - Unterrichtung der Beamten durch StA, Thema: »Der Polizeibeamte als Zeuge vor Gericht«;
 - Erstellen von Informationsschriften;
 - Die Unterbringung der Kräfte muß verbessert und das Alarmsystem sofort überarbeitet werden. (Erfahrg. in Frankf.);
 - Verbesserung technischer Einsatzmittel. In Berlin ersetzen wir beispielsweise das elektronische Notizbuch durch einen handelsüblichen, nur halb so teuren Kassettenspieler;
 - Pressekonferenzen und Interviews;
 - In Ausbildung und Unterricht müssen die Einsätze in aller Offenheit besprochen werden;
 - Gesprächsführungen aller Art sowie Veröffentlichungen (Öffentlichkeitsarbeit)
- usw.

Schlußbetrachtung

Vergleicht man die Erfahrungsberichte, so kann man eine Gesetzmäßigkeit erkennen, die von der Züricher Polizei so beschrieben wird:

»Es läßt sich ein starkes Anwachsen der Provokationen erkennen. Obwohl die Polizei bis zur Grenze des Zumutbaren und der persönlichen Demütigung herangeht, ist es nicht gelungen, die Eskalation zur offen gewollten Revolte aufzuhalten.«

Hierin sehe ich die Bestätigung einer Auffassung, daß die Polizei mit der Konzeption des Abwartens und der übermäßigen Zurückhaltung auf Dauer gesehen schlecht beraten ist. Nicht zuletzt geht es doch darum, dem friedfertigen Teil zu seinem Demonstrationsrecht zu verhelfen.

Aus Hamburg kommt folgende Meinung:

Die Polizei hätte zu differenzieren. Bei denen, die glauben Meinungsterror betreiben zu müssen, helfen keine ehrenwerten und unraffinierten Maßnahmen. Es komme darauf an, die inaktiven Großgruppen vom radikalen Kern zu trennen. Die Polizei müsse den Mut haben, auch einmal unpopulär zu sein.

Die eingangs zitierte Formel des Verzichts auf Gewalt bei gegenseitiger Toleranz ist dem Demokratiebegriff immanent.

Vergleicht man dies mit dem Kerngedanken vom EGrEuS-Modell, so wird hier der Versuch unternommen, den Gedanken der gewaltlosen Auseinandersetzungen in der Erkenntnis weiterzutragen, daß Gewalt eine eigene Gesetzmäßigkeit hat:

Aus harmlosen Anfängen steigern sich diejenigen, die Gewaltakte bejahen, rasch bis hin zum Terror.

»Wenn sie am Ende dann auch die Gesetze verachten, weil sie niemanden und nichts mehr als Herren über sich anerkennen wollen so ist das der schöne jugendfrohe Anfang der Tyrannei.«

Erstaunlich an diesem Satz ist nicht seine Aussage, sondern daß er bereits vor 2.400 Jahren formuliert wurde.

34 Plato, »Der Staat«

Quellennachweis:

Dietel-Gintzel, Plitt (I) Reihe Praktische Demokratie »Demonstrationen – Aufruhr oder Element der Demokratie?« Bonn-Bad Godesberg, 1969.

Dietel-Gintzel (II) »Demonstration und Versammlungsfreiheit« Quakenbrück, 1970, 2. erw. Auflage.

Dietel-Gintzel (III), Kommentar zum Versammlungsgesetz.

Seminar: Großeinsätze bei Demonstrationen – Fragen der PV (vom 24. – 26.4.1968 in Hiltrup) Zitierweise: Fragen der PV.

Erfahrungsaustausch über Einsätze der Polizei bei Demonstrationen und Ausschreitungen (vom 22. – 24.10.1969 in Hiltrup) Zitierweise: Erfahrungsaustausch.

Seminar des höheren Dienstes der uniformierten Polizei und der Kriminalpolizei (vom 13. – 17.9.1971 in Hiltrup) Zitierweise: Seminar.

Erfahrungsberichte über die polizeilichen Lagen in Frankfurt am Main in der Zeit vom 20. – 24.2.1974 Zitierweise: Lagen in Frankfurt.

DBB Dokumente »Die Grenzen der Demonstrationen« DBB-Vorstand, Bad Godesberg, 1968.

Juretzky-Schönemann, Grundlagen der Befehlstechnik Hilden 1973, 5. Auflage.

Gerichtsurteile

Urteil des Bayerischen OLG vom 26.11.68; BGH St 23, 46 Rengaw-Sammlung (Laepfle-Urteil), S. 92.

Vorschriften

Berlin: DA S Nr. 15/1969 über den Einsatz von Technischen Räumkommandos vom 28.11.1969.

VfDP 359 (BR) über den Transport Gefangener durch die Polizei.

PDV 100

Lagezentrum am Beispiel der Olympiade 1972

(aus dem Buch »Polizeiliche Vorbereitungen von Großveranstaltungen«, Verlag Boorberg)

Bestimmung lautet:

Wie schon erwähnt, lagen die Austragungsstätten für die Wettkämpfe im Zuständigkeitsbereich verschiedener Polizeidienststellen. Auch war durch den Zustrom von Besuchern, die zum Teil in der Umgebung von München untergebracht waren, ein verstärktes Verkehrsaufkommen auf den Straßen um München gegeben, so daß die Verkehrsführung und -lenkung schon weit vor München beginnen mußte. Schließlich war eine große Zahl von Polizeibeamten für die Bewältigung olympiabezogener Aufgaben eingesetzt, deren örtliche und sachliche Zuständigkeit eindeutig geregelt sein mußte, damit auch die örtliche Verschiebung von Kräften ohne rechtliche Schwierigkeiten möglich war. Aus all diesen Gründen war es notwendig, eine einheitliche, zentrale Polizeiführung für den Raum der Landeshauptstadt München und des Regierungsbezirks Oberbayern einzurichten. Dieses Ziel konnte dadurch erreicht werden, daß von der in Art. 47 POG gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde. Diese

1. Polizeiführungsstab (PFSi)

Im nachfolgenden wird nunmehr die Konzeption der Polizeiführung bei den Olympischen Spielen dargelegt, die sich bewährt hat und somit als Anhalt bei der Vorbereitung von Großveranstaltungen dienen kann.

zentrale Einsatzleitung geschaffen werden.

Soweit die Veranstaltung nur in den örtlichen Bereich einer Polizeidienststelle ausstrahlt, ergeben sich keine besonderen Schwierigkeiten, da der Leiter dieser Dienststelle mit der Führung der Polizeikräfte beauftragt werden wird. Bei Großveranstaltungen, die vielfach in die Bereiche verschiedener Polizeidienststellen übergreifen, muß zur Gewährleistung einer einheitlichen Führung eine zentrale Einsatzleitung geschaffen werden.

Um Schwierigkeiten in der örtlichen und sachlichen Zuständigkeit und Überschneidungen von Führungsstellen von vornherein weitgehend auszuschließen, ist eine einheitliche, zentrale Polizeiführung für die eingesetzten Kräfte und für einen genau begrenzten Bereich anzustreben. Die einheitliche Polizeiführung muß für die Führung der Kräfte der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei zuständig sein. Getrennte Führungsstellen erschweren die einheitliche Befehlgebung und bringen unliebsame Verzögerungen auf dem Meldeweg.

Eine weitere wichtige Maßnahme für die Vorbereitung einer Großveranstaltung ist die Planung der polizeilichen Führungsstellen und die Festlegung ihrer Befugnisse.

VII. Führungskonzeption

Führungskonzeption/Führungsstab

Führungskonzeption/Verk. Leitzentrale

Auch auf dem schutz- und verkehrspolizeilichen Sektor wurden innerhalb des PFSi sachkundige Spezialisten (Beamte des höheren oder gehobenen Vollzugsdienstes) sowohl aus dem PP München, der LPD Oberbayern, der GP, der BP und des BGS als Mitarbeiter eingesetzt, damit auch hier eine sachgerechte Zusammenarbeit mit den ausführenden Dienststellen gegeben war.

Weiterhin wurden in den PFSi die Verkehrszentrale des PP München und die Hubschrauberleitstelle eingegliedert.

2. Verkehrsleitzentrale Bayern (VLZ)

In Erwartung von besonderen Schwierigkeiten im Straßenverkehr sowohl in München-Stadt als auch im oberbayerischen Bereich wurde für die Bewältigung der verkehrspolizeilichen Aufgaben eine Aufteilung der Zuständigkeit vorgesehen, damit insbesondere die Leitung der Verkehrsführung nicht überbelastet werden sollte. Zu diesem Zweck wurde für die Verkehrslenkung und Verkehrsüberwachung innerhalb des Stadtgebietes München die Verkehrszentrale im PP München für zuständig erklärt; sie war, wie schon erwähnt, in den PFSi eingegliedert. Für die entsprechenden Aufgaben außerhalb des Stadtgebietes, also besonders im oberbayerischen Raum, wurde die Einrichtung einer Verkehrsleitzentrale Bayern (VLZ) geplant, die nicht dem PFSi unterstand, sondern in das Bayer. Staatsministerium des Innern unmittelbar eingegliedert war. Diese Lösung wurde deshalb gewählt, weil mit dieser Eingliederung die VLZ eine dreifache Zuständigkeit als oberste Landesbehörde erhalten konnte, nämlich

1. auf dem verkehrspolizeilichen Sektor (Verkehrslenkung und -überwachung) für das gesamte Gebiet des Landes Bayern, insbesondere also für Oberbayern;
2. als Straßenverkehrsbehörde für alle Anordnungen auf dem Gebiet der Verkehrsführung nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen (die etwa der zentralen Verkehrsführung entgegenstehenden Anordnungen einer örtlichen Behörde, z. B. Landratsamt, konnten aufgehoben werden);
3. als Straßenbaubehörde für alle Anordnungen und Maßnahmen im Rahmen des Straßenbaues, der Straßeninstandhaltung und Sicherung, da das Bayer. Staatsministerium des Innern auch oberste Baubehörde ist.

Die VLZ Bayern und der PFSi (Verkehrszentrale) wurden auf Zusammenarbeit angewiesen.

auf Verlangen des Landtags aufzuneben.

- (2) Der Staatsminister des Innern beauftragt einen Beamten des Staates oder einer Gemeindepolizei mit der Leitung des Einsatzes.
- (3) Von allen Maßnahmen nach Absatz 1 hat die Staatsregierung den Landtag unverzüglich zu verständigen; ist der Landtag nicht versammelt, so hat sie gleichzeitig seine Einberufung zu veranlassen. Maßnahmen sind auf Verlangen des Landtags aufzuneben.

Auf Vorschlag des Sicherheitsbeauftragten ordnete daher der

Bayer. Staatsminister des Innern für die Zeit vom 15. 8. bis

15. 9. 1972 den Gemeinsamen Einsatz der staatlichen und kommunalen Polizeikräfte an und bestimmte für den Bereich des Regierungsbezirks Oberbayern einschließlich der Stadt München den Polizeipräsidenten von München zum Leiter des gemeinsamen polizeilichen Einsatzes. Zu seinen ständigen Stellvertretern wurden der

Polizeivizepräsident von München (der zugleich Leiter der Schutz-

polizei in München war) und der Leiter der staatlichen LPD Ober-

bayern ernannt. Durch die Maßnahme wurde gewährleistet, daß

eine eindeutige Zuständigkeitsabgrenzung festlag, daß alle Polizei-

beamten, die in dem genannten Bereich Dienst leisteten, also auch

die zugeführten Verstärkungskräfte, örtlich und sachlich zuständig

waren und der Leiter des „Gemeinsamen Einsatzes“ für alle olympi-

bezogenen polizeilichen Aufgaben in diesem Bereich Befehlsgewalt

besaß. Der Leiter des „Gemeinsamen Einsatzes“ war für

diese Aufgabe dem Bayer. Staatsminister des Innern unmittelbar

unterstellt. Damit waren sowohl der Regierungspräsident von Ober-

bayern als auch der Oberbürgermeister von München, die nach

bayerischem Recht normalerweise Weisungsbefugnisse an die Polizei

besaßen, für alle olympiabezogenen Aufgaben ausgeschaltet. Da-

durch wurde der Befehlsweg gestrafft und gekürzt. Als Führungsin-

strument für den Einsatzleiter wurde der Polizeiführungsstab Mün-

chen (PFSi) eingerichtet, der im Bereich München-Oberbayern

die einzige für den Einsatz der Polizeikräfte zuständige zentrale

Führungsstelle war. In diesen Führungsstab wurde deshalb neben

Schutz- und Verkehrspolizei auch die Kriminalpolizei miteingeglied-

ert.

Im Hinblick auf die Beschränkung der Befehlsgewalt des Leiters des „Gemeinsamen Einsatzes“ auf die olympiabezogenen Aufga-

stabsstat

Führungskonzeption/Führungsstab

ben, die deshalb erforderlich war, um den Einsatzleiter nicht mit den Angelegenheiten des täglichen üblichen Dienstbetriebes ihm normalerweise nicht unterstellter Dienststellen zu belasten und für diese Aufgaben herbeizuführen, keine Zuständigkeitsänderung mußte in einer Anordnung die Befehlsgewalt des PFSi umrissen werden.

Die Direktion der Bayer. Bereitschaftspolizei (ausgenommen die eingesetzten Abteilungen) und die Bayer. Polizeischule unterlagen nicht der Weisungsbefugnis des PFSi.

Um möglichst eingetragene Befehls- und Meldewege nicht zu verändern, wurde Vorsorge getroffen, daß im Rahmen der sachlichen Zuständigkeit des PFSi ergehende Weisungen unmittelbar an die LPD Oberbayern, an die Direktion der Bayer. Grenzpolizei, an den Leiter des Landes kriminalamtes oder an den Leiter der jeweiligen kommunalen Polizei zu richten waren. Die genannten Führungsstellen waren für die Durchführung dieser Weisungen verantwortlich. Gleichzeitig hatten sie eine Informationspflicht gegenüber dem PFSi. Damit wurde vermieden, daß Weisungen des PFSi unmittelbar an die den Direktionen unterstellten Dienststellen (Inspektionen, Stationen) gerichtet werden konnten. Auch wurde durch die Ernennung des Direktors der staatlichen LPD Oberbayern zum ständigen Stellvertreter des Leiters des Gemeinsamen Einsatzes, der ja kommunaler Polizeibeamter war, erreicht, daß die staatliche Polizei in der Führungsspitze entsprechend vertreten war.

Als vorteilhaft hat sich erwiesen, daß in den PFSi, wie bereits erwähnt, die kriminalpolizeiliche Einsatzzentrale (KEZ) eingegliedert war. In dieser fungierten Führungsbeamte der Kriminalpolizei des PP München, des BLKA, der Kriminalpolizei der LPD Oberbayern und des Landesamtes für Verfassungsschutz. Auch waren Beamte des Bundeskriminalamtes dort tätig, um die Zusammenarbeit insbesondere mit der Sicherungsgruppe dieses Amtes, in Angelegenheiten des Personenschutzes zu gewährleisten. Alle diese Beamten hatten den Auftrag, die Verbindung einerseits zum Leiter des PFSi und andererseits zu ihren Stammdienststellen sicherzustellen. Dadurch war es möglich, ohne wesentliche Zeitverzögerung Erkenntnisse und Vorschläge der genannten Dienststellen über diese Beamten dem Einsatzleiter zu vermitteln und Weisungen des Einsatzleiters an die ausführenden Dienststellen zu geben. Auch war eine sachgerechte Beratung des Einsatzleiters in allen kriminalpolizeilichen Fragen durch einen höheren Beamten der Kriminalpolizei gesichert. Schließlich war damit erreicht worden, daß eingespielte Meldewege und Zuständigkeiten keine Beeinträchtigung erfuhren.

e) Der Krisenstab ist in der Regel kein Führungsinstrument, sondern in erster Linie ein Beratungsgremium. Er hat insbesondere nicht die Aufgabe, die Führung der eingesetzten Polizeikräfte zu übernehmen. Diese Aufgabe muß dem polizeilichen Einsatzleiter vorbehalten bleiben, der die nötige Erfahrung besitzt und über die erforderlichen Mitarbeiter sowie Führungs- und Einsatzmittel verfügt. Auch ist dieser mit den örtlichen Gegebenheiten des Tatortes besser vertraut. Der polizeiliche Einsatzleiter, der dem Krisenstab angehört, schlägt diesem nach Beurteilung der Lage die erforderlichen polizeilichen Maßnahmen vor. Der Krisenstab gibt entweder weitere entsprechende Anregungen und Aufträge oder billigt die Vorschläge und trägt insbesondere die politische Verantwortung. Die Durchführung der Maßnahmen selbst ist Sache der Polizei. Der Krisenstab sollte es vor allem unterlassen, Detailanordnungen für die Durchführung zu geben. Befehle an die eingesetzten Kräfte der Polizei können nach dem Grundsatz: „Befehlen soll nur einer“ nur vom polizeilichen Einsatzleiter erteilt werden, der für die Durchführung auch die Verantwortung zu tragen hat. Er wird in der Regel nicht unmittelbar am Einsatzort führen, sondern Aufträge erteilen und diese an Ort und Stelle durch einen bewährten leitenden Polizeibeamten durchführen lassen, der sich am Einsatzort eine Befehlsstelle mit guten Fernmeldemitteln zur zentralen Einsatzleitung beim Krisenstab einrichten wird. Nichts schafft mehr Verwirrung bei den eingesetzten Kräften als das „Hineinbefehlen“ und die häufige Abänderung gegebener Anordnungen. Auch wird dadurch die Verantwortung des Polizeiführers beeinträchtigt und die Einsatzbereitschaft geschwächt. Schließlich muß eine ausreichende Unterstützung der Massenmedien sichergestellt werden, weil nur dadurch die Beeinträchtigung des Krisenstabes und seiner Mitglieder durch Vertreter der Massenmedien und eigenmächtige Nachforschungen dieser Personengruppe verhindert werden können.

7. Katastrophenschutz-Einsatzleitung

Im Zusammenhang mit der Führungskonzeption der Polizei muß noch erwähnt werden, daß für den Fall einer **Katastrophe** auch Führungseinrichtungen des Katastrophenschutzes geschaffen werden müssen.

Nach den Bestimmungen des BayKSG haben die Kreisverwaltungsbehörden (Landratsämter und kreisfreie Städte), die Bezirksregierungen und das Bayer. Staatsministerium des Innern als Katastrophenschutzbehörden

- Katastrophen vorzubeugen,
 - Katastrophen abzuwehren,
 - die hierfür erforderlichen Einsätze zu leiten.
- Unabhängig von der Polizeiführung, jedoch in enger Verbindung, wurden daher bei den Olympischen Spielen gebildet:
- Katastropheneinsatzleitung Land** als zentrale Führungsstelle,
 - Katastropheneinsatzleitung München-Stadt** für den Bereich der Landeshauptstadt München,
 - Katastropheneinsatzleitung Landkreis München** für den Bereich des Landkreises München,
 - Katastropheneinsatzleitung Fürstentumbruck** für den Bereich des Landkreises Fürstentumbruck [Flugplatz],
 - Katastropheneinsatzleitung Stadt Augsburg** für den Bereich der Stadt Augsburg.

Die beiden erstgenannten Einsatzleitungen wurden zusammen im Gebäude des Polizeipräsidiums München untergebracht.

»Geheimer« Bullenbericht

(»Rendsburger Tageblatt«, 1.12.76)

Exklusiv: Der vertrauliche »Erfahrungs- und Vertrauensbericht« über die Polizeiaktion in Brokdorf Im Sarg transportierten Demonstranten die Sturmleiter

1. Anlaß des Polizeieinsatzes

Im Rahmen der Planungen der Bundes- und Landesregierung Schleswig-Holstein zur Sicherstellung der Energieversorgung soll in Brokdorf ein Kernkraftwerk gebaut werden. Alle von dieser Maßnahme sich betroffenen fühlenden Bürger hatten Gelegenheit, während der gesetzlich vorgesehenen Erörterungstermine ihre Einwände geltend zu machen.

Nach Prüfung aller Fakten und Argumente hat die Landesregierung von Schleswig-Holstein mit Zustimmung des Bundesministers des Innern und des Bundesministers der Kraftwerke den Norddeutschen Kraftwerken (NKW) als künftiger Betreiber eine Teilgenehmigung ausgehändigt, die ausschließlich zur Errichtung des vorgeschlagenen Baugeländes berechtigt. Eine endgültige Entscheidung über den Betrieb eines Kernreaktors in Brokdorf ist damit noch nicht gefallen.

Die Norddeutschen Kraftwerke haben am 26. 10. 1976 mit dem Herrichten des Baugeländes wie Einfriedung und Planierung begonnen.

1.1 Demonstrations-Vorbereitung

Nach Bekanntwerden des Projektes haben sich schon frühzeitig mehrere Bürgerinitiativen gebildet, die durch Flugblattaktionen, Versammlungen, Straßentheater, Informationsstände u. ä. Aktivitäten zum Widerstand gegen den Bau des KKW aufrufen.

Obwohl allen Betroffenen rechtliches Gehör gewährt worden ist und sie auch weiterhin die Möglichkeit haben, rechtliche Schritte gegen den Bau des KKW zu unternehmen, besteht bei gewissen Kreisen in den Bürgerinitiativen die erklärte Absicht, den Beginn jeder Bautätigkeit durch Besetzen des Baugeländes zu verhindern.

Protestaktionen von Bürgerinitiativen werden - wie es die Vergangenheit zeigt - häufig von politisch extrem orientierten Gruppen für einzel-

tliche Agitationen mißbraucht. Dabei wird versucht, ein die Allgemeinheit stark ansprechendes Sachproblem als Aufhänger für die Verwirklichung ganz anderer und radikaler Ideen zu nutzen. In Brokdorf beteiligten sich fast alle führenden K-Gruppen wie KBW, DKP, KPD, KPD/ML und GIM an den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Tage zuvor schon hatten 42 Hamburger Pastoren dazu aufgerufen, „um unserer Zukunft willen aktiven Widerstand zu leisten“. Eigentumsrechte dürften dabei „nicht um jeden Preis“ geachtet werden. Dadurch mußten sich Angehörige der Bürgerinitiativen und Linksextremisten geradezu ermuntert fühlen, mit dem Segen der Kirche gegen die Polizeisperren am Kernkraftwerksgelände zu stürmen. Einer der Pastoren im Talar stand in vorderster Reihe der Polit-Rocker und forderte mit Hand-Megaphon zum gemeinsamen Sturm auf die Polizei auf.

Seit dem 1. November 1976 wurde in der gesamten Bundesrepublik Deutschland für eine Demonstration und die gewaltsame Besetzung des Baustellengeländes Brokdorf geworben. Die Bürgerinitiative Unterelbe rechnet mit der Teilnahme von etwa 30 000 Personen. Die Veranstaltung wurde bei den zuständigen Behörden nicht angemeldet.

Nach Auffassung radikaler und fanatisierter Gruppen sollte die Besetzung ohne Rücksicht auf Rechtsgüter, Leben oder Gesundheit von Polizeibeamten durchgeführt werden.

1.2 Polizeilicher Auftrag am 12./13. November 1976

Die Landespolizei Schleswig-Holstein, verstärkt durch Polizeikräfte anderer Bundesländer, hatte den Auftrag, durch

- Aufklärung
- Objektschutz
- Raumschutz

verkehrspolizeiliche Maßnahmen Beweissicherung und Dokumentation

- Bilden eines Gefangenentransportkommandos
- Beweissicherung und Dokumentation
- wasserschutzpolizeiliche Maßnahmen
- Bilden einer beweglichen Reserve
- die Baustelle, Bauarbeiten und Materialanfahrt für die Errichtung des Kernkraftwerkes Brokdorf zu schützen.

1.3 Bereitzustellende Kräfte

- Aufklärung (K) 0/2/49
- Beweissicherung und Dokumentation 0/0/24 (K)
- Gefangenentransportkommando (S) 0/0/18
- Einsatzbereitschaft Objekt
- Führungsgruppe BPA (PD Schmidtke)

- 1. Hundertschaft (BPA/LPS) SH
- 2. Hundertschaft SH
- 5. Hundertschaft (BPH/LPS) SH
- 1. Hundertschaft PD Süd SH
- 1. Hundertschaft Hamburg und 1. Limakw

- 4 Hundertschaften Niedersachsen
- 1 Hundertschaft Bremen
- Wasserwerfer mit Besatzungen
- 3 Wawe BPA SH
- je 1 Wawe PD Süd und PD Nord SH

- 2 Wawe PD Mitte SH
- 2 Wawe PD Mitte SH
- 2 Wawe Rheinland-Pfalz
- 3 Wawe Niedersachsen
- 14 Beamte SEK BPA SH
- 12 Diensthundeführer
- Einsatzabschnitt Raum
- 40 Beamte VÜB
- 1 Hundertschaft PD Mitte
- 1 Einsatzzug
- Einsatzabschnitt Fluß
- 2 Boote Wasserschutzpolizei
- Strafverfolgung
- 0/4/40 Beamte - K -
- Gefangenessammelstelle
- 0/0/8 Beamte in Itzehoe

- Reserve I
1 Hundertschaft Hessen
- Reserve II
1 Hundertschaft PD Nord
- Reserve III
10 Beamte (Reiter)

Für die Luftaufklärung, Transport von Führungs- und Einsatzmitteln und Verletzten wurden 3 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes eingesetzt. Der BGS hielt weiterhin 2 Hundertschaften in jederzeitiger Einsatzbereitschaft an nahegelegenen Standorten. Die Freigabe dieser Kräfte behielt sich der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein vor.

1.4 Einsatz am 13. 11. 1976

Vorgesehen:

- 6 Hundertschaften im Objekt
- 4 Hundertschaften außerhalb, zusätzlich Kräfte für verkehrspolizeiliche Aufgaben und bewegliche Reserven

Eingesetzt:

- 10 Hundertschaften im Objekt
 - 4 Hundertschaften außerhalb
- Die Einsatzkonzeption war vorrangig darauf eingestellt, das gewaltsame Eindringen von Demonstranten in das Objekt zu verhindern und durch weitläufige Verkehrsmaßnahmen Demonstrationsteilnehmer davon abzuhalten, mit Kraftfahrzeugen in die Nähe der Baustelle zu gelangen. Dieses Konzept konnte erfolgreich durchgeführt werden.

1.5 Schutz der Baustelle Brokdorf

In überraschend kurzer Zeit gelang es dem Betreiber der Anlage, das Objekt durch bauliche Maßnahmen wirksam zu schützen. Dazu wurde verwirklicht:

- Einfriedigung der Baustelle durch einen 4 m hohen Eisengeflechtzaun mit Dornenkronen, der teilweise Betonmauereinfassung aufweist; an Schwachstellen ist der Zaun dreifach ausgeführt. Vor und zwischen den Zäunen sind S-Rollen übereinander gelagert.
- Rings um das Baugelände verläuft ein 3-8 m breiter Steilgraben, der bis zu einer Tiefe von 1 m mit Wasser geflutet ist. Im Bedarfsfall kann der Wasserstand erhöht werden.
- Die gesamte Zaunanlage und der Innenbereich der Baustelle wird durch Scheinwerfer angestrahlt.
- Das Haupttor kann im Bedarfsfall durch 4 m hohe Betonplatten abgeriegelt werden, deren Einschieben durch Bagger vorbereitet ist. Das Tor selbst besteht aus zwei Schwenkflügeln (Eisengitter) und wird zusätzlich durch „Spanische Reiter“ geschützt.

2. Ablauf der Demonstration

In den frühen Morgenstunden trafen die ersten Busse und Privatfahrzeuge der Demonstranten in der Region ein. Schon jetzt brachte die Polizei das Konzept der Bürgerinitiative Untereibe durcheinander: Schon sechs Kilometer von Brokdorf entfernt waren sämtliche Zufahrtsstraßen polizeilich gesperrt. Teilweise verwendete die Polizei auch Nagelbretter und Stop-Gurte. Durchlaß für Kraftfahrzeuge wurde nur Anwohnern, Ärzten und Reportern gewährt. Den Demonstranten blieb nur ein anderthalbstündiger Fußmarsch. Die dabei entstandene Müdigkeit war von der Polizei eingeplant. Der für 12.00 Uhr angesetzte Gottesdienst in der Nähe des Demonstrationsobjektes mußte um eine Stunde verschoben werden.

Die Kundgebungsteilnehmer ver-

sammelten sich auf einer Wiese abgesetzt vom Objekt. Hier gab es erste Streitigkeiten zwischen Umweltschützern und Radikalen, die rote Fahnen und Transparente gegen den Polizeistaat entrollten. Pastoren im Talar riefen von einem Heuwagen aus auf, die Demonstration friedlich verlaufen zu lassen. Sie ertönten bei den radikalen Gruppen nur Hohngelächter.

Nach dem Abhalten eines Feldgottesdienstes setzte sich der Demonstrationzug in Richtung Baugelände in Bewegung.

Am Haupteingang des Kraftwerksgeländes hatten sich zuvor etwa 1500 militante Demonstranten eingefunden. Sie boten ein anderes Bild als der Zug der Bürgerinitiative: Schutzhelme, Schutzmasken, wattierte wasserdichte Kleidung, ausgerüstet mit Holz- und Eisenstäben, Drahtscheren, Enterhaken und teilweise auch mit Molotow-Cocktails. Ihre Gesichter waren verumumt oder geschwärzt. Über ihren Köpfen flatterten rote Fahnen. In Tragetüten und Rucksäcken führten sie undefinierbare Gegenstände mit. Trotzdem war die Situation gegen 13.30 Uhr noch relativ ruhig; bis zu diesem Zeitpunkt kam es nicht zu Ausschreitungen.

Die Situation an dem Haupttor änderte sich schlagartig, als gegen 13.50 Uhr eine Hundertschaft aus Hessen mit drei Omnibussen und einem Führungsfahrzeug in das Objekt verlegt werden sollte und dabei ihre Fahrt durch die Demonstranten nahm. Das Führungsfahrzeug konnte noch unbemerkt in das Tor einfahren. Die drei Busse konnten nicht weiterfahren, da sich Demonstranten vor die Räder warfen und den Fahrtweg blockierten.

Die Besatzung eines Hubschraubers griff ein, indem sie in einer Höhe von etwa 3-5 m direkt über den am Boden liegenden Demonstranten schwebte. Von den Beobachtern wurde das Einschleusen der Hundertschaft zu diesem Zeitpunkt und der im übrigen wirkungslose Hubschraubereinsatz als taktisch falsch beurteilt, da er radikalen Gruppen fast ermöglicht hätte, im Handstreich in das Gelände einzudringen.

Eine Demonstrationsgruppe, an Transparenten als Angehörige der KPD/ML erkennbar, griff zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein. Auffallend war die Disziplin dieser Gruppe, die in straffer militärischer Formation in Stärke von mehreren Hundertschaften gegliedert war. Gruppenführer hielten ihre Gruppen fest zusammen; eine Führungsgruppe mit Funkgeräten und Megaphonen war erkennbar. Offensichtlich lag für diese radikalen Gruppen noch keine Weisung vor, in das Geschehen einzugreifen. Auch hier war die vorgenannte Ausrüstung für gewaltsame Aktionen vorhanden.

Währenddessen trommelten andere radikale Gruppen mit Eisenstangen auf die an den Verbindungsstraßen bestehenden Leitplanken ein. Offensichtlich wollten sie dadurch die Schweißstellen und Nietungen lockern. Gleichzeitig wurde damit begonnen, Balken, Baumstämme, Bretter, Wellblechteile und andere Gegenstände heranzuschaffen, um später den Wassergraben überwinden zu können. Teilweise dienten sie auch dazu, sich gegen den Wassereinsatz der Polizei zu schützen. Gegen Beamte der Polizei wurden gleichzeitig Steine und Eisenstangen geschleudert. Auch kamen Farbbeutel gegen Beamte und Wasserwerfer (Blonden) zum Einsatz.

Als sich die Teilnehmer des Feldgottesdienstes der Baustelle näherten, gingen alle radikalen Gruppen zum Angriff über. Sie fanden Unterstützung bei den bis zu diesem Zeitpunkt friedlichen Umweltschützern, die den Radikalen halfen, Wurfgeschosse und andere Materialien in die vorderste Linie zu schaffen. Dabei ist nicht davon zurückgescheut worden, Bäume und Telefonmaste zu kappen oder Ställe mit Spitzhacken einzureißen oder abzudecken, um auf die Weise Wurfgeschosse zu erhalten.

Die polizeilichen Absperrungen wurden an mindestens acht verschiedenen Stellen gleichzeitig berannt, um die Polizeikräfte zu zersplittern und den Wasserwerfereinsatz zu erschweren. Eingeteilte Sturmtrupps gingen gegen die Zauneinfriedung mit Wurfankern vor. Sie erhielten „Feuerschutz“ durch andere Gruppen, die in Stärke von 20 bis 50 Mann auf Kommando die Polizeibeamten mit allen nur denkbaren Wurfgegenständen eindeckten oder Stahlkrampen mit Katapulten verschossen. Bei diesen Aktionen kam eine bisher nicht gekannte Brutalität zum Ausdruck; offensichtlich wurde die Tötung oder schwere Körperverletzung von Polizeibeamten in Kauf genommen.

Mittlerweile waren am Einsatzort etwa 20 000 Demonstranten eingetroffen, etwa 1500 bildeten den harten Kern. Dieser wurde schätzungsweise von 2000 bis 3000 Helfern aus den Kreisen der Umweltschützer aktiv unterstützt. Viele der übrigen Teilnehmer klatschten demonstrativ Beifall, wenn Polizeibeamte von Wurfgeschossen getroffen wurden. Die Beobachter vernahmen keine Stimmen der Umweltschützer, die sich gegen das brutale Vorgehen wandten.

3. Störer und deren Taktik

Das polizeiliche Gegenüber konnte in verschiedene Gruppen eingeteilt werden, nämlich in

- Teilnehmer der Bürgerinitiativen
- Neugierige
- Polit-Rocker oder kriminelle Personen
- militante Gruppen

Die militanten Gruppen setzten sich vorwiegend aus Personen zusammen, die nach Beobachtungen von Journalisten bereits in Berlin, Bonn, Frankfurt und Wuhl tätig waren. Zur Vorbereitung dieses Einsatzes fand am Donnerstag jeder Woche in Hamburg eine Zusammenkunft statt, an der jeweils 200 bis 400 Personen teilnahmen. Dort wurde die Einsatzkonzeption abgesprochen und festgelegt. Bei der letzten Zusammenkunft am 11. November 1976 waren 2600 Teilnehmer zu verzeichnen.

Die kriminelle Energie dieser militanten Gruppen ist sehr hoch anzusetzen. Die jeweiligen Aktionen wurden mit aller Härte und Konsequenz auch gegen die eigene Person durchgeführt. Die dem harten Kern zuzurechnenden Gruppen handelten selten ohne Konzeption und nur auf Befehl.

Folgende Gliederung war in Brokdorf erkennbar:

- Sturmtrupps mit Wurfankern, Drahtscheren, Bolzenschneidern, Drahtzangen und Brechstangen, die das Eindringen gewaltsam vorbereiten

- Werfergruppen in Stärken von 20 bis 50 Mann, die gemeinsam auf Kommando Wurfgeschosse auf die Polizeibeamten schleudern

- Scharfschützen mit Katapulten, die Beleuchtungseinrichtungen oder einzelne, ungeschützte Beamte als Ziel nehmen

- Gruppen, die den Nachschub an Wurfgeschossen oder Brückenmaterial bzw. Dämmungsmaterial organisieren oder durchführen

- Gruppen, die Zuschauer zum Mitmachen aktivieren

- Sanitätsgruppen, die sich um eigene Verletzte kümmern und deren Abtransport durch Krankenwagen veranlassen

Alle Gruppen standen unter gemeinsamer Leitung. Befehle wurden über Megaphon oder Funkgeräte erteilt. Die Kundgebungsteilnehmer wurden aufgefordert, sich an den jeweiligen Brennpunkten zu massieren, um bei Überwinden der Sperren die Polizeibeamten mit ihrer Masse zu überrennen.

Im Verlaufe des 7stündigen Anrennens gegen die Absperrungen konnten die militanten Gruppen folgende Erfolge erzielen:

- Beseitigung der Schutzplanken an den Straßen
- Überwinden der Wassergräben mit Hilfe von Dämmungsmaterial (am Einsatzort gefüllte Sandsäcke), Leitplanken, Bohlen, Brettern und Balken
- Beseitigung von Stahlrollen durch Einsatz von Wurfankern
- Durchschneiden des Zaunes der ersten und zweiten Sicherungslinie.
- Schwächung der Polizeikräfte durch Herbeiführen von schweren Verletzungen.

4. Die Lage am Abend

Gegen 19 Uhr wurde die Lage für die eingeschlossenen Polizeikräfte besonders kritisch. Man konnte jeden Augenblick mit dem Eindringen der Störer in das Baugelände rechnen, da die Sperren zum Teil unwirksam gemacht waren. Agitatoren forderten der Störereinsatz außerordentlich gut vorbereitet. Die zum Sturm auf die Sperren benötigten Werkzeuge und das vorerwähnte Material war schon

zum Sturm auf und wiesen gleichzeitig darauf hin, daß die Polizei über keine weiteren Tränengasvorräte verfüge. Das entsprach auch der Richtigkeit, denn im Land Schleswig-Holstein befanden sich keine weiteren Bestände. Mit Polizeistaffetten wurden Tränengaswurfkörper aus anderen Bundesländern beigebracht und mit Hubschraubern in das Objekt eingeflogen.

Die Einsatzleitung entschloß sich, die letzten Bestände mit Hubschraubern im Flächenwurf auf die rückwärtigen Demonstrationsteilnehmer abzuwerfen. Diese Maßnahme war außerordentlich wirkungsvoll, denn die hier verweilenden Personen hatten keine besonderen Schutzmasken gegen Tränengas und lösten sich sofort auf. Der Einsatzleitung kam gleichzeitig zugute, daß die Abfahrt der Busse von auswärtigen Teilnehmern auf 20 Uhr festgesetzt war, so daß sich viele Personen vom Ort des Geschehens gemeinsam entfernten. So waren gegen 20 Uhr nur noch der harte Kern und etwa 2000 andere Demonstranten am Einsatzort anwesend.

Im Schutze von Wasserwerfern traten jetzt zwei Reservehundertschaften - darunter eine Einheit des BGS - zangenförmig zur Räumung der Verbindungsstraße an. Um das Vorgehen der Polizei zu erschweren, bogen die Demonstranten Leitplanken über die Straße und bauten Barrikaden aus Steinen und Hölzern. Ein ungesicherter Wasserwerfer des Bundesgrenzschutzes wurde abgeschnitten und mit Spitzhacken zerstört. Die Besatzung mußte freigekämpft werden. Gegen einen weiteren Wasserwerfer wurde ein Brandsatz geschleudert, die Befüllung durch „Krähenfüße“ zerstört. Demonstranten, die offenbar nicht dem harten Kern angehörten, kippten einen zurückgelassenen VW-Kombi der Polizei um und setzten ihn in Brand, so daß Totalschaden entstand.

5. Besonderheiten des Einsatzes

Nach Feststellungen der Polizei und Angaben eines KPD-Funktionärs war

Tage zuvor in die Nähe des Objektes gebracht worden. Teilweise wurde es mit Zustimmung der Marschbauern in Ställen und Scheunen eingelagert. Angehörige der KPD führten im Demonstrationzug einen Sarg mit, in dem sich Sturmleibern und Wurfanker befanden.

Schon vor der Sperrung aller Zufahrtsstraßen waren Störfahrzeuge in Objektnähe abgestellt. Sie dienten als Versorgungsbasis.

Mit Einbruch der Dunkelheit fiel die Beleuchtung des Baustellengeländes schlagartig aus. Nach Meinung der Einsatzleitung wurde die Stromzufuhr durch absichtliches Herbeiführen eines Kurzschlusses unterbrochen.

Die oberirdischen Telefonleitungen zur Einsatzleitung Objekt wurden zerstört. Da zeitweise auch der Funkverkehr gestört war, bestand nicht immer zur Einsatzleitung in Glückstadt eine ständige Verbindung.

6. Einsatzerfahrungen

6.1 Tränengaseinsatz

Obwohl innerhalb eines Zeitraumes von 7 Stunden von der Polizei 1523 Tränengaswurfkörper eingesetzt und aus den Wasserwerfern 500 l CN/Stammlösung versprüht wurden, war die Wirkung dieser Einsatzmittel doch verhältnismäßig gering.

Dem Abwurf von Tränengaskörpern aus Hubschraubern in Fächerform auf rückwärtige Störer kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Die Einsatzform sollte weiterentwickelt werden.

Tränengaswurfkörper sollten von der Polizei nicht einzeln geworfen werden, da die Schweißstellen von den Demonstranten leicht zu umgehen sind.

6.2 Wasserwerfereinsatz

Der konzentrierte Wasserwerfereinsatz kann als wirkungsvoll bezeichnet werden, wenn er aus nächster Nähe als Wasserstoß erfolgt. Wasserregen dagegen blieb wirkungslos. Die CN-Zumischung verflieg sehr schnell. Eine nachhaltige Wirkung war nicht zu beobachten.

6.3 Schutzschilde

Die überwiegend verwendeten runden Schutzschilde boten keinen ausreichenden Schutz vor Wurfgeschossen oder mit Katapulten abgeschossenen Stahlkrampen.

6.4 Störsender

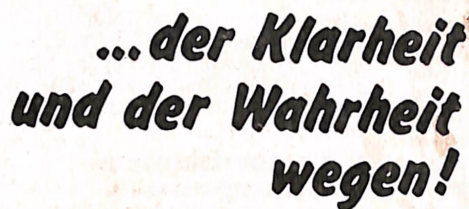
Die Störer versuchten, Hubschrauber durch Einsatz von Flugdrachen mit Schwänzen aus Aluminium von ca. 15 m Länge zum Absturz zu bringen. Auch wurden Hubschrauberbesatzungen mit Signalaraketen beschossen. Sowohl der 4-m-Funkverkehr als auch der 2-m-Kanal der Polizei wurde vom Störer abgehört. Dieser verfügte über Funkgeräte im 11-m-Bereich, deren Betrieb von der Polizei registriert und aufgezeichnet wurde.

Einem zur Lokalisierung von Störsendern eingesetzten Spezialfunktrupps des BGS gelang die Ortung nicht, da vom Störer ein ständiger Standortwechsel vorgenommen worden ist.

Nach Angaben eines KPD-Funktionärs wird die endgültige Schlacht um die Kernenergiepolitik der Bundesregierung in Niedersachsen geschlagen. Hier wollen die K-Gruppen unter allen Umständen verhindern, daß eine Atommülldeponie errichtet wird. Damit würden alle weiteren Bauten von Kernanlagen in der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt.



Anmarsch der Demonstranten: „Ermüdung beabsichtigt“ Fotos (4): Sven Simon



Erscheint 14-tägig, 48 Seiten
Preis: DM 1.-

Verlag Arbeiterkampf, J. Reents, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50

Der „Frauenkalender 77“

S. 35

Arbeiterkampf

Ag 7/74/96 10 Jan. 1977

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

Initiativausschuß für ein Russel-Tribunal gebildet!

Schafft zwei, drei, viele „Brokdorf“!

Der Ausschuss der Arbeiter für ein Russel-Tribunal, der die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat, hat sich am Ausschuss gebildet, der für die Einberufung des Tribunales sorgen wird.

Die erste 32-köpfige Initiativegruppe hat sich am 10. Januar 1977 in der BRD gebildet. Der Ausschuss ist ein völkerrechtliches Gericht, das die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat. Der Ausschuss ist ein völkerrechtliches Gericht, das die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat.

Der Ausschuss der Arbeiter für ein Russel-Tribunal, der die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat, hat sich am Ausschuss gebildet, der für die Einberufung des Tribunales sorgen wird.

Die erste 32-köpfige Initiativegruppe hat sich am 10. Januar 1977 in der BRD gebildet. Der Ausschuss ist ein völkerrechtliches Gericht, das die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat. Der Ausschuss ist ein völkerrechtliches Gericht, das die BRD für ein völkerrechtliches Gericht einberufen hat.

Der Ausschuss hat...

NANOST Bürgerkrieg in China?

Aufstand in China? 1. Bild: 31.12.1976. 2. Bild: 31.12.1976. 3. Bild: 31.12.1976. 4. Bild: 31.12.1976. 5. Bild: 31.12.1976. 6. Bild: 31.12.1976. 7. Bild: 31.12.1976. 8. Bild: 31.12.1976. 9. Bild: 31.12.1976. 10. Bild: 31.12.1976. 11. Bild: 31.12.1976. 12. Bild: 31.12.1976. 13. Bild: 31.12.1976. 14. Bild: 31.12.1976. 15. Bild: 31.12.1976. 16. Bild: 31.12.1976. 17. Bild: 31.12.1976. 18. Bild: 31.12.1976. 19. Bild: 31.12.1976. 20. Bild: 31.12.1976. 21. Bild: 31.12.1976. 22. Bild: 31.12.1976. 23. Bild: 31.12.1976. 24. Bild: 31.12.1976. 25. Bild: 31.12.1976. 26. Bild: 31.12.1976. 27. Bild: 31.12.1976. 28. Bild: 31.12.1976. 29. Bild: 31.12.1976. 30. Bild: 31.12.1976. 31. Bild: 31.12.1976. 32. Bild: 31.12.1976. 33. Bild: 31.12.1976. 34. Bild: 31.12.1976. 35. Bild: 31.12.1976. 36. Bild: 31.12.1976. 37. Bild: 31.12.1976. 38. Bild: 31.12.1976. 39. Bild: 31.12.1976. 40. Bild: 31.12.1976. 41. Bild: 31.12.1976. 42. Bild: 31.12.1976. 43. Bild: 31.12.1976. 44. Bild: 31.12.1976. 45. Bild: 31.12.1976. 46. Bild: 31.12.1976. 47. Bild: 31.12.1976. 48. Bild: 31.12.1976. 49. Bild: 31.12.1976. 50. Bild: 31.12.1976. 51. Bild: 31.12.1976. 52. Bild: 31.12.1976. 53. Bild: 31.12.1976. 54. Bild: 31.12.1976. 55. Bild: 31.12.1976. 56. Bild: 31.12.1976. 57. Bild: 31.12.1976. 58. Bild: 31.12.1976. 59. Bild: 31.12.1976. 60. Bild: 31.12.1976. 61. Bild: 31.12.1976. 62. Bild: 31.12.1976. 63. Bild: 31.12.1976. 64. Bild: 31.12.1976. 65. Bild: 31.12.1976. 66. Bild: 31.12.1976. 67. Bild: 31.12.1976. 68. Bild: 31.12.1976. 69. Bild: 31.12.1976. 70. Bild: 31.12.1976. 71. Bild: 31.12.1976. 72. Bild: 31.12.1976. 73. Bild: 31.12.1976. 74. Bild: 31.12.1976. 75. Bild: 31.12.1976. 76. Bild: 31.12.1976. 77. Bild: 31.12.1976. 78. Bild: 31.12.1976. 79. Bild: 31.12.1976. 80. Bild: 31.12.1976. 81. Bild: 31.12.1976. 82. Bild: 31.12.1976. 83. Bild: 31.12.1976. 84. Bild: 31.12.1976. 85. Bild: 31.12.1976. 86. Bild: 31.12.1976. 87. Bild: 31.12.1976. 88. Bild: 31.12.1976. 89. Bild: 31.12.1976. 90. Bild: 31.12.1976. 91. Bild: 31.12.1976. 92. Bild: 31.12.1976. 93. Bild: 31.12.1976. 94. Bild: 31.12.1976. 95. Bild: 31.12.1976. 96. Bild: 31.12.1976. 97. Bild: 31.12.1976. 98. Bild: 31.12.1976. 99. Bild: 31.12.1976. 100. Bild: 31.12.1976. 101. Bild: 31.12.1976. 102. Bild: 31.12.1976. 103. Bild: 31.12.1976. 104. Bild: 31.12.1976. 105. Bild: 31.12.1976. 106. Bild: 31.12.1976. 107. Bild: 31.12.1976. 108. Bild: 31.12.1976. 109. Bild: 31.12.1976. 110. Bild: 31.12.1976. 111. Bild: 31.12.1976. 112. Bild: 31.12.1976. 113. Bild: 31.12.1976. 114. Bild: 31.12.1976. 115. Bild: 31.12.1976. 116. Bild: 31.12.1976. 117. Bild: 31.12.1976. 118. Bild: 31.12.1976. 119. Bild: 31.12.1976. 120. Bild: 31.12.1976. 121. Bild: 31.12.1976. 122. Bild: 31.12.1976. 123. Bild: 31.12.1976. 124. Bild: 31.12.1976. 125. Bild: 31.12.1976. 126. Bild: 31.12.1976. 127. Bild: 31.12.1976. 128. Bild: 31.12.1976. 129. Bild: 31.12.1976. 130. Bild: 31.12.1976. 131. Bild: 31.12.1976. 132. Bild: 31.12.1976. 133. Bild: 31.12.1976. 134. Bild: 31.12.1976. 135. Bild: 31.12.1976. 136. Bild: 31.12.1976. 137. Bild: 31.12.1976. 138. Bild: 31.12.1976. 139. Bild: 31.12.1976. 140. Bild: 31.12.1976. 141. Bild: 31.12.1976. 142. Bild: 31.12.1976. 143. Bild: 31.12.1976. 144. Bild: 31.12.1976. 145. Bild: 31.12.1976. 146. Bild: 31.12.1976. 147. Bild: 31.12.1976. 148. Bild: 31.12.1976. 149. Bild: 31.12.1976. 150. Bild: 31.12.1976. 151. Bild: 31.12.1976. 152. Bild: 31.12.1976. 153. Bild: 31.12.1976. 154. Bild: 31.12.1976. 155. Bild: 31.12.1976. 156. Bild: 31.12.1976. 157. Bild: 31.12.1976. 158. Bild: 31.12.1976. 159. Bild: 31.12.1976. 160. Bild: 31.12.1976. 161. Bild: 31.12.1976. 162. Bild: 31.12.1976. 163. Bild: 31.12.1976. 164. Bild: 31.12.1976. 165. Bild: 31.12.1976. 166. Bild: 31.12.1976. 167. Bild: 31.12.1976. 168. Bild: 31.12.1976. 169. Bild: 31.12.1976. 170. Bild: 31.12.1976. 171. Bild: 31.12.1976. 172. Bild: 31.12.1976. 173. Bild: 31.12.1976. 174. Bild: 31.12.1976. 175. Bild: 31.12.1976. 176. Bild: